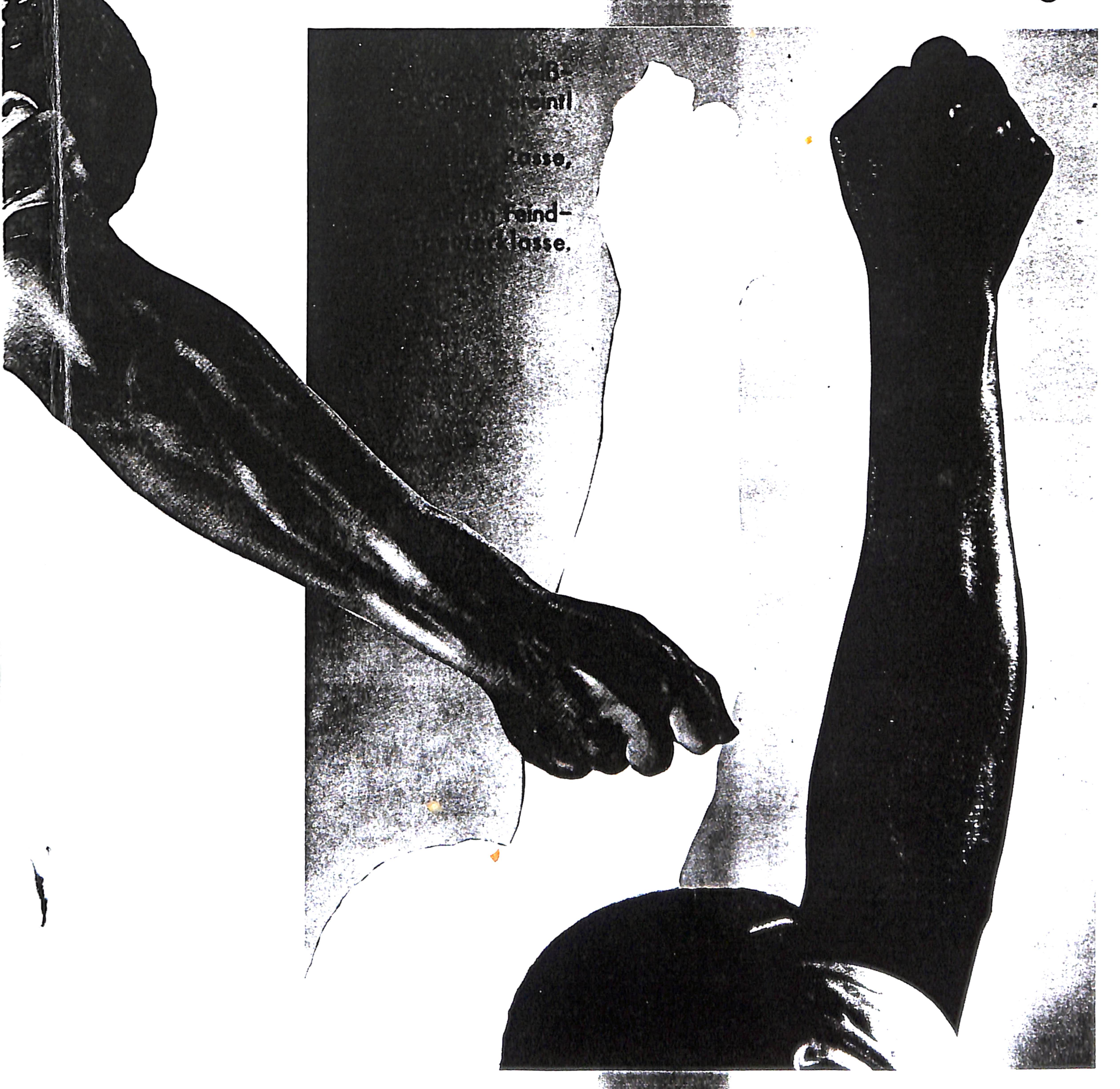
BAHAMAS
Nr. 12 Winter 93/94 6 DM
Zirkular der gruppe k

Proletarischer Nationalismus



"Antikapitalismus" von rechts

linke Zeitschrift ARRANCA! NR.3

6 dm

...erscheint mitte dezember

THEMEN:

•LINKE UND GEWALT•
•INTERVIEW MIT HUIDOBRO(TUPAMAROS)•
•THEATERSTÜCK VON MICHAEL WILDENHAIN•
•BEETHOVEN 2.TEIL • LINKE ZENSUR•
•PLATTEN-UND BUCHKRITIKEN•
•U.V.M.•

ZU BESTELLEN BEI:
ARRANCA!, C/O LAZ, CRELLESTR. 22, 10827 BERLIN

AUßERDEM GIBT'S NOCH:
ARRANCA!: NR. 0; NR. 1; NR. 2

OFF LIMITS

Antirassistische Zeitschrift
Nr.1 erscheint am 8.12.93

BERICHTE - HINTERGRÜNDE - KOMMENTARE - DISKUSSIONEN

SCHWERPUNKT NR. 1

Rassismus und Neue Rechte
Rassismus oder Rassismen?
Diskurs und Organisation der Neuen Rechten

Jugendliche Flüchtlinge
Zur Situation
Gegen Beton
"Ich saß schon im Flugzeug"
Vom Trauma Heimatland zum Trauma BRD
Eine gewöhnliche Geschichte in Deutschland

Asylrecht und Entsorgungspark Osteuropa

Kurzberichte zu staatlicher Flüchtlingspolitik
u.a. Staatsverdrossenheit der Deutschen,
Vom Kampf um Container, Prozesse...............
und mehr

Buchbesprechungen

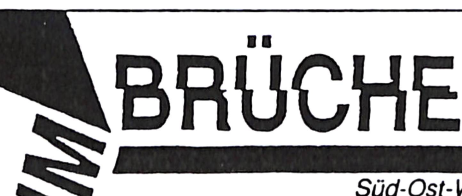
Direktbestellung OFF LIMITS, c/o Haus für Alle, Amandastr. 58, 20357 Hamburg, Konto Jan Allers, Bank für Gemeinwirtschaft BLZ 20010111, Kto 2231751900, Preis 5,-DM

17°C Zeitung für den Rest

OFFENSIVE 1994

- **DIE AUTONOME BEWEGUNG:** Ursprünge und Entwicklung der Autonomen, Teil I
- **AUFRUF ZUR WACHSAMKEIT:** Französische Intellektuelle gegen Neue Rechte
- **GÜNTHER JACOB: NEW FUNKY MARXISM** I. Teil unserer neuen Reihe „Wir informieren uns über die Schwarzen"
- **„KAPITALISMUS UND LEBENSWELT":** Erwiderungen und Stellungnahmen
- **DER ANTIFASCHISMUS DER DDR:** Spießer, Kleinbürger und deutsche Wohnzimmer

ab sofort im linken Buchhandel
oder direkt bestellen bei: 17°C, c/o Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, 20357 HH. Einzelpreis: 6 DM + Porto (1,50 DM), ABOS: 4 Nummern: 25,– DM. V. Schmidt, Sonderkonto, Kto-Nr. 713990-200, Postgiro HH (BLZ 200 100 20)



Süd-Ost-West-Zeitschrift gegen Alte und Neue Weltordnungen

Eine OstWest - Ko-Produktion des BAOBAB Infoladen Eine Welt (Ost-Berlin) und des Infoladen "Dritte Welt" Neukölln (West-Berlin) *erscheint vierteljährlich*

Nr.8 November/Dezember '93:

Afrika

Demokratisierung der Neuen Welt(un)ordnung?

Afrika: "Demokratisierung" oder Neue Weltordnung?
Das Reich des Chaos - *Samir Amin*
Raubtiere und Reformen - *Achille Mbembe*
Die DDR und Afrika - *Ilona Schleicher*
Hoffen auf Südafrika - *Ruth Weiss*
Palästina/Israel: Der Deal um den Frieden - *R. Weinholzer-Samhouri*
Feindbild Islam: Freund-Feindbild: eine Replik - *Salima Mellah*
Das Feindbild des Eurozentrismus? - *R.Seesemann*
Länderberichte: Demokratie in Moskau; Chile, Guatemala
Szene: Öko-HERRschaft beim AUFTAKT in Magdeburg
K.H.Roth und die Wiederentdeckung des Proletariats

noch lieferbar:
ÖkoHERRschaft: *Ökodiktatur-Ökoimperialismus-Ökofaschismus* (Nr.6)
ISLAM: *Feindbilder und Wirklichkeiten* (Nr.7)

Einzelpreis: DM 4.- (72 Seiten)
Jahresabo: DM 15.- (incl. Porto)
WiederverkäuferInnen erhalten 20% Rabatt

Bezug:

BAOBAB-Infoladen	Infoladen Dritte Welt
Winsstr. 53	Weisestr. 53
10405 Berlin	12049 Berlin
T+Fax: (030) 4426174	Tel+Fax: (030) 6223234

Editorial

Was bewegt Linke in rechten Zeiten, die Erfolge der Rechten zum Gegenstand eigener Überlegungen zu machen, wie man ihnen ihren Zuspruch bei Anhängern und Wählern abspenstig machen kann? Sicherlich finden solche erneuten Ausflüge in die "rebellischen" Motive von Anhängern der Faschisten eine Grundlage in den veränderten ökonomischen und sozialen Bedingungen hierzulande. Doch ist der ideologische Hintergrund, warum Linke Faschisten "deformierten Protest" konzedieren, älter. Es wurzelt in einem Bild vom ausgebeuteten Arbeiter als Teil eines "ausgebeuteten Volkes", der wider Willen gegen seine "objektiven Interessen" handelt. Als soziales Subjekt der Veränderung steht er grundsätzlich auf "dieser Seite der Barrikade", auch wenn er faschistisch handelt.

Keine Stimme den Faschisten

R E P - D V U - N L

Glaubst Du wirklich,
daß Du einen besseren oder überhaupt einen Arbeitsplatz bekommst, wenn alle »Ausländer« ausgewiesen werden?
Nicht
unsere ausländischen Kollegen und Kolleginnen haben »Schuld«, sondern mein Chef hat mir den Lohn gekürzt und mich wegrationalisiert!

Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen Oben und Unten

Nie wieder Faschismus!



Hamburger Antifaschistinnen und Antifaschisten

Dieses Plakat wurde im Hamburger Bürgerschaftswahlkampf 1993 verklebt (siehe auch auf Seite 28)

Die volksaufklärerische Linke ("Arbeiter, glaubst Du wirklich, daß es Dir etwas nützt, Deinen ausländischen Kollegen totzuschlagen?"), ihre Arbeiter- und Volkstümelei ist so alt, wie die Arbeiterbewegung. Ihre Defizite und Fehlannahmen gegenüber der Bedeutung der Nation als konterrevolutionärer, antiemanzipatorischer Kategorie, ist ein Thema in diesem Heft. Den guten Willen dieser Linken vorausgesetzt, bleibt ein Antifaschismus, der den Nationalismus nicht als "deformierten Protest" begreift, sondern als eine Konstituante für die Volksgemeinschaft, die auf realen Interessensunterschieden basiert. Dieser Antifaschismus bleibt bei absurden Appellen oder endet in falschen Aussagen: "Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen Oben und Unten". Daß ein deutscher Arbeiter Grenzen durchaus zu schätzen weiß, die seinem relativen Privileg als ausgebeuteter Deutscher hierzulande nutzen, hat die positive Reaktion auf geschlossene Grenzen in der Asyldebatte sehr anschaulich gemacht.

Gravierender sind die ideologischen Positionen einer selbst nationalistischen Linken, die der Nation als "identitätsbildender" eine positive Funktion zuerkennen, sie wahlweise als sozialistische oder fortschrittliche Nation konstituieren möchten. Der nationalistische Teil der Linken wächst in dem Maße, wie er den Ansatz, aus der sozialen Lage des einzelnen die Subjektgewinnung abzuleiten mit seinem eigenen Nationalismus verknüpft oder ihm gegenüber ignorant bleibt.

Daß vor solchem Hintergrund eine "deformierte Linke" so weit geht, sich den Antisemitismus als Antikapitalismus zu eigen zu machen, hat seine Folgen in einer personalisierten Kapitalismuskritik, die die Wurzel allen Übels in einer Schicht von "Schmarotzern" sieht. Auch der linke Antizionismus ist häufig nicht mehr als ein "verborgener" Antisemitismus, dessen Bündnisfähigkeit nach rechts zur Zeit in Rußland als "rot-braune Allianz" (Selbstbezeichnung) ausprobiert wird.

Linke und Antisemitismus, linke Volkstümelei und die Kritik linker Übernahme von bzw. Ignoranz gegen dem Nationalismus "der Massen" ist der Schwerpunkt unseres Heftes.

Türcke zum Zweiten: Die Diskussion um das Referat Christoph Türckes auf dem "Konkret"-Kongreß (siehe die letzte BAHAMAS) hat die Linke mehr durcheinandergewirbelt, als es eine Kritik an der offensichtlichen Benutzung eines "Rasse"begriffs nahelegt. In eigener Sache ist auf Seite 52 die Differenz in der Gruppe K nachlesbar.

In einem weiteren Artikel über Türcke zur Geschlechterfrage wird deutlich, daß Türckes Ansatz systematischer ist, als daß er als ein Ausrutscher abgetan werden könnte.

Wir veröffentlichen eine Kritik, die den Türcke-Kritikern falsche Abgrenzung und gefährliche Nähe zu biologistischen Diskursen vorwirft.

An zwei weiteren Schwerpunkten arbeiten wir: Neue ökonomische und soziale Entwicklungen: die "soziale Frage" und das "revolutionäre Subjekt"; Tendenzen in Kultur und Medien, die zunehmend von Distanzlosigkeit zum neuen Faschismus geprägt sind und der "Faszination für faschistische Bilder" erliegen.

Redaktionsschluß für BAHAMAS 13: 15. Februar 1994

Das Titelbild ist eine Montage einer Fotomontage John Heartfields aus dem Jahre 1931. Dieses Motiv wird in der Linken häufig benutzt. U.a. verwandte der KB es als Aufrufplakat für den 1. Mai 1976

Impressum

Die "Bahamas" erscheint alle 2-3 Monate als Zirkular der Gruppe K.
Redaktion: Büro K, Karolinenstr. 21, Hs 2, 20357 Hamburg , Tel. 040/ 43 88 46
Preis: Einzelheft 6 DM (Nur Vorauskasse in Briefmarken oder auf unser Konto: Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50, Kto. S. Roisch/K. Dreyer, Nr. 1228 / 122 386)
-Für 5 Hefte gibt es eines gratis dazu!-
V.i.S.d.P.: B. Schulz
Herstellung: Eigendruck im Selbstverlag
Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Bahamas

Auf die Bahamas wollte man uns im KB im April 1990 schicken, als wir die Kampagne "Nie wieder Deutschland" mittrugen. Seither haben sich innen- wie außenpolitisch, schneller als wir befürchteten, Konturen eines nationalistischen, rassistischen und expansiven Reichs herausgebildet. Die Analyse ökonomischer, politischer und gesellschaftlicher Tendenzen bei der Herausbildung der neuen deutschen Weltmacht ist uns ein wichtiges Vorhaben. Neben radikaler Deutschland-Kritik, der Erarbeitung antinationaler Positionen, sind weitere Themen und Anliegen: Kritik einer Linken, die ihre reformistische Massenpolitik unter veränderten Bedingungen unverändert fortsetzt; Kritik des "traditionellen Marxismus"; theoretische Aufarbeitungen zur Imperialismustheorie, zu Antisemitismus, Rassismus und linken Faschismustheorien. Das Ziel: zur Neuformierung einer nichtreformistischen, radikalen, antikapitalistischen, kommunistischen Linken beizutragen.

Die "Bahamas" werden von dem kleinen Zirkel Gruppe K herausgegeben. Wir bezeichnen sie bewußt als "Zirkular", um ihren provisorischen Charakter zu betonen. Wir wollen und können nicht von uns aus ein neues Zeitungsprojekt starten. Ein solches Projekt gemeinsam mit Personen, Gruppen und Zirkeln der antinationalen Linken zu erarbeiten, ist unser Wunsch. Vorläufig wünschen wir uns für die "Bahamas" Zusammenarbeit, Beiträge, Kritik und Diskussion von und mit Gruppen und Einzelnen, die unsere inhaltlichen Bezugspunkte der Diskussion wert erachten.

Inhalt

Abo

Hiermit bestelle ich .... Exemplare der *Bahamas* ab Nr. .... Das Abo gilt für je drei Ausgaben, verlängert sich automatisch und ist jederzeit schriftlich kündbar. Ich bitte um: Rechnungsstellung (2 DM mehr je Rechnung) / Ich zahle per Einzugsermächtigung (viel besser!)

Adresse:
Name:
Strasse:
Ort: (Neue PLZ!)

Hiermit ermächtige ich S. Roisch / K.Dreyer jeweils den Preis für drei Nummern der *Bahamas* (zur Zeit 18 DM) im Voraus von meinem Konto abzubuchen.

KontoinhaberIn:
Konto-Nr.: Bankleitzahl:
Bank:
Ort/Datum: Unterschrift:

Der Abgang

Heitmann weg: Ein nationaler Sieg

Das progressive Spektrum der Gesellschaft feiert einen grandiosen "Sieg": um Schaden von Deutschland abzuwenden, hat es erfolgreich den CDU-Präsidentschaftskandidaten Heitmann abgeschossen. Qua Person steht Heitmann für all das, was dieses Land seit der Wiedervereinigung auszeichnet: die historische Kontinuität zum alten Deutschland, den Geschichtsrevisionismus, den Stolz auf Deutschland, den Haß auf Nichtdeutsche, der voll Verständnis für die Sorgen "Blutsdeutscher" daherkommt. Der Nationalismus, den er anspricht, hat längst schon gesiegt, doch die liberale Öffentlichkeit wünscht sich einen Mann an der Staatsspitze, der nicht die Wiedervereinigung mit der Vergangenheit personifiziert, sondern einen, der diese als Bild vom neuen Deutschland schönt. Sie wünscht sich einen Worthülsenproduzenten wie Weizsäcker, der mit Betroffenheits- und Trauergedusel die deutsche Wirklichkeit heimeliger macht.

Drei Monate hat das Thema "Heitmann" die Gemüter bewegt, doch diejenigen, die gegen seine Kandidatur protestierten, nahmen und nehmen die Wirklichkeit verzerrt war. Sie verweigern die Erkenntnis, daß das tatsächlichen Geschehen in diesem Lande weiterhin von all dem geprägt ist, das angeblich nur Heitmann repräsentierte. Hier soll nicht die Rede davon sein, daß in diesen drei Monaten die Große Koalition des nationalen Konsenses möglich, die heimliche Überwachung der Bürger als "Lauschangriff" durchsetzungsfähig, Arbeitszwang und Arbeitsdienst hoffähig, unter dem Titel Arbeitszeitverkürzung die Absenkung des Lohns und tariflicher Standards verhandlungsfähig gemacht wurden und die Ziele der Europapolitik deutschnational definiert worden sind. Hier soll in einer sehr unvollständigen Chronologie nur von Randereignissen die Rede sein:

* Vom Geschichtsbewußtsein des Bundeskanzlers aller Deutschen, den nichts nach Rostock, Mölln und Solingen zog, aber alles zu seinem bewunderten Freund, den Antisemiten, ästhetischen Kriegsverherrlicher und Nationalsozialisten Ernst Jünger in seinem Wohnort Wilfingen am 20. Juli 1993. Medienwirksamer Anlaß: der 20. Juli 1944.

* Von der vorzeitigen Haftentlassung des ehemaligen Kommandanten des Konzentrationslagers Treblinka, Kurt Franz, durch das nordrhein-westfälische Justizministerium im Mai 1993, im Jahr der gnadenlosen Verurteilung und des lebenslänglichen Einschlusses von RAF-Gefangenen. In Treblinka sind etwa eine Million Menschen, überwiegend Juden, ermordet worden. Franz war 1965 zu lebenslänglich verurteilt worden war. Seine Entlassung wurde hierzulande verschwiegen, in der "International Herald Tribune" im August gemeldet.

* Vom geschichtsbewußten Umzug Verteidigungsminister Rühes von Bonn nach Berlin am 1. September, dem Jahrestag des Überfalls auf Polen 1939. Das neue Hauptquartier ist das alte: der Bendlerblock, Oberkommando der Wehrmacht seit 1918 und der Nazi-Wehrmacht. Legitimation Rühes: er habe das Dienstzimmer General Stauffenbergs, des Hitler-Attentäters von 1944, bezogen.

* Von der Wiederaufstellung des von einer amerikanischen Granate 1945 zerstörten Reiterstandbilds Kaiser Wilhelms mit großem Pomp am "Deutschen Eck" in Koblenz. Sie erfolgt geschichtsbewußt am 2. September, dem "Sedanstag" (Sieg Preußen-Deutschlands über Frankreich bei Sedan 1870).

* Vom Erscheinen zweier Bücher zur Buchmesse, die den neuen deutschen Geschichtsrevisionismus ins Zentrum rücken. Die Biographie des konservativen und nationalsozialistischen Staatsrechtlers Carl Schmitt ("Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand gebietet"), rehabilitiert einen weiteren Jünger der "Konservativen Revolution". Im neuen Buch "Streitpunkte" nimmt sich Ernst Nolte "wissenschaftlich" der revisionistischen Literatur der "Auschwitz-Lüge" an. Ein "Knüller", ein "Tabu-Bruch", möglicherweise ein "Dammbruch", jubelt der frühere Sekretär Ernst Jüngers, Armin Mohler, in der "Junge Freiheit" (10/93).

* Von der Verleihung des Jean Paul-Preises der Bayerischen Akademie der Schönen Künste an die österreichische Nazi-Schriftstellerin, "Stimme der Ostmark", dic Antisemitin Gertrud Fussenegger im Oktober.

* Von der Bewunderung der FAZ für den italienischen Faschismus noch vor den Wahlsiegen des MSI. Der monumental-faschistische Mailänder Hauptbahnhof verdanke seine "zügige Fertigstellung zwischen 1925 und 1931 dem Bestreben des Faschismus, Italien zu modernisieren und an Europa heranzuführen ... Nachdem jetzt das Schlagwort ‚Antifaschismus' nicht mehr alle auf die Knie zwingt, beeindrucken manche Anlagen Mussolinis durch ihren großen Wurf. Ohne die Eingriffe des Faschismus wären die Verkehrsprobleme in Mailand unerträglich. Demokratische Stadtväter hingegen taten sich seit dem Krieg in Mailand schwer." (12.10.93)

* Von der Nachahmung seiner deutschen Vorbilder durch den kroatischen Präsidenten Tudjman: auf dem Gelände des Konzentrationslagers Jasenovac, in dem schätzungsweise 700.000 Serben, Juden, Roma und politische Gegner der Nationalsozialisten ermordet wurden, soll ein "Denkmal für die Opfer des Kommunismus" errichtet werden. (4.11.93)

* Von der geschichtsbewußten Planung durch Sozialdemokraten der Stadt Frankfurt und des Landes Hessen, den Standort der neuen Eurobank der "EU" in der ehemaligen Konzernzentrale der I.G. Farben, Herstellerin des Vernichtungsgases Zyklon B, Profiteurin von Auschwitz, anzusiedeln. Protest dagegen regt sich nicht hierzulande, aber in Großbritannien (8.11.93).

* Vom offiziellen Ende der staatlich betriebenen Umwertung der deutschen Geschichte seit Bitburg 1985 mit der Eröffnung der Neuen Wache in Berlin: Opfer des Nationalsozialismus, Kommunismus und des Weltkrieges waren die Deutschen. Staatsgäste müssen der neuen deutschen Geschichtssouveränität künftig ihre Referenz erweisen. (14.11.93)

* Von der brillanten Idee der Gründer einer "Nationalstiftung Deutschland" (Schirmherr Helmut Schmidt), dieselbe an "Führers Geburtstag", dem 20. April 1994, in Weimar einzuweihen.

Da sollte Heitmann wegen seiner offen geschichtsrevisionistischen Äußerungen nicht Bundespräsident werden dürfen, wo sich doch der Paradigmenwechsel hin zum neuen deutschen Geschichtsbild schon längst unter der Hand vollzogen hat? Sein Versuch, die deutsche Geschichte "einzuordnen", ist mit der Neuen Wache staatsoffiziell. Was die Noltes und Co. jetzt noch betreiben werden, ist die Zurichtung der Geschichtsschreibung auf deutsche Verbrechen als Kriegsverbrechen — mit Heitmannschen Worten — "so wie es viele Verbrechen aller Seiten im Zweiten Weltkrieg gab."

Wochenlang wurde auch noch die unbedeutendste Äußerung von vor zehn Jahren ausgegraben, um den Kandidaten als für dieses Land ungeeignet hinzustellen. Das Verfahren angewandt auf Deutschlands obersten Wortenebelwerfer von Weizsäcker, der Mann hätte keine drei Tage lang im Amt überlebt. Bis weit in linke Teile der Gesellschaft hinein dominiert der Wunsch,

sich von einem Präsidenten vertreten zu lassen, der Deutschland, die Nation, uns alle, das Volk als Gemeinschaft etwas integrativer vertritt. Ein tiefdeutsches Bedürfnis nach Harmonie in unharmonischen Zeiten, das Angst machen muß.

Die Affäre Heitmann - die Präsentation eines *offen* erzreaktionären, *offen* rassistischen Präsidentschaftskandidaten - hat dennoch Wirkung gezeigt. Kohl hat nicht einfach nur das radikal rechte Spektrum enger an die CDU gebunden, sondern über neunzig Prozent des politischen Spektrums darauf einschwören können, daß sich nun alle einen rechten, aber doch bitte etwas geschickteren Nationalisten als Heitmann zum Präsidenten *wünschen*. Hören wir nur Manfred Bissinger, Chefredakteur der "Woche", einen Mann, der immerhin vor gar nicht so langer Zeit einmal Vorsteher der "Konkret" gewesen ist, den erzreaktionären Verfassungsrichter Roman Herzog loben: "seine konservative Grundhaltung spiegelt den Zeitgeist, ohne opportunistisch zu sein". ("Die Woche" vom 4.11.93). Erfolg der Operation: Plötzlich gilt Herzog als "konservativ-liberaler Hoffnungsträger" ("Stern").

Ja, der Mann hat Freunde - sein Lehrer, mit dem er und der rechte Staatsrechtler Rupert Scholz die Bibel der Grundgesetzinterpretation (Der Grundgesetz-Kommentar von Maunz/Düring/Herzog/Scholz) als Loseblattwerk veröffentlicht hat, ist jener kürzlich verstorbene Ex-Nazi-Jurist Theodor Maunz gewesen. Dessen Ableben wurde vom DVU-Vorsitzende Frey in Form eines Nachrufs mit der belegten Enthüllung kommentiert, daß er bis zu seinem Tode Freund und juristischer Berater der neuen Nationalsozialisten war.

Auch der Theologe und Sozialdemokrat Richard Schröder unterscheidet sich bei *genauer* Betrachtung, die nun keiner mehr anstellen will, nur graduell von Heitmann - weshalb letzterer den ersten ja auch zu puschen suchte. Die Ostdeutschen, so Schröder z.B., hätten "ein gesünderes Verhältnis zur Nation", wie der CDU-Professor Oberndörfer zu recht bemängelte (FR, 20.11.93). "

Die deutsche Nachkriegsgeschichte nähert sich ihren Anfängen. Auch ohne Heitmann. Und *jeder* Kandidat wird dem, erst einmal gewählt, Rechnung tragen. Die Freude über den "Sieg" in der Affaire Heitmann erinnert an die Beerdigung, auf der ein Mann den Trauergästen sein Mitgefühl bekundete: "Mögen Euch noch viele so schöne Tage beschieden sein."

Heiner Möller

Aus deutschen Tätern werden Opfer

Die Zeit der "Schuldbesessenheit" (Michael Stürmer) ist vorbei. Das 1981/82 angelegte Projekt der völkisch nationalen Sinnstiftung und Identitätsfindung wird mit der "Neuen Wache" als Staatsdenkmal des wiedervereinigten Deutschland erfolgreich abgeschlossen. Ein Ort, an dem öffentlich dargestellt und betrauert werden darf, wer die wirklichen Opfer sind: die deutschen Deutschen - "Opfer zweier Diktaturen", die deutsche Nation. Der Anschluß an die "tausendjährige deutsche Geschichte" ist vollzogen, der Blick in die Zukunft gerichtet.

Die Gesellschaft weicht nicht der Frage nach Ursache und Verantwortung aus, sie hat die Frage nie gestellt, oder sie hat sie endgültig beantwortet: Auschwitz ist "relativiert", die "Last der Geschichte" abgeworfen. Der Schlußstrich unter ein lästiges, "aufgezwungenes" Kapitel der antifaschistischen Auseinandersetzung, die dieses Volk nie gewollt hat, ist in preußischen Stein gehauene, materielle Gewalt.

Der in Bitburg 1985 aggressiv durchgesetzte Weg der nationalen Versöhnung der TäterInnen mit ihren Taten und der Verhöhnung und Ausgrenzung der Opfer des Nationalsozialismus ist "im Herzen Berlins" angekommen. Dem Ort, an dem zukünftig die Nation sich feiern wird, und Staatsrepräsentanten aus aller Welt diesem Land protokollarisch die Ehre erweisen werden.

Die Reaktivierung des Schinkel-Baus mit nationaler, militaristischer Geschichte, in dem die Nationalsozialisten ihre "Heldengedenktage" zelebrierten, die aufgepumpte fatalistische Kollwitz-Figur strotzend vor christlicher Erlösungsverheißung, die Inszenierung der naturhaften Notwendigkeit der Tötung der "Geopferten", der Tessenowsche Innenraum für die Feier der TäterInnen und deren nachfolgender Generationen, außen am Eingang die Schilder mit den durch Kommas getrennten Halbsatzaufzählungen der Opfer, seit dem 8.5.85 den Abschluß der offiziellen "Auseinandersetzung" markierend, sprechen eine unmißverständliche Sprache.

Das namenlose Abfeiern des "Im Tode sind wir alle gleich", kombiniert mit "wer war unter Hitler schließlich kein Opfer?" verdeutlicht das reale Verhältnis zu den millionenfach Ermordeten, die Namen tragen. Nicht nur die Gruppen und die Selektion der Opfer, auch die Tötungsart und die Art der Erinnerung und des Gedenkens bestimmen "wir".

Da wird der öffentliche Raum für die Opfer des Nationalsozialismus, die Überlebenden und deren Angehörige, für die hier Lebenden enger. Es geht nicht so sehr darum, daß sie "stören", es interessiert einfach kaum jemanden mehr, bei den ganzen "wirklich" wichtigen Aufgaben, die diese vergrößerte Nation zu bewältigen hat. In den letzten Jahren beseitigen die Deutschen aktiv und öffentlich die Spuren ihrer Geschichte und bekämpfen zunehmend die Forderungen der Überlebenden.

"Deutsche Täter sind keine Opfer!" lautete am 9.11.1993, dem 55. Jahrestag der Reichspogromnacht, die zentrale Aussage der zweistündigen Besetzung der "Neuen Wache". Zehn Mitglieder "deutscher und jüdischer Gruppen" — Meshulash Berlin, Mitglieder des Auschwitz-Komitees Berlin, Antirassistische Initiative — ketteten sich am Eingang an. Weitere 40 protestierten vor dem Gebäude "Jetzt erst recht — gegen alten und neuen Faschismus". Bei der brutalen Räumung durch 150 Polizisten (auf Antrag des Bundesinnenministeriums) wurden zwei Menschen verletzt, einer davon schwer. Aus der Erklärung der BesetzerInnen: "Wir sagen nein zu dem Konsens, in dem Täter zu Opfern gemacht werden. Es wird weiterhin Aktionen geben, auch nach dem 14.11.93."

Die gab es lautstark schon am 14.11. Der Staatsakt — stummes Abwerfen der Kränze, ein einsamer Bundeswehrtrompeter, 800 Polizisten, fast leere Tribünen im strömendem Regen — wurde so unüberhörbar gestört, daß die Täter-Opfer-Parole alles übertönte und internationale Beachtung fand. Untermalt vom konsequenten Herunterreißen der Transparente durch die Übermacht der Polizisten, Einkesseln und Abführen der RuferInnen und BesitzerInnen von Trillerpfeifen.

Am Vormittag hatten mehrere Hundert Menschen mit einem Gedenkgang zu den Stätten der Verfolgung und Planung der Vernichtung ihre Ablehnung der "Geschichtsentsorgungsstätte" demonstriert. Der vorher befürchtete "Eklat mit weltweitem Echo" fand jedoch nicht statt, auch wurde die offizielle Show nicht versaut, da sie eh auf ein paar hektische Minuten zusammengestrichen worden war. Der lautstarke Protest aber konnte nicht wegzensiert und auch nicht pseudodemokratisch eingemeindet werden.

Disee "Geschichtsentsorgungsstätte" wird niemals akzeptiert werden, denn es wird und kann keine "Versöhnung" geben.

ZF

Vom "Volkstrauertag" zur Neuen Wache

Die Debatte über ein gemeinsames Gedenken an Opfer und Täter dauert schon über 40 Jahre. Bereits 1946 hat die CDU die Differenzierung in die Opfer des Nationalsozialismus und die Opfer des Krieges aufzuheben versucht; den Antrag der Kommunisten im Zonenbeirat der britischen Zone zur Einführung eines Gedenktags für die Opfer des Faschismus, ergänzt sie mit einem Zusatzantrag "am gleichen Tag auch der Opfer des Krieges zu gedenken, da sie ebenfalls Opfer des NS gewesen wären."

1951, anläßlich der Feierstunde im bayerischen Landtag zum 6. Jahrestag der Befreiung des KZ Dachau, fordert der Landtagspräsident Georg Stangl auch der Bombenopfer, Flüchtlinge und Heimatvertriebenen mit einem gleichen Maß an Fürsorge und Wiedergutmachung zu gedenken, wie den rassisch, religiös und politisch Verfolgten des NS.

Der "Volkstrauertag", der ab 1951 zum Gedenken an alle Opfer auf das zweite Novemberwochenende festgelegt wird, verfestigt die Tendenz, die NS-Verfolgten weiter in den Hintergrund zu schieben.

1955 fordert die FDP zum erstenmal in Bonn ein Bundesehrenmal; 1957 wird in der Amtszeit Bundespräsident Lübkes der Beschluß gefaßt, ein Ehrenmal im Bonner Hofgarten einzurichten, das im Juli 1964 mit der Inschrift "den Opfern der Kriege und der Gewaltherrschaft" eingeweiht wird. Ergänzt in Form einer Kranzaufschrift werden die "Opfer des Aufstandes des 17. Juni". Die Stelle, eine kleine Gedenkplatte, ist den Regierenden nicht repräsentativ genug für die staatlichen Zeremonien, die dort ausgerichtet werden; zudem wird sie wegen des "vagen Identitätsangebots" von Anfang an nur als Provisorium betrachtet.

Nach jahrelangem Hin und Her fällt 1980 die Wahl des nationalen Mahnmals auf ein Gräberfeld innerhalb des Bonner Nordfriedhofs, auf dem "2.000 Tote beider Weltkriege, zivile Bombenopfer, sowjetische Zwangsarbeiter und 17 Angehörige der Waffen-SS" ein Ehrengrab haben. Das alles überragende Hochkreuz, an dem das diplomatische Protokoll vollzogen wurde, war 1933 dezidiert als Kriegerdenkmal eingeweiht worden. Erst nach den Auseinandersetzungen um Bitburg 1985 reagiert Bonn auf die Kritik an der Ehrung der Waffen-SSler und verkündet offiziell, daß die Staatsbesuche nur dem Mahnmal gelten.

1981 fordert der damalige Bundeskanzler Schmidt erneut ein Mahnmal für die Deutschen. In der Bundeshauptstadt fehle ein Denkmal für diejenigen,"die durch die Irrtümer und die Verbrechen des Dritten Reiches ihr Leben gelassen haben, sei es in den Gefängnissen und Konzentrationslagern, sei es in der Heimat im Bombenkrieg und sei es an den Fronten des Zweiten Weltkriegs". Beispielhaft nannte er das Vietnam Memorial in Washington.

Doch aktuell und zu einer Aufgabe von großer Bedeutung wird die "nationale Mahnmalfrage" mit dem Regierungswechsel 1982. Die Pläne sind ein Dreierpack, wie Kohl in seiner ersten Regierungserklärung vom Oktober 1982 erläutert: das "Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland" in Bonn, das "Deutsche Historische Museum" in "Berlin" und eine "Nationale Gedenkstätte". Kohl identifiziert sich persönlich mit den beiden Museumsplänen und bezeichnet sie als "nationale Aufgabe von europäischem Rang". Damit soll die stärkere historische Rückbesinnung — "die tausend Jahre heiler deutscher Geschichte jenseits des NS" —, die erhöhte Verbundenheit mit Staat und Verfassung und die Belebung des gesamtdeutschen Nationalbewußtseins erreicht werden. Das dahinterstehende Ziel ist die Stiftung eines neuen historischen und nationalen Konsenses, der angesichts der "Brüche" im "deutschen Geschichtsbewußtsein" erst hergestellt werden muß. Direkt soll an die Nationalgeschichte des 19. Jahrhunderts angeknüpft, und so die vielbeschworene "deutsche Identitätskrise" angepackt werden. Der Historiker Hans Mommsen stellte unumwunden fest: "Es geht um die Stärkung eines konservativ gefärbten Patriotismus."

Erster Anlauf 1983

Der Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge (VdK) legt 1983 mit seinem "Aide-Memoire" ein erstes Konzept für eine nationale Gedenkstätte vor. In den Rheinauen bei Bonn soll eine Gedenkhalle errichtet werden, deren entscheidende Symbolik eine "maßstäblich überzogene Dornenkrone, schwebend oder bodennah" sein soll. Zentrales Motto: "Opfer und Geopferte in einem versöhnenden Gedenken" zu vereinen. Der massive öffentliche Widerspruch richtet sich gegen die Gleichsetzung von Opfern und Tätern; die prinzipielle Unterscheidung zwischen Kriegstoten und den Opfern der nationalsozialistischen Verfolgung wird eingefordert. Der christliche Antijudaismus wird kritisiert.

Zwei Ereignisse sind von herausragendem identitätsstiftenden Wert für die deutschen Deutschen: das Szenario Bitburg/Bergen-Belsen am 5.5.85 und die Weizsäcker-Rede am 8.5.85, dem 40. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus.

Bei ersterem funktioniert das auf drei Ebenen gleichzeitig: Durch die Planung — morgens Besuch der Leichenhügel im ehemaligen KZ Bergen-Belsen, nachmittags der SS-Gräber auf dem Ehrenfriedhof in Bitburg — wird implizit eine aufrechnende Relativierung der NS-Vernichtungspraxis und eine Aufwertung der NS-Massenmörder erreicht. Auf Kosten der Ermordeten wird so auch eine breitere Akzeptanz für den Bitburg-"Besuch" geschaffen. Die Feier auf dem Soldatenfriedhof soll nationale Empfindungen wecken, die Normalität von Krieg und Kriegstoten reaktualisieren und alle Täter, die Waffen-SS inklusive, als zugehörig zur Nation miteinbeziehen. Der Händedruck der Generäle über den Gräbern — in Gegenwart von Kohl und Reagan — symbolisiert die Aufnahme der "Täternation" in den Kreis der "zivilisierten Nationen" durch die Alliierten, die Deutschland vom Faschismus befreit haben. Die BRD wird international rehabilitiert.

Weizsäckers Rede schafft den Durchbruch. "Glaubwürdig" bis heute führt er vor, wie Deutsche endlich wieder guten Gewissens Patrioten sein dürfen. Schlüsselworte wie "nicht verdrängen", "Verantwortung annehmen" und "Mut zur historischen Wahrheit" und die inzwischen legendäre Aufzählung verschiedener Gruppen der Opfer des NS zählen seitdem zum Standardrepertoire der "aufrechten Demokraten". Wegen der "besonderen Verantwortung" für die Schrecken der Vergangenheit sei die BRD vor allen anderen prädestiniert, sich um die (eigenen) Interessen in der Welt zu kümmern. Für diese nationale Standortbestimmung erscheint Auschwitz geradezu notwendig, um die besondere Rolle Deutschlands weltweit zu begründen. "Für ein freies Europa mit friedlichen Mitteln zu wirken, ist vor allem eine Sache der Deutschen."

1986: "Noch ein Volk?"

Ein Jahr später, am 25.4.1986, debattiert der Bundestag die Errichtung einer zentralen Gedenkstätte. Die einzelnen Redner zeichnen verschiedene Argumentationslinien des Prozesses der Geschichtsrelativierung nach und dokumentieren ihre Beziehungslosigkeit zur Vernichtungsrealität des Nationalsozialismus. Beispielhaft hierfür Reden von CDU, CSU- und SPD-Abgeordneten.

Dregger (CDU/CSU) vertritt, "im Tode sind wir alle gleich" und will für "unser nationales Ehren- und Mahnmal" keine "Opferkataloge". Nach der "schrecklichen Verlustbilanz von fast 10 Millionen Angehörigen unseres Volkes" (er zählt auf: "...seit 1914: 300.000 Deutsche starben seitdem als rassisch, religiös und politisch Verfolgte, 500.000 Deutsche starben als

Opfer des gegen die Zivilbevölkerung geführten Bombenkrieges, 2,2 Mio. Deutsche starben als Opfer von Flucht und Vertreibung, 2 Mio. deutsche Soldaten starben im Ersten Weltkrieg, 3.1 Mio. deutsche Soldaten starben im Zweiten Weltkrieg") macht er sich zum Fürsprecher dieses "gequälten und dezimierten Volkes". "Man kann die Toten unseres Volkes nicht nach Spruchkammerkategorien in Gerechte und Ungerechte einteilen." (Als "Spruchkammern" wurden die Entnazifizierungs-Institutionen nach 1945 diffamiert.) Nicht um anmaßende Einteilung in Opfer und Täter gehe es, sondern primär um die "Toten unseres Volkes". Eine deutsche Gedenkstätte solle in besonderer Weise den Deutschen gewidmet sein, "zu denen ich selbstverständlich die deutschen Juden rechne, die in den KZs ermordet wurden". So selbstverständlich wie deutsche Parlamentarier zur Ehrung der Toten der Sowjetunion Kränze niederlegten, so problemlos sei es, sowohl in Moskau als auch in Warschau der deutschen Soldaten, "der Toten unseres Volkes" zu gedenken - "neben den Opfern des polnischen Volkes, insbesondere des Warschauer Aufstandes".(...) "Ebenso klar möchte ich sagen: kein ausländischer Besucher hat Anlaß, den Kriegs- und Gewaltopfern unseres Volkes eine entsprechende Ehrenbezeugung zu verweigern".

H. Ehmke (SPD): Durch langjährige Versäumnisse habe es nur eine begrenzte Aufarbeitung der "Geschichte des Nazi-Unrechtregimes in Deutschland" gegeben, die Mehrheit der Deutschen wolle den Schlußstrich. "Da mag die Versuchung groß sein, mit einem Mahnmal gleichsam einen Schlußpunkt unter das Ganze zu setzen." Es solle nicht nur um die Deutschen, sondern um "alle Opfer der Gewaltherrschaft und der Kriege" gehen. Die SPD habe keine prinzipiellen Widerstände. Zwei "Meinungsverschiedenheiten" müßten noch geklärt werden: Erstens die "Benennung der unterschiedlichen Gruppen der Opfer des NS-Regimes" und zweitens die "Möglichkeit gemeinsamen Gedenkens an die im Krieg gefallenen Soldaten und die Opfer des Unrechtregimes". Seine Aussage "wir werden keinem Vorschlag zustimmen, der nicht auch die Zustimmung der Verfolgten und des Widerstands findet", wird direkt gekoppelt mit der unverschämten "Bitte an die Betroffenen" sich dialogbereit zu verhalten und zu einer eigenen Meinungsänderung auch bereit zu sein. "Der Riß, der 1933 bis 1945 durch das deutsche Volk ging, ist eine historische Tatsache, die nicht mehr ungeschehen gemacht, verleugnet und durch ein gemeinsames ‚Mahnmal' zugedeckt werden kann." (Aus einem Schreiben von Überlebenden und Hinterbliebenen des deutschen Widerstands an die Mitglieder des Bundestags) Dieser radikal ablehnenden Haltung hält Ehmke aber folgende wahrlich deutschen Schicksalsfragen entgegen: "Ist ein Volk, das seiner Toten nicht mehr gemeinsam gedenken kann, eigentlich noch ein Volk? (‚nicht im biologischen, sondern im politischen, im demokratischen Sinne') Kann ein politisches Gemeinwesen zu sich selber finden, wenn die in ihm lebendigen Kräfte (und Säfte d. Verf.) selbst an den Gräbern nicht mehr zueinander finden?" Ein "Denkhaus" und ein "Haus des deutschen Widerstands" in bewußter Ergänzung zu dem von der Bundesregierung geplanten "Haus der Geschichte" sei notwendig. Die zweite Idee ist besonders wichtig, da die "Frauen und Männer des Widerstands"(...) "die Ehre der Deutschen retteten".

Ströbele (Grüne) ist der einzige, der gegen den Strich argumentiert: "Ein Unding ist es aber und völlig unvorstellbar, daß die Ehrung der Ermordeten und der Verursacher ihres Todes in einem Denkmal möglich sein soll. Nur wer die deutsche Geschichte für sich entsorgt hat, kann auf solche Gedanken kommen. Die Verhöhnung der Ermordeten, neues Unrecht an ihnen und vor allem eine Zumutung für die Überlebenden, wäre unausweichlich." Die Grünen lehnen gemeinsam mit den Verbänden der Opfer das geplante monströse Mahnmal ab und warnen vor dem Versuch der Bundesregierung, "ein neues, bundesdeutsches Nationalgefühl zu schaffen".

Dr.Schneider, Bundes-Bauminister (CSU): Die Gedenkreden zum Volkstrauertag des VdK seit 1925 seien "Quelle und Fundament einer Sinnfindung und Sinngebung für eine nationale Mahn- und Gedenkstätte". "Ein nationales Mahnmal, eine Gedenkstätte für das gesamte Volk, für die Toten der Kriege und der Gewaltherrschaft, setzt nationalen Konsens voraus." Einend dafür wirken "unsere Sprache, unsere Kultur" und "unsere lange, schmerzensreiche Geschichte". Wer militärisches Zeremoniell und Kranzniederlegungen an Gedenkstätten nur als protokollarische Geste verstünde, "verkenne den Wert des Zeichen- und Symbolhaften im Leben der Völker". Und dann zur deutschen Sache: "Der Mißbrauch nationaler Symbole und Traditionen zerstört nicht ihre geistig-sittliche Substanz. Die Tatsache, daß unsre Soldaten von einem Unrechtsregime in einem sinnlosen Krieg mißbraucht worden sind, mindert nicht unsere Dankbarkeit für ihr Pflichtgefühl und ihre Tapferkeit". (...) "Wir haben verlernt, den 'Gesang der Deutschen' wieder anzustimmen"(...) "unsere gefallenen Soldaten, denen die Heimkehr, wie sie Wolfgang Borchert dramatisch in Szene gesetzt hat, versagt blieb, dürfen als Tote nicht ‚Draußen vor der Tür' bleiben!" (...) "Viele werden an das Mahnmal treten und an Kriegskameraden denken, an die Nachbarn im Luftschutzkeller, die Leidensgefährten der Kriegsgefangenschaft, der Flucht und der Vertreibung, die ertrunken und erfroren sind."

Allen Parteien — mit Ausnahme der Grünen — ist in dieser Debatte gemeinsam, die Notwendigkeit eines nationalen Mahnmals als Schritt zur Einigung des "Volkes" zu betonen. Die Details, um die verhandelt wird, sind keine unlösbaren Probleme, es ist kein fundamentaler Widerstand gegen das nationale Projekt zu erkennen. Im Gegenteil.

Nach jahrelangen öffentlichen Auseinandersetzungen, die später als "erfolglose Debatte" bezeichnet werden, wird die Planung des Mahnmals zurückgezogen, da man sich nicht einigen kann.

"Im Herzen der Hauptstadt"

Nach der Wiedervereinigung und der Entscheidung für die "Hauptstadt Berlin" bringt im September 1991 der CDU-Abgeordnete Francke zum ersten Mal die Berliner Neue Wache ins Gespräch. Conradi (SPD) signalisiert seine volle Zustimmung. Nach dem Besuch Kohls im "Deutschen Historischen Museum" (DHM) in Berlin, bei dem seine Aufmerksamkeit auf das Werk von Käthe Kollwitz gerichtet wird, fällt die Entscheidung für die Pieta (FAZ, 29.1.93).

Am 27.1.1993 ergeht der Kabinettsbeschluß zur Umgestaltung der Neuen Wache zur "Zentralen Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland", die Einweihung ist am Volkstrauertag, dem 14.11.1993 geplant. Christoph Stölzl, der Direktor des DHM in Berlin ("Kohls Statthalter für die Neue Wache", Selbstbezeichnung) ist der zuständige Beauftragte der Bundesregierung. Von Anfang an werden die Planungen von öffentlichem Widerspruch begleitet. Doch im April beginnt die bauliche Umgestaltung.

Am 14.5.1993 wird auf Antrag der SPD ein letztes Mal im Bundestag über die "Zentrale Gedenkstätte des Bundes" diskutiert. Kohl argumentiert, es sei "überfällig" und eine "international zwingende Notwendigkeit", ein "würdiges Mahnmal" für das internationale Protokoll und die Gäste aus dem Ausland zu haben. "Es gibt keine Hauptstadt der Erde, in der mit Blick auf diese Frage die Repräsentanz eines Landes so wahrgenommen wird wie hier bei uns". Das habe schließlich etwas mit der "Würde unseres Landes" zu tun, "wie wir mit dem Gedenken an die Toten umgehen". "Fast jeder von uns" habe "eine sehr persönliche Beziehung zu diesem Thema", die bestehe im "ganz ‚normalen' Schicksal einer deutschen Familie".

Zentrale Argumente: "Ich finde, es ist wichtig, daß diese Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt getroffen wird — in einem Augenblick, da noch wenigstens ein Viertel

der heute lebenden Deutschen eine sehr persönliche Erinnerung an den Krieg und an die Nazizeit hat. Wenn Sie in das Handbuch des Deutschen Bundestags schauen, sehen Sie, daß die Zahl derer, die Kriegsteilnehmer waren oder, wie ich, Jugendliche und Heranwachsende bei Kriegsende, schon recht klein ist, und sie wird im nächsten Bundestag mit Sicherheit noch kleiner sein. (...) ich glaube, es ist schon wichtig, daß das unmittelbare Erlebnis einer Generation bei einer solchen Entscheidung mit aufgenommen wird. Es ist ein Unterschied,(...) ob man noch die Bilder der Gefallenen vor sich sieht, Bilder von Bombennächten und von Flüchtlingstrecks, oder ob man das nur aus dem Schulunterricht, aus Büchern, aus Dokumenten erfährt". Der Selbstverklärung — "wir Deutschen haben zu Nachdenklichkeit und Nachsinnen in der Trauer ein neues Verhältnis gewonnen" — folgt die Befürwortung des Menschelnden der Kollwitz-Skulptur, jedem verständlich und die Frau als Opfer von Krieg und Gewalt, als Mutter und Witwe berücksichtigend.

Zur Inschrift erklärt er: "Seit Gründung der Bundesrepublik haben alle Bundespräsidenten eine Formulierung gewählt, die von der großen Mehrheit unseres Volkes akzeptiert und richtig verstanden wurde. Nun kann man sich natürlich fragen, ob eine solche, mehr pauschale Formulierung nicht manches miterfaßt, was wir nicht miterfaßt sehen möchten. Deshalb könnte man erwägen, mit der Formulierung mehr ins Detail zu gehen. Damit geriete man aber in die ganzen Irrgärten der modernen deutschen Geschichte. Je mehr Sie formulieren, um so weniger Gerechtigkeit werden Sie herbeiführen".

CDU/CSU, FDP und SPD geben ihre Zustimmung für die Umwandlung der Neuen Wache und für die Kollwitz-Skulptur, Bündnis90/Grüne bekräftigen ihre Ablehnung. Die Debatte um die Inschrift wird mit Kohls "Irrgärten-Argument" abgebügelt; der Vorschlag der SPD und PDS, durch Auszüge aus der Weizsäcker-Rede vom 8.5.85 namentlich an die NS-Opfer zu erinnern, wird abgelehnt. Und auch Conradi (SPD) kann mit seinem "Verbesserungsvorschlag" "den Opfern der Gewaltherrschaft und des Kriegs" (die Gewaltherrschaft sei zuerst dagewesen) nicht landen.

Im Juli meldet sich Stölzl nochmals zu Wort. Er warnt vor den überhöhten Anforderungen "spitzfindiger Intellektueller", die glaubten, "in der Ausbreitung der Schuldproblematik sich mal wieder abarbeiten zu müssen". Der Streit um die Gleichsetzung von Opfern und Tätern sei unverständlich. "Opfer bedeute in der deutschen Sprache zunächst einmal nichts anderes als ,zu Tode gekommen'". Und außerdem: "Der Durchschnitt der Leute weiß ziemlich genau, wer damit gemeint ist — ganz sicher nicht Roland Freisler." Er fordert mehr Gelassenheit, denn, wie auch immer man sich Auschwitz und Stalingrad nähere — "es ist immer unvollkommen".

Und dann, am 19.10, scheint der jahrelange Streit plötzlich beendet. Im Innenraum der Neuen Wache soll stehen: "den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft" und außen zwei Tafeln angebracht werden. Eine zur Geschichte des Gebäudes (der Nationalsozialismus existiert darauf nicht), die andere mit einer Aufzählung einiger Gruppen der Opfer des NS (angelehnt an die Weizsäcker-Rede) und dem Schlußhalbsatz "des Gedenkens an die Frauen und Männer, die verfolgt und ermordet wurden, weil sie sich totalitärer Diktatur nach 1945 widersetzt haben." Die so entstandene Teilung bedeutet, den christlichen Innenraum den deutschen "Opfern" vorzubehalten, alle anderen bleiben "außen vor"; in Fußnoten zur deutschen Geschichte.

"Sinnstifter" Kohl hat sich mit der Gedenkstätte, der Kollwitz-Figur und der Inschrift vollständig durchgesetzt. Im Eiltempo, ohne Diskussion und öffentliche Ausschreibung entschied man sich für die direkte Anknüpfung an die Traditionen der preußischen und deutschen Geschichte.

"Bitburg Unter den Linden"

Die massive Kritik, besonders in Berlin vor Ort, war vielfältig. Die undemokratische "denkmalspolitische Geschmacksdiktatur" Kohls, die "Augen-zu-und-durch-Masche" des "Erfinders der Gnade der späten Geburt", der die Verbände der Opfer nicht am Entscheidungsprozeß beteiligt und die KritikerInnen nicht erhört. Sei es aus demokratischen, aus architektonischen, aus künstlerischen Gründen — man will nicht übergangen werden bei der Ausgestaltung solch einer wichtigen Angelegenheit. Das Mißtrauen, daß Gedenken an diesem Ort über ein diffuses Mitleid (mit wem eigentlich?) nicht hinauskommen wird, eint viele. Im Unterschied zur Debatte Mitte der 80er wird die grundsätzliche Unmöglichkeit der Gleichsetzung von Opfern und Tätern nur am Rande mitdiskutiert.

Doch damit, daß eine solche Gedenkstätte möglich und nötig sei und auch mit der Wahl der Ortes sind die meisten einverstanden. Es geht um Details der Rekonstruktion des Tessenowschen Innenraums von 1931 — Eichenlaubkranz ja oder nein — und um das Blow-up der Kollwitz-Figur ums Vierfache. Die christliche, andere Religionen ausschließende Symbolik der Figur wird kritisiert und das darüber vermittelte Frauenbild. Selten sind die Stimmen, die das Projekt insgesamt ablehnen und bekämpfen.

Der monatelange Protest verschiedener Verbände der Opfer des NS wie VVN, Arbeitskreis verfolgter Sozialdemokraten, Zentralrat der Juden in Deutschland, Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, "Weiße Rose Stiftung", hat immer wieder die Unmöglichkeit eines gemeinsamen Gedenkens betont, von der Verhöhnung der Opfer gesprochen und davon, "sich der Verantwortung eiskalt zu entledigen". In zahlreichen Stellungnahmen und Interventionsversuchen wird der Regierung das Recht abgesprochen, diese Frage allein zu Lasten der Überlebenden zu entscheiden. Romani Rose stellt wiederholt klar: "Ein gemeinsames Gedenken an Holocaust-Opfer und Täter am selben Ort ist unzumutbar und entwürdigend."(FR, 19.7.93) Ignatz Bubis spricht von der "Nivellierung der Opfer" und Jerzy Kanal von der "Verfälschung der Geschichte".(SZ, 15.10.93)

Nach der "Einigung" am 19.10. erklärt Bubis in einem Interview: "Natürlich ist es kein jüdisches Mahnmal (...) es ist eine deutsche Gedenkstätte. Die Juden fühlen sich hier nicht vertreten und bestehen deshalb weiterhin auf einem eigenen Ort des Gedenkens. Die Neue Wache ist aber ein Kompromiß, mit dem wir leben können."(Neue Zeit, 10.11.93) Einige Tage vor der Eröffnung geht Jerzy Kanal nochmals an die Öffentlichkeit. Mit dem einstimmigen Beschluß der Repräsentantenversammlung der Berliner Jüdischen Gemeinde verweigert er - wie zahlreiche Gruppen und Einzelpersonen - die Teilnahme an der Einweihung. "Für unser Empfinden ist es undenkbar, den Opfern, die durch den NS-Unrechtsstaat und seine grausame Todesmaschinerie ermordet wurden — nur weil sie Juden waren — in einem Atemzug mit den Opfern der Weltkriege zu gedenken, von denen ein Teil die Maschinerie bediente." (TAZ, 8.11.93)

ZF

Quellen:

Diverse *Tageszeitungen*

Bundestagsdebatte vom 25.4.1986, dokumentiert in: FR, 31.5.1986 und FR,2.6.1986

Helmut Kohl, Rede vor dem Deutschen Bundestag vom 14.5.1993 zum Thema "Zentrale Gedenkstätte des Bundes", 158. Sitzung. Aus: Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung: Bulletin (Bonn), 21.5.1993

Stefan Lange, Etappen eines Diskussionsverlaufs. Aus: Im Irrgarten deutscher Geschichte, Die Neue Wache 1818-1993, Schriftenreihe Aktives Museum, Band 5, November 1993

Thomas Lutz, Schwierigkeit zu trauern, Gespräch zur Zukunft der Neuen Wache 24.3.1993. Aus: Akademie der Künste, Streit um die Neue Wache, Zur Gestaltung einer zentralen Gedenkstätte, 1993

Jochen Meister, Die Neue Wache als "Ehrenmal Deutschen Heldischen Sterbens". Aus: Im Irrgarten deutscher Geschichte

Hans Mommsen, Die Last der Vergangenheit wird weitgehend ausgeklammert. Aus: FR, 29.3.1986

Richard von Weizsäcker, Rede zum 8. Mai 1985

Nationaler Sozialismus und Antisemitismus

"Ich bin ein deutscher Kommunist", hieß das Credo von Joseph Goebbels, deutsch offenbar ganz groß geschrieben. "Innerhalb des Bolschewismus" - schreibt sein Biograph Ulrich Höver - "differenzierte Goebbels zwischen einer national-rassistischen, leninistischen, stalinistischen Linie, auf die er Hoffnungen setzte, und einer international-jüdischen, marxistischen, trotzkistischen Linie, die ihm verhaßt war."

Vieles spricht dafür, daß Goebbels mit dem barbarischen Instinkt des Feindes der Menschheit hier eine Anfälligkeit der Linken gegenüber dem Nazismus "roch". Vieles spricht dafür, daß das von Goebbels erhoffte Bündnis zwischen Nationalsozialisten und nationalen Sozialisten, das in der damaligen Zeit jeweils nur kurz — z.B. im Hitler-Stalin-Pakt — aufflackerte, heute bessere Chancen hat. Alles spricht dafür, die "international-jüdische" Linie des Kommunismus, die Goebbels als Todfeind seiner Bewegung haßte, heute neu zu fundieren und zu organisieren. Die folgenden vier Thesen sollen dazu einige erste, vorläufige Überlegungen beisteuern.

1. These: Lenins Kapitalismuskritik weist eine strukturelle Affinität zum Antisemitismus auf

"Ein geistreicher deutscher Sozialdemokrat der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts bezeichnete die Post als Muster sozialistischer Wirtschaft. Das ist durchaus richtig. Gegenwärtig ist die Post ein Betrieb, der nach dem Typ des staatskapitalistischen Monopols organisiert ist. Der Imperialismus verwandelt nach und nach alle Trusts in Organisationen ähnlicher Art... der Mechanismus der gesellschaftlichen Wirtschaftsführung ist hier bereits vorhanden. Man stürze die Kapitalisten, man breche mit eiserner Faust der bewaffneten Arbeiter den Widerstand dieser Ausbeuter, man zerschlage die Maschinerie des modernen Staates — und wir haben eine von dem 'Schmarotzer' befreiten technischen Mechanismus vor uns, den die vereinigten Arbeiter sehr wohl in Gang bringen können."(Lenin, Staat und Revolution, 1917) Deutlich wird in diesem Zitat Lenins Schwäche als Kapitalismuskritiker. Kapitalismus — das sind für ihn die Kapitalisten, ist also kein gesellschaftliches Verhältnis. Schädlich ist nicht das Ware-Geld-System, sondern sind die Personen an seiner Spitze, die "Schmarotzer", die Finanzoligarchie. Dieses System, dessen blinde Akkumulationswut geeignete Produktivkräfte hervortreibt und die Menschen über den Ware-Geld-Fetisch in seinen Bann schlägt, will Lenin nicht abschaffen, sondern lediglich unter ein anderes Kommando bringen. Mit der Verortung der Übel des Kapitalismus in der Finanzoligarchie liegt Lenin dicht bei der sozialen Demagogie der Antisemiten. Diese wollen ebenfalls nicht das Kapital an sich angreifen, sondern beschränken sich auf die Attacke gegen das "raffende Kapital". Das antisemitische und das leninistische Bild vom Kapitalismus weist Ähnlichkeiten auf: Die produktive Basis ist gut, schlecht sind nur die Schmarotzer, die den Profit absorbieren und sich ein süßes Leben machen. Diese Schmarotzer, ein kleiner, genau definierbarer Personenkreis, müssen vernichtet werden, dann hat die Revolution gesiegt. Während Lenin seine Kritik am Finanzkapital personalisiert, nämlich im Geldadel der Finanzoligarchie, biologisiert der Antisemit die Kategorie "raffendes Kapital" in den Juden. Von der Personalisierung zur Biologisierung ist es nur ein Schritt: Wenn die KPF von den "hundert Familien" sprach, die Frankreich angeblich beherrschen, so waren darunter etliche jüdische Familien, die auch die Antisemiten im Visier hatten.

Jürgen Elsässer hat auf dem Kongreß der Zeitschrift "konkret" ein Referat über die antisemitischen "Geisterfahrten" der national denkenden Linken gehalten und für eine spätere Veranstaltung des AStA der Uni Münster vertieft. Wir drucken ihn in dieser neueren Fassung mit freundlicher Genehmigung aus Münster nach.

Bei Lenin gibt es also eine strukturelle Affinität zum Antisemitismus, aber — das sei unterstrichen — keine inhaltliche. Lenin und die frühen Bolschewiki waren keine Antisemiten. Im Gegenteil:Nach der Oktoberrevolution hatte die drückende Verfolgung, denen die Juden unter dem Zarismus ausgesetzt waren, ein Ende. Aus diesem Grunde schlossen sich nicht nur viele Intellektuelle jüdischer Herkunft den Bolschewiki an; auch unter orthodoxen Juden wuchs das Vertrauen in das neue System, als sie mit eigenen Augen sahen, wie Trotzkis Rote Armee sie vor den Pogromen der "Weißen" schützte. Lenin polemisierte zwar heftig gegen den Zionismus und den Autonomismus des "Bund", aber das war ein rein theoretischer Streit. In der Praxis übte die Sowjetmacht gegenüber Zionisten weit mehr Toleranz als gegenüber Menschewiken und Anarchisten; so war zum Beispiel die Ausreise nach Palästina bis 1925 recht problemlos möglich.

2. These: Unter Stalin verfault der politische Antizionismus Lenins zum antisemitischen Antizionismus

Diese Mutation beginnt schon Ende der 20er Jahre, als in der Kampagne gegen die trotzkistische Opposition Anspielungen auf deren jüdische Herkunft gemacht werden, setzt sich ähnlich während der Moskauer Prozesse fort, wird deutlich am Desinteresse der sowjetischen Propaganda am Massenmord an den Juden durch den Nazi-Faschismus, steigert sich schließlich nach 1945 in der Kampagne gegen das Jüdische Antifaschistische Komitee und gegen jüdische Ärzte zu Meuchelmorden, Todesurteilen und tausendfachem Berufsverbot. Mittlerweile gibt es zahlreiche Hinweise, daß Stalin 1953 die Deportation der gesamten sowjetischen Judenheit nach Sibirien plante, die Züge waren schon bereitgestellt, und nur sein Tod verhinderte dieses Vorhaben.

Konstitutiv an diesem Umschlagen von Lenins politischem Antizionismus zu Stalins antisemitischem Antizionismus war nicht der terroristische Charakter des Stalinismus oder der persönliche Antisemitismus von Josef Stalin. Diese beiden Faktoren haben die Mutation vom Antizionismus zum Antisemitismus nicht bewirkt, sondern lediglich radikalisiert. Ursächlich ist etwas anderes: Lenin war in seiner Zielbestimmung Internationalist. Zwar war sein Internationalismus nicht konsequent, er hat sich insbesondere durch die Losung vom *nationalen Selbstbestimmungsrecht* konterkariert; dennoch war der Wille zur Weltrevolution das treibende Motiv im Handeln Lenins und der Bolschewiki. Die Sowjetunion war für sie ein Provisorium, ein bloßer Stützpunkt für die internationale Revolution, und dieser provisorische Charakter kam z.B. in der sowjetischen Hymne zum Ausdruck, die eben keine Nationalhymne war, sondern die "Internationale". Stalin verabschiedete sich vom Internationalismus und proklamierte den nationalen Sozialismus, den "Sozialismus in einem Land". Es ist kein Zufall, daß zeitgleich die Parteiauseinandersetzungen ihre antisemitische Konnotation bekamen. Die provisorische Nation zu

Lenins Zeiten konstituierte sich rein politisch, nämlich in Abgrenzung zu den Kapitalisten und als Brückenkopf der Weltrevolution. Die Stalinisten verwarfen diese beiden Kriterien: zum einen hatten sie die Weltrevolution aufgegeben, zum anderen definierten sie die UdSSR spätestens ab Mitte der 30er Jahre als ein Land ohne Klassenwidersprüche. Sofern sie noch von Klassenkampf sprachen, meinten sie damit die Subversion von außen, durch den Imperialismus. Da die Nation nicht mehr politisch und provisorisch konstituiert wurde, mußte sie "ex negativo" hergestellt werden, wie in jedem anderen Nationalstaat auch: in Abgrenzung gegen "die anderen", gegen "das Ausland". Diese Nation-Konstruktion gravitiert zum Antisemitismus, denn die Juden sind es, die aufgrund ihrer verwandtschaftlichen und religiösen Verbindungen in andere Länder seit eh und je als "ewige Wanderer", als "Wurzellose", als "vaterlandslose Gesellen" stigmatisiert werden. Typisch, daß nach dem 2. Weltkrieg die Begriffe "Kosmopolit" und "Zionist" im Zentrum der Anklagen gegen Dissidenten standen und oft synonym und gleichzeitig verwendet wurden. Der Klassenkampf, der bei Lenin dominierte, war ersetzt durch den Kampf der sozialistischen Nation gegen das Ausland, personalisiert im Kosmopoliten, im Zionisten, vulgo: im Juden.

3. These: Die kommunistischen Ideen bilden eine Barriere gegen den Ausbruch des Antisemitismus

Stalins Pläne für eine Deportation aller sowjetischen Juden nach Sibirien zwingen die Linke zu einer Diskussion über die Totalitarismus-Theorie. Zeigt der Stalinsche Antisemitismus nicht eine Konvergenz Faschismus / Stalinismus an?

Doch es gibt einen wichtigen Unterschied: Im Nazismus waren herrschende Praxis und herrschende Ideologie kohärent,im Stalinismus nicht. Hitlers Endlösung war in "Mein Kampf" angelegt; wer aber "Das Kommunistische Manifest" gelesen hatte oder sich an Lenins auf Schallplatten verbreitete Reden gegen den Antisemitismus erinnerte, den mußte bei Stalins Hetze gegen die Zionisten zumindest ein schlechtes Gefühl beschleichen. An dieser Schizophrenie konnte sich kritisches Denken in der UdSSR ständig von neuem bilden, und deshalb fanden sich in Partei und Staat immer wieder Menschen, die gegen den Antisemitismus opponierten, und nach Stalins Tod wenigstens die geplanten Deportationen stoppten.

Die bisherige Totalitarismustheorie ist also nur phänomenologisch richtig, nicht analytisch. Eine kommunistische müßte die antikommunistisch Totalitarismustheorie vom Kopf auf die Füße stellen: Während die Antikommunisten behaupten, die bürgerliche Gesellschaft tendiere unter der Voraussetzung zum Totalitarismus, daß sie kommunistische Elemente in sich aufnehme — am deutlichsten wird das in Noltes Diktum von Auschwitz als "asiatischer Tat" — ist es genau umgekehrt: Die sozialistisch-kommunistische Gesellschaft tendiert unter der Voraussetzung zum Totalitarismus, daß sie bürgerliche Elemente in sich aufsaugt, insbesondere die bürgerliche Vergesellschaftung über die Nation und den Staat. Deswegen gab es überall dort, wo neben der erstarrten Herrschaftsideologie noch der Kommunismus von Marx als Feindschaft zu Nation und Staat präsent war, eine Barriere gegen den Totalitarismus. Für unser Thema heißt das: Der Antisemitismus der Linken ist kein Resultat des kommunistischen Denkens, sondern des Bruchs mit ihm.

4. These: Antizionismus fungiert heute als Scharnier zwischen nationalen Sozialisten und Nationalsozialisten

Ein solcher Bruch mit dem kommunistischen Denken erfolgte unter Stalin, und er erfolgte wieder, allerdings mit anderen Begründungen, in den Jahren nach 1989. Spätestens seit dem August-Putsch 1991 ist der Kommunismus in allen seinen Varianten diskreditiert. Bei den Restbeständen der KPdSU gibt es keine Differenz zu den Faschisten mehr, in ihrem Plädoyer für einen großrussischen Nationalismus und für einen starken Staat als Kommandeur von Gesellschaft und Wirtschaft sind Ex-Kommunisten und Pamjat-Faschisten austauschbar und das Bündnis, das sich zwischen ihnen immer wieder herstellt, ist zwangsläufig. Feind dieser "Vaterländischen Rettungsfront" ist nicht das Kapital, sondern das ausländische Kapital, symbolisiert wird es im Zionismus oder in der bekanntlich jüdisch beherrschten Wall Street. Antizionismus ist das Scharnier für das barbarische Bündnis aus Ex-Kommunisten und Faschisten.

Der Funke für eine solche Allianz ist auch auf Deutschland übergesprungen, wie die Verhandlungen zwischen der PDS-Vorständlerin Ostrowski und der Nazi-Gruppe "Nationale Offensive" zeigen. Welche Chance hat eine solche antisemitisch-antizionistische Bewegung hierzulande? Ist der Antisemitismus im Westen nicht längst substituiert durch den "demokratischen Rassismus", um in der Terminologie der Ex-"Marxistischen Gruppe" zu sprechen, bzw. den "Multi-Kulti-Rassismus", wie Jutta Ditfurth sagen würde?

Dieser Fragestellung liegt eine Verwechslung von Rassismus und Antisemitismus zugrunde — und eine Fixiertheit auf die Wohlstandsinseln der Weltökonomie. Zwar stimmt es, daß in Westeuropa der Antisemitismus — im Gegensatz zum Rassismus — eher latent ist; in Osteuropa hingegen sieht es ganz anders aus. Und auch diese Ost-West-Trennung ist nicht statisch, sie reflektiert nur einen unterschiedlichen und durchaus wandelbaren Nationenbegriff. Dem westlichen Nationalismus steht der völkische Nationalismus gegenüber, dieser völkische Nationalismus ist aber nicht auf die Länder des Ostens beschränkt, sondern hatte seinen Ursprung in Deutschland und ist hier als ius sanguinis nach wie vor in der Verfassung verankert. Beide Nationenbegriffe korrespondieren mit jeweils anderen Formen des Massenbewußtsein:

* Dem Nationalismus westlicher Prägung entspricht der Wohlstandschauvinismus. Er findet Ausländer so lange gut, wie sie den Inländern nützen, die Profite mehren, die schmutzige Arbeit machen. Dieser Wohlstandschauvinismus ist eine allgemein-westliche Erscheinung, ihr Prototyp ist die Lega Nord, die sich vom "unnützen Süden" abspalten und die "nutzlosen Esser" loswerden will. Dieser Rassismus zeigt das kalte Gesicht kapitalistischer Rationalität. Er ist die Kampfansage der Weltmarktgewinner an die Weltmarktverlierer, er verteidigt die Zitadellen des kapitalistischen Wohlstandes gegen die "Unproduktiven". Hauptgegner des Nationalismus westlichen Typs sind die sogenannten Untermenschen, die aus historischen Gründen — Kolonialismus! — mit dunklerer Hautfarbe assoziiert werden.

* Der völkische Nationalismus findet Ausländer auch dann nicht gut, wenn sie Profit bringen. Sein Schlachtruf ist "Deutschland den Deutschen". Er will sich nicht, wie die Lega Nord, unproduktive Territorien vom Halse schaffen, sondern immer neue Gebiete "heim ins Reich" holen, selbst wenn sie unproduktiv sind wie die DDR. Der völkische Rassismus sprengt den Rahmen der kapitalistischen Rationalität, ohne den Kapitalismus beenden zu wollen. Er ist die Kampfansage der echten oder halluzinierten Weltmarktverlierer gegen die Weltmarktgewinner, die er mit dem Bild der jüdischen Weltverschwörung mystifiziert. Hauptgegner des völkischen Nationalismus sind die "Übermenschen", die aus historischen Gründen im Feindbild des Juden biologisiert werden.

Während man den Kern des westlichen Nationalismus als brutalisierten Pro-Kapitalismus beschreiben kann, steht im Zentrum des völkischen Nationalismus der deformierte Antikapitalismus. Der wichtigste Grund, wieso sich in Deutschland die nationalistische Massenbewegung vor allem gegen die "Untermenschen" richtet, also rassistisch artikuliert, und nicht gegen die

"Übermenschen", also antisemitisch, ist also darin zu suchen, daß diese Gesellschaft nach wie vor zu den Weltmarktgewinnern gehört und deswegen die Kundschaft für deformierten Antikapitalismus nicht sehr zahlreich ist. Wenn die ökonomische Wüste aber von Osten und Süden in die Mitte Europas vordringt, wird sich das schnell ändern. Schon wenn die deutsche Volkswirtschaft vom zweiten auf den fünften Platz in der Weltbestenliste abrutscht, schon wenn die Triebabfuhr über den Autowahn nicht mehr unbegrenzt möglich ist, werden sich die Landsleute als Sklaven der Wallstreet beweinen und zielsicher im Arsenal der kollektiven Erinnerung nach den Schuldigen für die Misere fahnden.

Antisemitismus als deformierter Antikapitalismus wird in Folge der Rezession auch in Westeuropa virulent werden. In Deutschland trifft dieser primäre Antisemitismus auf den hier bisher vorherrschenden sekundären Antisemitismus. Beide Versionen firmieren aus unterschiedlichen Gründen unter dem Etikett des Antizionismus, die eine zur Tarnung in der oberflächlich verwestlichten Bundesrepublik, die andere aufgrund ihrer ideengeschichtlichen Entwicklung in der oberflächlich sozialistischen Sowjetunion. Angesichts dieser doppelten Herausforderung erhält die Demaskierung des Antizionismus einen neuen Stellenwert. Es geht hier nicht mehr um eine "Ehrenrettung der Linken", um eine "Selbstbestreitung", wie Jean Amery sagte, sondern es geht um den Widerstand gegen eine neuartige barbarische Bewegung, eine Verbindung aus nationalem Sozialismus und Nationalsozialismus. Gruppen und Personen, die — wie die Ex-MG und Teile der Autonomen und der PDS — weiterhin am Antizionismus festhalten, werden in die Formierung dieser Bewegung eingesaugt werden, zumindest an ihren Rändern.

Potentiell ist die gesamte frühere Linke von diesem Prozeß bedroht, sofern sie Lenins oben erwähnte Verkürzungen der Kapitalismus-Kritik teilt oder sogar noch dahinter zurückfällt. Die einzige Möglichkeit, das Verfaulen des verkürzten Antikapitalismus zum Antisemitismus zu verhindern, ist konsequenter Internationalismus in Form des Antinationalismus. In diesem Sinn ist der Slogan "Nie wieder Deutschland" nicht mehr, aber auch nicht weniger als das Minimalprogramm für einen linken Neuanfang.

Jürgen Elsässer

Von Jürgen Elsässer ist 1992 das Buch "Antisemitismus — das alte Gesicht des neuen Deutschland" erschienen (Dietz Verlag Berlin). Siehe auch die Rezension in BAHAMAS Nr. 8.

Die Linke und die "soziale Frage"

Wie rechte Wahlerfolge, Nationalismus und Rassismus zusammenhängen

Die Erfolge der Rechten bei der Hamburger Bürgerschaftswahl im September von insgesamt 8% der Wählerstimmen haben die Bemühungen beschleunigt, den Faschisten "ihre Themen" zu klauen. Die SPD definiert sich dabei einmal mehr als "Partei der kleinen Leute", da es *"eine Demokratie gegen unten auf Dauer nicht geben kann"*, wie Voscherau erklärte. Die Annäherung an das "gesunde Volksempfinden der kleinen Leute" kann nur rechts enden.

Doch nicht nur die SPD, sondern der größte Teil der Linken verknüpft den Anstieg rechter Überzeugungen mit der Suche nach sozialen Alternativen. Dabei kommt ein alter linker Schlager wieder zu Ehren: das soziale Subjekt als Subjekt der Veränderung — revolutionär, reformistisch oder einfach nur als sozialstaatlich zu gewinnendes definiert. Im Folgenden bin ich der Frage nachgegangen, warum die Vision von Friedrich Engels aus dem Jahre 1845 heute so meilenweit von der Wirklichkeit entfernt ist:

"Die Proletarier aber haben in allen Ländern ein und dasselbe Interesse, einen und denselben Feind, ein und denselben Kampf vor sich; die Proletarier sind der großen Masse nach schon von Natur ohne Nationalvorurteile, und ihre ganze Bildung und Bewegung ist wesentlich humanistisch, antinational. Die Proletarier allein können die Nationalität vernichten, das erwachende Proletariat allein kann die verschiedenen Nationen fraternisieren lassen." (1) Warum sind die heutigen "Proletarier" nicht antinational, sondern ausgesprochen national im Denken und sozialen Handeln?

Rechts aus sozialen Gründen?

Die Überlegung, den Rechten sozial und arbeitsmarktpolitisch das Wasser abzugraben, basiert auf der Einschätzung, daß die Wähler die Rechten aus "sozialen Gründen" wählen. Dafür gibt es zwar keine Belege, denn weder wurden sie überwiegend von sozial Ausgegrenzten oder den "Modernisierungsverlierern" — den Lieblingskindern deutscher Soziologen — gewählt, noch weisen sich rechte Parteien wie Reps, DVU, NPD oder die kleinen Nazigruppen durch wirtschaftliche und soziale Alternativen aus. Ihre Programme sind schlicht gestrickt: gegen Ausländer, gegen Mafia und Kriminalität, für deutsche Arbeitsplätze und Wohnungen für Deutsche. Das ist alles. Führer und Kandidaten der Rechten mit Massenanklang sind keine intellektuellen Könner, die argumentativer Auseinandersetzung standhalten, sondern dumpfe (meist) Männer und Frauen wie er und sie. Sie sind wie ihre Vorbilder, die nationalsozialistischen Führer, Witzfiguren, wenngleich deren demagogische Begabung größer war.

Spätestens seit den Kommunalwahlen in Hessen und den Hamburger Wahlen ist es allerdings eine Tatsache, daß — ähnlich wie bei der Wählerschaft Le Pens in Frankreich — der Arbeiteranteil unter den rechten Wählern zu Lasten der SPD ansteigt. Folglich, so die sozialdemokratische Konsequenz und die der meisten Linken und Autonomen, sind soziale (gleich: Wohnungs-, Lohn- und Arbeitsplatz-) Fragen ursächlich für die rechten Wahlerfolge. Der neudeutsche Rassismus und Nationalismus wird in dieser Sichtweise nicht in seinen ideologischen Überzeugungen ernstgenommen, also als rechter Protest, sondern zu einem "deformierten" sozialen Protest uminterpretiert: *"Daß die enttäuschten und betrogenen ArbeiterwählerInnen erst einmal nach rechts wandern, liegt an dem offensichtlichen Mangel einer Alternative"*, schrieb die in KPO-Tradition stehende Gruppe Arbeiterpolitik nach der Hessenwahl. In einer *"Situation zunehmender Verunsicherung breiter Bevölkerungskreise, was die weiteren wirtschaftlichen und politischen Perspektiven betrifft, greifen Stimmungen um sich, die gesellschaftliche Minderheiten zum Sündenbock für die Probleme machen"* ("Arbeiterpolitik", Nr. 3, 5.7.93).

Also fehlt der Aufbau einer Alternative, einer reformistischen oder gar revolutionären, um den deformierten Protest links zu wenden, bzw. die rechten Überzeugungen zu neutralisieren? Georg Fülberth hatte ebenfalls nach Hessen in "Konkret" (3/93) einer *"linken Protestpartei"* als *"Gegengewicht zu Schönhuber"* Chancen gegeben, wenn sie *"sozial in den Schichten verankert"* wäre, aus denen die "Republikaner"

ihren Zulauf erhielten. Bedingung: linkes Klinkenputzen in den entsprechenden "Quartieren". Was er den Leuten allerdings erzählen will — kämpft für Wohnungen, nicht gegen Ausländer, kämpft für Arbeitsplätze, aber gegen den "Standort Deutschland"? — ließ er offen. Bis weit in die Kreise der Autonomen und der Zeitschrift "wildcat" hinein wird dieser Ansatz geteilt, wenngleich nicht immer mit der Wahlfrage verknüpft (2).

Die Themen der Faschisten aufgreifen?

Noch krasser fällt die Auswertung der BWK-Spitzenkandidatin der "Linke Alternative — wehrt euch" nach der Hamburger Wahl aus, die ich ausführlich zitieren will. Das Erstarken der Faschisten führt sie auf *"inhaltliche Schwächen"* der 0,5%-Liste zurück, die *"darin bestehen, daß wir kein eigenes Urteil zu den gesellschaftlichen Phänomenen und Prozessen wagen, die die Rechten aufgreifen"*. Glaubt man noch, daß von mangelnder Kapitalismuskritik die Rede ist (deren Wählbarkeit allerdings zu bezweifeln ist), folgt — kaum zu glauben: *"Ich will in keinster Weise einer Auffassung das Wort reden, daß nun auch die Linke das ‚Asylantenproblem', das ‚Ausländerproblem', das ‚Kriminalitätsproblem' usw. anzuerkennen und jeweils ‚Lösungen' anzubieten hätte."* Man ahnt schon das "aber". Als Beispiel bringt sie den DVU-Wahlkampf gegen Kriminalität, wonach zunehmend Menschen abends überfallen werden. *"Das kommt täglich tausendfach vor. Die DVU greift die Angst davor, Opfer von Gewalthandlungen zu werden, auf und empfiehlt totalitäre Staatsmaßnahmen."* Dagegen würde man nur antworten, *"wohin der Totalitarismus führt"*, trage *"aber nicht zur Aufklärung der Angst und zu einer Orientierung desjenigen, der Angst verspürt"*, bei. Folgerung: *"Meiner Meinung nach ist es an der Zeit, die Themen, die die Faschisten aufgreifen und durch die sie zum Erfolg kommen wollen, einmal zusammenzustellen und die inhaltliche Auseinandersetzung zu entfalten. Die gesellschaftlichen Phänomene, an denen sich DVU, REPs und andere hochziehen, müssen inhaltlich zum Gegenstand antifaschistischer Politik werden, wo sie es noch nicht sind."* Nun wäre man natürlich auf die Auseinandersetzung und Schlußfolgerung gespannt, die bleibt aber (noch?) aus. Gefordert wird — dreizehn Jahre nach Gründung der Grünen — nur, *"daß die politischen Bewegungen an sachlicher Kompetenz gewinnen."* (alle Zitate aus: Lokalberichte Hamburg, Nr. 20/Oktober 1993)

Heillose Verwirrung! Sieht man einmal von der Omnipotenz einer Nullkomma-Gruppierung ab, sie habe den Wahlerfolg der Faschisten wegen inhaltlicher Fehler nicht verhindert, abgesehen von der Tatsache, daß sie nicht einmal die Nichtfaschisten gewinnen konnte (oder sind etwa die Chancen im faschistischen Lager linke Stimmen zu werben größer?), bleibt als Aussage stehen: die Faschisten greifen ernsthafte, reale Probleme der Menschen auf und wir müssen ihnen die Themen klauen. Daß dabei letztlich nicht mehr als ein Sozialprogramm rauskommen würde ist eines, daß die "sachliche Kompetenz der Bewegungen" bei Forderungen wie jener der GAL zur "Inneren Sicherheit" ("Mehr Fußstreifen der Polizei", damit der Bürger sich sicher fühle) enden würde, das andere.

Grundsätzlich wird aber, gutwillig interpretiert, der Irrglaube verfolgt, Wissen einerseits, Aufklärung und Kompetenz andererseits könnten rechte Wähler von ihrem Vorhaben abhalten. Dabei hat der BWK Hamburg einen Schlüssel zur Erklärung rechter Erfolge selber publiziert. In der gleichen Ausgabe der "Lokalberichte" wird von einem Presseauftritt des DVU-Kandidaten Reimers berichtet: *"In seinem Statement brachte Reimers keinen korrekten Satz raus, vermittelte vollständige Inkompetenz und verweigerte genaue Antworten auf Nachfragen."* Kommentar: *"Dieser Kandidat hat der DVU massiv geschadet. Faschistische Wähler sind autoritätsgläubig, aber wer nimmt eine lächerliche Gestalt als Autorität an?"* Ob er geschadet hat, bezweifle ich genauso wie seinen Nutzen als Kandidat für den Wahlerfolg (2,6%), beweisen kann ich es so wenig wie der BWK das Gegenteil. Daß klügere Demagogen den Rechten nützen würden, ist sicher unzweifelhaft. Nun ist aber bekannt, daß im schleswig-holsteinischen Wahlkampf die DVU mit eben solchen "lächerlichen Gestalten", die kaum jemand kannte — auch die DVU-Wähler nicht —, mit massenhaften Hauswurfsendungen drei Meter hoch gehängten Wahlplakaten und den einfachen Parolen "Deutsche zuerst", "Ausländer raus" über die 5% gekommen ist. Kompetenz? Das Gegenteil dürfte der Fall sein.

Nationalismus statt Internationalismus

Weil die hier zitierten Positionen nicht begreifen (wollen), daß der Kern faschistischer Wahlerfolge in aller Regel nicht der Inkompetenz der Alternativen geschuldet ist, nicht in mangelnder Aufklärung und Irregeleitetsein wurzelt, sondern der bewußte Rekurs auf Überzeugungen und Ideologien ist, die materielle Grundlagen haben, kommen sie zu solchen offenkundigen Verkürzungen. Der faschistische Wähler weiß sehr wohl, daß Deutschsein ein Privileg ist, das die ärmste deutsche Sau vom Nichtdeutschen unterscheidet. Der bewußte Bezug der Rechten auf den Nationalismus und den Rassismus basiert nicht auf Hirngespinsten, sondern auf gesellschaftlich erfahrbarer Realität, wie ihnen zuletzt die Asylverhinderungsdiskussion bewiesen hat und ab 1.1.94 die Tatsache, daß Besitzer eines deutschen oder EU-Passes von den Arbeitsämtern bei der Vergabe von Arbeitsplätzen allen anderen vorzuziehen sind. Das gleiche gilt für die Behandlung "Krimineller". Jeder Rechte weiß, daß es Gesetze gibt und weitere möglich sind, nichtdeutsche Täter abzuschieben, statt sie vor ein Gericht zu stellen.

Damit bestreite ich nicht den Zusammenhang rechter Wahlerfolge zu sozialen Entwicklungen. Nur ist dieser anders gelagert, als es die Vertreter der "sozialen Frage" meinen. Die "soziale Frage" hat im entwickelten Imperialismus nicht mehr die Sprengkraft, wie im letzten und zu Anfang dieses Jahrhunderts, sondern die Sprengkraft liegt heute in den Teilen der Welt, die als Ödland imperialistischer Weltmarktpolitik dahinvegetieren. Es gibt ein materielles, subjektives Interesse der Metropolenbewohner an der Aufrechterhaltung der hierauf basierenden Weltordnung. Sie haben erfahren, daß sie trotz Klassengegensatzes im Imperialismus als ausgebeutete Klassen sozial von dieser Ordnung profitieren.

Soziale Gefährdungen bisheriger Standards setzen deswegen nicht proletarischen Internationalismus frei, sondern "proletarischen Nationalismus" (wie er in allen westeuropäischen Staaten zu beobachten ist), sowie den latenten Rassismus des Metropolenbewohners. Der deutsche "Proletarier" verteidigt seine relativen Privilegien, er definiert trotz Klassengegensatzes sein Interesse näher dem der Kapitalbesitzer, als dem, der pauperisierten Massen in der Welt.

In den ersten vierzig Nachkriegsjahren war in der BRD die "soziale Frage" gelöst — nicht die aus der Eigentumsordnung resultierende Ungleicheit und Hierarchisierung, sondern die der Pauperisierung, die Marx/Engels als entscheidend für das Soziale als revolutionierenden Sprengstoff ansahen. Gelöst insofern, als das deutsche Wohlfahrtsmodell einer Wachstumswirtschaft sozialen Konfliktstoff integrativ in einem durchgegliederten Tarif- und Sozialabsicherungssystem auffangen konnte. Damit war sozialer Kampf nicht überflüssig, aber auf die Möglichkeit ökonomischer und sozialer Umverteilung in der "sozialen Marktwirtschaft" reduziert (was insbeson-

dere den gewerkschaftlichen Kampf geprägt hat). Die Umwälzung des Bestehenden war für die hier Lebenden nicht zwingend, es gab im nationalstaatlichen Rahmen erfahrbare Interessensgegensätze, aber keine Antagonismen. Sozialer Kampf wurde zum Kampf um die Ausgestaltung des Sozialstaats, der in die Sozialintegration der Ausgebeuteten gemündet ist. Das unterscheidet die Erfahrungen heutiger deutscher Menschen von denen im Kapitalismus des letzten und der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts.

Soziale Frage und "Standort Deutschland"

Die soziale Realität und Nachkriegserfahrung ebenso wie die Ideologie von Gewerkschaften und Sozialdemokratie vom "Modell Deutschland" haben bis heute das Bewußtsein der Ausgebeuteten geprägt. Alles für die Konkurrenzfähigkeit des Standorts Deutschland zu tun, ist ein in "Fleisch und Blut" übergegangener Standard. Die deutsche Spitzenstellung auf dem Weltmarkt als Maßstab für die Realisierung sozialer Interessen ist nationaler Konsens, für den Mehrarbeit oder Arbeitszeitverkürzung bei weniger Lohn ebenso in Kauf genommen werden, wie die Reduzierung sozialer Standards. Als Beispiel, wie Regierungskritiker damit umgehen, sei hier der ehemalige linke Gewerkschafter und heutige fraktionslose Bundestagsabgeordnete Ulrich Briefs erwähnt, der in einer Somalia-Debatte des Bundestags die Kosten von 800 Millionen DM für den Bundeswehreinsatz in Belet Uen damit kritisiert, daß dies mehr sei, *"als die Summe, die beispielsweise im Hochschulausbauprogramm fehlt, um von dieser Seite her der Misere in diesem standortwichtigen Bereich der Hochschulen zu Leibe zu rücken"* (Das Parlament, 5.11.93). Für den Standort Deutschland ist eben kein Argument zu blöde.

Weil die jetzige Welle von Deregulierung und Sozialabbau unwiederbringlich das Ende des bisherigen Wohlfahrtsstaates anzeigt, werden die sozialen Konflikte unzweifelhaft zunehmen. Sie werden aber auf der Basis der prinzipiellen Akzeptanz von D-Mark und deutschen Spitzenprodukten als Quelle des Wohlstands nicht sozialrevolutionäre Energien freisetzen, sondern einen verschärften Konkurrenzkampf um den Platz an den deutschen Versorgungströgen, die vermeintlichen Wohlstand garantieren, auslösen. Die Zunahme der Konkurrenz wird unvermeidlich deutsch gelöst werden. Die öffentliche Resonanz auf die mörderischen Aktionen gegen Flüchtlinge sind da ebenso ein Vorgeschmack, wie die Rufe nach deutschem Stahl, deutscher Steinkohle, deutscher Braunkohle statt russischem Erdgas, deutschem statt norwegischem Fisch und Deutscher Mark statt europäischem "Esperanto-Geld" (Gauweiler, Schönhuber) zunehmen werden. Das heißt: soziale Kämpfe werden zunehmend sozialchauvinistisch, nationalistisch geführt, und das durchaus radikalisiert. Kein Zuckerschlecken für Nichtdeutsche hierzulande!

Wahrscheinlicher als die Solidarität wird die konkurrierende Hierarchisierung in Form unterschiedlicher Lohn- und Arbeitsmärkte, das Herausfallen "Arbeitsunfähiger", die Hierarchie gegenüber den Nichtdeutschen sein.

Comeback der Sozialreformisten?

Das alles muß ja noch kein Argument gegen linke Versuche sein, im Ringen um soziale Befreiung antinationale und antikapitalistische Positionen zu vertreten. Doch welche? Und auf welche Subjekte will man sich dabei beziehen?

Derzeit ist nach der nationalen Verwirrung der Linken um die deutsche Einheit, die von positiver Besetzung des "deutschen Selbstbestimmungsrechts" bis zum Abtauchen der Sozialrevolutionäre (die bekanntlich keine Grenzen kennen) reichte, ein Comeback all jener Ansätze zu erwarten, die ihre Politik überwiegend sozial definieren. Sei es der sozialpolitisch-sozialarbeiterische Ansatz der PDS (die Jugend von der Straße holen), oder die Strömungen, die in irgendeiner Weise das revolutionäre (oder eher: sozialreformierte) Subjekt Arbeiterklasse, oder weiter gefaßt "der Klasse" allgemein (wie es Autonome gern formulieren) wiederentdecken. Rassismus und Nationalismus "der Klasse" können dabei nur stören. Drei Tendenzen zeichnen sich ab:

Zum einen der *sozial-nationale* Ansatz, der vor allem in der DDR-Linken, der PDS und der DKP eine starke Basis hat und das "gute Nationale" mit Sozialpolitik verknüpfen möchte. Bei weiterer Radikalisierung von Abwehrkämpfen gegen Entlassungen ist durchaus möglich, daß sich dabei eine nationalrevolutionäre Strömung herausbildet.

Zum zweiten der *sozialreformerische* Ansatz, für den durchaus beispielhaft (wenngleich nicht seiner Bedeutung entsprechend) der oben zitierte BWK-Ansatz gelten kann, der vor allem aber in der PDS, der DKP und bei Teilen der Autonomen verbreitet ist. Der oben zitierte Versuch, Sachkompetenz der Bewegungen und überzeugende Alternativen der Linken einzuklagen, verläuft geradezu antizyklisch zur ökonomischen und sozialen Entwicklung. Bisher haben Linke immer so argumentiert, daß die Forderungen bezahlbar seien, man müsse sich nur das Geld vom Kapital erkämpfen. Daß diese Klassenpolitik allerdings nur Abfallprodukt der ungebrochenen Erfolge des Wachstumsmodells der deutschen Wirtschaft war, also gerade auf deren Expansion basierte, hat auch die Klasse "korrumpiert". Die Arbeiter bei Opel und VW überzeugt nicht so sehr die Kapitalstärke ihrer Unternehmen, sondern die Sorge um die Absatzmärkte. Sie haben durchaus realistisch erkannt, daß ihr Wohl und Wehe an die künftige Expansionsfähigkeit ihres Unternehmens gekoppelt ist, es ist nie anders gewesen. So wird sich ihr Kampf in der nächsten Zeit zwischen der Bereitschaft, Erreichtes aufzugeben (Einbußen von Lohn, 14. Monatsgehalt, Anteilen von Weihnachts- und Urlaubsgeld) und allzu forsche Einsparungen abzuwehren, abspielen. Auf die gesellschaftliche Ebene übertragen vollzieht sich in allen sozialen Bereichen der gleiche Prozeß. Wer da noch wie der BWK und andere an Sozialreformen und Alternativen glaubt, ist von dieser Entwicklung schneller überrollt, als er diese formulieren kann. Gemessen an dem bisherigen Zusammenhang von ökonomischer Weltmarktstärke und sozialer Teilhabe leuchtet die Behauptung, daß für Reformen kein Geld da sei, durchaus ein. Die Sozialdemokraten haben sich realistischerweise jede Reformpolitik abgeschminkt. Ihre aktuellen Umverteilungs-Alternativen werden sich an der Devise, was nützt der deutschen Konkurrenzfähigkeit, und wie ist dieser Nutzen als Schaden für die Leute sozialverträglich umsetzbar, profilieren wollen. Will die reformistische Linke damit konkurrieren?

Einen anderen Ansatz sucht die *sozialrevolutionäre* Linke, für die hier beispielhaft Karl Heinz Roth mit seinem Beitrag *"Die Wiederkehr der Proletarität und die Angst der Linken"* angeführt werden soll (3), und der erwartungsgemäß relativ große Resonanz in der gewerkschaftlichen Linken und bei Autonomen gefunden hat. Er sieht im Wechsel zum postfordistischen Produktionsmodell des Toyotismus und der umfassenden Deregulierung eine Tendenz zur Pauperisierung nicht nur im nationalen Rahmen, sondern international. Da mittlerweile der größte Teil der Linken als entweder *"selbständige Arbeiter"* oder in prekären Arbeitsverhältnissen Teil dieser weltweiten Tendenz einer *"neuen Proletarität"* sei, sieht Roth gute Chancen einer linken Reorganisierung an der Basis: In *"Proletarischen Zirkeln"* von unten könnten auf der Basis eines "Minimalkonsenses" (*"die Analyse der aktuellen Klassenverhältnisse und die grundsätzliche Ablehnung von Ausbeutungsverhältnissen mitsamt ihren sozialrassistischen Projektionsfeldern"*) Sozialrevolutionäre, Autonome, Sozialisten,

Kommunisten und linke Gewerkschafter wieder ins Gespräch kommen. Im Übergang zum 21. Jahrhundert entstehe *"eine weltweite Nivellierung der Klassenlagen, die die bisherigen Unterschiede zwischen erster, zweiter und dritter Welt genauso aufhebt wie alle bisherigen Strategien zur ,nationalen' Fixierung von sozialen Emanzipationsbewegungen".*

Pauschal widerspreche ich ihm (4): sowohl die generelle Pauperisierung hierzulande als auch die Nivellierung der Klassenlagen weltweit sind ein Konstrukt, das zwar die praktische Konsequenz "Proletarischer Zirkel" begründen kann, da mit der weltweiten Verarmung von den Metropolen bis zur Peripherie endlich wieder der Sprengstoff der sozialen Frage in die Metropolen zurückgekehrt wäre und die Linke wieder ihr revolutionäres Subjekt hätte. Da weder Roth dies schreibt, noch ich davon ausgehe, daß die deutsche Wirtschaftsmacht (oder japanische oder amerikanische) untergeht, sondern sich aufgrund der verschärften Konkurrenz des erweiterten Weltmarkts neu positioniert, wird der derzeitige Deregulierungsprozeß die bisherigen Standards absenken, aber nur relativ und nicht absolut auf das Niveau der dritten Welt. Nicht weniger Konkurrenz der Einkommenshierarchien wird die Folge sein, da die soziale Krise der ersten auch auf die dritte Welt zurückschlägt.

Die *"multiethnische proletarische Gegenkultur"* Roths, die die Aufgabe hat, gemeinsame Kampfformen zu definieren und *"militante Kampagnen für verbesserte Einkommen und Arbeitsbedingungen"* zu entwickeln, die *"beispielgebend in eine Kultur der vaterlandslosen proletarischen Egalität"* führen soll, ist ein schöner Gedanke, aber sie wird ein Konstrukt bleiben. Vom obigen reformistischen Konzept unterscheidet sich dieser Ansatz nur in den Formen des Widerstands, der propagierten Militanz und den illegalen Kampfmitteln. Roth wird erleben, daß sich darauf all jene Kreise der Linken stürzen werden, die seinen gedachten sozialrevolutionären Ansatz mit ihrer Vorstellung von reformistischer Politik verbinden. Die bisherige Rezeption seines Textes zwischen VSP und PDS läßt ahnen, daß am Ende nur ein Minimalkonsens bleibt: wir stehen zur "sozialen Frage" und zum "Proletariat".

Antinationale Linke

Gegenüber dem "Rollback" der reformistischen Linken an der "sozialen Frage" wird es notwendig werden, eine antinationale Linke zu formieren, die den Widerstand gegen das deutsche Projekt nicht nur sozial, sondern politisch begründet. Entsprechend heißt dies auch, die Subjektfrage anders zu beantworten. Zwar wird und muß auch für die antinationale Linke die soziale Frage als ökonomische zentral sein, da der Kapitalismus mehr denn je die Verelendung immer größerer Teile der Erde forciert und keinerlei Klassengegensätze auflöst. Doch läßt sich dies weniger national, sondern vor allem international analysieren. Die objektive Notwendigkeit, die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse zu revolutionieren, findet gerade auf nationaler Ebene kaum subjektive Entsprechung. Wer also Notwendigkeit und Subjektsuche gleichermaßen aus der sozialen Frage ableitet, steht unweigerlich vor der Tatsache, daß er es mit rassistischen und nationalistischen sozialen Subjekten zu tun hat. Keine nur soziale Klassenorientierung wird dieses Problem überwinden können. Eher ist zu befürchten, daß sie nationale oder gar nationalrevolutionäre Tendenzen in der Linken hervorbringen wird.

Antinationale, antideutsche revolutionäre Politik muß daher im Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus die Abgrenzung von Nationalismus und Rassismus in den Mittelpunkt stellen. Die Subjekte eines linksradikalen Projekts lassen sich nicht klassenmäßig sozial definieren, sondern nur politisch. Wenn die Arbeiter des 19. Jahrhunderts kein Vaterland hatten (so das "Kommunistische Manifest"), dann sind in den imperialistischen Metropolen diejenigen, die kein Vaterland haben (wollen), die "Arbeiter" des ausgehenden 20. Jahrhunderts (5).

Heiner Möller

Anmerkungen:

1) MEW 2, Berlin 1974, Friedrich Engels, Das Fest der Nationen in London

2) Siehe hierzu die ausführliche Darstellung zu den Reaktionen auf Hoyerswerda und Rostock in: Siegler/Tolmein/Wiedemann, Der Pakt: die Rechten und der Staat, Göttingen 1993 — insbesondere Teil 4: Linke gegen rechts.

3) Der Text ist vollständig abgedruckt in: Frombeloff/Bremen (Hg.), ...und es begann die Zeit der Autonomie. Politische Texte von Karl Heinz Roth, Hamburg 1993

4) Der thesenhafte Widerspruch wird Roths Text nicht gerecht. Eine ausführliche und begründete Auseinandersetzung um die ökonomischen und sozialen Entwicklungen und Roths Analyse planen wir für die nächste BAHAMAS-Ausgabe.

5) Dieser Gedanke folgt einer Überlegung von Detlef zum Winkel, Deutsche Frage — welche Frage? In: Kongreßreader "Nie wieder Deutschland", Radikale Linke, 1990

Johann Scheringer (PDS) und "Junge Freiheit"

In der Septemberausgabe der rechtsextremen, nationalkonservativen Monatszeitung "Junge Freiheit" gibt Johann Scheringer ein Interview. Scheringer, der 1961 von Bayern in die DDR übergesiedelt ist, ist Fraktionsvorsitzender der PDS im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Er scheint einen Teil der nationalrevolutionären Tradition seines Vaters fortsetzen zu wollen, der als Oberstleutnant der Reichswehr und Nationalsozialist wegen "Hochverrats" seit Oktober 1930 im Knast saß. Dort bekam er Kontakt zu Kommunisten und trat ein halbes Jahr später in die KPD ein. Seine Übertrittserklärung, die die KPD massenhaft verbreitete, verband sein Motiv für den Eintritt in die Reichswehr 1924 ("Befreiungsarmee" für die Befreiung des deutschen Volkes vom "Versailler Diktat"), seine Unterstützung für die NSDAP (die sich vom "Sozialismus" losgesagt habe) und seinen Eintritt in die KPD zu einer identischen nationalen Linie. Der nationalkommunistische "Scheringer-Kurs" der KPD von August 1930 bis Oktober 1932 versuchte wüsteste nationale Phrasen mit dem Kampf um die revolutionäre soziale Befreiung zu verknüpfen. Im Juli 1956 wurde Richard Scheringer in der Bundesrepublik zu zwei Jahren Haft verurteilt, weil er für das KPD-Programm "Zur nationalen Wiedervereinigung Deutschlands" vom November 1952 eingetreten war.

Das Interview in der "Jungen Freiheit" hat nur ein Ziel: Johann Scheringer nationale Bekenntnisse zu entlocken. Der antwortet nicht national-revolutionär, sondern sozial-national: *"In der Zeit, wo ich mich aktiv in die vorderen Reihen der Politik gestellt habe, habe ich für die deutsche Einheit gerungen, aber für eine erträgliche — nicht so, wie sie mit dem Einigungsvertrag verlaufen ist."... "Ich möchte mich nicht als Antinationalisten bezeichnen. Es ist auch falsch, sich mit dem absoluten Gegenbegriff zu kennzeichnen, wenn man Probleme hat mit der nationalen Frage. Wirtschaftliche und soziale Mißstände kann man aber nicht mit Nationalismus beseitigen."...*

"Um die Auflösung des Nationalstaats kann es auch nicht gehen" antwortet er auf die Frage der JF, ob sich der antinationale Teil der Linken mit der Forderung nach dessen Abschaffung nicht *"vor den Karren westeuropäischer Großkonzerne spannen"* lasse. *"JF: Weicht die PDS da von der Position einer SPD ab? Peter Glotz beispielsweise fordert ja vehement ein Ende der Nationalstaaten. Scheringer: Ich denke schon, daß wir da von der SPD abweichen. JF: Ist denn Nationalgefühl etwas grundsätzlich Schlechtes? Scheringer: Nein. ... JF: Denken Sie, daß es auch eine westdeutsche Form der Vergangenheitsbewältigung geben müßte? Scheringer: Aber sicher. Gerade weil wir die deutsche ,Einheit' und die Nation so bewußt ansprechen: Ich habe schon überlegt, den Prozeß meines Vaters aufzurollen und seine Rehabilitierung zu verlangen. Einfach nur mit dem Ziel, das Bemühen der Linken um die deutsche Einheit auf die Tagesordnung zu bringen."*

Auf der Suche nach der "tragfähigen Lösung"

Konstruktive Kritik und nationale Rettung im "Neuen Deutschland"

Das einstige Zentralorgan der SED mit dem internationalistischen Untertitel "Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" erscheint seit kurz nach der "Wende" mit dem Zusatz "Sozialistische Tageszeitung" als einzige deutsche Tageszeitung, in der Positionen und Auseinandersetzungen der PDS ausführlich wiedergegeben werden. Zwar ist das Blatt nicht mehr das "Zentralorgan" der gewendeten SED-Nachfolgerin, doch der PDS-Besitz der Mehrheit des Stammkapitals und die politische Einstellung der festangestellten Redakteure sorgen für die entsprechende Orientierung.

Die heutige PDS zeichnet sich dadurch aus, daß sie als linke, aber — und das werden ihre führenden Vertreter niemals müde zu betonen — "konstruktive" Oppositionspartei im politischen Geschäft der Groß-BRD mitmischen will. Programmatische Festlegungen, die über kurzfristige Kampagnen, die "Gerechtigkeit" hauptsächlich für die Anschlußdeutschen in der Zone einklagen, hinausgehen, werden derzeit gescheut. Pluralität ist angesagt, die sich in der Praxis vor allem in offenen Listen für die kommenden Wahlen manifestiert. Abgrenzungsprobleme hat die PDS dabei eher gegenüber Gruppen wie der DKP oder ML-Sekten, die nicht nur ihr schlechtes Gewissen, sondern auch für den Bürger — und das heißt potentiellen Wähler — ihre antikapitalistische Vergangenheit als SED repräsentieren.

Es wird wenig andere Dinge geben, auf die ein PDS-Aktivist in seinen öffentlichen Statements mehr Gewicht legt, als die Beteuerung, eine ganze Menge "Gewißheiten" verloren zu haben. Ob dies in einer nach Gewißheiten dürstenden Zeit Attraktivität verschafft, mag bezweifelt werden. Aus dem Munde von Politikern heißt das: So genau nehmen wir's nicht, wir sind für manches, was ihr uns nicht zutraut, durchaus zu haben.

Die mit dem Zusammenbruch des Realsoz vermeintlich bestätigte Überlegenheit der "Marktwirtschaft" inspiriert PDS-Theoretiker zu der Überlegung, ob nicht der Markt die dem Sozialismus adäquate Ökonomie sei. So ist es gerade das Fragezeichen im Veranstaltungstitel "Soziale Marktwirtschaft contra Marx?", mit dem der PDS-nahe "Verein für politische Bildung Rosa Luxemburg" in Potsdam die grundsätzliche Vereinbarkeit dieser beiden Größen unterstreichen will.

Wenn schon der Markt dem Sozialismus auf die Sprünge helfen kann, dann wird auf seine politischen Konstellations- und Repräsentationsbedingungen, Demokratie und Nation, nicht verzichtet werden können. Beide standen auch bekanntlich schon bei der bleichen PDS-Mutter hoch im Kurs. Die Demokratie sollte erst und gerade nach Abschaffung des Kapitalismus ihre wahre Pracht entfalten, die Nation sollte im Kontext der leninschen "Nationalen Frage" immerhin Mittel des Internationalismus sein. Solche Interpretationen werden heute in der PDS aber unter der Rubrik "verlorene Gewißheiten" abgebucht. Zeitgemäßere Inhalte sind gefragt.

"Wann ist national normal?"

Mit dieser ebenfalls nur rhetorisch gemeinten Fragestellung überschreibt der Chefredakteur des "Neuen Deutschland", Reiner Oschmann, am 28.7.93 eine Lobpreisung des Buches "Friedensmacht Deutschland" des "nationalen Pazifisten" Alfred Mechtersheimer. Oschmann bescheinigt dem Ex-CSUler, der über ein grünes Bundestagsmandat unter anderem zum gefragten Autor neonazistischer Blätter wie der "Jungen Freiheit" avancierte, ihm sei mit dem Buch *"eine Provokation geglückt, die für manche gerade in der Linken — vielleicht nur durch seine Person selbst übertroffen wird"*. Im Gestus des "linken Tabubrechers", wie er beispielsweise aus der TAZ bekannt ist, beschwört Oschmann zu erwartende Abwehrreaktionen der linken Leserschaft, um diese als borniert erscheinen zu lassen. Über weite Strecken versteckt er sich hinter äußerst langen Zitaten und hält sich weitgehend mit eigenen Beurteilungen zurück. Er unterschlägt Mechtersheimers Einschätzung, Deutschland habe *"die am wenigsten kriegerische Vergangenheit in Europa"* ebenso wie dessen Ruf nach *"relativer Homogenität als Friedensbedingung"*, die konsequenterweise in der Forderung nach einer *"nationalen Revolution"* mündet. Darauf mußte erst ein kritischer Leserbriefschreiber am 9.8.93 hinweisen.

Oschmann rückt Mechtersheimers Kritik an der Weltordnung nach dem Kalten Krieg in den Vordergrund und dessen Überlegungen zu einer souveränen deutschen Außenpolitik, die, endlich befreit von destruktiven Bündnisverpflichtungen zum internationalen Friedensvorbild werden könnte. Bedingung dafür sei jedoch die Überwindung *"der gestörten nationalen Identität"*. Diese sei derzeit noch *"NS- und teilungsgeschädigt, amerikanisiert und komplexbeladen"*. Oschmann weiß, was er seinen Lesern damit zumutet. *"Das ist starker Tobak für jeden rechten Linken, kann aber die sachliche Auseinandersetzung mit Mechtersheimer kaum ersetzen."* Es folgt die Wiedergabe eines bekannten Adorno-Zitats, um zu zeigen, daß ein "linker Tabubrecher" es sich nicht leicht macht, dann ist der Zeitpunkt für das lange erwartete Bekenntnis gekommen. *"Trotzdem. Die Frage, denke ich, wann im deutschen Fall Nationalgefühl so normal wie im Fall eines Dänen oder Dutchman (!) wäre, läßt sich damit nicht vertreiben."*

Selbstverständlich erntete Oschmann auch Widerspruch aus der linken Leserschaft des ND. Doch die Zustimmung aus den eigenen Reihen der PDS-Prominenz ließ nicht auf sich warten. Andre Brie hielt Oschmann zugute, *"daß er jener 'linken' Tradition nicht kritiklos folgt, die Auseinandersetzungen erst dann für konsequent hält, wenn der Gegner als Faschist dargestellt wird"* (ND 9.8.93). In der gleichen Nummer vermutet Prof. Dr. Ronald Lötzsch (im ND darf ein Ossi noch stolz seine akademischen Titel ausbreiten), *"es geht einfach darum, daß Mechtersheimer den in gewissen 'linken Kreisen' als einzig salonfähige Haltung angesehenen nationalen Nihilismus ablehnt und Oschmann dies nicht in Bausch und Bogen verurteilt"*. Lötzsch ist innerhalb der PDS für seine nationale Haltung bekannt. Zuletzt tingelte er mit einem Vortrag *"10 Thesen zur nationalen Frage"* durch interessierte Bildungseinrichtungen in der Zone.

"Die Rechten bemächtigen sich des Nationalen" stellt Joachim Bischoff im ND vom 21.9.93 fest, um daran wiederum eine fadenscheinige rhetorische Frage, "und die Linken?" anzuschließen. Der Autor ist manchem West-Linken noch aus den 70er

Jahren als Theoretiker des "Projekt Klassenanalyse" und aus den 80ern von den linkssozialdemokratischen "Sozialistischen Studiengruppen" (SOST) bekannt. Heute gilt er als Wirtschaftsexperte der PDS.

Nation - "soziales Verhältnis der Moderne"

Unter dem Titel *"Nationalismus bringt keine tragfähige Lösung"* (warum nicht und wofür eigentlich wird der Interpretationsgabe der Leser anheimgestellt) beschreibt er zuerst den zunehmenden Rekurs der deutschen Rechten auf nationale Inhalte. Eine Entwicklung, die er auch bei der SPD feststellt, insbesondere bei deren Ideologen Tilmann Fichter. Offenbar zustimmend stellt er fest: *"Mehr noch, der Alt-SDSler ist sich mit Frau Seebacher-Brandt darin einig, daß die unglückselige internationalistische Einstellung der 68er-Generation dafür verantwortlich sei, daß die Linke vor der gesellschaftlichen Herausforderung der Gestaltung der deutschen Einheit kapituliert habe."* Danach versteckt er sich hinter einem Zitat von Ralf Dahrendorf, das in der Frage mündet, *"was denn Nationen und Nationalstaat am Ende des 20. Jahrhunderts sinnvoll bedeuten können und wo ihre Grenzen liegen"*. Danach bekommmt *"ein Teil der Linken, die sich selbst als radikal einschätzen"* sein Fett ab. Denn für deren Parole "Nie wieder Deutschland" können "Sozialwissenschaftler und Historiker" ob *"derlei Verneinung von Wirklichkeit bestenfalls milden Spott aufbringen"*. Den radikalen Linken unterstellt Bischoff, sie hielten die Nation für *"eine künstlich erzeugte Imagination oder ein Überbleibsel aus früheren Zeiten"*. Träfe diese Unterstellung zu, wäre "Nie wieder Deutschland" in der Tat so etwas wie eine überflüssige Anstrengung und schließlich hält der Teil der Linken, der von der historischen Antiquiertheit des Nationalismus ausgeht, wie beispielsweise die IMK, auch den Antinationalismus für obsolet. Doch auf Genauigkeit kommt es Bischoff nicht an, wichtig ist ihm die Feststellung: *"Die Nation ist vielmehr ein soziales Verhältnis der Moderne."* Zur "Moderne" gehört sich für einen modernen Linken auch ein moderner, das heißt positiver Bezug.

Dieser erschließt sich über eine moderne, für einen Traditionssozialisten ohne "Gewißheiten" sicherlich "unorthodoxe" Begriffsinterpretation. Bischoff stellt fest, *"daß die Nationen von Beginn an eine multikulturelle Erscheinung sind"*. Darin würde ihm wohl auch Heiner Geißler zustimmen, wenngleich dieser mit der nachgeschobenen Abgrenzung seine Schwierigkeiten hätte. *"Es kennzeichnet gerade die Fiktion und Propaganda der Rechten, daß sie die Nation mit Abstammungsgemeinschaft gleichsetzen"*. Irgendwie muß sich ein Linker schließlich, auch wenn er Nationalist ist, von den Rechten unterscheiden.

Der entscheidende Unterschied wird durch Bischoffs "republikanische" Gesinnung gestiftet. *"Für die moderne Nation im republikanischen Sinne gilt hingegen, daß die Menschen eines Gebietszusammenhanges eine Nation bilden, soweit sie die gesellschaftliche Arbeit und Arbeitsteilung in einen politischen Willenszusammenhang ausgestalten und fortführen wollen."*

Der Unterschied zwischen dem "Republikaner" Bischoff und den von ihm kritisierten radikalen Linken besteht ganz offensichtlich darin, daß letztere dem ominösen "Gebietszusammenhang" als staatlichem Herrschaftsgebiet ablehnend gegenüberstehen und den "politischen Willenszusammenhang" als Staatsbürgerideologie kritisieren und deren Aufhebung anstreben. Für Bischoff sind beide hingegen Anlaß, *"die Einlösung der republikanischen Idee (zu) fordern"*. Diese freiwillige Dienstverpflichtung auf die Nation ist für ihn allerdings kein Nationalismus, weil niemand wegen religiöser, ethnischer und sonstiger Gründe ausgegrenzt wird. Nach Wiederholung der nebelhaften These *"aus nationalistischer Politik entsteht keine tragfähige Lösung"*, beschließt Bischoff seine geistigen Anstrengungen mit einer netten Anekdote. *"Daher antwortete der italienische Kommunist Gramsci auf die Frage eines italienischen Richters nach der Reaktion der Linken auf die nationale Herausforderung: 'ihr werdet Italien zugrunderichten, unsere Aufgabe ist es, das Land zu retten!'"* Treffender kann eine "nationalrevolutionäre" Position wohl nicht illustriert werden.

Den Bischoffschen Bekenntnissen wurde deshalb hier soviel Raum gewidmet, weil sie den Höhepunkt und bisherigen Abschluß der nationalen Debatte im ND darstellen. Sie haben offenbar auch die Funktion, den PDS-Anhängern so etwas wie den Ansatz einer "politischen Linie" gegenüber nationalen Angelegenheiten zu liefern. Denn zuvor waren es nicht nur Schreiber wie Oschmann, die die PDS dem Verdacht einer offenen Flanke gegenüber rechtsnationalistischen Gedanken aussetzten. Es waren vielmehr die Helden der täglichen "praktischen Arbeit", die die Partei in ein entsprechendes Licht rückten.

Ostrowski wartet ab ...

Zu Beginn dieses Jahres traf sich die ehemalige stellvertretende PDS-Vorsitzende Christine Ostrowski in Dresden mit einem führenden Funktionär der neonazistischen "Nationalen Offensive" zum Gedankenaustausch. Danach teilte sie der Öffentlichkeit mit, daß das Treffen dem "Kennenlernen" gedient habe, was besser sei, als "sich die Köpfe einzuschlagen". Programmatisch hatte sie sogar Übereinstimmungen festgestellt: *"Unsere sozialen Forderungen stimmen im Grunde überein, bis in den Wortlaut."* Dieses Vorpreschen kostete sie zwar ihren damaligen Parteiposten, ein Antrag auf Parteiausschluß wurde aber abgelehnt. Inzwischen ist sie nicht nur Vorsitzende der Dresdner PDS, sondern hat auch wieder einen Posten als Bundesvorsitzende, diesmal bei den von der PDS stark unterstützten "Komitees für Gerechtigkeit". Am 1. November 1993 gab sie dem ND ein Interview, in dem sie sich als Eisbrecherin für solche Kontakte darstellte: *"Anfangs hat mich das* (Anm.: die Kritik) *ziemlich niedergeschmettert... Heute bin ich ein klein wenig gelassener. Man muß abwarten können; manches setzt sich halt erst später durch..."*

Die nach dem Ostrowski-Skandal in der PDS einsetzende Debatte über das Verhalten von PDS-Mitgliedern gegenüber Neonazis brachte selbst aus der Sicht eines ND-Artikels vom 23.8.93 mit dem Titel *"Braune Anbiederungsversuche"* keine eindeutige Ablehnung solcher Kontakte. Am 22.3.93 berichtete das ND unter der Schlagzeile *"Klare Abgrenzung vom Rechtsradikalen"* über eine Tagung des sächsischen PDS-Landesvorstandes mit unter anderem folgendem Ergebnis: *"Es soll geregelt werden, daß es keine Begegnung mit Führern der Rechtsextremen außerhalb der Öffentlichkeit (!) geben darf"*.

Die Stellungnahme einer Delegierten auf dem sächsischen Landesparteitag der PDS in Chemnitz wurde vom ND am 5.4.93 offenbar stellvertretend für eine verbreitete Stimmung in der Partei so wiedergegeben: *"Es gebe Grenzen, und die seien bei der Kooperation mit gewaltbereiten (!) rechtsextremen Organisationen erreicht."* In offenbar strafverschärfender Absicht warf Gregor Gysi im ND vom 21.4.93 Christine Ostrowski vor, sie sei schon mehrere Monate vor ihrem Treffen mit dem Nazi-Chef im Besitz der innerministeriellen Verfügung zum Verbot der "Nationalen Offensive" gewesen. Der schon erwähnte ND-Artikel vom 23.8.93 bemerkt dazu außergewöhnlich kritisch: *"Es könnte scheinen, als wären Öffentlichkeit, Gewaltlosigkeit*

und Legalität die Tickets, die von Vertretern der Neuen Rechten gelöst werden müssen, um mit Linken ins Gespräch zu kommen."

... Gysi eiert, Scheringer "diskutiert"

Zumindest was Gregor Gysi betrifft, sollte sich diese Befürchtung kurze Zeit später bestätigen. Für den 10.10. bereitete sich der Talkshow-erfahrene PDS-Chef auf eine öffentliche Debatte mit dem Chefredakteur der "Jungen Freiheit" Dieter Stein in Potsdam vor. Unter dem Titel *"Grenzen der Vergangenheitsbewältigung"* war diese als Teil einer gleichlautenden Veranstaltungsreihe im Rahmen des öffentlichen Spektakels "1000 Jahre Potsdam" geplant. Das politische Credo des verantwortlichen Organisators gibt die TAZ vom 19.8.93 folgendermaßen wieder: *"Wir brauchen einen neuen Umgang mit der deutschen Vergangenheit. Ihre masochistische Dämonisierung verhindert positive Identifikationsfelder."*

Daß die Ankündigung dieser Veranstaltung schließlich zum Skandal wurde und diese nicht stattfinden konnte, ist nicht etwa einem empörten kollektivem Aufschrei der PDS-Basis zu verdanken, sondern ironischerweise einem obrigkeitlichen Eingriff. Der Potsdamer Oberbürgermeister höchstselbst wies seine untergebenen Chargen an, dem Nazi-Redakteur *"kein Forum für seine rechten Ideen unter einem städtischen Dach zu geben"* (TAZ 20.8.93).

Diese Absetzung löste Irritationen in der liberalen und linken Öffentlichkeit aus, die sich an nationale Konversationsthemen offenbar schon bestens gewöhnt hatte. *"Wieviel Diskussionsfreiheit ist erlaubt?"* fragte verunsichert der Berliner "Tagesspiegel". *"Solche Diskussionen braucht das Land!"* proklamierte forsch die TAZ.

Die originellste Deutung der Affäre brachte das ND am 26.8.93. Der eigentliche Grund in der bürgermeisterlichen Absetzung sei in der Popularität Gysis zu suchen. Durch die Verhinderung seines Auftretens sollten die äußerst hoffnungsvollen Aussichten des PDS-Kandidaten bei den Kommunalwahlen im Dezember tangiert werden. Im gleichen Artikel wird dann erwähnt, daß Gysi auf einmal die Absetzung der Veranstaltung begrüße. Er habe seine Teilnahme überhaupt nur zugesagt, weil den Positionen des Nazi-Redakteurs *"deutlichst widersprochen werden muß"*.

In der September-Ausgabe der "Jungen Freiheit" erschien dann ein Interview mit dem Fraktionsvorsitzenden der PDS im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Johann Scheringer (siehe in dieser BAHAMAS S. 15).

Die Bedeutung dieses Interviews besteht hauptsächlich in seiner Pionierrolle. Das Eis zwischen den scheinbar unversöhnlichen "linken" und rechten Positionen scheint fürs erste gebrochen. Ginge es nach Scheringer, könnten weitere Fortschritte erzielt werden. *"Ich bin dafür, daß man unterschiedliche politische Auffassungen durchaus artikuliert, auch ganz extreme Auffassungen ausspricht und diskutiert, weil diese für mich zunächst zum Denken anregen."*

Solche Denkanregungen waren denn doch etwas viel auf einmal. Die politischen Auswirkungen gerade des Scheringer-Interviews in der Linken waren für die PDS kaum erfreulich. Dies liegt sicher auch daran, daß die Strategie der "modernen" Neuen Rechten, die, inspiriert durch die Gramsci-Rezeption ihres französischen "Chefdenkers" Alain de Benoist nun nach "kultureller Hegemonie" zu streben versuchen, mehr Beachtung gefunden hat.

Realpolitisch interessierte Linksnationalisten wissen mit solchen unerfreulichen Auswirkungen umzugehen, sie schlagen Selbstkritik vor. *"Wichtig wäre gewesen, darauf hinzuweisen, daß die Rechte den Appell an das Nationalgefühl ausnutzt (!), um eine Politik der Benachteiligung, Diskriminierung und Verfolgung von Ausländern durchzusetzen."* So der mecklenburg-vorpommerische PDS-Vorsitzende Helmut Holter im ND vom 17.9.93. Und an die Kritiker gewandt: *"Solche Interviews sind sicher vermeidbar, die Diskussion über die Frage der Nation aber nicht."*

"Konstruktive Oppositionspolitik"

Eine solche Beharrlichkeit hat gelegentlich ihre Tücken und fällt auf ihre Urheber zurück. Teile des PDS-Umfeldes reagierten ungehalten. So schreibt die der PDS aufgeschlossen gegenüberstehende Theoriezeitschrift "Hintergrund" in ihrer Nummer 2/93: *"Man wünscht sich für die PDS, sie möge die moralische Kraft aufbringen, sich von Leuten vom Schlage Ostrowskis, Benjamins (ein Berliner PDS-Funktionär, der für die Zulassung der 'Nationalistischen Front' zu Berliner Kommunalwahlen eintrat) und Scheringers zu trennen."* In der bald darauf erscheinenden Oktober-Nummer von "Konkret" sollte Gremliza diese Leute in die Tradition des Strasser-Flügels der NSDAP und der "Nationalrevolutionäre" der Weimarer Republik stellen.

In dieser Situation stellte Joachim Bischoffs Ruf zur nationalen Rettung aus republikanischem Geist so etwas wie einen theoretischen Notanker dar. Auf die Nation als positiven Bezugspunkt konstruktiver Oppositionspolitik wollte und konnte man nicht verzichten. Eine Abgrenzung vom völkischen Inhalt mußte man aber notwendigerweise vollziehen, wollte man nicht riskieren, von einem größer werdenden Teil des verbliebenen linken Potentials mißtrauisch beäugt zu werden. Gerade in Westdeutschland ist die PDS, aufgrund ihrer dortigen Schwäche, auf dieses Potential noch dringend angewiesen.

Noch einmal, am 25.9.93, beschäftigte sich das ND mit dem inzwischen heikel gewordenen Thema. In einem recht kritisch gehaltenen Artikel *"Von Überläufern und Dialogisierern"* wird jede Salonfähigmachung rechter Positionen als ein naives Hereinfallen auf neonazistische Bauernfängerei verworfen. Leuten wie Scheringer wird jedoch der Irrtum unterstellt, sie glaubten, *"in Debatten mit Ideologen der Neuen Rechten deren Positionen wegmoderieren oder wegtherapieren"* zu können. Die "Frage der Nation" wird nicht mehr gestellt, nicht nur in diesem Artikel nicht, sie wird im ND vorerst nicht mehr erwähnt.

Dafür wird sie in der Praxis alltäglich positiv beantwortet. Denn was ist konstruktiv-kritische Oppositionspolitik in der Groß-BRD anderes als praktizierter Nationalismus?

Zum Schluß noch ein Wort an die Freunde der Ausgewogenheit in der linksradikalen Publizistik. Selbstverständlich ist es dem Autor dieser Zeilen nicht entgangen, daß im ND gelegentlich auch radikalere Positionen als die der PDS-Realpolitiker veröffentlicht werden. Aus der Betrachtung des Gesamtzusammenhanges ergibt sich aber nicht nur ihre Marginalität, sondern auch ihre Funktionalität in Bezug auf die für die PDS überlebensnotwendige Ausdehnung und Verankerung in der westlichen BRD. Wieweit dies längerfristig die in solchen Veröffentlichungen immer enthaltenen Chancen kapitalismus- und staatsfeindlicher Aufklärung befördert, kann m.E. derzeit nicht eindeutig beantwortet werden. Skepsis scheint mir aber angesagt. Eine weitere Analyse völkisch-nationaler Tendenzen im ND sollte auf jeden Fall auch die Beiträge zu den Themen Bevölkerungspolitik und "Unrecht" an Deutschen durch die Siegermächte nach dem 2. Weltkrieg beachten.

Horst Pankow, Potsdam

National-demokratischer Sozialismus

Georg Fülberth hat aus Anlaß eines Interviews des PDS-Politikers Johann Scheringer mit dem aufstrebenden Blatt der Nationalkonservativen und Faschisten von der "Jungen Freiheit" einen Artikel geschrieben, der Entwarnung signalisiert: nichts von Bedeutung. Der Fall Scheringer sei ein parteipolitischer für die PDS, der vorhergehende der stellvertretenden PDS-Vorsitzenden Christine Ostrowski, die direkten Nazi-Kontakt pflegte, ein Fall von Populismus einer Person, die er offenkundig nicht mag (1).

Fülberths Artikel ist ein Ärgernis. Im Stile historischer Exaktheit versucht er zu beweisen, daß heutige rot-braune Allianzen in Rußland, Frankreich und hierzulande mit dem "Nationalbolschewismus" der zwanziger und dreißiger Jahre nichts zu tun haben, weil zwei entscheidende Voraussetzungen fehlen würden: *"Bolschewismus im Osten und revolutionäre Bewegungen in Deutschland und im Westen."* So einfach ist es manchmal, wenn historische Analogien gezogen werden, und man nichts Gleiches findet. Wie wäre es mit Vergleichbarem? Zudem erspart sich Fülberth damit Kritik an nationalistischer und nationalrevolutionärer Ideologie der Kommunisten, die — so meine These — Übergänge nach rechts baut und die Rechte nicht linker, die Linke aber rechter macht.

Fülberth behauptet, daß der Kampf der KPD gegen Versailles nicht wie der der Rechten national, sondern antiimperialistisch gewesen sei. Das ist bestenfalls halbwahr und würde keiner Historikerprüfung standhalten. Vor allem zwischen 1930 und Ende 1932 verfolgte die KPD einen extrem nationalistischen Kurs gegen das "Versailler Diktat". Höhepunkt dieses Versuches, die Nazi-Anhänger für den revolutionären sozialen Kampf zu gewinnen, waren Flugblätter und Erklärungen, in denen die KPD sich bemühte, den Nazis Verrat an den "nationalen Interessen" Deutschlands nachzuweisen und sich selber als die eigentlich nationale Kraft anzubieten. Ein Blick auf die nachstehenden Äußerungen von Fülberths Parteikollegen Emil Carlebach (die Kommunistische Partei als *"Vertreterin nationaler Interessen des deutschen Volkes"*) und einer für Teile der PDS typischen Betrachtung des Mythos *"das Nationale"* von Helmut Bleiber (über dessen Parteizugehörigkeit ich gar nichts weiß) zeigt, daß dieses Denken bis heute relevant ist. Insbesondere in der SED (siehe dazu nebenstehend von Schnitzler) und DKP ist der Gedanke an ein eigenständiges nationales Interesse gepflegt und gelehrt worden. Zu prüfen wäre also nicht, ob die heutige Verlaufsform ähnlicher Vorgänge so ist wie früher, sondern ob ein positiver Bezug auf "das Nationale" im Kontext sozialer Entwicklungen auf anderer Grundlage zu erneuten Versuchen führt, national und sozial miteinander zu verbinden.

In Rußland ist diese Verbindung in Form direkter Bündnisse mit Faschisten offenkundig. In Frankreich ist der Kontakt des KPF-Mitglieds Paul Cruse mit den Neu-Rechten Alain de Benoists mehr als der Versuch, rechte Wähler herüberzuziehen. Er plädiert für eine *"Allianz der Kommunisten mit der katholischen, nationalen, militärischen und maurrassischen Rechten"* (Charles Maurras war der Gründer der faschistischen "Action Francaise") *"im Kampf gegen die Balkanisierung der Welt, gegen die Befehle der Wall Street, gegen den internationalen Zionismus, gegen die Börse von Frankfurt und auch gegen die Zwerge aus Japan".*

Derartiges ist hierzulande von links nicht bekannt. Wenngleich die Gründung eines extrem nationalistischen und rassistischen *"Hofgeismarer Kreises der Jungsozialisten"* in der SPD (deren Parteiausschluß die Schiedskommission der sächsischen SPD abgelehnt hat) mit Gruppen in Sachsen und dem Rheinland auf Bestrebungen verweist, an Weimarer Vorbilder anzuknüpfen (2). Bekannt ist umgekehrt, daß diverse Nazi-Gruppen sich auf den "Nationalbolschewismus" und die "Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten" der Brüder Strasser beziehen, um einen neuen Nationalsozialismus zu begründen. Am krassesten in einem Flugblatt *"autonomer nationalisten"* aus Leipzig: *"Wir scheißen auf die frei-soziale Marktwirtschaft und nehmen uns unser Eigentum aus den multikulturellen Judenläden".*

Scheringer und Ostrowski stehen eher in der Tradition des National-Kommunismus, der aber, entsprechend der Modernisierung ihrer Partei, korrekterweise *national-demokratischer Sozialismus* zu nennen wäre. Sie halten die Diskussion mit Nazis und Faschisten für notwendig, weil diese das Rebellische sozialen Protests Jugendlicher aufgreifen, es nur ins Nationalistische übersteigern würden. Man könnte dies auch als "Zivilisierung" der revolutionaristischen Interpretation des Nationalsozialismus durch die KPD bezeichnen, deren Politbüro am 4. Juni 1930 zu der Einschätzung kam: *"Das stärkere Hervortreten des Faschismus ist keineswegs ein Zeichen des Rückgangs der proletarischen Bewegung, sondern im Gegenteil, die Kehrseite des revolutionären Aufschwungs, die unvermeidliche Begleiterscheinung des Heranreifens einer revolutionären Situation."*

Natürlich spielt neben der Überlegung, daß die jungen Leute ja eigentlich im Recht sind, nur den falschen Führern hinterherlaufen, eine gehörige Portion Populismus mit. Nur ist das nicht der Unterschied zu den Überlegungen der KPD, das populäre nationalistische Geschrei gegen den "Schandvertrag" von Versailles zum Ausgangspunkt der Konkurrenz um die nationalistischen Anhänger zu machen, wobei "großzügig" über rassistische und antisemitische Parolen hinweggesehen wurde. Bei aller Unterschiedlichkeit sozialer Grundlagen, der Klassenkämpfe und der Massenbewegungen ist der Kern der Problematik, ob eine sozialistische Politik unter welchen Bedingungen auch immer national agieren darf. Oder das Nationalistische der rechten Anhänger ignorieren kann, und statt dessen den "rebellischen Antikapitalismus von rechts" mit seiner antiemanzipatorischen und rassistischen Grundhaltung zur Gewinnung rechter Anhänger benutzt.

Daß links und kommunistisch nicht nur internationalistisch, sondern antinational sein muß, ist beileibe kein linkes Essential. Die Warnungen vor *"nationalem Nihilismus"* stehen in alter Dimitroff-Tradition, der die "Volksfrontpolitik" als angebliche Verkopplung von "proletarischem Internationalismus" mit den *"nationalen Gefühlen der werktätigen Massen"* verkaufte. *"Wir sind aber keine Anhänger des nationalen Nihilismus und dürfen niemals als solche auftreten"*, forderte er auf dem berühmten VII. Weltkongreß der Komintern 1935 und eröffnete den nationalistischen Massen: *"Die sozialistische Revolution wird die Rettung der Nation bedeuten und ihr den Weg zu höherem Aufstieg eröffnen.".*

Daß der linke Bezug auf die Nation, auch wenn er sich sozial begründet, den Internationalismus geradezu konterkariert, hat sich nicht einmal bis zu Fülberth herumgesprochen.

Heiner Möller

1) Georg Fülberth, Nationalbolschewismus. Eine nur historische Angelegenheit? Sozialistische Zeitung (SOZ), 16.10.93

2) Der "Hofgeismarer Kreis" junger Sozialisten in der SPD, mit dem der damalige Sozialdemokrat und "Nationalbolschewist" Ernst Niekisch — von 1946 bis 1954 SED-Mitglied — sympathisierte, propagierte 1925/26 einen "nationalen Sozialismus".

Nationale Linke

Ob rechts oder links: Arbeiterpartei

"Die völlig entgegengesetzte Schlußfolgerung vertrat ansatzweise ein KPÖ-Mitglied: wer ist in Frankreich die größte Arbeiterpartei, lautete seine provokante Frage. Die Antwort: der ‚Front National' Le Pens, dem sich Teile der Arbeiterklasse zuwenden, die am meisten unter den nichtbewältigten Folgen des steigenden Ausländeranteils leiden: der Verschlechterung der Wohnungssituation, der Qualitätsminderung der Schulbildung der Kinder, der Lohnsenkungen im Bereich niedrig qualifizierter Arbeit aufgrund der steigenden Konkurrenz durch Ausländer. Die noch nicht klar ausgesprochene, aber in der Tendenz zwingende Schlußfolgerung: da die Arbeiterklasse, also unsere eigene soziale Basis, sich gegen die Ausländer wendet, werden wir als Interessenvertreter uns dieser Veränderung nicht verschließen können."

(Michael Menard in einem Bericht über eine gemeinsame Tagung von IMSF/Frankfurt, ISW/München, Sozialismus/Hamburg, Z/Frankfurt, Utopie kreativ/Berlin, Sozialistisches Forum/Köln zu "Nationalismus, Rassismus und die Linken"; aus: Utopie kreativ — PDS-nah — 33/34, Juli/August 1993)

Helmut Bleiber: Das Nationale

"Die Okkupation des Nationalen durch den junkerlich-bourgeoisen Ausbeuterblock, die wachsende Verbindung von national einerseits und konservativ-reaktionär andererseits erschwerten es der revolutionären Sozialdemokratie, sich ihrerseits überzeugend des Nationalen zu bemächtigen und sich selbst als Hauptrepräsentant nationaler Interessen darzustellen. Trotz wichtiger politischer und propagandistischer Schritte und Bemühungen gegen das Versailler Diktat gelang es auch der KPD in den Jahren der Weimarer Republik nicht, in einem solchen Maße auch als Wahrerin nationaler Belange Anerkennung zu finden, wie es erforderlich gewesen wäre, um die nationale Demagogie der Nazis unwirksam zu machen... Entgegenzuwirken wäre einer verbreiteten Tendenz zu nationalem Nihilismus... Probleme und Schwierigkeiten, die die Arbeiterbewegung von ihren frühesten Anfängen an mit dem Nationalen hatte, rührten daher, daß die Verbreitung von nationalem Bewußtsein und das Wekken nationaler Emotionen das Bewußtwerden der inneren sozialen Widersprüche erschwerten...

Kaum oder doch ungenügend wird erfaßt, daß nationales Bewußtsein im Kapitalismus nicht nur Ideologie im Dienste der herrschenden Klasse ist, sondern daß sich in ihm auch nationale Belange der werktätigen Schichten reflektieren wie etwa deren Interesse an der Abschüttelung von oder der Bewahrung vor Fremdherrschaft, am Recht auf die Muttersprache und auf die spezifisch ethnisch-kulturelle Eigenart. Nur dieser Tatbestand erklärt auch, warum Nationalbewußtsein Massenbewußtsein werden konnte." Die marxistische Linke habe die "Aufarbeitung durchaus nachhaltiger Leistungen auf dem Gebiet der nationalen Frage ebenso einzuschließen, wie die Analyse von Deformationen, Verletzungen und Fehlern, die von der Duldung und Funktionalisierung großrussischen Nationalismus bis hin zur barbarischen Praxis der Umsiedlung ganzer Völkerschaften und ethnischer Gruppen (die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder und Neiße eingeschlossen) reichen."

(Helmut Bleiber, Ex-DDR-Historiker in Z — Zeitschrift für Erneuerung — ehemalige DKP-Erneuerer — 14. Juni 1993)

Carlebach: Deutsches Interesse

"Keine kommunistische Partei wurde stark oder konnte gar die Macht erobern, wenn sie nicht zuvor erreicht hatte, daß sie von ihrem Volk als Vertreterin der nationalen Interessen dieses Volkes anerkannt wurde." Er zählt als Beispiele die Bolschewiki, Vietnam, Kuba, China, die KP Südafrikas und die KPen Italiens und Frankreichs in der Resistance auf. "Wir haben im besten Sinn und unter Einsatz von Leben und Freiheit die Interessen unseres deutschen Volkes vertreten — im Gegensatz zu den Hohenzollern, den IG Farben, den Hindenburg, Hitler, Adenauer — aber wir taten das in einer Weise, die es dem Gegner leicht machte, uns als ‚Agenten einer fremden Macht' zu diffamieren... Und worum geht es heute? Heute in diesem unseren Deutschland, mit diesem unseren Volke? Es geht darum zu verhindern, daß unser Volk, daß unsere jungen Männer zum drittem Male in einen katastrophalen Krieg getrieben werden... Deutsches Interesse ist zuerst und vor allem, das Leben unserer Menschen zu schützen und zu erhalten...

Es ist selbstverständliche Pflicht der Kommunisten, dafür einzutreten, daß unser Land, das zu den reichsten der Erde gehört, denen Asyl gewährt, die durch Krieg und Elend, Hunger und Not zu Flüchtlingen geworden sind. Aber Formeln über Solidarität genügen nicht... Die Lösung kann nicht darin bestehen, daß die Menschen auf den mit ihrer Hände Arbeit geschaffenen bescheidenen Wohlstand verzichten." Zahlen sollten die Verursacher des Elends. "Mit ihren zusammengeraubten Milliarden und Billionen können bei uns Sozialwohnungen und Arbeitsplätze für Deutsche und Asylanten geschaffen werden", könne in der Dritten Welt eine Wirtschaftsstruktur geschaffen werden, "die den Menschen erlaubt, in ihrer Heimat zu leben, statt als Flüchtlinge in der Fremde zu vegetieren. Wenn wir das nicht in den Vordergrund unseres Denkens und Handelns stellen, dann laufen wir erneut Gefahr, vom Gegner als Vertreter fremder Interessen denunziert zu werden. Solange wir nicht fertigbringen, als *Deutsche* Kommunistische Partei bekannt und anerkannt zu werden, solange können wir Programme entwickeln — wie in der Vergangenheit fürs Archiv."

(Emil Carlebach in der Programmdiskussion der DKP, UZ, 28.8.92)

von Schnitzler: Der nationale Kanal

"Das Grundgesetz der Bundesrepublik haben von Ausländern ernannte Abgeordnete als eine Verfassung von oben formuliert, die immer wieder von Kommissaren, also von Ausländern, redigiert und dann schließlich den Deutschen aufoktroyiert wurde. Die im Bundestag abgegebene Erklärung, es solle von den Deutschen über die Verfassung abgestimmt werden, ist nicht verwirklicht worden...

In meinem Buch: "‚Der Rote Kanal' lautet der erste Satz: ‚Ich bin Deutscher und stolz darauf', was in der Linken Wutausbrüche und Unverständnis ausgelöst hat, bei der Rechten Hohngelächter... Ich bin seit 1932 in der Arbeiterbewegung, und unser Ziel war immer ein Deutschland in der Gemeinschaft der Völker — ein gerechtes Deutschland. In der Illegalität haben wir um ein ‚anderes Deutschland' gekämpft... Wenn jetzt die Neofaschisten mit der Losung auftreten, wir lieben Deutschland und sind stolz darauf, dann können wir ihnen dieses Deutschland doch nicht überlassen... Ich meine das Deutschland, das ungeheure Beiträge zur Weltkultur, gute Dienste für die Völkergemeinschaft gebracht hat... Hitlerdeutschland war doch nicht Deutschland...

Das ist ein Klassenkampf in sich, wenn um ein anderes Deutschland gekämpft wird. Das Deutschland, auf das ich nicht stolz bin, ist in den Händen unserer Klassenfeinde. Wenn wir sie bekämpfen, kämpfen wir bereits um ein anderes Deutschland, natürlich ist das Klassenkampf."

(Karl Eduard von Schnitzler im Interview, Spezial 92, Nov./Dez. 1993)

Wieso eigentlich mit diesem Volk?

Linke "Volkstümler" auf Subjekt-Suche

"Zu meiner und meiner Genossen bösen Überraschung kamen auch Nazis mit Flugblättern", schreibt Karl Retzlaw in seinen "Erinnerungen eines Parteiarbeiters" über den Berliner Verkehrsarbeiterstreik von 1932. *"Die Leitung der Berliner Naziparte bemühte sich um die Sympathien der Arbeiter und hatte zur Teilnahme am Streik aufgefordert. Die Nazis kamen geschlossen anmarschiert, zum Teil in SA-Uniform. Auch hier sah ich wieder, daß es meistens Arbeiter waren. Ich bemerkte unter ihnen einige Gesichter, die mir als frühere Kommunisten oder Sozialdemokraten bekannt waren. Wir kommunistischen Mitglieder standen zusammen, die Nazis stellten sich uns gegenüber auf. Die Diskussion, die sich nun entwickelte, war ganz und gar nicht freundlich. Wenn unsere riefen: ,Ihr seid doch auch Proletarier', so antworteten sie: ,Nein, wir sind es nicht, wir sind nationalgesinnte Arbeiter und keine Judenhörige.' Die Nazis riefen uns zu: ,Wo sind denn Eure Juden so früh am Morgen?' Solche Bemerkungen beeindrucken einige meiner Genossen. ,Oben haben sie — die Juden — eine große Schnauze', sagte einer, ,hier, früh um 4 Uhr kommt kein Aas'. ,Zum Plakate ankleben und Flugblätterverteilen kommen sie nicht,' sagte ein anderer und so fort."*

(Karl Retzlaw — Spartacus, Aufstieg und Niedergang, Frankfurt 1971, S.310)

Retzlaw wollte mit dieser Episode die latente Wirkung der antisemitischen Propaganda auch bei Mitgliedern der KPD veranschaulichen. Mir geht es im Folgenden um den Zuruf: *"Ihr seid doch auch Proletarier!"* Dieser ist "brand"aktuell. Er kennzeichnet heute einen Bruchpunkt zwischen traditioneller und antinationaler Linke. Der Zuruf erfolgte massenhaft, als im August 1992 auf der antirassistischen Demo durch Lichtenhagen skandiert wurde: "Ausländer sind die falsche Adresse — haut den Politikern auf die Fresse!". Ein Slogan der Einheitsfront von unten: Faschistoid verhetzte Arbeiter, rassistische Kleinbürger und antikapitalistische Linke — eine Front! Er wiederholte sich in abgeschwächter Form in dem beschönigenden Motto der Bonner Blockadeaktionen gegen die Abschaffung des Asylrechts: *"Die BrandstifterInnen sitzen in Bonn"*.

Je nachdrücklicher es dem Nazismus heute gelingt, sich im Zuge der Krisenverschärfung als angebliche Revolte gegen die bestehenden Zustände zu profilieren und als Protestbewegung Teile des Proletariats für sich zu gewinnen, desto begieriger scheint jedenfalls die dem Volk zugeneigte Linke in eben jenem Protestpotential ihr altneues Subjekt zu entdecken.

"Republikaner und DVU zusammen erreichen unter den Arbeitern und Arbeiterinnen einen doppelt so hohen Anteil wie in der Gesamtbevölkerung — unter den Männern sogar 17 Prozent", berichtet die "Forschungsgruppe Wahlen" über die letzte Hamburger Wahl. *"Auch Arbeitslose findet man unter den Wählern der Rechtsaußenparteien mehr als doppelt so häufig wie in der Gesamtheit."* Auf dieses Klientel hatten es autonom/anarchistische Kreise abgesehen, die während des Wahlkampfs in den Prolo-Vierteln Plakate klebten, auf denen "volkstümlich" erklärt wurde, daß auch die Nazis nichts für den Arbeiter tun. Auf eben jenes "Subjekt" spekuliert die Spitzenkandidatin der Hamburger "Linken Alternativen Liste-Wehrt Euch", Christiane Schneider (BWK) mit ihrem Vorschlag, *"die Themen, die die Faschisten aufgreifen und durch die sie zum Erfolg kommen wollen, einmal zusammenzustellen und die inhaltliche Auseinandersetzung zu entfalten."* (Lokalberichte Hamburg, 30.9.93)

Hatte es von Teilen der radikalen Linken bisher je den Versuch oder die Aufforderung gegeben, die Wähler der Unionsparteien mit Agitationsplakaten zu überzeugen oder sich auf deren Hetzschreibe inhaltlich einzulassen? Warum soll nun gerade für die Wähler faschistischer Parteien ein spezifisches Überzeugungsprogramm auf den Weg gebracht werden? Weil das "Rebellentum" jener "Protestwähler" fasziniert und hierüber eine Affinität zu den eigenen Zielen gesehen wird? Weil Fascho-Wähler scheinbar den ersten Schritt, die Abgrenzung von den bürgerlichen Parteien, bereits vollzogen haben und nun womöglich im zweiten Schritt für die Ablehnung des Kapitalismus gewonnen werden könnten? Derartige Hoffnungen kann sich nur machen, wer den verhetzten Möchtegern-Tätern ein gutes Stück Solidarität zuteil werden läßt und damit Partei bezieht gegen diejenigen, gegen die das rassistische Gemüt revoltiert.

Wie man sich die Überzeugungsarbeit unter DVU-Wählern vorzustellen hat, wurde von *"scc"* in den BWK-Lokalberichten schon einmal skizziert. Es sei notwendig, heißt es dort, *"die scheinbare Rationalität faschistischer Politik (,gut ist, was dem deutschen Volke nützt') aufzubrechen, ihre Mittel und Folgen herauszuarbeiten und aufzuzeigen, daß die Faschisten nicht in der Lage sind, die Versprechen gegenüber ihren Anhängern einzuhalten."* (scc, in: Hamburger Lokalberichte 18/93)

"Die scheinbare Rationalität...?" Im Rahmen seiner spezifischen Wertsetzungen ist der Faschismus gewiß nicht nur scheinbar rational. Dessen Wertsetzungen akzeptiert bereits, wer die Kritik hauptsächlich an "Mittel und Folgen" seiner Politik führen will. Die Kritik, daß Faschisten ihre Versprechen nicht wahrmachen, kann man dagegen kaum noch als "nur" opportunistisch bezeichnen, weil sie den Inhalt faschistischer Versprechungen als positiv anerkennt.

Thälmanns "schaffende Volksgenossen"

Die linke Bezugnahme auf faschisierte Proleten folgt einem Grundmoment deutscher kommunistischer Politik, das bis heute, weitgehend ungebrochen, tradiert worden ist. Ein dogmatischer Glaubenssatz des "echten Marxisten" der Jahre 1930-33 besagte, daß die deutsche Arbeiterschaft den Nazismus niemals zulassen werde. Oder — in Abgrenzung zur antinationalen Position: *"Verständnis für die arbeitende Klasse können nur die aufbringen, die ihr angehören, und die, die ein Herz für die Schwachen dieser Gesellschaft haben."* (Lokalberichte Hamburg 20/93) Wie eine persönliche Kränkung wurde dementsprechend damals wie heute das Aussprechen der Tatsache empfunden, daß die weitaus größte Masse der deutschen Arbeiter eher Nazi ist als Kommunist: 1932 hatte die NSDAP mehr Mitglieder und mehr Wählerstimmen als SPD und KPD zusammengenommen. Der Chef der Sturmabteilung (SA), Ernst Röhm, bezifferte den Anteil von Arbeitern und Angestellten in der SA auf 81%. In ihrem Offenen Brief an "Die Werktätigen Wähler der NSDAP und die Mitglieder der Sturmabteilungen" von 1931, überschrieben mit: "Schaffende Volksgenossen!" hatte die KPD damals ihre Anbiederei auf die Spitze getrieben: *"Als ehrliche Kämpfer gegen das Hungersystem haben sich die proletarischen An-*

hänger der NSDAP in die Einheitsfront des Proletariats eingereiht und in Erwerbslosenausschüssen ihre revolutionäre Pflicht getan. ...In zahlreichen Wohngebieten haben Anhänger der NSDAP den revolutionären Arbeitern geholfen, die Massen gegen die Exmission von Erwerbslosen zu mobilisieren. In vielen Dörfern haben Mitglieder der NDSAP unter Führung der Kommunisten verhindert, daß den schaffenden Bauern die Kuh gepfändet oder ihr kleiner Besitz versteigert wurde." (Rote Fahne vom 1.11.31) (1)

Der reale Todfeind als imaginierter Hoffnungsträger — diesem fatalen Fehlurteil hatten zwei ideologische Prämissen zugrunde gelegen: die offene Flanke zum Nationalismus sowie die Annahme, die soziale Frage sei auch im Deutschland der 30er Jahre noch links besetzt. Die Klassenlage der SA- und NSDAP-Anhänger wurde für wesentlicher genommen als deren Ideologie (während paradoxerweise in der KPD-Rhetorik jener Jahre die "nationale Befreiung" oftmals vor die soziale gesetzt worden ist). Und die nationalistischen Elemente des Stalinismus wurden schon längst nicht mehr nur nachgekläfft, sondern deutsch untermalt: Als Thälmann 1931 selbst vor einer Versammlung kommunistischer Funktionäre ein deutsches Volk bejammerte, *"das national versklavt wird und auf dem die Peitsche der ausländischen und der deutschen Bourgeoisie herumtanzt"* (2), war dies schon längst keine opportunistische Rhetorik mehr, sondern tiefempfundene Überzeugung.

Diese (verkürzten) Schlaglichter auf die Politik der Thälmann-KPD machen deutlich, welch' Verdrängungsleistung gerade in Deutschland mit einem politischen Ansatz verbunden ist, der etwa im Pogromtäter aus Lichtenhagen den fehlgeleiteten Genossen und im Hamburger DVU-Wähler den Kumpel erkennt, der nur Opfer ist und *"die Schnauze voll (hat) von dem Gesülze der ,etablierten' Parteien"*, wie es in einem Harburger Flugblatt heißt.

Zwar ist zu beobachten, daß diese Verdrängungsleistung seit Hoyerswerda nicht mehr uneingeschränkt funktioniert. Um so massiver aber die abwehrende Reaktion, die den vereinzelten Kritikern des Proletariats bei Autonomen, im BWK, in der VSP und anderen Gruppierungen entgegenschlägt. Die dabei vorgebrachten "Argumente" sind unabhängig vom politischen Lager weitgehend gleich. Ich greife zwei Beispiele heraus: Die autonom/antiimperialistischen Angriffe gegen die bevölkerungsverachtende Position der Frankfurter "Fluchschrift"-Gruppe (siehe die anschließende Dokumentation) und die Kritikpapiere der Hamburger "Lokalberichte" (LB) gegen eine Hamburger antinationale Aktion.(3)

"Wer das Volk kritisiert, entlastet die Bourgeoisie!"

Das Flugblatt der Hamburger antinationalen Gruppen hatte (wie implizit auch die "Fluchschrift") konstatiert, daß der 8. Mai 1945 *"für den prägenden und dominanten Teil der deutschen Bevölkerung"* eine Niederlage gewesen sei, weil *"die Masse der Deutschen damals von der Legitimität des Dritten Reiches überzeugt"* gewesen war. Unsere Volksfreunde haben dies nicht gerne gelesen. Prompt wurden entlastende (und sich gegenseitig widersprechende) Standardverweise auf den *"Widerstand der deutschen Bevölkerung"* (LB 20/93) und den Umstand, *"daß der Faschismus wesentlich Terror auch nach innen"* war (LB 17), und somit Opposition oder Widerstand kaum zugelassen habe, neu aufgetischt.

Selbstverständlich hat es beides: heroischen Widerstand und beispiellosen Terror gegeben. Die Bezugnahme hierauf verkommt allerdings zum Alibi, wenn mit ihr verdeckt werden soll, wie verzweifelt isoliert jene Minderheit der NS-GegnerInnen in der fanatischen Gemeinschaft der Deutschen bis zur letzten Minute des Regimes gewesen war.

Ein anderer Beitrag der "Lokalberichte" will die massenhafte NS-Zustimmung gar nicht bestreiten. Aber: *"Diese relativ breite Basis hatte auch Mussolini in Italien, diese Basis hatte (eingeschränkt) Franco und die Falangisten, und eine solche Basis findet sich auch in mancher lateinamerikanischen Diktatur"*, heißt es dann weiter, womit beides: Das Ausmaß der NS-Verbrechen und Ausmaß der deutschen Zustimmung bis zur Entstellung relativiert wird. (LB 20/93)

Ein weiteres Gegenargument kommt taktisch daher: Wenn man in Bezug auf den NS von einem *"Bündnis von Mob und Elite"* spreche, werde *"die deutsche Bourgeoisie von ihrer Schuld entlastet"* (LB 20) bzw. *"die Verantwortlichkeit der Bankiers und Funktionäre"* verwässert (Swing 45). Wie absurd! Wer durch das "Bündnis von Mob und Elite" die Eliten als "entlastet" begreift, geht offenkundig davon aus, daß eine von der Bevölkerungsmehrheit ebenfalls erwünschte Aggression per se nicht so schlimm sein kann, wie die ausschließlich von einer Minderheit gewollte.

Daß die Kenntnisnahme der gesellschaftlichen Basis des Nationalsozialismus die Kritik an den herrschenden Verhältnissen nicht verwässert, sondern pointiert, ist den Kritikern der antinationalen Politik hingegen keineswegs entgangen: Da sie das Traditionskonzept linker "Realpolitik" zu entwerten droht, wird gerade gegen diese Pointierung gegiftet.

"Wenn ihr nun schon so schlau seid und uns die Welt erklärt, wie sie wirklich ist", mokieren sich die autonomen Kritiker der "Fluchschrift" in "Swing", *"wollt Ihr uns dann verraten, welche politischen Ansätze ihr gefunden habt, die Lage zu verändern?"* (Swing 45) Nicht minder großspurig die Kritiker des BWK: Wer von einer rassistischen Volksgemeinschaft damals und heute ausgehe, drohe *"faktisch zu kapitulieren"* und verbreite, wie im Fall der Hamburger Aktion, *"den seltsamen Beigeschmack von zugleich Resignation und elitärem Den-Staub-von-Füßen-Schütteln."* (LB 18). Dann sich lieber selbstlos die Füße im braunen Modder der DVU-Wählerschaft schmutzig machen? *"Mit wem wollen diese Menschen"*, so das entscheidende Resümee all jener Proteste, *"denn eine bessere Welt aufbauen, wenn ,die deutsche Bevölkerung', wie sie schreiben, den Faschismus wollte."* (ebd.)

Diese Frage trifft den Nagel deutschlinker Geschichtsinterpretation auf den Kopf: Um nicht zu resignieren, um das Bohren dicker Bretter "aufklärerischer" Kleinarbeit in den Prolo-Vierteln auch weiterhin geduldig aushalten zu können — allein deshalb darf es das Bündnis von Mob und Eliten vor 50 Jahren ebensowenig gegeben haben, wie es heute bestenfalls einen ferngelenkten, keinesfalls aber originären Rassismus in der Arbeiterklasse geben darf.

Der in Selbstüberschätzung schwelgende Linke, der die "Menschen" nicht aufgeben will, weigert sich wahrzunehmen, daß der Großteil dieser Menschen ihn aufgegeben hat, seit er linksradikal geworden ist und weiter aufgeben wird, solange er dies bleibt. Warum diese Wahrnehmungsschwierigkeit? Folgt aus der falschen Analyse ein falscher Seelenzustand oder verhält es sich andersherum? Daß irrationale Momente zumindest nicht ausgeschlossen werden können, beweisen die Vernichtungsphantasien, welche die Volksfreunde der antinationalen Linken unterstellen.

"Wollt ihr uns alle zu Faschisten stempeln?"

Beispiel Nr. 1: In einer Zuschrift an die BWK-Lokalberichte wird im Hinblick auf die alliierten Angriffe gegen deutsche Großstädte und unter Bezugnahme auf die antinationale Linke erklärt, daß alle diejenigen "bekämpft werden" müssen, die *"eine Bombardierung von arbeitenden Menschen, die Hitler zum großen Teil gar*

nicht gewählt haben ... für richtig erachten". Dies ist ein falscher aber zumindest rational nachvollziehbarer Standpunkt. Was nun folgt, ist irrational: *"Wie soll ich zu solchen Menschen Vertrauen aufbauen, die alles umbringen wollen, was nicht ganz so handelt und denkt wie sie selbst."* (LB 20/93) Hier wird nicht nur die Rolle der Nazis und der Briten im 2. Weltkrieg vertauscht. Sondern projiziert wird der Vernichtungsvorwurf zugleich auf all diejenigen, die sich die nationalistische Kritik an "Bomber Harris" nicht zueigen machen.

Beispiel Nr. 2: Der Rassismus sei kein deutsches Problem, heißt es in der "Fluchschrift"-Kritik einer "autonomen Antiimperialistin", veröffentlicht in "Swing". Denn wäre er ein deutsches Problem, *"dann wäre das Problem des weltweiten Rassismus ja ganz einfach zu lösen. Das deutsche Volk (in der Volksgemeinschaft, wie sie in der Fluchschrift behauptet wird) müßte schlicht ausgerottet werden, da es sich offenbar — auch als ganzes Volk — nicht verändern kann. ... aus dem gesamten Kontext der Fluchschrift wird deutlich, daß hier die Zerstörung der Deutschen, also der Menschen, die in diesem Land leben, gemeint ist."* (Swing 45)

Beispiel Nr. 3, "Swing" Nr. 48: Es müsse die "Fluchschrift"-Redaktion, schreibt dort "Xanthippas" (ein "Frankfurter Autonomer"), die Renazifizierung in Deutschland wohl als traumatisch empfinden und deshalb *"Rettung in der Beseitigung ,der Deutschen' suchen."* (4)

Was spielt sich ab bei denen, die auf die antinationale Kritik mit derartigen Zwangsvorstellungen reagieren? Offenkundig kommen hier Projektionen ins Spiel, bei denen sich auch die linken Deutschen so begreifen, wie sich die Volksgemeinschaft am liebsten sieht: als Opfer der antinationalen Mächte. Die Leute von der "Fluchschrift" schreiben: *"Es scheint, als würde unsere Kritik am Bewußtsein und am Handeln der Deutschen, Xanthippas eigene Vernichtungsphantasien erst richtig mobilisieren. In altbewährter Tradition: Die Deutschen projizieren auf ihr ,Gegenüber' die Vernichtungsphantasien, die gerade sie haben. Auf die Idee, ein Volk zu vernichten, auf die muß ja erst einmal jemand kommen. In Deutschland, dessen Bevölkerung auf ein geschichtliches praktisches Programm verweisen und zurückgreifen kann, kommen diese Phantasien automatisch hoch."* (Fluchschrift 2)

Das Problem liegt nicht darin, daß eine antinationale Linke auf Veränderung und Aufklärung verzichten will. Das Problem liegt darin, daß der volksverbundene Teil der Linken Prämissen perpetuiert, die Aufklärung geradewegs blockieren.

"Ihr selbstgerechten Rhetoriker!"

So wird, wie wir gesehen haben, der Blick auf den Nationalsozialismus von Befangenheiten getrübt, die nicht nur zu falschen Einschätzungen führen, sondern zugleich dafür sorgen, daß typische, der NS-Verdrängung geschuldete Projektionen auch innerhalb der Linken virulent werden können.

So klammert mann/Frau sich hier und heute an die Hoffnung, daß zwischen sozialem Abstieg und Wunsch nach progressiver Gesellschaftsveränderung ein Zusammenhang besteht. In Deutschland trifft diese Gleichung aber nicht zu. Nationalsozialismus und materielles Interesse der deutschen Lohnabhängigen sind nicht per se ein Widerspruch, sondern können durchaus harmonieren. Zugleich unterschätzt, wer mit ein paar Aussagen über das "eigentliche" Interesse der Arbeiter faschistoiden Verhetzungen entgegentreten will, die Tiefenwirkung jener Ideologien. Für die Bekämpfung des Nazismus scheint notwendiger zu sein, was gerade bei volksnahen Linken oft verachtet und als "abstrakter", "intellektueller", "ideologischer" und "theoretischer" Zugang verhöhnt wird: Die Ächtung und Ausgrenzung von Nationalismen und die Hinwendung zur Analyse dieser Gesellschaft und der in ihr angelegten Destruktion. Für die bewußte Beförderung von antikapitalistischen Kämpfen ist dies kein Hinderungsgrund, sondern, soweit es den Internationalismus betrifft, eine Voraussetzung.

Darüberhinaus ist unverständlich, warum die hiesige Linke gerade *das Volk der Deutschen* zum Bezugspunkt politischen Handelns macht. Warum sollte sich der linksradikale Teil dieses Landes nicht vorrangig auf die Haßobjekte des deutschen Rassismus beziehen? Oder auf die internationalen Opfer und Gegner deutscher Großmachtpolitik, um für deren fortschrittlichste Segmente "im Hinterland" des Imperialismus Unterstützer und Ansprechpartner zu sein? Das wäre zur Abwechslung mal keine Anpassung an die deutschen Zustände, sondern ein Angriff auf sie...

Max Müntzel

1) zit. nach H. Weber, Der deutsche Kommunismus, Frankfurt/M. 1963, S.156
2) a.a.O., S. 152
3) Es waren im Juli dieses Jahres zwei Dutzend "Antinationale" in einen sog. "ökumenischen Gedenk- und Versöhnungsgottesdienst" anläßlich des 50. Jahrestages der Bombardierung Hamburgs eingedrungen — mit Megaphon, Flugblättern und einem Transparent mit der Aufschrift *"Es gibt nichts zu trauern!"* Gegen eine Pfeif-, Schrei- und Trampelkulisse der aufgehetzten Opfergemeinde wurde eine Erklärung verlesen; die Medienresonanz war enorm. Einige Tage später hatte eine *"Aktion Vaterlandsverrat"* die Teilnehmer einer Hamburger Gedenkprozession mit diversen Provo-Plakaten — Aufschrift: *"Bomber Harris said: ,I would do it again.' We say: ,Do it now.'"* — erneut, und zwar reichlich, empört. Zur Diskussion um die Hamburger Aktion sind bisher insgesamt acht Beiträgen in den Lokalberichten (LB 16/93 bis LB 20/93) erschienen. Die KritikerInnen der "Fluchschrift" hatten sich im Rhein/Main-Info "Swing" Nr. 45 und 48 erklärt.
4) Eine vergleichbare Phantasie war den RedakeurInnen der KB-Mehrheit in ihrer Auseinandersetzung mit der Gruppe K ins Kraut geschossen. Bei der Gruppe K würde, so der ak, *"ein ganzes Volk, bis auf die wenigen rühmlichen Ausnahmen (wen würdet Ihr außer Euch selbst noch dazurechnen?), als faschistisch begriffen"* werden. (Brief an die Gruppe K, in: ak 344)

Vereinigte Linke: Kaffeeklatsch mit Faschisten

Der ostdeutsche "telegraph" berichtete im September 1991 von zwei Treffen der Berlin-Treptower Gruppe der "Vereinigten Linken" (VL) mit der östlichen Gruppe der NPD-Jugendorganisation "Junge Nationaldemokraten". Nach Gedächtnisaufzeichnungen der VLer hätten diese Treffen *"recht verblüffende Erkenntnisse"* beschert: *"Besonders die Erkenntnis der JN, ,daß der internationale Kapitalismus dabei sei, weltweit einen homo oeconomicus zu schaffen', daß man etwas machen müsse zur Erhaltung der speziellen Kulturform jedes Volkes und gegen die ...fortschreitende kritiklose Denkfaulheit der Bürger nun auch eben dieses deutschen Landes', als auch der Lösungsweg durch ...,zeitweilige totale Gleichschaltung, aus der sich kritische Stimmen — das wiedererwachende gesunde Volksempfinden — erheben werden', schien die VLer nachhaltig beeindruckt zu haben."* Der "telegraph" kritisierte, *"daß derartige Texte völlig kommentarlos in die VL-Zeitung gelangen können, daß VL-Leute von Außenstehenden auf diese Artikel aufmerksam gemacht werden müssen, damit sie es mitbekommen, daß in den folgenden Nummern kein Wort der Entgegnung steht, ist mindestens genauso erschreckend"*, wie diese Kontakte"
telegraph, 9/91.

"Gegen das organisierte Deutschtum — Für den Wiederzusammenbruch"

...so der Untertitel der "Fluchschrift", ein seit 1992 in Frankfurt unregelmäßig erscheinendes Zirkular, dessen HerausgeberInnen zugleich eng mit "Cafe Morgenland" zusammenarbeiten. "Cafe Morgenland" ist eine Gruppe von MigrantInnen und Flüchtlingen, die sich politisch auf das linksradikale und autonome Lager bezieht und über ein Cafe für ausländische Frauen und Männer eine eigene Struktur gegen den Rassismus der deutschen Gesellschaft einschließlich der Linken aufzubauen sucht. "Geflucht" wird in der Zeitung in erster Linie auf den Politikansatz der deutschen linksradikalen Szene, die "die durch Glatzen erkennbaren Faschos schlagen und zugleich die Täter und die rassistische Bevölkerung zu Opfern von Wohnungsnot und Verelendung erklären."

Uns liegen von beiden Gruppen nur diejenigen Texte vor, die seit 1992 im autonomen Rhein/Main-Info "Swing" (Nr.44-55) veröffentlicht wurden, Texte, die, wie wir meinen, eine bundesweite Verbreitung verdienen. Eine Bezugsadresse für die "Fluchschrift" gibt es, soweit wir wissen, bisher leider nicht.

Wir dokumentieren im folgenden einen Auszug aus der Stellungnahme der "Fluchschrift" Nr. 1 von Juni 1992. Diese hatte sich mit der Geschichtsblindheit der Linken (u.a. am Beispiel des "doitschstunde"-Textes der autonomen Lupus-Gruppe) auseinandergesetzt. In Dokument 2 zitieren wir aus einer Erklärung von Cafe Morgenland zum 3. Oktober 1993, die u.a. Bischofferode als "Wallfahrtsort und Hoffnungsträger vieler deutscher Linken" erbarmungslos demontiert.

Die Texte der Fluchschrift- und der Cafe Morgenland-Gruppe befassen sich in der Regel mit konkreten Äußerungen des linksradikalen Spektrums und demaskieren deren Rücksichtnahme bzw. Kumpanei mit Nationalismus und Rassismus, soweit er sich in den Unterklassen artikuliert. Die Kompromißlosigkeit ihrer Angriffe ist sachlich geboten und methodisch überhaupt nicht zu vermeiden, da anders ein Denkschema nicht aufgebrochen werden kann, das die Köpfe der deutschen Linken seit Generationen beherrscht. Im Unterschied zu den Sarkasmen und Spötteleien, mit denen etwa "konkret" die Restlinke gerne abzuledern pflegt, wollen "Fluchschrift" und "Cafe Morgenland" sich über jene nicht nur mokieren, sondern mit dem Ziel einer antinationalen Praxis ideologisch intervenieren: "Unsere Aufgabe ist und bleibt es, die Kosten für das Ausleben des Rassismus möglichst hoch zu treiben", heißt es in einem ihrer Papiere.

Zwar waren ihre Texte bisher wenig geeignet, die von ihnen beklagte linke Theoriefeindlichkeit wettzumachen. Ihr Appell, "endlich zu einer adäquaten praktischen Antwort auf die aktuellen Verhältnisse zu kommen" klingt vor dem Hintergrund ihrer Einschätzung über die deutsche Linke sogar reichlich voluntaristisch. Und doch sind es richtige Fragen, mit der sie die linksradikalen Szene (uns eingeschlossen) konfrontieren: "Warum werden Parolen wie ‚Wir werden nicht warten bis ihr Flüchtlinge angreift!" nicht weiter diskutiert und in die Tat umgesetzt, obwohl dies schon lange überfällig ist angesichts der Stimmung bei der deutschen Bevölkerung z.B. in besagten Stadtteilen? Was heißt es für Migrantinnen in einem Wohnviertel zu wohnen, in dem 30% der Bevölkerung Republikaner wählt, z.B. in der Hans-Böckler-Siedlung in Offenbach? Wie will die radikale Linke dort intervenieren?"

Max Müntzel

Dokument 1: Die Parteien haben Protestwähler, die Linken Protestschläger

(...) Um den Widerspruch zwischen erklärtem "emanzipatorischen" Ziel und der augenblicklichen Verfassung dieser Massen auszuhalten, bedarf es in der linksradikalen Szene nicht nur eines respektlosen Umgangs mit den Tatsachen, sondern auch einer traditionellen, aber trotzdem konfusen, linken Theorie:

Wer mit diesem Volk noch "Großes" vorhat und sich immer noch überlegt mit welchen pädagogischen und sozialpsychologischen Methoden es therapiert werden kann, obwohl alle Zeichen auf nationalistischen und rassistischen Sturm stehen, macht zu ihm ein *taktisches* Verhältnis auf. Das Bewußtsein und das Verhalten der deutschen Bevölkerung wird ein *Kalkül* in der linksradikalen Strategie. Alles, was die Leute fühlen, denken oder tun, kann nicht für das genommen werden, was es auch ist (z.B. rassistisch), sondern ist "*Ausdruck* von etwas" (Anderem).

Der entsprechende linke Begriff dafür ist dann "eigentlich" (oder früher "objektive Interessen"). So ist der Rassismus des deutschen Volkes keine eigentümliche Art und Weise einer gesellschaftlichen Weltanschauung und Handlung, sondern "eigentlich" eine Reaktion auf seine Nöte und Mißerfolge in der Konkurrenz ("Rebellion ist gerechtfertigt" schrieb ein linksradikaler Zusammenhang zum Pogrom in Mannheim/Schönau). "Eigentlich" will es sich gegenüber den Zumutungen der bürgerlichen Gesellschaft wehren (gut), bedient sich aber, durch "die Herrschenden manipuliert" und mangels Durchblick, eines falschen Mittels: Rassismus (schlecht). Der Rassismus ist dem deutschen Volk somit nicht "eigentlich", sondern "eigentlich" fremd.

Was nicht begriffen wird (oder werden will) ist, daß der Rassismus eine Erklärung gesellschaftlicher Veränderung ist und nicht der fehlgeleitete Ausdruck der Sehnsucht nach dieser Veränderung. Diejenigen, die sich die Gesellschaft mit rassistischer Ideologie erklären und danach handeln, wollen, daß diese Gesellschaft bleibt wie sie ist. Nur ohne die Widersprüche, die die Konkurrenz der bürgerlichen Gesellschaft zwangsläufig hervorruft, z.B. Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot etc. Ihr Handeln befindet sich nicht gegen, sondern im gesellschaftlichen Konsens rassistischer Politik. Mehr noch: Die praktischen Rassisten, die die Flüchtlinge und MigrantInnen angreifen und töten, demonstrieren, wie sie sich die staatliche Politik gegenüber den Flüchtlingen vorstellen. Die Lynchjustiz ist die Forderung nach der Todesstrafe, der Pogrom die nach dem staatlichen Vernichtungsprogramm.

Wenn (so diese linke Logik weiter) der im tiefsten Inneren "gute" Volkswille von "den Herrschenden in deren Interesse manipuliert" wird und werden kann, kann dieser Volkswille auch wieder hervorgebracht und "links" gewendet werden. Anstelle radikaler theoretischer und praktischer Kritik tritt die Aufklärung über die "eigentlichen Zusammenhänge". ... Hier werden Täter zu Opfern erklärt, was der erste Schritt zur Entsolidarisierung mit der bedrohten Minderheit und der Anschluß an die "Nöte"-Gemeinschaft der Mehrheit ist. Diese Ansicht hat in der deutschen Linken Tradition: Die Erklärungsmuster der radikalen Linken gleichen auf verblüffende Weise denen der Sozialdemokratie vor 100

Jahren für den politischen Antisemitismus. Deren Klassen-Analyse war zugleich die Ignoranz gegenüber der bedrohten Minderheit. Es fehlte eine Einschätzung von dem Potential der Vernichtung des völkisch-rassistischen Judenhasses in der deutschen Bevölkerung und an Initiative gegen den Nationalismus. Es geht hier nicht um den historischen Vergleich oder um die Erklärung des politischen Antisemitismus oder gar um den falschen Vergleich mit dem Rassismus. Es geht um das Selbstverständnis der Linken, die geschichtslos, an die Tradition der Analyse und Ignoranz anknüpft, ohne sich je mit dieser auseinandergesetzt zu haben.

Sozialdemokratie 1893:
"Der Antisemitismus entspringt der Mißstimmung gewisser bürgerlicher Kreise, die sich durch die kapitalistische Entwicklung bedrückt finden und zum Theil durch diese Entwicklung dem wirtschaftlichen Untergang geweiht sind, aber in Verkennung der eigentlichen Ursache ihrer Lage den Kampf nicht gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem ... richten."
(August Bebel, Kölner Parteitag 1893, zitiert nach: Paul W. Massing, Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, Frankfurt/M. 1986, S.169)

Antifa 1992:
"Die Unzufriedenheit ist der Boden, der immer mehr hoffnungslose Jugendliche den Nazis zutreibt. Diese jungen Leute wären vorher eher nach links tendiert und hätten im Klassenkampf ihre Rechte erkämpft, anstatt sich, ohne sich dessen bewußt zu sein, den Schuldigen für ihre Situation, dem Kapital, durch ihr Handeln in die Hände zu spielen."
(Antifa-Info/Frankfurt Nr.3, April 1992)

Sozialdemokratie 1893:
"Die Stärke des Antisemitismus ist die Unklarheit, Unbestimmtheit, Selbsttäuschung über die Natur dieser Übel ... Bei den Massen des Volkes wird der Antisemitismus nur da Anhang gewinnen, wo die Sozialdemokratie noch nicht Licht in die Köpfe gebracht hat oder wo noch — wie bei Kleinbauern und Kleinbürgern — das falsch verstandene Interesse den Blick trübt."
(Eduard Bernstein, 1893, zitiert nach Massing, S.170)

Autonome Antiimps 1990:
"... Was ist Nationalismus und wem nützt er? Nationalismus in kapitalistischen Ländern hat Gründe: Er soll — im Interesse der Herrschenden — die Klassenwidersprüche verdecken. — das heißt für die heutige Situation: Wohnungslosigkeit, Armut, sozialer Abstieg sollen nicht den Verantwortlichen angelastet werden, sondern anderen Armen."
(Autonome AntiimperialistInnen Frankfurt/M., Flugblatt: Nie wieder Deutschland!, 1990)

... Die Linke denkt heute — ob sie die sozialdemokratische Theorie und Politik kennt oder nicht — in dieser Tradition: Rassismus, Überfälle auf MigrantInnen sind ein Reflex der sozialen Lage der Täter, auf Wohnungsnot, Arbeits- und Hoffnungslosigkeit. Die Faschisten schlagen auf von den Herrschenden angebotene Sündenböcke ein, anstatt sich ihrer "sozialen Rebellion" bewußt zu werden. Nach dem Motto: "Rebellion ist gerechtfertigt. Aber so geht es nicht!" (Überschrift eines Aufrufs für eine Demonstration in Mannheim/Schönau)

Es ist eine Tradition, die die Geschichte dieses Landes ignoriert. Die Taten der deutschen national-völkischen Revolution ab 1933, die Vernichtung der europäischen Juden, wird nicht in die Herzen und Analyse aufgenommen. ... Die Täter werden zum Opfer der sozialen Verhältnisse erklärt, und dies als Ansatzpunkt für linksradikale Praxis gesehen. Die deutschen Parteien haben ihre Protestwähler, die Linken ihre Protestschläger."
Aus: Fluchschrift Nr.1, Juni 1992

Dokument 2
Kein Erbarmen mit Bischofferode

"Es gibt auch das gute Deutschland. In Bischofferode. Den Wallfahrtsort und Hoffnungsträger vieler deutschen Linken: "Die aktuell leider recht erfolgreiche Taktik der "Herrschenden" ist, in der zugespitzten kapitalistischen Krise die "kleinen Leute" verstärkt gegeneinander aufzuhetzen — von Rostock bis Jugoslawien — um präventiv zukünftigen Klassenkämpfen entgegenzuwirken und ihre "Pfründe" zu sichern. (...) Wir sehen unsere Klasse alles andere als schönfärberisch, sehen auch dort sexistischen und rassistischen Dreck. Wir wissen aber auch viele positive Beispiele, die Hoffnung machen, wie jetzt in Bichofferode" (Interim Nr. 250, Klasse gegen Klasse). Es stimmt. Wenn über Rostock die Rede ist von "kleinen Leuten", die gegeneinander (!) aufgehetzt wurden, dann ist es keine "Schönfärberei", sondern der miese Versuch TäterInnen und Opfer auf eine Stufe zu stellen. (...) Es wurden wieder einmal — diesmal bewußt — ein paar Indizien in Bischofferode übersehen:

Die extra gedruckten T-Shirts der Kumpels "Wir sind das Volk", die klaren Äußerungen nach Erfüllung ihrer Forderungen, weil sie "Deutsche" sind usw. Während in der Gegend Anschläge auf Flüchtlingsheime verübt und Flüchtlinge zusammengeschlagen wurden, schwieg die dort ansässige "Volksgemeinschaft" und mit ihr ihre UnterstützerInnen. Mann/Frau darf ja den "Klassenkampf" nicht gefährden. Wie war noch vor kurzem der Spruch? "Wer schweigt, stimmt zu!".

Uns graust vor der Vorstellung, was würde passieren, wenn demnächst in Bischofferode direkt ein Flüchtlingsheim errichtet würde.

Auch wir unterstützen den Hungerstreik der "Kumpels". Wir sind sogar dafür, daß dieses "Kampfmittel" auch bei vielen anderen Kämpfen des "deutschen Proletariats" eingesetzt wird. Unsere Begründung ist allerdings rein biologisch begründet: mit geschwächtem Körper ist es schwierig Flüchtlingsheime anzuzünden. Zum Thema: Entgegen anderslautenden Bekundungen ist die Nationalität doch nicht egal. Bei einer Arbeitslosenquote von 33% unter den MigrantInnen, bei einem faktischen Arbeitsverbot für Flüchtlinge, bei Bevorzugung der Deutschen bei den Arbeitsämtern (Blüm-Erlaß), setzen hier Teile der deutschen Linken eindeutige, unmißverständliche Prioritäten. ...

Natürlich gibt es zwischen uns und unseren autonomen FreundInnen auch Gemeinsamkeiten. Wie z.B. der Spruch "Deutschland verrecke". Mit dem kleinen Unterschied, daß wir es ernst meinen.
In dem Zusammenhang wird uns immer wieder entgegengehalten, daß solche Äußerungen genau so irrelevant sind wie die Revolution in diesem Land. Denn beides sind ferne, unerreichbare Utopien. Das ist richtig. Und trotzdem beharren wir darauf. Denn die Zielsetzung bestimmt auch die Inhalte und die Handlungen. Solange der Anspruch nach Revolutionierung der Massen — genauer gesagt, dieser Massen — bestehen bleibt, solange wird die künftige Kundschaft auf Teufel-komm-raus mit allen Tricks umworben und ihrer Taten gerechtfertigt.

... Wir sprechen weiterhin das Existenzrecht dieses Landes ab. Nicht weil jemand Notiz davon nehmen würde, sondern 1. weil die Strukturen (gesellschaftliche, politische usw.) dieses Landes samt denen, die sie ausleben und davon profitieren, eine akute Bedrohung für hier lebende Minderheiten bedeuten sowie eine ständige Gefahr nach außen darstellen, 2. weil wir die Überwindung Deutschlands als Voraussetzung bzw. Bedingung für die Befreiung der Menschen, die hier leben, sehen und 3. weil es Spaß macht."

Aus: Erklärung von "Cafe Morgenland", 03. Oktober 1993

Neue Unbefangenheit mit der Geschichte

Der Anti-Antinationalismus des Autonomen Zentrums Marbach (1)

Die Nie-wieder-Deutschland-Position, die im Zusammenhang mit dem Zusammenschluß von BRD und DDR für eine antinationale Politik stand, wird, je länger sie nur noch als Parole und fast nicht mehr als Praxis existiert, um so heftiger einer beißenden Kritik unterzogen. Die Kritik richtet sich gegen historische Analogiebildungen, wie sie in der Parole vom IV.Reich zum Ausdruck kommen, und wird auf Kontinuitätsthesen im Bezug auf den deutschen Faschismus sowie auf antinationale Positionen überhaupt ausgedehnt. Anhand eines Aufsatzes von Klaus Schönberger / Claus Köstler, "Mystifikation des DOITSCH-Seins" (2), werden im folgenden einige Eskapaden vorgestellt, die sich aus solchem Anti-Antinationalismus ergeben. Ist Ziel der Autoren nichts Geringeres, als die Hegemoniefähigkeit von rassistischen und nationalistischen Ideologien zu brechen, so geraten sie dabei unversehens selber unter eben diese Hegemonie und begründen neue Unbefangenheiten gegenüber der deutschen Geschichte.

Kriegerische Linke — friedliebende Deutsche

Ausgangspunkt des Textes ist ein "Aha-Erlebnis" der Autoren zu Zeiten des Golfkrieges. Die "in Teilen der radikalen Linken ... beliebten Nie-wieder-Deutschland-Positionen" hätten sich dort "zunehmend zu einem Negativen Nationalismus" verselbständigt und seien "schließlich in der Parteinahme für den Krieg gegen den Irak" gemündet (S. 53) (3). Im Gegensatz dazu steht nach der Sicht der Autoren, daß vom Antimilitarismus in Deutschland als massenhaft verankerter Grundhaltung ausgegangen werden könne. Während einige Linke zu Kriegsbefürwortern wurden, zeigte für Schönberger/Köstler der Golfkrieg "die Schwierigkeiten, die bundesdeutsche Gesellschaft auf militärische Abenteuer einzuschwören" (S. 66). Eine Immunisierung gegen deutsche Kriegsbeteiligung wirke da fort, die in der "historischen Diskreditierung des deutschen Nationalstaats" durch die militärische Niederlage von 1945 ihre Grundlage habe.

Hier stellen aber die Autoren in ihrer Gegnerschaft zur antinationalen Parole eine Kontinuitätsthese ganz eigener Art auf. Aus dem militärischen Scheitern des Nazi-Faschismus leiten sie "die Stabilität des Modells Deutschland" ab und schreiben den "darin verkörperten passiven Konsens" fest (S. 76). Die Linke, folgern sie aus dieser Einschätzung, müsse die Konfliktstrategie der Herrschenden durchkreuzen, das Volk für deren Pläne zu instrumentalisieren, sie solle daher Phrasen wie "Deutschland müsse seiner gewachsenen Verantwortung gerecht werden" aufklärerisch entgegentreten. Das ganze erinnert an das Rezept: "Stell dir vor es ist Krieg und keiner geht hin". Die Autoren verkennen völlig die Verhältnisse, weil sie die Geschichte der BRD als die einer antimilitaristischen Grundhaltung um- und fortzuschreiben versuchen.

Angesichts der kontinuierlichen Reserviertheit der Bevölkerung sei "militärischer Operationsraum" für die Herrschenden nur mittels Blauhelmeinsätzen (wieder-)gewinnbar (S. 67). Dabei gehe es aber nicht um "militärisches Abenteurertum" wie im Nazi-Faschismus sondern um "forcierte ökonomische Expansionspolitik" (S. 71). Klaus und Claus gehen davon aus, daß von den Herrschenden in Deutschland eine ökonomische Dominanz in Mitteleuropa und gleichzeitig eine Integration in Europa angestrebt wird. Sie sehen eine Dominanz, aber keine Konkurrenz, "da die internationalen Verflechtungen zugleich veränderte Ausgangsbedingungen für nationalstaatliches Handeln auch in der Bundesrepublik bedingen" (S. 70). Gerade die Verschärfung der Konkurrenz ist aber ein Kennzeichen der jetzigen Situation. Die antinationale Position nimmt die wachsende Bereitschaft der Bevölkerung wahr, jedes deutschnationale Projekt zu unterstützen, sie reflektiert die zunehmende Verankerung der Nation als Maßstab individueller und kollektiver Handlungsperspektiven. Wenn nun die antinationale Strömung nach Klaus und Claus die "Bereitschaft" der Bevölkerung behaupte, "jederzeit wieder expansive militärische Aktionen durchzuführen", dann behandeln sie dies wie eine Verleumdung der deutschen Nachkriegsbevölkerung.

Eben jene falsche Behauptung sei aber, so die Autoren, von vornherein eine "zentrale Implikation der These vom IV. Reich" (S. 69). Soweit sie nur nachweisen wollen, daß die Parole vom IV. Reich keine Analyse beinhalte, haben sie natürlich recht. Falsch ist dagegen schon ihre Feststellung, mit dieser Kennzeichnung werde die These einer wilden Kriegsbegeisterung automatisch mittransportiert. Selbst im III. Reich — mit dem sie "IV. Reich" (zu unrecht) uneingeschränkt analog setzen — ist Kriegsbegeisterung erst erzeugt worden. Eine uneingeschränkte "Bereitschaft, jederzeit expansive militärische Aktionen durchzuführen", hat es selbst dann noch nicht einmal gegeben, als schon mit dem 'Zurückschießen' begonnen wurde.

Eine Neigung zur antideutschen Kriegsbefürwortung der Nie-wieder-Deutschland-Position leiten sie daraus her, daß von ihr "jedes Agieren und Reagieren der vergrößerten Bundesrepublik als 'Ausreißversuch' der wiedererstarkten Großmacht interpretiert" werde (S. 65). Die Rolle, die das neue Deutschland nach eigenen Angaben spielen will, ist aber eine als Normalisierung kaschierte Anmeldung von Ansprüchen und keine Erfindung der NWD-Position. Die Lage in der "Mitte Europas", die Position des "Exportweltmeisters" und der "gewachsenen Verantwortung" für die Welt sind Formulierungen dafür. Nicht ein neuer alliierter antideutscher Krieg ist das Ziel der NWD-Position, sondern die Bekämpfung des Nationalismus.

Geschichte als Vergangenheit

Schönberger/Köstler kritisieren Erklärungsversuche von Rassismus und Nationalismus in Deutschland als "deutsche Perspektive". Es handele sich dabei aber in Wirklichkeit um über Deutschland hinausreichende "generelle Phänomene" (S. 51). In der antinationalen Linken gebe es, behaupten sie, die "Neigung, alles Reaktionäre ... auf einen alles subsumierenden ... Begriff 'Faschismus' zu bringen". Linke blieben da in "einer Denkhaltung verhaftet", die sie "als (völkisch inspiriertes) Kontinuum-Denken" qualifizieren (S. 52). Die Autoren unterstellen also, "antinational" wende sich bloß gegen die konkrete Nation, statt die Kategorie in Frage zu stellen. "Geschichte", beklagen sie weiter, werde "dabei fast nie als Resultat eines Prozesses" (S. 55) verstanden.

Sie transportieren über diesen Vorwurf implizit eine Geschichtsphilosophie, die alles Vorangegangene als in der Gegenwart

vollständig aufgehoben begreift. Die gesellschaftliche Entwicklung verläuft aber nicht wie bei Darwins Entwicklungstheorie auf einen Punkt hin, vielmehr liefern anders herum die je existierenden Verhältnisse je neu einen Schlüssel für das Verständnis des Vorhergegangenen. Die Schilderung vergangenen Grauens kann der Kritik des gegenwärtigen Zustandes und seiner Tendenzen dienen, die Analyse darauf zielen, Geschichte unter die Kontrolle ihrer Akteure zu bringen. Bei der Auseinandersetzung mit dem deutschen Faschismus geht es nicht bloß, wie die Autoren vermuten, um ein Synonym für alles Reaktionäre. Der Begriff ist im antinationalen Diskurs keine Art Müllplatz der Gegenwart, sondern beschreibt moderne Elemente bürgerlicher Herrschaft, die es als eine erfolgreiche Form der Herrschaftssicherung in Krisen zu erkennen gilt. Wird Geschichte zur bloßen Vergangenheit gemacht, kann die Beschäftigung mit ihr nur affirmativ gegenüber dem Bestehenden wirken.

Unsere Autoren beschäftigt, ob das Faschismusthema "nicht eher zur Verschleierung" der "jeweiligen aktuellen Gestalt" deutscher Gesellschaft beitrage (S. 55), und sie beantworten die Frage für die Gegenwart recht eindeutig: "Paradoxerweise müssen die Verhältnisse hierzulande gegen den Faschismusvorwurf zunächst in Schutz genommen werden, damit überhaupt erkennbar werden kann, wie schlimm sie tatsächlich sind" (S. 73). — "Die langfristige Gefahr geht momentan nicht von Neonazis und gewaltbereiten jugendlichen Mitläufern aus", betonen sie, und zitieren dagegen Grass, der "jüngst 'Skinheads in Schlips und Kragen' ... insbesondere im Bundeskanzleramt" geortet habe (S. 56).

Die Autoren geben also Entwarnung, indem sie das Thema "Faschismus" auf den der "Straße" reduzieren. Die Konstruktion beruht auf Geschichtsvergessenheit, verweigert sie doch die Erinnerung daran, daß Hitler die Macht als Reichskanzler übernahm. Kern ihrer Darstellung ist, die politischen Eliten als Anstifter darzustellen. Rassismus wird als Herrschaftsinstrument definiert, um die Ehrenrettung der deutschen Unterschichten zu betreiben. Daß Rassismus "aus der Mitte der Gesellschaft" hervorgeht, wird von ihnen so verstanden, daß als diese Mitte nicht die bürgerliche Allgemeinheit gilt, sondern dafür die Eliten gelten: ebenso prägen die Rassismus-Theoretiker Räthzel/Kalpaka/Jäger dieses mißverständliche Schlagwort aus.

Ähnlich machen die Autoren die Diskussion um Nationalismus zur Farce, indem sie ihn bis zur Unkenntlichkeit in Spielarten wie "kulturellen", "wirtschaftlichen", "politischen" ("ultraliberalen" und "extrem reaktionären") ausdifferenzieren — als ob sich Nationalismus nicht aufs Ganze der Nation bezöge und seine Ausdrucksformen den Verhältnissen gemäß variieren könnte. Letztlich entscheiden sie sich bei der Ex-DDR für eine "Mischung aus liberalem und ökonomischen Nationalismus" wegen der "Motivbündel der BürgerInnen der DDR, (Freiheit und Bürgerrechte sowie wirtschaftliche, konsumbestimmte Bedürfnisse)" (S. 72), während im Westen ein "DM-Nationalismus" als "ausgeprägter Wohlstandschauvinismus" diagnostiziert wird, der sich neben den 'Ausländern' gegen "das untere soziale Drittel der Bundesdeutschen" richte: "Nicht zufällig sind fast die Hälfte der 1992 von Rechtsextremisten getöteten Menschen sogenannte Obdachlose" (S. 73). Dieselbe Argumentationslogik (kein Rassismus, weil: auch obdachlose Opfer) würde beim Nationalsozialismus den Antisemitismus wegargumentieren, indem auf nichtjüdische Opfergruppen zu verweisen wäre.

Worum es unseren Autoren geht, ist aber wohl inzwischen deutlich geworden. In völliger Blindheit gegenüber der realen Situation ist für sie der Fixpunkt, vor 1945 habe die Bevölkerung den Faschismus unterstützt, heute aber werde die aktuelle Politik *gegen* die Bevölkerung, mit oder ohne deutschen Paß, durchgeführt.

"Negativer Nationalismus"

Unterstützt durch Zitate aus der Feder der Redaktion DISKUS führen sie als Schlüsselbegriff gegen die Kontinuitätsdebatte schließlich den "Negativen Nationalismus" ein (4). Die historische Parallelisierung von BRD und Nazi-Faschismus ähnele dem völkischen Nationalismus, dieselbe Struktur komme nur "unter verschiedenem Vorzeichen" daher. Beide Male würden tatsächliche Brüche in deutscher Geschichte zu historischen Kontinuitäten zusammengeschweißt (S. 58). Die Kontinuitäts-These führe in ihrer linken Version zur "Dämonisierung der gegenwärtigen Verhältnisse" (S. 64). Die Beschäftigung mit der spezifischen Geschichte, mit spezifischen Formen bürgerlicher Herrschaft in Deutschland wird hier als ein Restbestand des völkischen Nationalismus in der Linken diffamiert, anstatt zu begreifen, daß ihre Analyse mit der Analyse des Faschismus als moderner Herrschaftsform eng verkoppelt ist.

"Funktionale Überschneidungen mit dem Nazi-Faschismus lassen sich fast allen Gesellschaftsordnungen bürgerlich-kapitalistischen Zuschnitts nachweisen. Was erklärt das dann noch?" fragen die Marbacher — na, eben die Allgemeinheit würde ich daraus folgern. Die Erkenntnis blitzt ihnen durchaus auch auf, erschöpft sich aber in der Formel: "Faschismus ist eine Form bürgerlicher Herrschaft" (S. 75). An anderer Stelle negieren sie dieselbe Erkenntnis aber geradezu: "Doch wird fälschlicherweise heute immer noch stillschweigend davon ausgegangen, daß diese 'Trinität' (von Faschismus, Rassismus und Nationalismus, K.N.) prinzipiell in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften anzutreffen ist" (S. 57). Ihnen fehlt die Erkenntnis daß, solange es sich um eine bürgerliche Gesellschaft handelt, der Schritt zum Faschismus ein gradueller und kein prinzipieller ist. Sie haben den Zusammenhang verloren, weil sie zuvor mit einem Federstrich den Nazi-Faschismus zur Ideologie stempelten, also selbst das historische Vorbild nicht mehr als Herrschaftsform anerkannten, und weil sie zudem Nationalismus und Rassismus zu eigenständigen Widersprüchen erklärt und damit vom Kapitalismus entkoppelt haben (S. 57).

Antinationale Spielverderber

In der Beurteilung der deutschen Außenpolitik stellen die Marbacher Autoren eine Scheinalternative auf, die verharmlosend wirkt. BRD-Großmachtstreben entfalte sich heute als "ökonomisch forcierte Expansionspolitik", betonen sie, und nicht als "Unterwerfungspolitik des Pangermanismus" (S. 61) oder als "Imperialismus auf eigene Faust" (S. 70). Diese Elemente schließen sich aber überhaupt nicht aus, in der Realität beschreibt das Letztere den Gehalt der zunächst genannten Erscheinungsformen.

Nach der verharmlosenden Beurteilung der aktuellen Situation können unsere Autoren nur noch die "mangelnde" linke "Hegemoniefähigkeit gegenüber rassistischen und nationalistischen Ideologien" (S. 74) beklagen. Sie führen das Defizit, da sie ja die Bevölkerung in bester antimilitaristischer Tradition wähnen, auf die Ungeschicklichkeit der antinationalen Argumentationen zurück. "Wer heute seine antirassistische bzw. antinationalistische Strategie wohlgemeint auf die moralischen Wirkungen der Vergangenheit des deutschen Nationalstaates gründet", müsse ja "mit zunehmender" zeitlicher "Entfernung ... an Mobilisierungskraft" verlieren (S. 58).

Die Autoren spüren, wie sie hier die Motive für den Historikerstreit herunterbeten, und sie nehmen Zuflucht in die *Versicherung*, ihnen gehe es nicht darum, "einer positiv oder 'normal' verstandenen deutschen 'Identität' (5) das Wort zu reden." Sie räumen auch ein, "Kontinuitäten vor allem im Bezug auf das völkische Verständnis von 'Nation'" (S. 82) oder in Form

von "institutioneller Kontinuitäten" (S. 79) könnten tatsächlich beschrieben werden. Die einmal entwickelte Grundthese, die letztlich ausgerechnet den *Antinationalismus* für die *nationalistische Entwicklung verantwortlich* machen will, verstärken sie aber sogar noch. "Im bisherigen antinationalistischen Kampf der Linken", schreiben sie, habe "der gegenidentifikatorische Bezug auf den 'nationalen Mythos' fatale Konsequenzen gehabt und es weitgehend unmöglich gemacht, den Primat der Nation und die Dominanz der nationalen Anrufungen zu unterminieren beziehungsweise zu desartikulieren" (S. 75). Wären unsere antinationalen Positionen nicht, hätten unsere Autoren also schon die Arbeit an der linken Hegemonie beginnen können, leider hindern sie aber solch "elitäre" Forderungen wie die nach "Zerschlagung des deutschen Mob", die sie "im Zuge von Hoyerswerda, Mannheim-Schönau und Rostock etc." gehört haben. Diese Begriffswahl schreibe durch die "bewährte Negativ-Fixierung auf das Adjektiv 'deutsch' eine nationale Wesenheit ex negativo fest und fort..., die es eigentlich zu kritisieren" gelte (S. 79).

Diese "Art der Bezugnahme" habe "in entscheidenden historischen Situationen immer wieder versagt und dann umgekehrt zur Stärkung nationalistischer und imperialistischer Positionen beigetragen" (S. 75), behaupten sie, benennen für ihre mehr als gewagte historische These nicht ein einziges Beispiel; die KPD-Politik in den 30ern, als versucht wurde, sich als bessere Heimat für Nationalisten zu präsentieren, können sie ja wohl kaum meinen...

Weil den Marbacher Autoren für die falsche Aneignung der Gegenwart die Geschichte im Wege ist, wollen sie die Gegenwart vor der Geschichte bewahren. Sie schreiben sie um, verschließen die Augen vor der besonderen Struktur des nationalistischen Konsenses in Deutschland. Wo sie dessen Auswirkungen nicht verleugnen, machen sie ausgerechnet den Antinationalismus zur eigentlichen Ursache und berufen sich auf das Bündnis mit dem Bewußtsein der Bevölkerung. Solche Art Orientierung auf Massenaktivitäten muß angesichts der Realitäten aber scheitern, oder sich tendenziell dem reaktionären Massenbewußtsein ähnlich machen.

Karl Nele

(1) Der hier zugrunde liegende Text bezieht sich auf ein Seminar des Autonomen Zentrums Marbach, dessen Ergebnisse als Broschüre herausgegeben wurden.

(2) Schönberger/Köstler, Mystifikation des DOITSCH-Seins. Vom geringen Nutzen der Historie für die Erklärung und Bekämpfung des gegenwärtigen Rassismus und Nationalismus, in: Autonomes Zentrum Marbach (Hg.), Zur Kritik von Nationalismus, (National-)Staat und nationaler Identität, Martin Jung Verlag, Tübingen 1993. Ein Buch zum Golfkrieg von Schönberger/Köstler wurde in BAHAMAS 8 besprochen, weitere Thesen erschienen in "konkret" extra 1/1993.

(3) Da im Ausgangstext an verschiedenen Stellen zum gleichen Thema Ausführungen gemacht werden, variieren auch hier die Seitenangaben oft.

(4) Sog. 'Negativer Nationalismus' sei "zunächst als Kritik von Nationalismus konzipiert, gipfelt aber bestenfalls in abstrakten wohlgemeinten Absichten oder — viel wahrscheinlicher — in der 'Konkret'en Unterstützung anderer Nationalismen, die im Gegensatz zum deutschen Nationalismus gewähnt werden" (S. 58). Die Anspielung auf die Zeitschrift "konkret" wird im Text auf angebliche pro-serbische Positionen bezogen. Die Autoren nehmen nicht wahr, daß "konkret" *antiserbischen* Positionen in der BRD *entgegengetreten* ist, die eben ihrerseits mit einer Analogie als 'serbischen Faschismus' gearbeitet haben. Der Vorwurf des proserbischen Nationalismus trifft nicht, wenn "konkret" auch vielleicht nachgewiesen werden könnte, den Antifaschismus der Serben aus dem 2. Weltkrieg in die Jetztzeit zu verlängern.

(5) Sie bestimmen ihr Verhältnis zur 'nationalen Identität' in Abgrenzung zu einem Verständnis von einem "feststehenden Nationalcharakter", allerdings als "eine sich ständig in Veränderung befindende, jeweils diskursiv ermittelte Übereinkunft darüber, was die Zugehörigkeit zu den bundesrepublikanischen Paßbesitzern an gemeinsamen Eigenschaften, Vorstellungen, Normen und Werten impliziert" (S. 58). Das Gedankenmodell erinnert heftig an das Konzept des "Verfassungspatriotismus". Noch schlimmeres deutet sich an, wenn sie sich unter Rückgriff u.a. auf B. Rommelspacher Gedanken über das "DOITSCH-Sein" machen, und zustimmend zitieren, "ein Grundmißverständnis in der linken wie der rechten Debatte" sei, "daß nationale Identität ... mit positiven Gefühlen gegenüber dieser Nation...gleichbedeutend" sein müsse (S. 78). Damit ist wohl gemeint, daß mit "nationaler Identität" auch negative Gefühle einhergehen könnten: Am völkischen Begriff wird dabei aber implizit angeknüpft.



Flugblattserie aus dem Hamburger Bürgerschaftswahlkampf 1993

"Kollektivschuldthese" contra Arbeiterrevolution?

Linke Antizionisten und ihre NS-Bewältigung

"Die Ideologie der Schuld aller Deutschen an den faschistischen Verbrechen an den Juden, Kommunisten, Schwulen, Zigeunern ist seit 1945 ein unabdingbarer Stützpfeiler ihrer Macht." Und weil der deutschen Bourgeoisie die These von der Kollektivschuld zur Absicherung ihrer Machtposition angeblich so wichtig ist, "... haben die Herrschenden Angst, daß ihnen eine weitere ideologische Bastion wegbricht, und sie immer weniger in der Lage sind, die vielen Löcher zu stopfen, die sich in das Gebäude ihrer Macht hineinfressen." Zu diesem erstaunlichen Ergebnis kommen die orthodox-marxistische Gruppe Arbeiterpolitik und die Autonome Nahostgruppe Hamburg in einer nur wenige Monate vor dem Fall der Mauer herausgegebenen Broschüre mit dem Titel "Zionismus, Faschismus, Kollektivschuld". Die Herausgeber verstehen ihre Broschüre als politische Antwort auf einige Herausforderungen linker Politik der vergangenen Jahre: einerseits der innerlinken Diskussion um das Verhältnis zu Israel/Antisemitismus etc., auf der anderen Seite die rechte Offensive in der Gesellschaft, wie sie sich vor allem im sogenannten Historikerstreit mit der Infragestellung der Singularität der nationalsozialistischen Judenvernichtung ausdrückte. Herausgekommen ist dabei der Versuch der Rettung einer orthodox-marxistischen Sichtweise des NS, die diesen auf seine Rolle bei der Zerschlagung der Arbeiterbewegung reduziert. Hinter der Behauptung "wir unterscheiden zwischen oben und unten, gehen vom Klassengegensatz zwischen den Menschen aus" (S.2), verbirgt sich eine Haltung die dem deutschen Nationalismus nicht nur völlig unkritisch gegenübersteht. Über den Umweg der "revolutionären deutschen Arbeiterklasse" hält vielmehr eine massive Portion deutschen Nationalismus Einzug in Theorie und Praxis beider Gruppen. Was auf dieser Basis zum Komplex Antisemitismus/Holocaust produziert wird, zeugt nicht nur von absoluter Ignoranz, sondern bewegt sich teilweise hart an der Grenze zum offenen Antisemitismus.

Zum Wesen des Nationalsozialismus, der in der Analyse von Autonomen/ARPO nichts spezifisch Deutsches an sich hat und deshalb auch immer Faschismus genannt wird, heißt es: "Was den Faschismus wesentlich ausmacht (nicht nur in Deutschland), ist die Tatsache, daß er eine Massenbewegung war, die vor allem kleinbürgerliche und lumpenproletarische Massen organisierte, den Terror gegen die Klassenorganisationen der Arbeiter auf die Spitze trieb und dabei von den herrschenden Finanz- und Industriekreisen ausgerüstet wurde."(S.8)

Klassencharakter des NS

Der Versuch der Autoren "den deutschen Faschismus ... als bisher äußersten Ausdruck imperialistischer Interessenspolitik in seinem Klassencharakter zu begreifen"(S.2), führt zu einer doppelten Fehleinschätzung des Nationalsozialismus:

* Außenpolitisch spielt die Frontstellung des deutschen Imperialismus gegen seine Konkurrenz, wie sie im 2. Weltkrieg blutig durchexerziert wurde, eine absolut untergeordnete Rolle. Der Krieg selber, so scheint es, steht der gesamtimperialistischen Interessensübereinstimmung über die Staatsgrenzen hinweg nicht weiter im Wege. Kapitalistische, gar nationalstaatliche Konkurrenz spielt in dieser Vorstellungswelt keine eigenständige Rolle. Sie ist bloßes Manipulationsinstrument der Herrschenden im Klassenkampf gegen die Arbeiter. Der Krieg ist nicht in erster Linie Eroberungskrieg, sondern dient der Systemstabilisierung nach innen. "Im Krieg und durch den Krieg mußte die kapitalistische Klassenherrschaft in Deutschland gesichert werden."(S. 16)

* Innenpolitisch gibt es nur einen Widerspruch: "Die Weltwirtschaftskrise hatte die Polarisierung der deutschen Bevölkerung vorangetrieben, das 'Volk' in der Hauptsache in zwei Lager geteilt, die Arbeiterklasse hier und die herrschende Klasse dort."(S.11) Antisemitische Hetze und massive Ausgrenzung von Juden in der Weimarer Republik wird zwar registriert, gilt ihnen aber nur als ein Phänomen innerhalb der herrschenden Klasse, dem von "Klassenstandpunkt" aus im Grunde nur mit Indifferenz begegnet werden kann. Da die Arbeiterbewegung angeblich völlig frei war von jeglichem Antisemitismus, hätten sich die bürgerliche Juden in der Arbeiterbewegung und ihren Vereinen organisieren können — daran, daß das nicht geschah, waren — so der Vorwurf — die Zionisten schuld. Nazis und Zionisten stehen so auf der gleichen Seite der Barrikade im Klassenkampf. Zur NS-Politik gegenüber den Juden heißt es denn auch: "Den politischen Erwartungen in den faschistischen Massenorganisationen konnte ein Teil des deutschen (Klein)Bürgertums geopfert werden, um die deutsche Bourgeoisie insgesamt ungeschoren zu lassen."(S.16) Das vernichtete europäische Judentum wird hier als Teil des Bürgertums qualifiziert, dem Staatsapparat und der Bourgeoisie bescheinigt, widerstrebend gehandelt zu haben.

Alliierte Klassenpolitik gegen deutschen Arbeiterwiderstand?

Die scheinbare Indifferenz der beiden Gruppen gegenüber Kategorien wie Nationalismus und Antisemitismus gilt jedoch nur, solange es um die Benennung speziell deutscher Interessen geht. Für die Zeit der Restauration des Kapitalismus nach der deutschen Niederlage 1945 gewinnen unterschiedliche nationale Interessen auf einmal eine wichtige Bedeutung, weil nämlich die Entwicklung angeblich auf die "vollständige politische Entmachtung" der deutschen Bourgeoisie hinauslief. "Ob im Morgenthau-Plan (Vernichtung des deutschen Industriepotentials) oder im Marshallplan (industriekapitalistischer Wiederaufbau) — entscheidend blieb, daß die weitere Entwicklung des kapitalistischen Deutschlands der deutschen Bourgeoisie entzogen und unter die vollständige Kontrolle der imperialistischen Führungsmacht USA gestellt wurde" (S.21). Der größte Teil der deutschen Bevölkerung drängte demgegenüber angeblich wie schon 1918 auf eine revolutionäre Veränderung der Verhältnisse. Der Unterschied zu 1918 war jedoch: "1918, nach dem verlorenen ersten Weltkrieg, war es der deutschen Bourgeoisie noch möglich, die soziale Revolution mit den eigenen Kräften und Mitteln zu ersticken. Dies blieb nun, nach dem verlorenen zweiten Weltkrieg, den Alliierten überlassen" (S.21). Der "Klassenstandpunkt" geht hier nahtlos in einen nationalen über: deutsche Arbeiter

gegen amerikanisches Kapital. August Thalheimer hatte 1945 denn auch weniger Hemmungen, die nationalistische Komponente seiner Strategie direkt zu benennen. Der maßgebliche Theoretiker der Vorläuferorganisation der Gruppe Arbeiterpolitik, der KPD-Opposition, forderte den Kampf um die soziale Emanzipation mit dem Kampf um die "nationale Freiheit des eigenen Volkes" zu verbinden. (1)

Vor allem bei der Einschätzung der Entwicklung nach 1945 handelt es sich nicht um die Spinnereien einzelner Gruppen. Die Vorstellung von der absoluten Hegemonie und Dominanz der USA über den deutschen Kapitalismus ist Allgemeingut fast aller linken Gruppen. Im Zuge der Hinwendung zum Proletariat Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre sind eine Reihe von Büchern erschienen, denen neben allen fraktionsmäßigen Auseinandersetzungen geschuldeten Unterschieden eines gemeinsam war: Auf der Suche nach einer Alternative zur nahtlosen Kontinuität der Herrschaftsverhältnisse in Deutschland gehen alle Autoren von einer potentiell revolutionären Situation im Deutschland der Nachkriegsjahre aus. Während die Arbeiterklasse die NS-Zeit ideologisch fast unbeschadet überstanden habe, hätte die USA den ausbrechenden Kalten Krieg genutzt, für die herrschenden Klassen Deutschlands die Gefahr einer proletarischen Revolution beseitigt und sich gleichzeitig das deutsche Kapital gefügig gemacht. (2) Die Ursachen für die Entpolitisierung der deutschen Arbeiterklasse liegen entsprechend dieser Analysen nicht in erster Linie im Nationalsozialismus, sondern in der Politik der Besatzungsmächte 1945-48. Mit Bezug auf Thalheimer behaupten Autonome/ARPO, daß eine Solidarisierung von Arbeitern und Soldaten zum Sturz des Regimes durch die US-Forderung nach bedingungsloser Kapitulation verhindert worden sei. Anstatt umfassend zu thematisieren, warum anders als 1918 nicht große Teile der Armee sich der Kommandogewalt der Offiziere entzogen und desertierten, sondern verbissen bis zum letzten gekämpft haben, wird hier wieder nach dem nationalistischen Rettungsanker gegriffen. Nicht die Infizierung der deutschen Arbeiter mit der NS-Ideologie, sondern die US-Besatzer sind schuld an der ausgebliebenen Revolution.

Gegen die Umdeutung und Verklärung des linken Nationalismus als objektiv sozialistisch gilt es festzuhalten, daß linksnationale Einstellungen eine wesentlich ältere Tradition und Verankerung haben und sich nicht aus der Opposition gegen das Agieren der Besatzungsmächte erklären lassen. Dies zeigen zwei Zitate eines für die Entwicklung der Nachkriegslinken wichtigen Theoretikers, Theo Pirker: "Ich war und bin Patriot. Je sozialistischer ich geworden bin, desto patriotischer wurde ich. Man kann sich aus dem Schicksal seines Volkes und der Klasse, aus der man kommt, nicht herauslösen". "Mein Vater war Austromarxist, meine Mutter Kommunistin... Mein eigenes Verhältnis zum Nazistaat in der unmittelbaren Vorkriegszeit war gespalten. Einerseits war ich gegen den Faschismus — wir sahen 1938 mit Entsetzen den Jubel der Österreicher beim 'Anschluß' —, andererseits kam unsere Familie aber selber aus Österreich, und wir hatten auf der Linken seit 1919 für die Vereinigung Österreichs mit Deutschland gekämpft. Außerdem war ich von allem Technischen begeistert, besonders vom Fliegen. Als der Krieg begann, war für mich klar, daß ich Flieger werden muß." (3)

"Antikapitalistische Massenbewegung?"

Umfragen aus der unmittelbaren Nachkriegszeit lassen nicht viel übrig von dem Bild der "antikapitalistischen Massen". Der Antikapitalismus, wie er sich bei Volksabstimmungen in Sachsen, Hessen und Bremen zur Enteignung oder Entmachtung des Großkapitals zeigte, korrespondierte mit einer Einstellung, die im Nationalsozialismus eine gute Idee sah, die nur schlecht ausgeführt worden sei. Die Frage nach den guten, aber schlecht ausgeführten Ideen des NS beantworteten 1947 in der britischen Zone mehr SPD-Sympathisanten als Anhänger von CDU, Zentrum und KPD positiv. Unter den Kommunisten waren aber auch noch rund zwei Fünftel dieser Meinung. Im April 1948 betrug der Durchschnittswert in der US-Zone 54% Zustimmung zu dieser Frage. In den SPD-Hochburgen Bremen und West-Berlin war er mit 72 bzw. 62% jedoch deutlich höher. (4) Nicht weil die Alliierten durch das Pochen auf bedingungslose Kapitulation und "gezielten Bombenkrieg" signalisierten, daß sie "auch nach einem Sturz Hitlers ... keine Entwicklung revolutionärer Kräfte in Deutschland zulassen wollten" (S.19), sondern weil ein Großteil der Soldaten einen geradezu messianischen "Führerglauben" hatte und vielfach noch 1945 an einen Endsieg glaubte, war jede revolutionäre Veränderung in Deutschland 1945 illusionär. Eine großangelegte Gefangenenbefragung der US-Armee zeigte, daß die Zahl derjenigen, die einem festen Glauben an Hitler anhing, zwischen 57% (Juli 1944) und 61% (Januar 1945) schwankte. Erst im März 1945 ging die Zahl auf 30% zurück. (5)

Der Gedanke, daß die nationalsozialistische Herrschaft die Arbeiterklasse und ihr Bewußtsein verändert haben könnte, kommt den Autoren erst gar nicht. Der israelische Historiker Omar Bartov hat in der Auseinandersetzung mit dem deutschen Historikerstreit den Weg von drei typischen, besonders gut dokumentierten deutschen Divisionen über die gesamte Dauer des Ostkrieges verfolgt und untersucht. (6) Die Ergebnisse von Bartov sind niederschmetternd für jede auf Gesellschaftsveränderung abzielende Perspektive. Nicht nur waren von Anfang an rassistische Denk- und Handlungsweisen in der deutschen Truppe weit verbreitet; wilde Plünderungen und Gefangenenerschießungen zeugen davon. Ihre Haltung kam laut Bartov außerdem durchaus nicht ausschließlich durch ideologischen Druck von oben zustande. Je stärker sich der Kriegsverlauf zuungunsten der vermeintlichen "Herrenrasse" entwickelte, desto stärker forderten die Soldaten eine ideologische Stützung in Form einer weltanschaulichen Betreuung geradezu ein. Vor allem der jüngere Teil der deutschen Arbeiterklasse von 1945 hat seine prägenden Erfahrungen nicht mehr wie vor 1933 im innerbetrieblichen und gewerkschaftlichen Kampf gegen die Unternehmer gemacht. Spätestens seit 1942 war die Wehrmacht aufgrund der hohen Verluste unter den Offizieren auf dem Weg zu einer "nationalsozialistischen Volksarmee", die auch immer mehr Arbeitern zumindest für kurze Zeit den sozialen Aufstieg auf Kosten von Juden und unterworfenen Völkern ermöglichte. Das Offizierskorps war keine abgeschlossene Kaste mehr wie im Kaiserreich und in Weimar. Es spiegelte zunehmend repräsentativer die nationalsozialistische deutsche Gesellschaft wider. Die nationale Linke hat die gleiche Scheu, wie rechtsradikale Historiker die wirklichen Motive der uniformierten Arbeiter zu untersuchen.

"Kollektivschuldideologie"?

Daß es auch nach 1945 noch eine ganze Reihe anderer gesellschaftlicher Widersprüche gab, als der zwischen (US-)Kapital und (deutscher) Arbeit, die zur Identifikation der deutschen Arbeiter mit ihrer eigenen herrschenden Klasse führten, fällt dabei unter den Tisch, erst recht, daß die NS-Ideologie auch nach 1945 in den Köpfen auch der Arbeiter fortexistierte. So waren und sind die mehreren 100.000 sogenannte Displaced Persons (die sich auf dem Territorium der späteren BRD aufhaltenden ehemaligen ausländischen Zwangsarbeiter und Überlebende der KZ's) so gut wie nie Thema linker Auseinandersetzung gewesen. Der Konflikt zwischen ihnen und der deutschen Bevölkerung, der z.B. die Verteilung von Nahrungsmitteln betraf, der

aber auf der Konstellation: Opfer treffen auf Täter basierte, wurde nie thematisiert. Dabei hatte es dieser durchaus in sich. So demonstrierten — beispielsweise — am 7.1.1951 ca. 2-3.000 Menschen im bayrischen Landsberg für deutsche Kriegsverbrecher im nahegelegenen US-Gefängnis, während 300 zumeist jüdische DP's aus einem Lager im Kreis Schwabmünchen gegen dieses Anliegen demonstrierten. "Juden raus" forderten die deutschen Demonstranten, als ihnen die Gegendemo begegnete (7). Rudolf Augstein zog zur gleichen Zeit mit antisemitischen SPIEGEL-Artikeln gegen den Schwarzhandel von DP's zu Felde.

Daß der Druck einer Besatzungsmacht auch eine geradezu aufklärerische Wirkung auf das allgemeine Bewußtsein haben konnte, hat vor einem Jahr der DDR-Historiker Kurt Pätzold in "Konkret" gezeigt. Als die sowjetische Besatzungsmacht in den ersten Nachkriegsjahren die hart in das Leben der Menschen eingreifenden Reparationsforderungen stellte, wurde offensiv über Mitverantwortung und Mitschuld von Massen für das Naziregime und dessen Verbrechen geredet. Als die DDR-Regierung sich im Zuge des Kalten Krieges um die Loyalität der mehrheitlich antikommunistischen Bevölkerung bemühte, wurde dieses Kapitel unter dem Mantel des Vergessens begraben. Von da ab galt der Aufbau der DDR als praktizierte Wiedergutmachung. (8) Was in den 40er Jahren zu Recht Thema war, sollte auch heute nicht wieder tabuisiert werden, auch wenn die Legende von der "revolutionären deutschen Arbeiterklasse" dabei baden geht.

Die Autoren werden nicht müde, eine angebliche "Kollektivschuldideologie" als Herzstück alliierter Klassenpolitik auszugeben. Die BRD-Eliten hätten die These von der "Kollektivschuld" angeblich in den Rang eines unumstößlichen Dogmas erhoben, und damit die NS-Ideologie von der Volksgemeinschaft ersetzt. Außer der Präsentation eines Schreibens von Roosevelt an Morgenthau und eines Zitats aus der Potsdamer Konferenz, die in diesem Sinne interpretierbar sind, können sie jedoch keinen Beleg für ihre Behauptung bringen. Roosevelt war bei der Kapitulation des deutschen Reiches jedoch bereits tot und die faktische Abkehr von der Potsdamer Koalition von USA und UdSSR gegen Deutschland war die Voraussetzung der kapitalistischen Restauration in der BRD. Auf der deutschen Seite wird es dagegen extrem schwierig, überhaupt irgendeinen relevanten Politiker von Adenauer bis Strauß, Schuhmann und Wehner zu finden, der sich nicht von der These der Kollektivschuld distanziert hat.

Deutscher Widerstand - zionistische Kollaboration?

Auch in der Frage des Widerstandes gegen das NS-System kommt die nationale Position hinter dem "Klassenstandpunkt" zum Vorschein. Im deutschen Arbeiter wird unabhängig von den ideologischen Vorstellungen der einzelnen Arbeiter eine potentielle Gegenkraft zur Nazi-Führung gesehen. Die Zionisten werden hingegen nach ihren ideologischen Vorstellungen, oder nach dem beurteilt, was die Autoren dafür halten, und nicht nach der objektiv unversöhnlichen, keine Kollaboration zulassenden Einstellung der Nazis gegenüber den Juden. Das liegt einerseits an dem ständigen Versuch, die Bedeutung des Völkermordes an den Juden für den Nationalsozialismus zu relativieren. Der Terror und der Massenmord galt eigentlich gar nicht den Juden direkt, so wird argumentiert, er war nur funktional und sollte den Arbeitern ihr Schicksal vor Augen führen, falls sie gegen die Nazi-Herrschaft rebellierten. Eine Verharmlosung des NS zeigt sich auch in einem weiteren Punkt. Aus der Tatsache, daß alle Nationalismen ideologische Gemeinsamkeiten aufweisen, also auch der zionistische und der deutsche Nationalismus, wird messerscharf geschlossen, daß Zionisten auch Anhänger des NS-Rassismus seien. Zumindest die zionistischen Revisionisten, also die Vorläufer des heutigen LIKUD-Blocks in Israel, seien Sympathisanten der NS-Ideologie. Was macht es da, daß ausgerechnet der Führer der Revisionisten Jabotinski mehrfach versuchte einen Boykott Deutschlands zu organisieren.

Daß ideologische Ähnlichkeiten mit gemäßigten deutschen Nationalisten, nicht aber mit Nazis, Widerstand gegen die auf die Vernichtung der Juden zielende Politik des NS-Regimes überhaupt nicht ausschlossen, sollte auch innerhalb der Linken spätestens seit den Arbeiten von Ingrid Strobl bekannt sein. Juden haben, unabhängig davon ob sie Zionisten, Bundisten, Kommunisten etc. waren, in erheblichen Umfang am Widerstand gegen die Nazis teilgenommen. Den Zionisten, wie Autonome/ARPO es tun, vorzuwerfen, sie hätten wie die bürgerlichen deutschen Parteien die Machtergreifung der Nazis stillschweigend begrüßt oder zumindest doch wegen des Antikommunismus hingenommen (S.8), hat mit legitimer Kritik am Nationalismus der Zionisten überhaupt nichts zu tun. Es verweist vielmehr auf eine schlechte Tradition, in der der strukturelle Antisemitismus der deutschen Gesellschaft von links reproduziert wird. So hat die KPD vor 1933 den Antisemitismus zwar kritisiert, wollte zugleich jedoch auch nicht als Vertreterin jüdischer Interessen erscheinen. Sie warf den Nazis vor, ihr Antisemitismus sei letztlich nicht so ernst gemeint. Die KPD versuchte immer wieder nachzuweisen, daß reiche Juden, wie der Bankier Jacob Goldschmidt von der Donath-Bank, die Nazis finanzieren würden. (9) In gleicher Art lassen sich Autonome/ARPO auf die antisemitische Logik ein: "Die Verschiebung der Faschismusfrage auf die jüdische Frage — und, daraus abgeleitet, das besondere Verhältnis zu Israel — verstärkt gerade den antisemitischen Effekt..."(S.23). Wenn es Antisemitismus gibt, sind die Juden selber daran schuld — so einfach ist das...

Angesichts der künftigen Entwicklung wachsender innerimperialistischer Widersprüche und Konflikte, in der dann tatsächlich einmal Israel und Deutschland auf unterschiedlichen Seiten der Barrikade stehen können, läßt eine solche "linke" Mentalität wenig Gutes erwarten.

Heinz Willemsen

Anmerkungen:

1) Zitat nach: P. Brandt/U. Schulze-Marmeling (Hg.), Antifaschismus — Ein Lesebuch. Deutsche Stimmen gegen Nationalsozialismus und Rechtsextremismus von 1922 bis zur Gegenwart, Berlin 1985.
2) z.B.: Ute Schmidt/Tilman Fichter, Der erzwungene Kapitalismus, Berlin 1971; Eberhard Schmidt, Die verhinderte Neuordnung 1945-52, Frankfurt 1970; R. Badstübner/S. Thomas, Restauration und Spaltung, Entstehung und Entwicklung der BRD, Berlin (DDR) 1966.
3) Theo Pirker, in: Zwei Deutsche im Krieg, taz-Interview mit Erich Kuby und Theo Pirker, taz 1.9.1989. Pirker, der seit 1943 Kontakt zu einem Münchener Widerstandszirkel hielt, hat vor allem mit zwei Büchern nachhaltigen Einfluß auf die Linke genommen: Die Blinde Macht. Die Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland, München 1960 und Die SPD nach Hitler, München 1965.
4) Angaben nach P. Brandt, Die deutsche Linke, die Arbeiterklasse und die nationalsozialistische "Volksgemeinschaft" in der Kriegs- und Nachkriegszeit, in: H. Grebing, P. Brandt, U. Schulze-Marmeling, Sozialismus in Europa — Bilanz und Perspektiven, Essen 1989.
5) Nach: R. Boch, Der Krieg im Osten 1941-1945. Bilanz und Perspektiven der bundesdeutschen Forschung, in: Hettling/Hierkamp/Nolte/Schmuhl, Was ist Gesellschaftsgeschichte, München 1991, S.248-258, hier S. 255 und Anm.12.
6) Omar Bartov, The Eastern Front 1941-45. German Troops and the Barbarisation of Warfare, New York 1986.
7) Nach: Ulrich Brochhagen, Vergangene Vergangenheitsbewältigung, in: Mittelweg 36, Dez.92/Jan.93.
8) K. Pätzold, Antifaschismus und NS-Geschichte, in: "Konkret" 11/927.
9) Vgl. Dan Diner, Linke und Antisemitismus. Überlegungen zur Geschichte und Aktualität, in: DIAK, Solidarität und deutsche Geschichte. Die Linke zwischen Antisemitismus uns Israelkritik, S. 70-73.

Volksstaat und Führerstaat

Enderwitz' Erklärung des modernen Antisemitismus

Daß Antisemitismus als bloßes "Vorurteil" unzureichend beschrieben ist, daß auch die These von der "Sündenbock-Funktion" der Juden für das Kapital dieses Massenphänomen nicht zu fassen vermag — es müßte sich in der "antinationalen" Linken inzwischen eigentlich herumgesprochen haben. Im folgenden soll die historisch-analytische Darstellung von Ulrich Enderwitz Buch "Antisemitismus und Volksstaat" vorgestellt werden. Ihre besondere Qualität liegt darin, historische und analytische Dimension nicht auseinanderzureißen, sondern aus der ineinandergreifenden Betrachtung eine überzeugende Erklärung für Antisemitismus zu bieten, die die besondere Rolle des Staates adäquater beschreibt als funktionalistische Modelle.

Burgjude und Hofjude

Enderwitz' Darstellung des modernen Antisemitismus setzt im ausgehenden europäischen Mittelalter ein. Die herrschende Klasse des Feudalismus, Adel und die Fürsten, war angesichts ihrer finanziellen Notlage gezwungen, dem aufkommenden Handelskapital Freiräume zu gewähren, um so ihre ökonomische Macht und soziale Stellung zu festigen. Dem Handelskapital wurden Rechte auf die Untertanen des Fürsten übertragen. Die Untertanen, Kleinproduzenten und Bauern, deren Reproduktion auf Subsistenzwirtschaft beruhte, sollten nun für den Markt produzieren. Die Institution Markt erfuhren sie in der Person des Kaufmanns, der für seine Tätigkeit als Vermittler Entgelt von ihnen kassierte. Um ihre eigene Reproduktion zu sichern, mußten die Kleinproduzenten ihre eigenen Waren zu einem höheren Preis zurückkaufen, als zu welchem sie sie verkauft hatten. Der Wertverfall ihrer Produkte infolge von Produktivitätssteigerung sowie das zeitweilige Versiegen der Reproduktionsquelle durch das zeitliche Auseinanderfallen von Produktion und Verkauf der Waren hatte die zunehmende Verarmung der Produzenten zur Folge. Damit waren sie gezwungen, entweder ihre 'Selbständigkeit' aufzugeben oder Kredite für erneute Produktion aufzunehmen. Das Kreditverhältnis verwies aber den Produzenten in die Rolle einer "warenanalogen Sache" und war somit Auftakt zur sogenannten ursprünglichen Akkumulation, der Trennung der Produzenten von ihren Arbeitsmitteln. Die im Geldverleih stattfindende Wertbildung streifte jeden "Schein von Sozialverpflichtung" ab, erschien so, als ob Geld sich selber vermehre. Stellvertretend für den Markt als solchen zogen die Kreditgeber den Zorn der Kleinproduzenten und Bauern auf sich. Aus Angst vor der herrschaftlichen Übermacht griffen sie den Geldhandel an, um die ehemals gemeinschaftlichen Zustände wiederherzustellen (wobei sie ideologisch vom aufkommenden Protestantismus unterstützt wurden, vgl. MEW Bd.25, S.407). Verlagert wurde diese Konfrontation auf jene, die im abstrakten Sinne das Zinsgeschäft beherrschten: der Burgjude, der außerhalb dieser Gemeinschaften lebte, wurde Ziel der ressentimentgeladenen Kleinproduzenten und Bauern.

Im Gegensatz dazu war der gegen den Hofjuden gerichtete Antisemitismus keine Ersatz-, sondern eine Symbolhandlung, und wurde von der Kapitalrepräsentanz, dem erstarkten Bürgertum getragen. Der Grund liegt nach Enderwitz in der veränderten Klassenkonstellation. Im Zuge seines ökonomischen Erstarkens entwickelte das Bürgertum auch einen Tugendkodex, der konträr zu dem des Adels stand. Sie brauchten aber den absolutistischen Staat noch, weil dieser Garant war für die Sicherheit und den Ausbau der Infrastruktur. Deswegen akzeptierte das Bürgertum den von ihm finanzierten ausschweifenden Lebenswandel des Adels. Zu Konflikten kam es aber stets dann, wenn der Adel mehr Wertmasse verbrauchte, als vorhanden war. Gegen diese Willkür setzte sich das aufkommende Bürgertum zur Wehr, indem es die "Zweckentfremdung" des Kapitals symbolisch an der Gestalt des Hofjuden ausagierte.

Prekäre Emanzipation

Als das Kapital selbständig genug war, um auch die politische Macht zu erobern, konnte dessen Repräsentanz, das Bürgertum, auf den symbolischen Antisemitismus verzichten. Für die zum Vierten Stand degradierten, zu Lohnabhängigen gewordenen ehemaligen Kleinproduzenten und Bauern wiederum waren antisemitische Ersatzhandlungen entbehrlich geworden, da sie der neuen Macht gegenüber keinen Untertanenrespekt und keine Konfliktscheu mehr an den Tag legten, wie früher dem Adel gegenüber. Sich gegen das Ausgebeutet-werden zu wehren, hieß gleichzeitig, mit dem Sachwalter des Kapitals, dem Staat sich anzulegen. Hinzu kam, daß diese Konfrontation keine Willens-, sondern Überlebensfrage war. So konnten die Juden sich emanzipieren und waren relativ sicher vor Verfolgung.

Der Grund, warum Mitte des 19. Jahrhunderts der Antisemitismus wieder als Ersatzfunktion, als sozialstrategisches Mittel auftauchte, war die Verelendung und vor allem der eskalierende Klassenkampf, den der ausschließlich vom Bürgertum beherrschte und in ihrem Sinn parteiliche Staat heraufbeschwor und der den Bestand des Ganzen gefährdete. Ins Leben gerufen wurde dieser Antisemitismus nicht vom Proletariat, sondern, als taktisches Kalkül, vom Staat und den Gruppen, die institutionell am engsten mit ihm verbunden waren. (Allerdings ist nach Enderwitz, darauf ist gegen jeden Klassensubjektivismus hinzuweisen, der funktionale, zynisch-kalkulierte Charakter dieses Antisemitismus' deren Trägern gerade nicht als solcher bewußt!). Die Aufgabe, gerade im Interesse der Kontinuität kapitalförmiger Produktion deren Repräsentanten ein Minimum an sozialer Rücksichtnahme abzutrotzen, erforderte einen Wandel des Staates, der sich allerdings in den einzelnen Ländern unterschiedlich vollzog. In England rekrutierte sich die neue Bourgeoisie aus dem Landadel, der ein haltbares Bündnis mit der staatstragenden Macht einging, die die nötigen Maßnahmen schuf, um langfristige Kapitalverwertung zu gewährleisten. Anders in Frankreich, wo es keine Kandidaten gab, die über den Klassen standen, die einerseits die Kapitalinteressen befriedigten und andererseits auch das Proletariat 'zufrieden' stellten. Der starke Staat wurde hier unter Napoleon III nach dem Vorbild Napoleon I realisiert. Sein Konzept war das, zwei Herren gleichzeitig zu dienen: die Wahrnehmung von Kapitalinteressen zu vereinbaren mit der Ankündigung von Sozialreformen, um das Proletariat zu befriedigen. Sein Programm war Schaumschlägerei, und er stürzte sich in außenpolitische Abenteuer, um die Rüstungsindustrie anzukurbeln sowie durch kriegerische Aneignung fremder Reichtümer die inneren Probleme zu lösen. Enderwitz erblickt darin, wohl anknüpfend an die Thalheimerschen Überlegungen zu Faschismus und Bonapartismus, ein zukunftsträchtiges Modell des starken Staates.

In Deutschland, das noch industriell schwach entwickelt war, wo kein starkes Bürgertum vorhanden war, waren die Für-

sten noch unangefochtene Herrscher. Als aber eine vorhandene Wertmasse zu Kapitalisierung drängte, übernahm der deutsche bzw. der preußische Staat stellvertretend für das Bürgertum und um gegenüber den anderen Fürstentümern Konkurrenzfähigkeit zu gewinnen, die ökonomische Entwicklung, die Schaffung des politischen Rahmens für die Industrialisierung, die Gründung der deutschen Nation, selbst in die Hand. Dabei hatte der preußische Staat die in den anderen Ländern erst mühsam durchzusetzenden Funktionen, einmal Sachwalter des Kapitals zu sein, andererseits auch politischer Vertreter der sozialgemeinschaftlichen Rücksichtnahme auf die sozialen Minimalbedürfnisse der unteren Klasse, von vornherein inne. So war das Verhältnis des Staates zu der im Zuge seiner Aktivitäten entstandenen bürgerlichen Klasse ambivalent. Der Staat weigerte sich, seine Aktivitäten, die dem Bürger als Bourgeois zugekommen wären, an diesen abzutreten. Statt dessen wurde das Bürgertum vom Staat als Staatsbürger in die Pflicht genommen, dessen Aufgaben beschränkt wurden auf den gesellschaftlichen und kulturellen Überbau. Das deutsche Bürgertum, seiner eigentlichen Funktion beraubt, wurde "vaterländisch-gemeinsinniger Vertreter einer staatlich gesteuerten Kapitalentwicklung".(S.97) Da der Staat seine ökonomische Macht nicht an das Bürgertum abtreten wollte, hielt er diesem als drohende Gefahr die Gestalt des Liberalitätsjuden vor Augen. Sie verkörperte rücksichtslose Interessenverfolgung, liberales Gedankengut — alles, was der Bürger als Staatsbürger eines Volksstaates abgelegt hatte und sich keinesfalls zu eigen machen dürfe. Dieser funktionelle Antisemitismus wurde vom Staat gegen die kapitalentsprungene Klasse eingesetzt, damit sie nicht nur Partikularinteressen wahrnehme, sondern sich dem Gemeinwohl unterordne.

Subjektiver und objektiver Nationenbegriff

Enderwitz' Ausführungen müßten an dieser Stelle ergänzt werden. Sie könnten nämlich, was bestimmt nicht seine Absicht war, auch so gelesen werden, daß die Verpflichtung der Bürger auf das Gemeinwohl ein der liberalen Phase der bürgerlichen Gesellschaft fremder Gedanke war und dem Bürgertum erst nachträglich und sozusagen 'von außen' mittels des Disziplinierungsinstruments 'Liberalitätsjude' übergestülpt wurde. Gegen eine solche Interpretation muß festgehalten werden, daß es sich um einen Formwandel des Gemeinwohlpostulats handelte: nach der liberalen Auffassung sollte sich das Gemeinwohl "spontan" aus der Verfolgung der partikularen Interessen ergeben, während der starke Staat aus den von Enderwitz angegebenen Gründen darauf nicht mehr vertrauen konnte. Dementsprechend muß auch gefragt werden, ob nicht ein engerer Zusammenhang zwischen der antisemitischen Figur des 'Hofjuden' und der des 'Liberalitätsjuden' besteht. Als das Bürgertum sich stark genug fühlte, um die politische Macht selbst zu übernehmen, büßte der Adel seine Nützlichkeit für die Kapitalentwicklung ein. Als funktionslos gewordene Klasse wurde er vom revolutionären französischen Bürgertum gekennzeichnet als parasitäre Kaste (manchmal sogar als fremde Rasse), die mit angemaßten Privilegien ausgestattet ist, nur ihre Eigeninteressen im Auge hat, sich nicht dem allgemein-gültigen Recht unterwirft und als Schmarotzer die Nation zerstört. Der Adel wurde also mit den gleichen Stereotypen belegt, die im späteren Antisemitismus wiederkehren.(vgl. Horkheimer, Gesammelte Schriften, Bd. 4, S. 378ff). So wird schon zum Zeitpunkt der Französischen Revolution klar, daß deren Losungen, Freiheit, Gleichheit und Menschenrechte sich bestens mit Antisemitismus und Rassismus vertragen. Der subjektive Nationsbegriff, der darauf abstellt, daß das Individuum selbst bestimmen kann, zu welcher Nation es gehören wolle, trug daher immer schon die Tendenz in sich, in den objektiven Nationsbegriff umzuschlagen, wo anhand fester Kriterien bestimmt wird, wer zur Nation gehört. Unterschiedlich fallen jeweils die Kriterien aus — gemeinsam ist beiden Begriffen, daß von vornherein nur jene dazu gehören sollen, die zum Gemeinwohl der Nation beitragen. Zu säuberlich ist deshalb die Trennung, die Jürgen Elsässer in seinem Beitrag zum "konkret"-Kongreß (vgl. sein Artikel in diesem Heft) zwischen dem westlichen und dem völkischen Nationalismus macht (wenn er auch zugibt, sie verlaufe nicht in statischen Grenzen). Zu schematisch ist auch, wenn er den ersten als rationalen Prototyp des Wohlstandschauvinismus schildert, dessen Kampf sich hauptsächlich gegen diejenigen richte, die wertlos für das Kapital seien und den zweiten dem deformierten Antikapitalismus zuordnet, der sich gegen den 'Übermenschen' in der Gestalt des Juden richte. Antisemitismus und Rassismus sind Ideologien, die notwendigerweise immer Bestandteil bürgerlicher Nationen sind. Unterschiedlich sind die historischen Entwicklungen der bürgerlichen Demokratien und wie latent oder offen sich die Ideologien äußern.

Der funktionelle Antisemitismus war aber nicht lange von Bestand und nahm eine substantielle Form an — in dem Sinne, daß er seine beschriebene Funktionalität zwar nicht verlor, das Objekt des Antisemitismus aber, qua "rassenbiologischer Begründung", zum bis aufs Messer zu bekämpfenden Todfeind des Staates erklärt wurde. In dieser substantialistischen Form wurde der Antisemitismus nun auch von den unteren Klassen, u.a. dem Kleinbürgertum und den Lohnarbeitern getragen. Dies heißt aber, so Enderwitz, nicht, daß der gesellschaftliche Träger des Antisemitismus einfach gewechselt hätte. Der Antisemitismus wurde vielmehr in dem Maße zu einer "förmlichen Sozialmotion" (S.121), in dem diese Klassen selbst sich verstaatlichten bzw. verstaatsbürgerlichten. Zentral für die "Substantialisierung" des Antisemitismus war also der Gestaltwandel des Staates von einem von der Gesellschaft abgehobenen Apparat hin zum Volksstaat. Dieser Wandel folgte aus der beschriebenen Doppelfunktion, die der Staat zunehmend zu erfüllen hatte: die Kontinuität der Kapitalverwertung zu gewährleisten, und gleichzeitig eine minimale soziale Versorgung für die ausgebeuteten Klassen sicherzustellen. Damit der Staat aber von der breiten Masse getragen werden konnte, mußte er sich ein quasi-proletarisches Antlitz geben, als Fürsprecher der breiten Masse erscheinen. Damit manövrierte er sich in einen Widerspruch: weil er die Kontinuität kapitaler Ausbeutung gerade gegen die bornierten Interessen des Kapitalklientels garantieren mußte, entfremdete er sich in seinem Erscheinungsbild als Volksstaat zunehmend von dieser Klasse. Diese Entfremdung wurde zur offenen Feindseligkeit gegen Asozialität, Klassenegoismus und Unverantwortlichkeit, die der Volksstaat jedoch nicht direkt, sondern über den Umweg der substantiell aufgeladenen Figur des "Liberalitätsjuden" ausagierte. Es ist diese antibürgerliche Stoßrichtung, die den substantialistischen Antisemitismus auch für die zu Staatsbürgern gewordenen unteren Klassen akzeptabel machte.

Übergang zum Führerstaat

Das Umkippen dieses substantiellen Antisemitismus in einen systematischen Völkermord führt Enderwitz darauf zurück, daß in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts in Deutschland eine Zuspitzung des demokratischen Volksstaates hin zu einem faschistischen Führerstaat stattfand. Der Grund dafür waren die instabilen gesellschaftlichen und wirtschaftlich schlechten Verhältnisse. In der Weimarer Republik standen sich zwei von ihrer Ausrichtung her konträre Positionen gegenüber, die aber inhaltlich mit dem gleichen ideologisch-politischen Rezept aufwarteten: den Volksstaat mit Notstandsvoll-

machten oder aber mit diktatorischer Macht auszustatten. Teile der unteren Klassen, bereits gewohnt, im Volksstaat ihren Anspruchsadressaten zu erblicken, versprachen sich von dessen Überführung in einen völkischen Wohlfahrtsstaat die Beseitigung ihres ökonomischen und sozialen Elends. Das Kapital erwartete von einer solchen Transformation eine Sicherstellung der Kapitalakkumulation. Das Resultat war der faschistische Führerstaat, den Enderwitz als "Sozialismus im Dienste des Kapitals" (S.128) bezeichnet. Er ist in noch krasserem Maße als der Volksstaat ein widersprüchliches Gebilde, da er die soziale Funktion wie auch die kapitale Bestimmung, völkischen Quasi-Sozialismus wie auch Garantie der Kapitalakkumulation zusammenbringen will. Damit stand er von seiner Konstitution her konträr zum kapitalen Zweck, den er ja nach wie vor verfolgte. Auf diesen Widerspruch reagierte der Staat mit Aggressionen gegen das Bürgertum, der kapitalentsprungenen Klasse. Der Bürger sollte sich, wie der Arbeiter auch, vollständig in den Dienst der völkischen Gemeinschaft stellen. Der Staatsbürger als politisches Subjekt konnte nur weiter bestehen, wenn er sich zum Staatsdiener und damit zum Bürokraten wandelte. Damit wurde der in Deutschland ohnehin kümmerliche Rest liberalen Denkens und bürgerlicher Öffentlichkeit endgültig ausgerottet. Da der faschistische Staat aber aufs Ganze gehen und sich von jeder Rücksichtnahme auf das Privateigentum und klassenspezifischen Interessen befreien wollte, er aber wie jeder bürgerliche Staat auf Kapitalakkumulation notwendigerweise beruhte, brauchte er, um seine antibürgerlichen Aggressionen zu realisieren, ein Ersatzobjekt noch dringender als der Volksstaat. So wurde der 'Jude' als 'Rasse' stigmatisiert und stellvertretend für das liberale Bürgertum aus der Volksgemeinschaft ausgegrenzt.

Den oben erwähnten Widerspruch zwischen sozialer Funktion und kapitaler Bestimmung versuchte der faschistische Staat aufzuheben, indem er Kapital und Arbeit unter die volksgemeinschaftliche Arbeitsfront subsumierte; dabei sollten Kapital und Arbeit als eigenständige gesellschaftliche Formationen verschwinden. Der Volksgemeinschaftsstaat mußte, um deren Repräsentanten auf unbedingte Gefolgschaft einzuschwören, die Figur des 'Liberalitätsjuden' erweitern: einmal sinnbildlich um den 'Monopoljuden', stellvertretend für die westlichen Demokratien und Kapital, andererseits um den 'Kollektivjuden', stellvertretend für Sozialismus und Arbeit.

Damit war der 'Jude' ideologisch-politisches Hilfsmittel zur Durchsetzung des Programms des nationalsozialistischen Staates. Dieses Programm verdankte sich, so Enderwitz, einer historischen Zwangslage. Zur Beendigung der Wirtschaftskrise Anfang der 30er Jahre hätte es, analog zum keynesianischen New Deal, staatlicher Subventionen und der Schaffung neuer Arbeitsplätze, mit dem Ziel einer Erhöhung der Kaufkraft, und verbunden mit der Erschließung von neuen Märkten bedurft. Diese Politik hätte einen handlungsfähigen Staat vorausgesetzt, der die gesamtbürgerlichen Interessen glaubhaft vertritt.

Der faschistische Staat jedoch mußte schnell eine Veränderung schaffen, sowohl die Kapitalakkumulation vorantreiben als auch die sozialen Lebensverhältnisse verbessern. So trat der Staat als kompensatorischer, auf Kreditfinanzierung angewiesener Massenkonsument von Infrastruktur und Rüstungsgütern auf, wodurch die Arbeitslosigkeit beseitigt und die Rüstungsindustrie angekurbelt wurde. Um diese Ankurbelung der Rüstungsindustrie innenpolitisch zu rechtfertigen, mußte das Gefühl der äußeren Bedrohung der Nation geschaffen werden. Im Bild der "Weltverschwörung" schuf sich der faschistische Staat eine Totalität der Bedrohung, als deren Drahtzieher wiederum der in 'Monopol-' und 'Kollektivjude' verdoppelte 'Liberalitätsjude' vorgestellt wird.

So war der Krieg ideologisch längst vorbereitet — doch führte die Anhäufung von Rüstung erst im Verein mit der dadurch angewachsenen Staatsschuld zum Ausbruch des Krieges. Mit Krieg sollten vor allem die Staatsfinanzen saniert und für das Kapital neue Märkte geschaffen werden. Im Krieg gewannen nun aber die Figuren des 'Monopol-' und 'Kollektivjuden' aus dem Blickwinkel des faschistischen Staats unversehens reale Gestalt, so daß dieser den Krieg als existentiellen Entscheidungskampf propagierte. Diese Rückprojektion ideologischer Figuren auf real Vorhandenes fand schließlich auch mit dem Bild des nationalen 'Liberalitätsjuden' statt. Enderwitz führt zwar verschiedene Möglichkeiten auf, läßt es aber dann dahingestellt, warum der faschistische Staat zu einem systematischen Feldzug gegen die 'Juden' im Inneren antrat, warum er es nicht bei deren Ghettoisierung beließ, sondern zum systematischen Völkermord ausholte. Letzterer war, so Enderwitz, akzidentiell und zwingend: akzidentiell, weil er eine wahnhafte Ersatzhandlung darstellte, zwingend, weil die restlose Beseitigung der selbstgeschaffenen 'Last' der Ghettos innerhalb des faschistischen Wahns tatsächlich der 'rationellste' Weg war, wobei klar sein muß, daß zwingend nicht dasselbe wie notwendig oder aus zweckrationalen Erwägungen herleitbar bedeutet.

Volksstaat und Parteikommunismus

Enderwitz' Ausführungen zur Radikalisierung des Volksstaats zum Volksgemeinschaftsstaat, die von Teilen der subbürgerlichen Klassen in der Weimarer Republik betrieben worden ist, meinen die nationalsozialistische Bewegung. Zu überlegen ist, inwieweit deren Charakteristika auch auf den Parteikommunismus zutreffen. Letzterer weist eine strukturelle Affinität mit dem nationalsozialistischem Antisemitismus auf, indem er das Kapital nicht als ein Verhältnis begreift, sondern es personalisiert und trennt in produzierendes und Finanzkapital sowie gleiche Stereotypen des Antisemitismus gegenüber dem Finanzkapital verwendet. Auch den Parteikommunismus kennzeichnet eine positive Bezugnahme auf den Volksstaat, dessen Personal er zwar auswechseln, dessen Errungenschaften er aber beibehalten und ausdehnen will. Die Bezeichnung der "Post als Muster sozialistischer Wirtschaft" macht klar, daß es nicht um die Abschaffung des Kapitals, sondern nur um die Abschaffung seiner Existenz als Privateigentum, um das Ausschalten der dem Kapital entsprungenen Klasse im Rahmen eines konsequenten sozialdemokratischen Volksstaats geht. Als ein Staat, der die Kapitalisten als Repräsentanten der Planlosigkeit und Anarchie des Marktes kaltstellt, bedarf der Figur des 'Liberalitätsjuden'. Verkürzt ist in diesem Zusammenhang Jürgen Elsässers These, daß Lenins Internationalismus das Umschlagen vom Antizionismus zum Antisemitismus verhindert hätte. Richtig ist, daß die Bolschewiki die Sowjetunion als Provisorium begriffen und daß unter Stalin der Bezug auf die Weltrevolution gestrichen wurde. Nur war diese 'Mutation' schon bei Lenin angelegt. Dessen Internationalismus bestand darin, das Ziel eines sozialistischen Volksstaates als für alle Staaten erstrebenswert zu setzen — er war also nicht das, was Jürgen zurecht einfordert, "konsequenter Internationalismus in Form des Antinationalismus" (wie er an einer Stelle selbst einräumt). Die Annahme, es wäre nicht zum Wandel vom Antizionismus zum Antisemitismus gekommen, hätte es noch mehrere sozialistische Vaterländer gegeben, muß stark angezweifelt werden.

Enderwitz' Ausführungen machen jedenfalls deutlich, daß die Kritik des romantischen bzw. des verkürzten Antikapitalismus die prinzipielle Kritik des Staates notwendig enthalten muß.

Jutta

Ulrich Enderwitz, Antisemitismus und Volksstaat, Ça-Ira Verlag, Freiburg 1991

Antisemitismus in Rußland

"Zionistisch-freimaurerische Verschwörung"und rot-braunes Bündnis

Die altehrwürdige Zeitung Prawda hat im Jahre 1993 ein äußerst unrühmliches Ende gefunden. Nicht, daß Jelzin dem von Lenin gegründeten, ehemaligen Zentralorgan der KPdSU ein Ende setzte, ist damit gemeint —nach Einführung einer bürgerlichen Präsidialdiktatur verboten zu werden, ist ehrenvoll für ein ehemals revolutionäres Blatt (1). Die Prawda aber verbreitete in ihrem letzten Erscheinungsjahr finstersten Antisemitismus — sie druckte einen Beitrag, der chassidische Juden aus Lubawitsch des "Ritualmordes" bezichtigte. Die Ermordung dreier orthodoxer Priester unweit Moskaus wurde darin dem Wirken *"geheimer jüdischer Kulte"* zugeschrieben (2). Chassidim betrieben die *"Gehirnwäsche junger, rauschgiftsüchtiger und geisteskranker Personen"*, um sie zu Mordtaten zu verlocken. Für das Jahr 1994 sagte der Prawda-Beitrag *"eine massive Welle jüdischer und zionistischer Propaganda"* voraus. Chefredakteur Seleziow rechtfertigte die Veröffentlichung als "Schnitzer", der nicht böswillig und antisemitischen Absichten geschuldet sei. Er weigerte sich, eine Entschuldigung auszusprechen und die Ritualmordlüge in aller Form zu dementieren. Die russische Generalstaatsanwaltschaft leitete — nach Strafanzeige der chassidischen Gemeinde — Ermittlungen zunächst einmal gegen ebenjene ein! Begründung: *"Wir haben keinerlei Informationen über diese Sekten und versuchen festzustellen, ob all dies stimmt"*...

Schlaglichter aus einer russischen Realität, in der antisemitische Verschwörungstheorien immer mehr Ausbreitung finden. Die Veröffentlichung der "Prawda" stand — auch wenn die Zeitung bereits privatisiert war (3) — im nationalbolschewistischen Diskussionskontext.

Die antisemitische Rechte

Als ein Gradmesser für die Bedeutung antisemitischer Verschwörungstheorien in Rußland kann die Ausbreitung der "Protokolle der Weisen von Zion" gelten. Der Text, der ein Treffen jüdischer Weltverschwörer fingiert, wurde kurz vor der Jahrhundertwende vom zaristischen Geheimdienst "Ochrana" verfaßt. In der antisemitischen Gruppe "Pamjat" ("Gedächtnis") wurden die "Protokolle" seit 1985 auf Versammlungen verlesen, sie sind seitdem in Buchform ebenso im Verkauf wie Hitlers "Mein Kampf" oder Schriften des Nazi-Ideologen Rosenberg. Verschiedene Zeitschriften — durchaus nicht nur der extremsten Rechten — druckten die "Protokolle" auszugsweise oder in Fortsetzungen ab (4).

Die Gruppe "Pamjat", die seit Mitte der 80er Jahre in Moskau unter offensichtlicher Duldung staatlicher Behörden und der KPdSU immer offener antisemitisch agierte, spaltete sich seitdem in mehrere Fraktionen und Gruppierungen auf. Neben solch monarchistischen Antisemiten nach dem historischen Vorbild der "Schwarzen Hundert" (5) haben sich mittlerweile aber auch nationalsozialistische Organisationen formiert, die sich teils positiv auf Hitler beziehen, ihn teils auch als "Juden" und Feind Rußlands ablehnen.

Die aggressive antisemitische Propaganda hat aber auch immer mehr auf die "großen" nationalistischen Strömungen übergegriffen, und eine verstärkte Zusammenarbeit mit den militanten Aktivisten ist zu beobachten. Ein Beispiel hierfür ist die "Russische Allgemeine Volksunion" der bekannten Rechten, Baburin und Alksnis, zu denen die militante "Slawische Volksbewegung" hinzustieß. Jene militärisch organisierte, scharf antisemitische Organisation unter Jakuschew nahm an der Verteidigung des Weißen Hauses teil. Baburin, ehemals junger Fraktionsführer des großen nationalistisch-nationalbolschewistischen Stimmblocks im "Obersten Sowjet", gilt als eine kommende Politikerpersönlichkeit des rechten Lagers. In öffentlichen Auftritten geißelte er eine angebliche Verschwörung von "Zionisten" und US-Kongreß, die willfährige Lakaien an die Spitze der Sowjetunion gestellt hätten, um die Nation zu zerstören. Alksnis, Angehöriger des Generalstabs und Verteidiger des "Weißen Hauses", pries das chilenische Modell Pinochet als Vorbild für Rußland

Zu den Wahlen im Dezember wurde die "Allgemeine Russische Volksunion" nicht zugelassen. Kurz vor dem Datum der Wahlzulassung durchsuchte Polizei die Büroräume der Organisation — nach ihren Angaben, um einen flüchtigen Rechtsradikalen zu verhaften. Nach Baburins Darstellung fehlten nach der Durchsuchung 20.000 Unterstützungsunterschriften, die zur Wahlzulassung notwendig gewesen wären (vgl. FAZ vom 11.11.93, S. 8).

Bei den Parlamentswahlen antreten wird dagegen die "Liberaldemokratische Partei" Shirinowskis, zu der die militante "Völkisch-soziale Bewegung" unter Jakuschew hinzugestoßen ist (6). Shirinowski hatte sich in früheren Phasen der Perestroika ganz als Demokrat gegeben, sich dann aber vor allem in massivster Propaganda gegen Angehörige der von der Sowjetunion "abgefallenen" Staaten einen Namen gemacht. Insbesondere die "Schwarze" oder "Schwarzköpfe" genannten Bewohner aus kaukasischen Staaten sind in Moskau massiven rassistischen Stimmungen ausgesetzt, die im "liberaldemokratischen" Führer ein pronounciertes Sprachrohr finden. Bei den Präsidentschaftswahlen im Juli 1991 erreichte Shirinowski mit seiner "gegen das Bonzentum" gerichteten Propaganda knapp 8% der Stimmen, das entspricht immerhin mehr als 6 Mio. Wählern. Shirinowski erweitert sein faschistoides Repertoire mehr und mehr um offenen Antisemitismus — Auszüge aus einem Interview, das im Oktober 1991 geführt wurde: *"Wenn Sie an die Macht kommen, was droht dann den russischen Juden?"* — *"Wenn ich nicht an die Macht komme, wird man sie vernichten. Ich dagegen schaffe für sie günstige Bedingungen für ihr Leben hier oder für die Ausreise nach Israel. Und für den Antisemitismus werden sich in der Zukunft bei uns weite Möglichkeiten auftun, denn die Bevölkerung wird unbedingt nach einem Feind suchen und herausfinden wollen, wer an dieser ganzen schrecklichen Situation im Land schuld ist. Und wenn wir die RSFSR haben und alle anderen unabhängige Republiken sind, dann werden die Russen fragen: Und wer ist schuld daran? Wer hat sich an die Spitze aller dieser demokratischen Organisationen gestellt? Siebzig Prozent Juden. Wer leitet die Redaktionen aller dieser neuen unabhängigen Medien? Zu siebzig Prozent Juden."* (7)

Auch die "Neue Rechte", als die sich russische Rechtsintellektuelle formieren, artikuliert sich deutlich antisemitisch. Einer ihrer Exponenten, Aleksandr Dugin, formulierte die modernisierte Form von Judenhaß: Das Problem seien, so Dugin, nicht die Juden an sich, wohl aber jene in der Diaspora (8). Solch "originelle" Umkehrung des Antizionismus bewahrt den Vorwurf des Kosmopolitismus gegen die verfolgte russische Judenheit. Auch bei der Frage historischer Vorbilder vermag Dugin scharf zu differenzieren: Im deutschen Nationalsozialismus wird das "atlantische Lager", das Lager Hitlers, verworfen, dagegen ein "eurasisches" um Bormann und Haushofer hoch gelobt. Auf ihre Schriften,

aber auch auf eine exilrussische eurasische Denkschule der 20er Jahre, beruft sich die russische "Neue Rechte", wenn sie vertritt, Rußland müsse *"mit Deutschland, gegen Amerika"* gehen: Dugin ruft auf zur *"Verteidigung der eurasischen Völker"* gegen die *"chimärische"*, *"antiorganische"*, *"transplantierte"*, *"geistlose"*, *"nivellierende"* amerikanische Zivilisation (9). Unter anderem über die Zeitschrift "Den" ("Der Tag") und einen Moskauer Intellektuellenclub verfügt die eurasische Diskussionsrichtung über beste Verbindungen zu Theoriezentren der Armeeführung.

Die russische "Neue Rechte" ist der französischen "nouvelle droite" um de Benoist eng verbunden, eine russische Ausgabe der Theoriezeitschrift "éléments" wurde in Moskau gestartet. De Benoist sieht die von Vertretern der "Neuen Rechten" (z.B. Dugin) mit vorangetriebene rotbraunen "Nationale Rettungsfront" als ein Modell an, das sich von Rußland aus nach Mittel- und Westeuropa ausdehnen werde.

Vorreiter Literatur

Die eurasische Diskussion der "Neuen Rechten" organisiert sich zum guten Teil über Spaltungsprodukte des "Russischen Schriftstellerverbandes". Dieser Verband und einige in ihm vertretene prominente Literaten spielten eine Vorreiterrolle für die gegenwärtig in Rußland so bedeutsame antisemitische Welle (10).

Schon seit den 70er Jahren bot die KPdSU ernsthaft kein ideologisches Programm mehr an, das gesellschaftlich hätte wirksam bleiben können. Die großen Literaturzeitschriften wurden zum Schauplatz der Auseinandersetzung zwischen liberalen "Westlern" und den "Russophilen". Zur zweiten Fraktion zählten u.a. die "Dorfschriftsteller", die zur Staats- und Parteipolitik in Opposition standen, aus der Sowjetbürokratie aber dennoch durchaus Wertschätzung erfuhren — sie konnten z.B. zahlreiche staatliche Literaturpreise einheimsen.

Bei einem Teil jener bekannten Literaten — z.B. bei Rasputin, Below und Astafjew — kristallisierte sich in den 80ern immer offensichtlicher der reaktionäre Charakter dieser dissidenten Literaturform heraus. Das als "natürlich" gefaßte Dorfleben sollte eine dem russischen "Wesen" adäquate Lebensform repräsentierten, der Erscheinungen der Moderne als verderblich entgegengesetzt wurden. Die Romane mit Massenauflagen suchten den schädlichen Einfluß von Frauenemanzipation und Massenkultur, die immer wieder auf eine mysteriöse, konspirative Kraft zurückgeführt wurden, herauszuarbeiten. Sie mündeten teils in den offenen Antisemitismus. — Rasputin kandidiert bei den Dezemberwahlen zur neuen "Duma" auf der Liste der in Provinzen sehr starken "Agrarpartei Rußlands", die die Interessen der organisierten Landwirtschaft vertritt.

Ende der 80er Jahre mischten sich die rechten Schriftsteller immer massiver im politischen Raum ein. Sie trennten sich organisatorisch von liberalen oder als "unrussisch" diffamierten SchriftstellerInnen und traten im März 1990 mit dem Aufruf "Brief der 74" an die Öffentlichkeit. In diesem Text behaupteten die in Rußland berühmten Autoren u.a., der Holocaust müsse als das Werk *"jüdischer Nazis"* betrachtet werden, denen es darum gegangen sei, *"die morschen Zweige vom Baum des jüdischen Volkes abzuhacken."* Auch der Untergang des Vaterlandes wird im Aufruf als das Werk *"russophober"*, sprich vor allem: *jüdischer* Kräfte beschrieben. In einer späteren "Botschaft an das Volk" erklärten Rasputin und andere im Juli 91, *"aufgeblasene und gerissene Geldscheffler"* hätten in Rußland die Macht übernommen, Verräter am russischen Volk, die ihre Befehle sklavisch von jenseits des Atlantiks empfingen. Angesichts dieses Verrats gelte es, Entzweiendes beiseite zu schieben, um patriotische Führer durchzusetzen.

Ideologisches Kernstück der Agitation in den verschiedenen auflagestarken rechten Literaturzeitschriften wie *"Literaturnaja Rossija"*, in Publikationen wie der nationalbolschewistischen *"Molodaja gwardija"* oder in *"Nasch sovremennik"* war die These des Naturwissenschaftlers und korrespondierenden Mitglieds der Akademie der Wissenschaften, Schafewitsch, von der *"Russophobie"* in Teilen der Gesellschaft, der es entgegenzutreten gelte. Schafewitsch formulierte die Theorie, inmitten des *"großen Volks"* der echten Russen wirke ein *"kleines Volk"* in konspirativer und zersetzender Weise dem russischen Wesen entgegen und drohe, es zu zerstören: Der (unausgesprochen) antisemitische Charakter dieser — überaus wirksamen — These liegt auf der Hand.

Das "rot-braune" Bündnis

Bereits Ende der 80er Jahre zeichnete sich eine gemeinsame ideologische Oppositionsfront der Nationalisten und Nationalbolschewisten gegen den Perestroika-Kurs ab. In verschiedensten Versuchen, Massenorganisationen zu schaffen (z.B. die "Vereinigte Front der Werktätigen") wurden die rechts-links Übergänge ebenso deutlich wie in dem Zusammenschluß von "Kommunisten" und "Nationalisten" zur Parlamentsfraktion "Sojus". Die Gründung der "Nationalen Rettungsfront" am 11.3.1992, unterstützt von entsprechender Publizistik (u.a. der Tageszeitung "Sowetskaja Rossija") bekräftigte und stabilisierte die Tendenz zum Zusammengehen durch ein Bündnis, in dem das Etikett "rotbraun" eine stolz vorgetragene

Selbstbezeichnung ist. In den Diskussionen wurde die ideologische Einigung aller "Patrioten" unter Aussparung der Widersprüche zur Oktoberrevolution angemahnt. Der Prozeß wirkt fort, auch wenn die "Rettungsfront" von Jelzin sofort nach Gründung, und endgültig nach der Stürmung des "Weißen Hauses" verboten wurde. Das Verbot betrifft auch verschiedene beteiligte Organisationen und sympathisierende Zeitungen.

Waren von "rechter" Seite alle wesentlichen Gruppierungen und Führungspersönlichkeiten vertreten, beteiligten sich am ideologischen Projekt von Seiten der "Linken" vor allem folgende Gruppen:

* Jene Kreise um Sjuganow, die nach Verbot der KPdSU und der Erlaubnis des Verfassungsgerichts die Neugründung der Partei "von unten" betrieben. Nach eigenen Angaben hat die Partei heute wieder 600.000 Mitglieder (nach FAZ vom 11.11.93; allerdings differieren alle Zahlenangaben, je nach Quelle, sehr stark). Sie tritt zu den Dezemberwahlen unter der Bezeichnung "Kommunistische Partei der russischen Föderation" an;
* die "Kommunistische Arbeiterpartei Rußlands", die nach eigenen Angaben über 100.000 Mitglieder, nach anderen Quellen allerdings weit unter 10.000 Mitglieder vereinigt (11). Um die KAPR formiert sich ein lockerer Zusammenschluß "Kommunistische Initiative";
* neostalinistische Gruppen, die sich um Nina Andrejewa bildeten. Andrejewa veröffentlichte im Frühjahr 1988 ein vielbeachtetes Anti-Perestroika-Manifest in der "Sowjetskaja Rossija". Sie ist heute "Generalsekretär" der "Kommunistischen Allunions-Partei der Bolschewiken", parallel existiert die Abspaltung "Sozialistische Partei der Arbeiter und Bauern" mit ebenfalls nationalbolschewistischem Kurs.

Die Diskussion unter den Richtungen der "Rettungsfront" führte zu einem gemeinsamen "rot-braunen" Geschichtsbild, als dessen Grundlage die Entgegensetzung einer "nationalen" von einer "kosmopolitischen" Linie beschrieben werden kann. "Linke" halten zwar an der Feier der Oktoberrevolution fest, und so manche Rechte sehen in 70 Jahren UdSSR *insgesamt* die Geschichte einer einzigen "jüdisch-freimaurerischen Verschwörung". Generell aber nähern sich die beiden Lager tendenziell darin an, bei Lenin, spätestens aber bei Stalin stolz eine russisch-nationale

Ausrichtung zu loben, in Trotzki dagegen den Ursprung eines unrussischen Kosmopolitismus auszumachen. Die nationalistische Rechte wandte sich entschieden gegen "antistalinistische" Debatten von Liberalen, gerade Stalins Vorgehen gegen die — als jüdisch gekennzeichneten — internationalistischen Widersacher wird als der positive Faden in der sowjetischen Geschichte begriffen, den es aufzunehmen gelte. Etwaige Negativaspekte der Stalin-Ära werden weniger dem großen Führer des vaterländischen Krieges, als "zionistischen Mächten" zugeschrieben. Die "Ärzteverschwörung" — das Motto, unter dem Stalins antisemitische Verfolgungen Anfang der 50er Jahre standen — gilt vielen Nationalisten wie Nationalbolschewisten nach wie vor als historische Tatsache, und die wenigen Juden, die Stalins antisemitische Verfolgungen in dessen Nähe überstanden, werden in ihren Schriften zu mächtigen Drahtziehern aller Übel jener Zeit stilisiert. Lasar Kaganowitsch etwa, einem Mitglied in Stalins Stab, wird ein solches Verschwörungspotential zugesprochen, daß liberale AutorInnen witzelten, statt "Stalinismus" werde die These vom "Kaganowitschismus" entwickelt...

Die Frage nach den Ursachen dieser Entwicklung führt angesichts des "rot-braunen" Geschichtsbildes zunächst einmal zum Faktor der Tradition. Nationalisten, Zaristen und Nationalsozialisten nehmen ganz offensichtlich jenen Antisemitismus auf, der vor 1917 in Rußland und danach im Exil durch reaktionäre Gruppen geprägt und tradiert wurde — es zeigt sich alleine schon an einer hohen Zahl von Nachdrucken alter antisemitischer Pamphlete. Der Antisemitismus im nationalbolschewistischen Lager knüpft ideologisch an den Stalinschen Kampagnen gegen Kosmopolitismus an. Auch nach Stalins Tod wurde die These vom zu pflegenden "Sowjetpatriotismus" nie aufgegeben, und zu den Implikationen dieser Spielart nationalistischer Ideologiebildung gehört die Ab- und Ausgrenzung vom Prinzip der Heimatlosigkeit, das in den Juden personalisiert wird. Zu Zeiten der Sowjetunion wurde durch zahlreiche Publikationen gegen "Freimaurerei" und "Zionismus" die heutige Renaissance der These einer "zionistisch-freimaurerischen Weltverschwörung" vorbereitet, auch in der Gorbatschow-Ära erschienen solche Titel in hohen Auflagen (12).

Solche Publikationen genossen offensichtlich Schutz und Unterstützung zumindest aus Teilen des Apparates zu einer Zeit, da der Marxismus-Leninismus als Ideologie kaum mehr in der Lage war, den Sowjetpatriotismus zu fundieren. Es liegt der Gedanke nahe, daß jedenfalls in Teilen des Staatsapparats Gedanken entwickelt wurden, das Staatswesen durch die Komponente einer massiv nationalistischen, "russophilen" Diskussionsrichtung — z.B. der Dorfprosaisten — zu stabilisieren. Viele in Rußland gehen davon aus, daß "Pamjat" über Drähte zum KGB verfügte, und Indizien dafür werden angeführt, daß nationalistische Exponenten wie Shirinowski oder Baburin ursprünglich im Auftrag des KGB aktiv geworden seien. Was auch immer von solchen Vermutungen zu halten ist, es ist allemal gesichert, daß die Parteipresse — u.a. die Prawda — durch ihre Berichterstattung zu ihrer Karriere beigetragen hat.

Alternative Jelzin?

Kritiken zum Antisemitismus in Rußland laufen oft Gefahr, "die Demokraten" zur Alternative schönzubeten. So gefiel sich nach Stürmung des "Weißen Hauses" die "taz" im Gestus, den neuen Präsidialdiktator Jelzin als Garanten gegen die rot-braun-faschistische Gefahr anzupreisen.

Doch: nicht die "Rettungsfront" war Jelzins Gegenspieler, sondern es waren diejenigen, die noch beim "Augustputsch" hinter ihm auf dem Panzer gestanden, und die Gegenaktionen geleitet hatten. Ruzkoi und Chaspulatow paktierten mit "rot-braun", gewiß, doch versuchten sie in erster Linie, eine bürgerliche Partei bzw. eine parlamentarische Gegenkraft zum Präsidenten aufzubauen. Das entspräche eigentlich den Prinzipien vom "demokratischen Rechtsstaat" weit eher, als das machtpolitische Agieren Jelzins. Jener schreckt zur Befestigung diktatorischer Vollmachten vor massiver Gewaltausübung (Gerüchte sprechen von über 1.500 Toten im "Weißen Haus") ebensowenig zurück, wie vor Intrigen und eklatantesten Wortbrüchen. Daß er — ein Diktator mehr — sich dabei auf den westlichen Beifall verlassen kann, überrascht nicht: Daß eine Staats(um)gründung nun einmal gewaltförmig geschieht, weiß selbst die "taz" — wenn es nicht gerade um die Oktoberrevolution geht.

Ruzkoi und Chaspulatow suchten parlamentarisch die politischen Interessen für einen anderen Wirtschaftskurs zu organisieren — davon handelte der Konflikt dem Inhalt nach. Jelzin steht für den abrupten Einstieg in Marktwirtschaft, ohne Rücksicht auf soziale Folgen und in festem Bündnis mit dem Westen und dem IWF. Seine Gegner wollten den Übergang etwas verlangsamen, sie repräsentieren die "alte" Nomenklatura, deren Großbetriebe und Agrarfirmen eine Abfederung des Übergangs dringend brauchen. Die Konkurrenz drehte sich außerdem um die Aufteilung der Pfründe zwischen alter und neuer Nomenklatura bei der Privatisierung.

Jelzin hat nun das Rennen gemacht, doch ist die These, damit sei in Rußland ein Damm gegen extreme Rechtstendenzen gebildet worden, purer Unsinn. Unter Jelzins Einfluß, unter seiner Regierung wurden in Moskau, in Rußland massivste antisemitische Hetzschriften erlaubt, und russische Juden bemerken bitter, kein Gorbatschow oder Jelzin habe sie je zum Bleiben aufgefordert. Schon früh, als Moskauer Parteichef, empfing Jelzin eine Abordnung von "Pamjat", und 1991 lobte er sie für angeblich schwindenden Antisemitismus — das Gegenteil war ganz offensichtlich der Fall.

Jelzins Westorientierung trennt ihn vom rot-braunen Lager, doch hat andererseits gerade er die Zarenfahne wiedereingeführt und sein Regierungsstil erfüllt par excellence die rechte Forderung, Rußland brauche autoritäre Führung. Parallel zur Stürmung des "Weißen Hauses" durchkämmten Spezialeinheiten die Stadt Moskau auf der Razzia nach "Schwarzköpfen", den rassistisch verfolgten Zuwanderern "vom Kaukasus", die sich neuerdings nur gegen hohe Geldsummen das Aufenthaltsrecht in der Stadt erkaufen können. Teile der faschistischen Rechten zogen ein Bündnis mit Jelzin schon in der Vergangenheit immer wieder in Betracht; *"das helle Anlitz von Boris Nikolajewitsch entspricht dem Archetyp der Russen"*, lobte etwa der Radikalfaschist Jakuschev, und beklagt nur, *"letztlich"* sei der Mann *"inkonsequent: Mal ist er für, mal gegen Rußland."* (1)

Ob sich eines Tages die Distanz verringert; ob Jelzin, der die "freie Marktwirtschaft" in Rußland konsequent durchsetzen will, auch mit den Ideologien paktieren wird, die dieser Weg hervorbringt: es ist schwer vorherzusagen. Doch: Es ist eine Frage nach den Bedingungen — dem Populisten Jelzin wäre eine solche Entwicklung allemal zuzutrauen.

Anmerkung:
1) Interview mit der Nezavismaja gazeta im Nov. '91, zit. nach: Luchterhand, aaO, S. 236f.

Erklärungsansätze

Daß antisemitische Ideologie tradiert wird, daß es vor allem politische Interessen geben müsse, für die jene Ideologie instrumentalisiert wird, sind zwei gängige Muster zur Erklärung ihrer Ausbreitung. Auf sie greift auch Armin Pfahl-Traughber in einem der wenigen Texte zurück, die die Erscheinungen in Rußland nicht nur zu beschreiben, sondern auch einzuordnen suchen (13). Als weiterer Faktor, der die *"latenten Orientierungen in manifeste Vorurteile umschlagen"* lasse, wird eine Situation genannt, *"die durch einen rapiden sozialen Wandel, ausgelöst durch eine Krise oder durch Modernisierungsprozesse, gekennzeichnet"* sei. Schließlich müsse noch die Frage

"nach der besonderen" — nämlich autoritären — *"Persönlichkeitsstruktur"* beantwortet werden, *"um zu erklären, daß Personen anfällig sind"*, wo andere nicht antisemitisch reagieren.

All die angesprochenen Ebenen sind sicherlich relevant, und dennoch vermag ein Theorieansatz, der sich in ihrer Addition genügt, letztlich nicht zu überzeugen. Er kann nicht erklären, warum Antisemitismus seine spezifische Form einer Verschwörungstheorie annimmt. Eine Umfrage hat beispielsweise das überraschende Ergebnis erbracht, daß bei einer Liste von "Juden, die Rußland am meisten geschadet hätten", neben Simionjew, Kamenjew und Trotzki an sechster Stelle ausgerechnet — Adolf Hitler genannt wurde (14). Dieses Ergebnis verweist auf den engen Zusammenhang der antisemitischen Verschwörungsthesen zum Nationalismus: Im "Juden" wird das Gegenprinzip zum "Wesen" des eigenen Volkes personalisiert; da sich Hitler im Krieg als Feind Rußlands zeigte, muß er nach der wahnhaften Logik dem jüdischen Prinzip zugeordnet werden.

Auch am Beispiel Rußland müßte zu einer Erklärung der antisemitischen Verschwörungstheorien ein ideologiekritisches Element hinzuzutreten, die die Entstehung antisemitischer Denkstrukturen mit einer Analyse sozialer Wirklichkeit zu verknüpfen vermag. Interessant sind insbesondere die "links"-"rechts"-Übergänge. Eine Hypothese soll hier — zuletzt — immerhin benannt werden: Nationalistische und nationalbolschewistische Ideologie treffen sich, so die Vermutung, in der *verkürzten, verschobenen* Form eines romantisch-nationalistischen "Antikapitalismus", der im "Juden" die Personalisierung aller als negativ begriffenen modernen Erscheinungen betreibt. Eine solche Hypothese läßt sich an nationalbolschewistischen Textbeispielen wie dem nebenstehend Abgedruckten plausibel machen:

* Im Textauszug ist Anknüpfungspunkt aus der russischen Realität, daß der Westen und der IWF realen Einfluß auf die Wirtschaftspolitik Jelzins ausüben, und daß gegenwärtig die Aneignung von Kapitalgrundlagen durch Ex-Apparat sowie "Demokraten" stattfindet. Aus der Kritik an solchen Erscheinungen erwächst aber kein Verständnis für die Wirkungsgesetze des kapitalistischen Systems, vielmehr werden solche Erscheinungsformen isoliert und in eine spezifische, mythische Form gebracht.

* Nicht der Inhalt westlichen Einflusses, die Reetablierung von Marktgesetzen auf allen wirtschaftlichen Ebenen, wird analysiert, vielmehr sondert der antiwestliche Impuls alles Negative bloß ab und ordnet es pauschal dem "Fremden" zu. Dem entspricht in der Umkehrung die Hypostasierung Rußlands, dem ein *"nationalhistorisches Wesen"* zugeschrieben, und das als *"lebendiges Volk"* organisch-konkret definiert wird.

* Die Betonung einer Kritik an Spekulantentum (*..."Händler, Makler, Broker, Schutzgelderpresser"...*) betrifft allein eine als abstrakt wahrgenommene Seite des Kapitalismus, der alle Übel zugeschrieben werden. Sie erscheint als das *eigentliche* Gegenprinzip zur Nation, für die zu leiden lohnte (und, wäre zu ergänzen, die sich durch das konkrete Produzieren auszeichnet). Das negative Prinzip einer abstrakten Geldebene wird als mafiotische Struktur, als eine Verschwörung abgebildet.

* Vom Standpunkt einer so formulierten "Kapitalismuskritik" — wie sie von nationalbolschewistischer Seite *typischerweise* vorgebracht wird — ist es aber nur noch ein weiterer Schritt zur antisemitischen Wahnvorstellung, in der die als abstrakt und fremd aufgefaßte Weltverschwörung im "Juden" personalisiert wird.

"Nationalhistorisches Wesen"...

"In Wirklichkeit verlief seit 1985 ein beschleunigter Prozeß, der uns in aller Deutlichkeit nach dem August-Umsturz 1991 die Augen öffnete ... Eine unverdeckte Befreiung von der nationalen Ehre und der nationalen Würde ging vor sich. Dem einen war es nicht peinlich, bester Deutscher des Jahres zu werden, und damit darzulegen, daß für ihn die nationalen Interessen Deutschlands heiliger und näher sind als die nationalen Interessen Rußlands. Dem anderen reichte es aus, um die Freiheitsstatue zu fliegen, um die Fülle der Vergangenheitsbefreiung zu spüren, mit der man einzig und allein alles, was mit unserem Land und Volk im letzten katastrophalen Jahr geschehen ist, erklären kann. ... Sie haben sich im buchstäblichen Sinne von Gewissen und von der Ehre befreit, um gewissen- und ehrlos das ganze Chaos und die völlige Verwüstung lobzupreisen...,-die sie anstelle...des Nährbodens des immer noch lebendigen großartigen Volkes geschaffen haben. ... Sie befreiten die Jugend von nationalen Bindungen und Erfahrungen, mit denen allein sich der Mensch von den zoologischen Lebewesen unterscheidet. Und schließlich befreiten sie die kriminelle Mafia vom Zugriff des Gesetzes. Sie gaben jedem beliebigen Händler, Makler, Broker, Schutzgelderpresser die Freiheit vom Mitleid, und sie verkündeten diese 'Befreiungen' als Vorbedingung zur Schaffung des 'dritten Standes', des Standes krimineller Geschäftemacher und kleiner Betrüger. ... Freiheit als Grenzenlosigkeit, das ist ihre Vorstellung... Gerade deshalb haben sich die 'Sieger' von der UdSSR befreit, um ungebunden die Zersplitterung Rußlands zu realisieren. ... Sie verkauften russisches, rußländisches Blut in der Dnjestr-Region. ... Das russische Volk kann sich mit beliebigen Nöten abfinden, wenn man sich dabei nur nicht am eigentlichen nationalhistorischen Wesen vergreift, wenn man dabei nur nicht die Unabhängigkeit des Staates, als Form und Mittel des nationalen Wesens in Frage stellt."

Auszüge aus einem Kommentar der Tageszeitung Sovetskaja Rossija vom 20.8.1992, zitiert nach Osteuropa-Archiv 4/1993, S. A 188f.

Berthold Brunner

Anmerkungen:

1) Jelzin verfügte nach Auflösung des Obersten Sowjets ein Verbot des Zeitungsnamens und die Entlassung des Chefredakteurs.

2) Alle Angaben nach: Ben Zakan, "Ritualmordlüge in der Moskauer 'Prawda'", in: Illustrierte Neue Welt, Aug.Sep. 1993, S. 17.

3) "Prawda" befand sich, bei immer noch 600.000 Auflage, im Eigentum des griechischen Millionärs Christos Yannikos.

4) Beispielweise würdigte die Literaturzeitschrift "Nasch sovremnnik" 6/1989 die "Protokolle" als "Buch der politischen und sittlichen Apokalypse unseres Jahrhunderts". Zu Vorgeschichte und Verbreitung der "Protokolle" vgl. verschiedene Texte von Armin Pfahl-Traughber in: Osteuropa 1991/2 und in: Judaica, Basel, Nr. 1/1990.

5) Eine antisemitische Kampforganisation, die mit Unterstützung zaristischer Behörden vor allem zwischen 1904 und 1906 wütete; die "Schwarzen Hundert" sind Vorläufer der modernen faschistischen Bewegungen Italiens und Deutschlands.

6) Zur "Slawischen Volksbewegung" und zur "Völkisch-Sozialen Union" vgl. u.a.: Galina Luchterhand, "Die politischen Parteien im neuen Rußland", Bremen 1993, S. 228ff.

7) Quelle: "Na smenu!", Jekaterinenburg, zitiert nach Luchterhand, aaO, S. 226f.

8) Vgl. Walter Laqueur, "Der Schoß ist fruchtbar noch. Der militante Nationalismus der russischen Rechten", München 1993, S. 330f.

9) In "Den", 2/1992.

10) Zur Rolle der Literatur vgl. u.a.: Gerd Koenen/Carla Hielscher, "Die schwarze Front, Reinbek 1991; Armin Pfahl-Traughber, "Die neue/alte Legende...", aaO, S. 128ff; Walter Laqueur, aaO, S. 127ff.

11) Über 100 000 gibt der Parteisprecher Terentjew an ("Russischer Kurier" St. Petersburg, deutschspr. Ausg., 16.10.93, S. 3), weit unter 10 000 schätzt Luchterhand, aaO, S. 245.

12) Vgl. dazu William Korey, "Das Pamjat-Phämomen: Kann Gorbatschow Moskaus extremistische Kreise unter Kontrolle halten?", in: Strauss/Bergmann/Hoffmann (hg.), "Der Antisemitismus der Gegenwart", Frankfurt/New York 1990, S. 218ff.

13) Armin Pfahl-Traughber, "Die neue/alte Legende...", aaO.

14) Nach einer Umfrage des "Allrussischen Zentrums für die Erforschung der öffentlichen Meinung" in der ehemaligen UdSSR von 1992, vgl. Osteuropa-Archiv, Oktober 1993, S. A 545.

"Zeugungsakt und Geistesblitz"

Türcke zum Zweiten: die Geschlechterfrage

Als die Redaktion der Zeitschrift "Konkret" für Mitte Juni zu einem "Laboratorium radikaler, aufklärerischer antikapitalistischer Gesellschaftskritik" einlud, wurde erneut deutlich, in welchem Diskussionsklima linke Feministinnen heute agieren müssen, wenn sie in diesen linken Kreisen zu intervenieren versuchen. Im Programmvorschlag zur Konferenz wurden alle Themen als Probleme linker Politik formuliert: Der Aufmacher des Frauenforums dagegen rückte die gesamte Frauenbewegung in die Nähe von Nationalismus und Faschismus. Der Titel lautete: "Die deutsche Frauenbewegung — ein etwas anderer BDM?" Wer glaubt, hier komme nur der übliche, scharfzüngige "Konkret"-Stil zum Zuge, durchdenke einmal, ob ein Bild wie: "Die Autonomen — der etwas andere Volkssturm?" wirklich ebenso hätte präsentiert werden können. (Anm.1)

Fast unwichtig zu erwähnen, daß die "Konkret"-Patriarchen nach wütenden Frauenprotesten den Titel halbherzig änderten (in: "Konservative Wende im Feminismus?"), wurde doch in der Zeitschrift zugleich der ganz normale Sexismus fortgeführt. So attackierte Eckhard Henscheid ("Sie muß verrückt sein"/"Konkret" 3/93) die Germanistikprofessorin Höhler mit sexuellen Männerphantasien, mit sexistischen und chauvinistischen Sprachbildern, anstatt den konservativen Scheiß, den sie verzapft, zu zerreißen. So setzten die Redakteure Schneider und Pohrt ihren Kurs fort, neben einer — richtigen — Kritik an deutschnationalem Interventionsgehabe durch Teile der hiesigen Frauenszene das Problem der Massenvergewaltigungen in Jugoslawien nur als Marginalie zu behandeln. Das Frauenthema blieb eine Randerscheinung auf dem Kongreß — zu einer nennenswerten Debatte unter linken Frauen kam es kaum, geschweige denn mit linken Männern.

Daß dies auch die Absicht der Organisatoren des Kongresses war, daß es ihnen — wie schon im ursprünglichen Titel ausgedrückt — um eine Abrechnung, nicht um eine *Differenzierung* der Frauenbewegung ging, wurde deutlich, als am Kongreßwochenende selbst im Veranstaltungsplan den Frauen ein männlicher Mitdiskutant angekündigt wurde: was diesen dafür qualifizierte, hatte Gremliza wohl vorher in seiner Schrift: "Sexus und Geist" gelesen. Professor Türcke führt dort nach strikt hegelianischem, neo-idealistischem Verfahren aus, weshalb die Unterdrückung der Frau männliche Notwendigkeit war, um den menschlichen Geist hervorzubringen. In der entsprechenden Linken gilt diese Schrift als heimlicher Szene-Renner. Als besagter Türcke jedoch am Abend vorher ein von vielen als rassistisch kritisiertes Referat gehalten hatte, verzichtete er wohlweislich auf einen weiteren Eklat im Frauenforum.

Rassismus und Sexismus

Die Debatten um Rassismus und Patriarchat sind ähnlich gelagerte Fragestellungen, beidemale existiert ein reales Theoriedefizit in der Linken. Um den Zusammenhang zwischen der jeweils spezifisch wirksamen Herrschaft und den kapitalistischen Produktionsverhältnissen zu erfassen, genügt es indes nicht, das kapitalistische System nur als blinde Eigengesetzlichkeit ökonomischer Prozesse zu kennzeichnen. Die Herrschaftsverhältnisse, die Menschen in Klassengesellschaften prägen, die sie zu Opfern und Tätern machen, müssen miteinbezogen und untersucht werden.

Genau dagegen trat Türcke mit seinem Anti-Anti-Rassismus Vortrag auf dem "Konkret"-Kongreß an — und darum geht es auch in seiner Schrift zur Frauenunterdrückung. Weil bisher ein so erheblicher Teil der "radikalen Linken" positiv auf Türcke reagiert hat, sollte die Frage sehr ernst genommen werden, ob die dahinterstehende "Denkschule" für Linke Bezugspunkt sein beziehungsweise ob sie noch einem linken Diskurs zugerechnet werden kann.

Der hier diskutierte Türcke-Text "Sexus und Geist" zum Geschlechterverhältnis zeigt deutliche Parallelen zu seinem Rassediskurs. Es verbinden sich zwei Elemente, die Türcke für eine in die Enge getriebene Linke so attraktiv machen: aus Naturgegebenheiten abgeleitete Setzungen von scheinbar feststehenden biologischen Konstanten wie Haut, Rasse, Geschlecht und ein Begriff von Kapitalismus, der als vollständig determinierende Struktur so vorgestellt ist, daß der Gedanke an eine widerständige Praxis gänzlich obsolet wird. Wenn um Türckes "Sexus und Geist" eine ähnlich scharfe Auseinandersetzung wie um Anti-Rassismus derzeit nicht erwartet werden kann, dann allein deswegen, weil die Frage patriarchaler Herrschaft unter Linken derzeit kein vergleichbares Interesse findet. Für mich und auch für andere Frauen ist eine Kontroverse auch an dieser Stelle indes von größtem Interesse, sind doch die Denkmuster weit verbreitet.

Verhältnis Geist — Natur

Verschiedene Kritiken am Türcke-Referat führten aus, daß seine Position auf die Ersetzung von Sozialgeschichte durch Naturgeschichte hinausläuft: Rassediskurs statt Rassismusanalyse. Deutlicher noch als in seinem Vortrag "Die Inflation des Rassismus" legt Türcke in "Sexus und Geist" (Anm.2) den dahinterstehenden philosophischen Denkansatz offen.

Sein Denken kreist um das Begriffspaar "Geist" und "Natur", die im Gegensatz zueinander stehen und von ihm als überhistorische Kategorien begriffen werden. Nach Türcke ist es der Geist (oder die Vernunft), der aus der Natur entsprungen, aber dennoch nicht auf sie rückführbar ist, der den Menschen aus dem Naturzusammenhang herauskatapultiert und die Kluft zwischen Mensch und Natur aufreißt, die es seitdem zu bearbeiten gilt. Er definiert "Geist" wiederum als "Instanz, die die Menschen befähigt, Natur zu bearbeiten"(63). "So schwach er anfangs auch gewesen sein mag, ragt" er — nach der Wortwahl Türckes (Anm.3) — dennoch über die Natur hinaus und läßt sich aus ihr "nicht logisch herleiten."(63) Die Individuen erlangen ihren Subjektstatus "einzig" durch jenen "Geist".

Von diesem Ausgangspunkt des Türckeschen Denkgebäudes aus erschließen sich all seine problematischen Ausführungen zu "Rasse" und "Sexus". Die der idealistischen Philosophie entlehnten Begriffe — das Gegensatzpaar Geist und Natur — werden als ein Sachverhalt präsentiert, "der vor jeder historischen und gesellschaftlichen Spezifikation dingfest zu machen: zu definieren sei, kurz als Denkbestimmung a priori". (Harnischmacher, 173/Anm.4) Das (gedachte) Begriffspaar Geist und Natur wird von Türcke als dem Subjekt vorausgesetzte Realität gesetzt, es ist überhistorisch, damit zugleich geschlechtsneutral, klassenübergreifend, freischwebend — ist bei Türcke eben kein gesellschaftliches Verhältnis. (Anm.5)

Statt Geschichte dialektisch als gesellschaftliche Selbstbewegung zu fassen, funktioniert sie bei Türcke als determinierte "Naturgeschichte", der auch "Rasse"

und "Sexus" zu entstammen scheinen. Das Ende der "Naturgeschichte" ist nur als idealistischer Akt, als Durchsetzung des "Geistes" denkbar.

Manfred Dahlmann stellte in der September-"Konkret" Türcke explizit als Hegelianer vor und beschrieb als Kern der hegelianischen Vorgehensweise: "Jede Darstellung hat von einer Selbstverständlichkeit, einem unmittelbar gegebenen Sachverhalt auszugehen." Was Dahlmann zur Verteidigung von Türcke dienen soll, müßte zur Kritik gewendet werden. Tatsächlich wird an Türckes Denken anschaulich, wie ein bestimmter philosophisch-idealistischer Ausgangspunkt rassistische und sexistische Ableitungen zur Folge hat. Als "Selbstverständlichkeit" präsentiert Türcke beispielsweise: "Menschenrassen sind keine Erfindung des Rassismus, sondern ein Produkt der Naturgeschichte." Bewußt spricht er nicht von äußerlichen Unterschieden, sondern wählt den Begriff "Rasse", der damit zur wertneutralen Naturkategorie wird.

Dasselbe Verfahren finden wir bei der Beschreibung des Geschlechterverhältnisses. Der prägnante Satz, der aus seinen Ausführungen ohne weiteres abzuleiten wäre, lautet: Frauenunterdrückung ist keine Erfindung des Patriarchats, sondern Produkt der Naturgeschichte.

Verhältnis Frau — Natur

Wie sieht Türckes Konstrukt einer Menschheits-Urgeschichte aus, die dafür verantwortlich war, daß Frauenunterdrückung nicht als gesellschaftlicher Akt, sondern als Ergebnis von Naturgeschichte betrachtet werden kann?

Im Naturzustand habe — so wird von ihm definiert — eine "diffuse Triebnatur" geherrscht, der "ein sexuell ungeregeltes Zusammenleben" entsprochen habe. Aus dem ungeregelten Geschlechtsleben begann sich, so Türcke, die menschliche Spezies durch Triebverzicht zu "erheben", der Mensch begann die Natur zu bearbeiten — die äußere durch Herstellung von Lebensmitteln, die innere durch Tabus. Weil der Geschlechtsverkehr dadurch eine Regelung erfuhr, die Frau aber die Gebärende ist, stiftete "die Mutter" den ersten Zusammenhang der Sippe. Türcke folgert daraus, sie sei damit in den Augen jener frühen Menschen prädestiniert gewesen, auch den Sinn des Lebens zu stiften: "Ist nicht die Mutter als die Gebärende der fruchtbaren Erde gleich und die Erde die Urmutter allen Lebens?"(64)

In diesem frühen Matriarchat entwickelte sich — so Türcke —, um die Schrecken der Natur zu bannen, eine Kult- und Opferform, deren "Repräsentantin" das weibliche Geschlecht war. Dennoch behielt die Natur zugleich ihren Schrecken — sie erschien jetzt allerdings "als das andere Gesicht der Mütterlichkeit" (25, Tü2). (Anm.6)

In der Epoche des Matriarchats blieb die Menschheit nach Türcke völlig dem Naturgeschehen verhaftet. Zwar gab es schon eine "vage Ahnung" von kausalen Zusammenhängen und Denken in Analogien und eine Entwicklung von Ackerbau, Pflug und Tierzähmung; dieser Ahnung aber fehlte der "Geist", sie blieb "dunkel im wörtlichsten Sinne"(64). Denn im Gebären drückt sich das spezifisch Menschliche (bei Türcke der "Geist") nicht aus, das Gebären "repräsentiert nur das Naturhafte am Menschen"(39, Tü2), die Frau wird damit zum "Inbegriff von Subjektlosigkeit, bloßem Stoffwechsel, blindem Vegetieren". Was fehlt, ist "ein intellektueller Prozeß, der den Bann der großen Mutter"(38, Tü2) bricht. Daran, wie Türcke diese Frühgeschichte darstellt, bevor sich nach seiner Ansicht der Geist zu regen begann, wird deutlich, daß er selbst der Naturalisierung von "Mutter" und "Frau" erliegt, die nur zu *beschreiben* er vorgibt.

Männliche "Naturqualität"

In dem Moment, in dem die Differenz von Geist und Natur dämmert, muß sich auch Widerstand regen — gegen das weibliche Geschlecht, das bis zu diesem Zeitpunkt zwar eine Ordnung, aber nur eine subjektlose setzte. Die Rolle der Frau als Stammhalterin wird in Frage gestellt, "sobald die Selbstentdeckung des menschlichen Geistes beginnt und mit ihr die Ahnung, daß die Menschen zu Höherem bestimmt sind als bloßem Stoffwechsel".(65)

Die Erklärung für diese "Entdeckung" findet Türcke in der Biologie der Geschlechter — und zwar im Zeugungsprozeß. Drückt das Gebären "das spezifisch Menschliche nicht aus",(40, Tü2) so repräsentiert der Mann — wie Türcke ausführt — "das Andere, das Abstraktere", weil er am Fortpflanzungsprozeß "ungleich abstrakter" beteiligt ist. Der Beitrag des Mannes ist ein nahezu "Unstoffliches" — genau diese "Tatsache", diese "Naturqualität" aber ist es, die den Mann dazu prädestinierte, vor der Frau die "prinzipielle Differenz von Geist und Natur" zu erkennen (65): "die Naturqualität, die zugleich für ein qualitativ Anderes als Natur steht."(41, Tü2)

Diese Entdeckung, dieser "Geistesblitz" ist die Selbstentdeckung des Geistes. "An sich" — versichert Türcke — "ist er nichts Geschlechtspezifisches, nur hatte das Matriarchat die Männer derart für ihn disponiert, daß er als ihr Spezifikum erscheint".(40, Tü2) Und auch das "Vernunftvermögen" stand prinzipiell beiden Geschlechtern offen, aber das "Bedürfnis, der Allmacht blinder Natur zu entrinnen" führte zur männlichen Aggression gegen das weibliche Geschlecht, so daß die Erhebung des Geistes über die Natur "sich im Verlangen nach Unterwerfung der Frauen Ausdruck verschaffte"(66).

Türcke verwirft jeden Ansatz, Geschichte kritisch zu betrachten und nicht als biologisch vorgeprägten Ablauf zu rekonstruieren, wenn er schließlich zu folgender These kommt:

"Ohne Frauenfeindlichkeit keine Selbstentdeckung des Geistes. Das hat etwas von klassischer Tragödie (...) und man macht es sich zu einfach, wenn man nur das eine Geschlecht hier schuldhaft verstrickt sieht. Die besondere Aggressivität, die das Patriarchat bei den Männern freisetzte, hat das Matriarchat geschürt."(46, Tü2)

So tragisch es Türcke erscheint, daß die Frauen für lange Zeit vom Geist ausgeschlossen wurden, besteht er doch trotzdem darauf, daß "die andere Seite" dieser Tragik die "notwendige Zwischenetappe" ist — eben Fortschritt. "Kein Zweifel, die Entstehung des Patriarchats ist ein welthistorisches Ereignis."(48, Tü2)

Zwischenresumee

Somit steht am Ende der ersten Etappe des Türckeschen natur- und menschheitsgeschichtlichen Diskurses eine folgenschwere Umkehrung der Geschlechterbeziehung: die Frau, im Matriarchat "Sinnstifterin" des Lebens, bleibt für Türcke noch naturverhaftet. Sie tritt der Natur noch nicht als Subjekt gegenüber — männlich aggressive Erhebung über den weiblichen Naturzwang erscheint als Fortschritt.

Ausdrücklich warnt Türcke davor, diesen Ablauf kritisch zu analysieren, ihn anders als eine "klassische Tragödie" zu begreifen: "Jeder Versuch, die patriarchale Logik als das schlechthin Andere, Böse, Herrschaftsdenken weiszumachen, raubt sich die Chance, das Patriarchat zu erklären."(46, Tü2)

Gegen den Einwand, Geschlechterunterdrückung stehe im Verhältnis zur Produktionsweise, Männer hätten sich z.B. das Arbeitsvermögen der Frauen angeeignet und sie deshalb unterdrückt, es liege hier also ein Herrschaftsverhältnis vor, versucht Türcke sich abzusichern. Um seine These aufrechterhalten zu können, daß der Geist etwas "Entsprungenes" ist, "logisch nicht aus der Natur herleitbar", deshalb auch nicht im unmittelbaren Verhältnis zur Natur (und auch zu den Produktionsverhältnissen) stehend, wendet Türcke einen Kunstgriff an: Er erklärt, die Natur sei im

Matriarchat noch nicht systematisch bearbeitet worden (es gab nur eine "dunkle Ahnung") und behauptet: "Noch bestand der Zusammenhang zwischen Produktions- und Denkweise, wie Marx ihn erkannt hat, nicht; er mußte sich erst bilden, ist selbst historisches Resultat."(37, Tü2)

Zumindest bis zu diesem Punkt begreift Türcke menschliche Arbeit nicht als einen gesellschaftlich vermittelten Prozeß, seine Konstruktion läßt beide Seiten — Vernunft und Natur — unvermittelt, autonom gegenüberstehen. "Und doch mußte, damit sie (die Männer) frauenfeindlich wirksam wurden, erst ein intellektueller Prozeß einsetzen, der den Bann der großen Mutter brach."(38, Tü2) Also stehen an dem von Türcke so gesetzten Beginn der Patriarchatsgeschichte die Kategorien "intellektueller Prozeß" und "Stoffwechsel mit der Natur" bereits getrennt und zugleich mit Geschlechterpolarität verbunden einander gegenüber. Türcke bringt sie in ein hierarchisches Verhältnis: (männlicher) Geist als Inbegriff ordnender Vernunfttätigkeit ist der (weiblichen) Sinnlichkeit — Stichwort: "bloßer Stoffwechsel, blindes Vegetieren" — hier schon überlegen.

Mit seinem philosophischen Naturansatz, der Rasse und Geschlecht als "gegebenen Sachverhalt" setzt und Rassismus und Geschlechterverhältnis, das heißt die Unterdrückung der Frau, daraus ableitet, läßt Türcke die Menschheitsgeschichte tatsächlich in einem Licht erscheinen, in dem Herrschaftsverhältnisse sich aus der Natur begründen. Er konstruiert Geschichte als einheitlichen Gegenstand — durchgängig bestimmt vom Begriffspaar Sexus und Geist. In seinem Geschichtsbild ist die Unterdrückung der Frauen eine tragische Verstrickung, ihre Unterwerfung schicksalhaft, Fortschrittsmomente sind ein Ergebnis des Geistes, der Vernunft — nicht jedoch gesellschaftlicher Auseinandersetzung. Türcke drückt sich damit um eine Kritik der gesellschaftlichen Bedingungen, unter der die Menschheitsentwicklung stattfand, herum.

Der Rückgang in die Urgeschichte der Menschheit sucht den Ursprung der Bedrohung in der Natur, menschliche Kulturentwicklung wird zum rationalen Unternehmen der Bewältigung der Angst. Geleugnet wird ein Zusammenfallen von Rationalität und Gewalt. Zur Zivilisation als Herrschaftsverhältnis gehören jedoch untrennbar Rassismus und Patriarchat.

Der "plausible Schein" des Patriarchats

Was Türcke beschreibt, ist die "Befreiung des Geistes vom Naturzwang", was ihn daran stört, ist lediglich, daß dieser Vorgang "unbewußt und nicht vernünftig" war, — "in Ungeistigkeit anhob" (52, Tü2). Deshalb kommt es zu einem fatalen Umkehrschluß des Patriarchats: "Weil das Gebären Natureigenschaft ist und nicht Inbegriff menschlicher Subjektivität, gehört der gebärende Teil der Menschheit auch nicht ernstlich zu den Subjekten. Dieser Fehler ist eine der großen Hypotheken, die dem menschlichen Geist dazu verholfen haben, sich der Natur bewußt als eine eigene Sphäre entgegenzusetzen — und belastet von nun an seine Selbstentfaltung, die nicht zuletzt darin besteht, ihre eigene Hypothek zunehmend unkenntlicher zu machen." (70)(Anm.7)

Zwar stellt Türcke fest, daß das nur "Schein" sei, da eigentlich beide Geschlechter Vernunftvermögen hätten, dennoch — so der Mann Türcke: "Daß das männliche Geschlecht am Fortpflanzungsprozeß weniger beteiligt ist, läßt sich schlechterdings nicht leugnen."(67)

Türcke spricht deshalb von dem "plausiblen Schein", der fortan zu den Stützpfeilern des Patriarchats" gehöre und der sich — zunächst in Mythologien, dann in der Philosophie — als "Idealismus" widerspiegele. Um aber die Ausgrenzung der Frauen aus der geistigen Sphäre, die fortan den Männern gehört, zu legitimieren und weil so umfassend die Unterwerfung nicht gelingen will, produzierte das Patriarchat zwei Grundtypen von Weiblichkeit: die unterworfene und die unzüchtige, deren "lockende und drohende Naturgewalt der patriarchale Geist in jeder Frau fürchten muß."(69)

Obwohl Türcke den "falschen Schein des Patriarchats" kritisiert, bleibt die Kritik in der Konstruktion patriarchalen Denkens verfangen. Der Ursprung von Patriarchatsgeschichte wird nicht als Sozialgeschichte geschrieben, sondern als Naturereignis, begründet letztlich in männlich/weiblicher Biologie. Ganz ähnlich ist in Türckes Rassismustext der Ausgangspunkt nicht die "soziale Konstruktion" sondern die "biologische Kategorie" Rasse(vergl. Türcke, "Konkret" 8/93). Die Frau wird aufs Gebären reduziert, als sei die Fähigkeit dazu ihre hervorstechendste Eigenschaft — der Mensch auf seine Haut.

Exkurs: (k)eine Idealismuskritik?

"Und das Geistige an diesem Kraftakt gibt dem Ungeistigen daran eine fatale Plausibilität."(46, Tü2)

Der Sieg des Patriarchats über die Frauen war nach Türckes Auffassung zwar "notwendig", aber, da "ungeistig" erfolgt, "nicht vernünftig". Es kam zu jenem folgenschweren "Schein des Patriarchats": "Das Patriarchat ist nicht nur unfähig, den weiblichen Eigensinn ganz auszuradieren; es kann es nicht einmal wollen (...) diesen Zwiespalt hat es sich selbst eingebrockt. In ihm rächt sich die Ungeistigkeit, mit der die Selbstentdeckung des Geistes anhob." (52, Tü2) (Anm.8) Das ändere aber nichts daran, daß das Matriarchat in den "Untergrund jener geistigen Entwicklung" gegangen sei. Im Hauptteil seiner Ausführungen schildert Türcke quer durch die abendländische Mythologie und Philosophie, wie dort jeweils mit diesem falschen Schein umgegangen wurde und er zunehmend unkenntlicher wurde.

Mit diesen Ausführungen (auf die hier nicht weiter eingegangen werden soll) will Türcke zugleich eine Kritik des philosophischen Idealismus leisten. (Anm.9) Dabei geht es ihm aber keineswegs darum, "dessen fetischistische Begriffe (,Geist') als genetische kenntlich zu machen; seine Kritik des Idealismus zielt vielmehr darauf, diesen ins materialistische Denken zu integrieren, ihn unbeschädigt in die Kritik der Gesellschaft zu überführen. Der Begriff des Geistes insbesondere wird keineswegs der Ideologiekritik unterzogen, gar destruiert, schlicht für unbrauchbar erklärt — er wird vielmehr materialistisch und historisch bemäntelt." (Harnischmacher, 173)

Türcke unterstellt den Geist als gegebene Setzung, zu kritisieren sei lediglich dessen "Autarkiegebahren": "Der Idealismus schießt schon im Entstehen übers Ziel hinaus. Groß ist seine Einsicht, daß der Stoff nicht alles sein kann, daß es etwas von ihm Unterschiedenes geben muß, das in allem Wechsel identisch bleibt und beharrlich Struktur und Ordnung in ihm bewirkt. (...) Falsch aber ist die Konsequenz, daß das von Stoff und Wahrnehmung Unterschiedene auch gänzlich unabhängig davon sei: ein ewiges, selbstgenügsames Reich ideellen Seins. Der Wahn der Autarkie des Ideellen nährt sich von einem andern Wahn: daß das männliche Geschlecht als das eigentliche Gattungswesen im Grunde autark und das weibliche nur eine zu seiner Erhaltung dienliche Beigabe sei."(75)

Auch hier bleibt seine Kritik des idealistischen "Geistes"begriffs inkonsequent: die Voraussetzung des "Unbedingten" wird nicht in Zweifel gezogen, es wird vielmehr in den Ursprung menschlicher Geschichte verlegt. Im Verlauf seiner weitausholenden Geschichtsschreibung bildet dies den "roten Faden", bewirkt "beharrlich Struktur und Ordnung". Er schreibt damit eine "immanente Geschichte des Geistes", deren ausschließliche Fortschrittsmomente er diesem Verhältnis entnimmt. "Sexus und Geist" ist so — der Struktur nach — eine Rechtfertigung abendländischer Geistesgeschichte. Entstehung des Kapitalismus, Kritik und Ana-

lyse seines Systems wird — wenn Geschichte in dieser Weise selbst als "Totalität" konstruiert ist — "als Totalität, die sich nicht an bestimmten Produktionsverhältnissen bemißt, sondern an einem wieder Gedanklichen: dem Verhältnis von Geist und Natur" — letztlich jeder Analyse und Kritik entzogen. (Harnischmacher, 174)

Kapitalismuskritik

Völlig abstrus ist auch der Bezug, den Türcke zwischen Geist und kapitalistischer Produktionsweise herstellt. "In dieser ständigen Produktion erhöhter Produktivität wird der patriarchale Wahn einer reinen, unstofflichen energeia Wirklichkeit — und bleibt doch Wahn. Denn diese energeia untersteht selbst materiellen Bedingungen."(86) (Anm.10) Mit der Behauptung, der Geist (hier: energeia) versachliche sich — *"untersteht selbst materiellen Bedingungen"* — kommt es zu einer Verkehrung des Verhältnisses von Subjektivität und Objektivität.

Doch zunächst seien die Gedankengänge Türckes, die die Entstehung des Kapitalismus betreffen, etwas ausführlicher dargestellt: Die dem Kapitalismus vorhergehende mittelalterliche Ständegesellschaft konnte zuletzt "noch einmal die Wahrheit des Idealismus sinnenfällig machen und dem menschlichen Geist einen festen Halt in der Objektivität der Weltordnung"(83) geben. Dann folgte die Neuzeit, "der Schock, als diese Ordnung zerbricht und mit ihr der Glaube an die Autarkie der Wesenheiten".(83) Mit dem Zerbrechen der alten Ordnung wird zugleich deutlich, daß es dem männlichen Geist nicht gelungen ist, sich über das weibliche Geschlecht zu erheben. Die Reaktion des Patriarchats ist besonders brutal, weil sich mit dem Sturz der alten Ordnung auch der Sturz der Männerherrschaft ankündigt, "und die Männer zum Endkampf gegen eine universale weiblich-dämonische Bedrohung herauszufordern scheint"(84). Unter diesem Vorzeichen bewertet Türcke die Hexenverfolgung wiederum als Ergebnis von "Geistesgeschichte". Sie war nach Türcke deshalb so grausam, weil dahinter die "Agonie des Patriarchats"(85) stand und damit dessen "Selbstaushebelung"(210, Tü2).

Die Geschichte eilt jetzt zu "eine(r) entscheidende(n) Bruchstelle im Kontinuum des Geschlechterkampfs". (211, Tü2) Der Geist verbleibt nicht länger beim männlichen Geschlecht — er gerät statt dessen in die Fänge der Kapitalbewegung. Hier wird er allerdings "zu einem bloßen Mittel der Selbsterhaltung degradiert", er gerät "ganz auf die Seite eines wild wuchernden Stoffwechsels, dessen Konkrete Gestalt der Markt"(85/86) ist. Eines wird dadurch aber bewirkt: "Das Bewegungsgesetz dieser Gesellschaft, der kapitalistischen, läuft in der Tat auf die Indifferenz von Geist und Natur, von männlich und weiblich hinaus."(85)

Damit nimmt für Türcke die "Tragik der Frauenbewegung" ihren Anfang, um die es wohl auch in der Hauptsache ging, als Gremliza ihn darum bat, auf dem Frauenforum des "Konkret" Kongresses aufzutreten. "Eine entsinnlichte, entgeistigte, neutralisierte ökonomische Gesetzmäßigkeit bildet den äußersten Extrakt der Geschlechtsherrschaft, ohne selbst noch Geschlechtsherrschaft zu sein. Das foppt beide Geschlechter, vor allem aber die moderne Frauenbewegung. Wo sie ihren Kampf gegen die Männer beginnt, hat das Patriarchat — aufgehört."(212, Tü2) — "Es hat etwas von objektiv historischer Tragik, daß sie erst entstanden ist, als das Patriarchat aufhörte."(246, Tü2)

So muß der Kampf von Frauen gegen ihre Unterdrückung tragisch scheitern. Nach Türcke, der hier nur die ökonomischen und juristischen Gleichheitsforderungen der Frauenbewegung im Auge hat — als hätten diese Forderungen für linke Frauen jemals Priorität gehabt —, kämpft zuvorderst das Kapital "für die Vergleichung der Geschlechter", und zwar wesentlich effizienter als die Frauenbewegung dies jemals tun könnte. "Da stemmen sich die Frauen mit unerhörtem Mut gegen eine ganze Männerwelt — und verlangen doch nur, worauf der gewaltsame ökonomische Vergleichgültigungsprozeß, den Männer in Gang gesetzt haben, von sich aus hinausläuft: daß eben beide Geschlechter gleich gelten."(214, Tü2)

Ebenso wie Türcke im ökonomischen Vergleichungsprozeß des Kapitalismus schon den Rassismus verschwinden ließ — "das moderne Wirtschaftsgesetz wirkt rasseauflösend" — erklärt er jetzt auch den Geschlechterkampf für überflüssig und schafft sich damit zugleich das Problem vom Hals, die aus gesellschaftlichen Prozessen entstehende Frauenbewegung erklären zu müssen.

Konzept: "Geist"ige Versöhnung

Was bleibt, ist — wie schon in seinem Rassismus-Beitrag — die Konkurrenz, die nun nicht mehr "ein partikularer Kampf dieser Gruppe gegen jene, des einen Geschlechts gegen das andere, sondern ein Kampf aller gegen alle" (87) ist. Die Gleichberechtigung der Frauen realisiert sich nach Türcke vornehmlich in ihrer Teilnahme am Konkurrenzkampf, für den sie allerdings insgesamt schlechte Voraussetzungen mitbringen. Nach wie vor sitzen Männer an der Macht, allerdings ist diese Macht jetzt ein "geschlechtloser, ökonomischer Zwang", und die Männer sind bloß deren Büttel, "nicht souveräne Patriarchen".

So stehen die Frauen vor einem nur reaktionär lösbaren Paradoxon:

— die Forderung nach voller Gleichberechtigung dient zur Verschärfung des Konkurrenzkampfes;

— die Rückkehr zur Weiblichkeit wäre ein Rückfall in "blinden Stoffwechsel, blindes Vegetieren", wogegen das Patriarchat ja zu Recht aufbegehrt hat;

— will die Frauenbewegung sich aber gänzlich gegen "männliches Herrschaftswissen" stellen, verstößt sie gegen die Gesetze der Logik, denn die waren ja — wenn auch von Männern aufgestellt — geschlechtsneutral bzw. -übergreifend;

Und alles zusammen verkennt — so Türcke —, daß die Männer ja auch nur Opfer sind.

Recht blaß nimmt sich dagegen aus, was der Meister den nun "vergleichten Geschlechtern" — vergesellschaftet bis über beide Ohren — zu empfehlen hat: Nachdem er den Geschlechterkampf (wie den Rassismus) zunächst biologisch aus Naturkonstanten abgeleitet hat, um ihn dann im Kapitalismus verschwinden zu lassen — und entsprechend den antirassistischen und antipatriarchalen Kampf für obsolet erklärt —, gilt es, den gemeinsamen Feind zu erkennen, dem letztlich alle unisono unterliegen: die Totalität des Marktes, die alle zu Charaktermasken degradiert. "Erst mit der Brechung des ökonomischen Zwangs, der die Geschlechter gewaltsam nivelliert, könnte sich ihre zwanglose Differenz einstellen. Männer und Frauen haben denselben geschlechtlosen Feind, der sie gegeneinander ausspielt. Sich gemeinsam gegen ihn zu formieren, ist eine theoretische wie praktische Aufgabe".(89)

Er rät den Geschlechtern zu gegenseitiger Unterstützung. Aktiv sollen vor allem die Männer werden: sie sollen Frauen "aus ihrer paradoxen Situation" heraus helfen, "es ist auch in ihrem Interesse".(248, Tü2) Die Lösung aber kann nur im Dritten liegen, das wieder "Geist" heißt: "Der Geist, die Instanz, die alle Klassen- und Männerherrschaft etabliert hat, ist auch die einzige, die sie aufzuheben vermag. Zwischen den Geschlechtern ist er das Dritte, worin einzig ihre zwanglose Verständigung gelingen könnte." (82/83)

Abgesehen davon, daß hier sämtliche von Türcke sonst so beschworene Logik zusammenbricht — wie kann der Geist, wenn er alle Klassen- und Männerherrschaft etabliert hat, plötzlich unabhängig davon "das Dritte" sein? —, ist das Ziel letztlich nicht die Revolution der Verhältnisse, sondern die Revolution des Bewußt-

seins — also ein rein subjektives Unterfangen: Es gilt, den Geist aus den Fängen der Geschlechtlichkeit zu befreien, um Frau und Mann miteinander "zu versöhnen".

Noch ein linker Diskurs?

Was ist an Türckes Ideenwelt so attraktiv, daß es einen wesentlichen Teil der Linken dazu bewegen konnte, sich so vehement vor Türcke zu stellen? Die Attraktion scheint eher im zweiten Teil zu liegen, in der Kapitalismusanalyse. Die Ableitung von Rasse und Geschlecht aus biologischen Konstanten wurde von den Türcke-Verteidigern immerhin wiederholt "als eher schwach" bezeichnet.

Dies hinderte aber z.B. weder Manfred Dahlmann (in "Konkret" 9/93) noch Clemens Nachtmann (in "Konkret" 10/93) daran, sich schützend auch vor diese Aussagen zu stellen und ihrerseits Rasse bzw. Hautfarbe als "ganz banale und bedeutungslose" Naturgegebenheit zu bezeichnen. Das Argument: "Rasse" — und so könnte ergänzt werden: Frausein — werde bei Türcke nicht mit "Minderwertigkeit" verknüpft. Dies stimmt aber nur auf einer sehr vordergründigen Ebene — Türcke bietet in seinem Text indes untergründig zahlreiche Assoziationen an, die rassistische und sexistische Vorurteile bedienen. Diese Ebene ist diejenige, die politisch greift. Auch die neue Rechte spricht heute nicht in jedem Fall explizit von Höher- und Minderwertigkeit, stellt aber dementsprechende Gedankengänge und Schlußfolgerungen dennoch in den Mittelpunkt ihres Denkens.

"Rasse" und "Geschlecht" existieren in unserer Gesellschaft nur als soziale Konstrukte von Herrschaft. Hinter diese Erkenntnis fällt die Linke zurück, wenn sie sich auf eine Art Debatte einläßt, mit der die Zeitschrift "Konkret" die Türcke-Kontroverse eingeleitet hat: mit der Frage nach einem "biologischen Substrat, das es gestatte, Menschenrassen in nichtdiskriminierender Absicht zu unterscheiden". Es besteht kein Grund, neben sozialer und kultureller auch biologische Differenz zum Ausgangspunkt des Nachdenkens über Rassismus zu nehmen — es besteht allerdings die Gefahr, hier einen Übergang zu rechten und neokonservativen Diskursen zu schaffen. Auch jeder Diskurs über "Sexismus" muß von dem entschiedenen Anspruch geprägt sein, biologistische Zuschreibungen von "Frausein" zurückzuweisen.

War Kapitalismus nach Marx *auch* ein Herrschaftsverhältnis, so ist es für Türcke allein "leere unstoffliche Bewegung ohne Substanz", subjektlos, ausschließlich blinder Eigengesetzlichkeit ökonomischer Prozesse unterworfen, die in Bezug auf Besitzende und Besitzlose gleich wirken. Untaten von Subjekten werden zu bloßen Folgen objektiver Verläufe — Opfer und Täter werden in eins gesetzt. So wie die Männer nur Büttel des Kapitals sind, teilen sich die Nazi-Schläger mit den Fremden "das Dasein an den Rändern des Marktes". Die Rede von der Notwendigkeit dieser Abläufe wirkt, wenn auch nicht explizit so formuliert, letztlich doch als Rechtfertigung der Täter. Die andere Seite, die der Vorteile, Privilegien, Ausgrenzung, der Herrschaft von Menschen über Menschen hat in diesem Bild keinen Platz.

Nur eine Sichtweise, die in der Kritik des bestehenden Systems gleichzeitig die Kritik an Herrschaftsverhältnissen mitdenkt, kann zwischen Opfern und — wie manipuliert auch immer — Tätern unterscheiden. Rassismus und Frauenunterdrückung folgen einer Ideologie, die sich in der gesellschaftlichen Hierarchie widerspiegelt, beide sind Herrschaftsformen. Klassengesellschaft beinhaltet Rassismus und Frauenunterdrückung und innerhalb der Klassen wird noch einmal unterdrückt, werden wieder Vorteile gezogen.

Türcke betreibt eine Nivellierung relevanter Widersprüche, alle Erscheinungen werden auf eine monokausale Erklärung reduziert. Das allseits aus konkurrierend sich vergleichenden Markt-Repräsentanten bestehende System kann nur noch von (wenigen) Denkern — hier spiegelt sich der Autor selbst —begriffen werden, jeder Ansatz von verändernder Politik und Kritik wird als bloß moralisch und widersinnig denunziert. Solcherart Legitimations-Theorie als geschlossenes Weltbild und die Abneigung gegen jede Form von Praxis sind es wohl auch, die die ausschließlich noch intellektuell agieren wollenden Linken an Türcke so imponiert haben.

Für linke Debatte und Auseinandersetzung ist dies ebenso unbrauchbar, wie es weiland der Ansatz der orthodox-marxistischen Sozialdemokratie war, die deterministisch die Unvermeidlichkeit von kapitalistischem Zusammenbruch und Revolution aus der Entwicklung der Produktivkräfte ableiten zu können glaubte. Bei Türcke sind es nicht die Produktivkräfte, sondern — wie es sich für einen hegelianischen Idealisten gehört — die Erhebung des Geistes über die Natur, es ist der "Geist", der letztlich "Versöhnung" schafft. Beide Konzepte erlassen ihren Exponenten, was gerade linke Aufgabenstellung sein müßte: Ansätze zur Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaft aus dieser Gesellschaft heraus zu entwickeln — auch gegen vermeintlich unentrinnbare Wertgesetze.

Gabriele Becker

Anmerkungen:

1) Ausführlich hierzu: Marianne von Ilten in: Hamburger Frauenzeitung Nr. 38, Sept.-Dez. 1993

2) Es gibt zwei Texte von Türcke zum Thema mit gleichem Titel. Zuerst erschien eine ausführlichere Darstellung in Buchform: Chr. Türcke, Sexus und Geist, Frankfurt am Main 1991 (im Text zitiert als (Seitenzahl, Tü2)

Dann veröffentlichte Türcke den Aufsatz "Sexus und Geist" in: Chr. Türcke, Gewalt und Tabu, zu Klampen Verlag 1992 (im Text nur mit Seitenzahl zitiert)

3) Die Durchsetzung von Türckes Sprache mit phallischen Bildern wie "hinausragen", "sich erheben" (gemeint ist der Geist) scheint nicht zufällig zu sein. Eine Sprachkritik, die hier nicht geleistet werden kann, wäre kein polemisches Aperçu. In solcher Wortwahl spiegelt sich, daß Türckes Text geistige Fähigkeiten auch dem Inhalt nach dem Mann zuschreibt. Frauen dagegen werden stets als "Repräsentierende" — als Zeichen für etwas anderes — dargestellt.

4) Der Aufsatz von Iris Harnischmacher "Bis in die Gipfel des Geistes hinauf" in: I. Bindseil, M. Noll, Frauen 3, Freiburg 1993, führt eine sehr umfassende philosophische Kritik an Türckes "Sexus und Geist". Der Text war auch Denkanstoß für die Abfassung dieses Beitrags. Er umfaßt u.a. auch eine Kritik an Türckes Arbeitsbegriff, sowie einen Exkurs zur Kategorie des Kritischen Verhaltens.

5) Dagegen benannte Marx z.B. in der "Deutschen Ideologie", gegen die Bewußtseinsphilosophen gewandt, drei Voraussetzungen, mit denen die "Wissenschaft von der Geschichte" zu beginnen habe: mit der Existenz menschlicher Individuen, mit deren Tätigkeit und mit den materiellen Lebensbedingungen dieser Individuen.

6) Das "andere Gesicht der Mütterlichkeit" bezeichnet also nach Türcke bereits im frühen Matriarchat die Schrecken der Natur.

Anstatt die Aufspaltung der Frau in Hure und Mutter als gesellschaftliche zu kritisieren, führt Türcke beide Frauentypen: die Mütterlichkeit und das Unmütterliche selbst auf die Natur zurück.

7) In dem er die Metapher "Hypothek" benutzt, weist er ausdrücklich auf eine Doppelbewertung hin: einerseits die Belastung andererseits die durch die Hypothek zur Verfügung stehenden neuen Möglichkeiten.(70)

8) Um die Frau dennoch beherrschen zu können, produziert das Patriarchat die Aufspaltung der Frau in zwei "Grundtypen": die dem Mann gefügig unterworfene und die unzüchtig widerspenstige Frau. Es geht hier also um die sattsam bekannte gesellschaftliche Aufspaltung der Frau in Hure und Madonna.

9) Die Kritik an Türckes unzureichender Idealismuskritik stützt sich weitgehend auf I. Harnischmacher, s. Anm.5.

10) Türcke greift hier auf die idealistische Philosophie des Aristoteles zurück, der versuchte, die Idee als das "Innere der Sinnendinge" zu fassen, als "die sie konstituierende Form", was nur möglich war, wenn ihnen selbst erzeugende Kraft: "energeia"(vergl. 77) zugeschrieben wurde.

Nein zum Rasse- und Eugenik-Diskurs

Thesen zur Kritik der Kritik an Christoph Türcke

"Also, meine Familie hat ein Gut in Georgia. Ich fahre gern dort runter."
"Was machen Sie denn da so, dort unten?"
"Ach, wissen Sie, zum Zahnarzt gehen, die Arbeit auf der Plantage überwachen, Sklavenficken."
Okay, dachte Doc, das ist meine Chance. Ich habe hier ein Paradebeispiel aus der Unterdrückerklasse direkt vor meiner Nase, in meinem Wohn-/Behandlunsgzimmer. Jemand, der nicht die geringste Ahnung hat, wie andere Leute leben, der die Welt ausschließlich aus seiner eigenen Erfahrung definiert, ein schmarotzender Nörgler. Ich muß jedes Körnchen meiner analytischen Fähigkeiten nutzen und einen Weg finden, Cro-Mag zu erklären, warum das keine akzeptable Denkweise ist. Ich muß ihm erklären, warum dieses Denken das Produkt und gleichzeitig der Prototyp einer sehr kranken Lebensweise ist. Wenn ich mich genügend anstrenge und logisch genug bin und klar genug bin, werde ich es schaffen, all die Leute zu retten, die mit diesem Widerling in Berührung kommen müssen.
"Sie rassistischer Blutsauger," sagte Doc. "Was ist mit Ihnen los, Doc, verstehen Sie keinen Spaß?"
(Sarah Schulman: Einfühlung, erschienen als Ariadne-Roman im Argumentverlag)

Als eine ideologische Streiterei kommt vielen die sogenannte Türcke-Debatte vor: es geht um viel mehr. Auch die Kritik an Türcke läßt sich auf die Frage nach dem nichtdiskriminierenden Rasse-Substrat ein, indem sie die Frage nicht zurückweist, weil das nicht "wissenschaftlich" wäre. Wissenschaftlichkeit heißt also, sich einzulassen auf diesen Diskurs, in dem eigentlich nur eines getan wird: jede noch übriggebliebene Vorstellung von menschlicher Emanzipation und gesellschaftlicher Veränderung zugunsten eines Metropolenprivilegs aufzugeben.

Die folgenden Thesen setzen sich mit dem vorherrschenden Biologismus-Diskurs und seiner Nichtrezeption auseinander. Das zu tun scheint nicht nur notwendig vor dem Hintergrund einer wirklich infamen ideologischen Auseinandersetzung, sondern auch, weil der reale Biologismus, qua Eugenik und Euthanasie, Staatsbürgerschaft und Pogrom, Gentechnologie und Ausbeutung des Trikonts, Fakten schafft. Denen laufen Türcke und seine KritikerInnen hinterher.

1. Spiegel macht das Schwulen-Gen und "konkret" gibt Entwarnung.

Ziemlich schnell nach dem "konkret"-Kongreß titelt der Spiegel mit dem Schwulen-Gen. In dem Artikel werden Schwule zitiert, die unheimlich froh sind, daß das Gen gefunden wurde, weil es jetzt keine Angelegenheit der Wahl mehr ist, sondern Mamma. Es gibt in San Francisco schon T-Shirts mit: "Thank you Mummy for your Genes!"

Während des Marsches der Lesben und Schwulen auf Washington — wo es nicht nur darum ging, daß Schwule als Schwule und Lesben als Lesben in die Army dürfen sollen — protestiert eine Gruppe von ehemaligen Schwulen und Lesben, die Dank christlicher Eingebung geheilt wurden. Ihr Motto: "It is a matter of choice!" Da halten ihnen welche vor: Gar nicht! It is a matter of Genes. Selbst von denen, die potentiell großen Schaden nehmen könnten von dieser angeblichen Entdeckung — von den meisten solcher Entdeckungen mußten die ForscherInnen hinterher Abstand nehmen, weil das Gen eben doch nicht bei allen auftaucht, die den unterstellten Defekt haben — sind viele froh, weil nicht nur ihr Schwulsein biologisch ist, sondern damit auch die Unterdrückung als zweite Natur annehmbar erscheint.

Daß das in Zeiten von Aids überhaupt nichts mit gesellschaftlicher und politischer Emanzipation zu tun hat, liegt zwar auf der Hand, aber egal: Hauptsache, die Dinge und Verhältnisse müssen nicht aus sich heraus erklärt werden.

"Konkret" veröffentlicht einen Artikel, der beschwichtigt: Nicht die Forschung selbst wird in Frage gestellt, sondern es werden — unabhängig von Ursachenforschung (in dem Zusammenhang auch schon ein scharfer Begriff!) — Menschenrechte eingefordert. Das ist nicht falsch, aber die Verkennung gesellschaftlicher Tatsachen und Prozesse und der ihnen zugrundeliegenden Strukturen, führt in diesem Fall zu einer völlig bewußtlosen, gefährlichen Debatte, die nicht benennt, daß es eben nicht nur um Schwule geht, sondern um Abweichung *an sich* (was immer die Grenzen der Verwertbarkeit — in der Produktionssphäre ebenso, wie in der der Reproduktion — meint). Das Normalisierungsdebakel der Homosexuellen-Ehe landet da — in einem Biologisierungsdiskurs, in dem die Frage dann die nach dem Überleben und nicht die nach Menschenrechten ist.

2. Türcke widerspricht niemandem und "konkret" spricht von Kontroverse.

"Natürlich muß es möglich sein, darüber nachzudenken, wie sich bestimmte materielle Bedingungen des menschlichen Stoffwechsels mit der Natur auf die gesellschaftliche Organisation von Gruppen, auf die physischen und psychischen Möglichkeiten der Individuen ausgewirkt haben. Dies ist nicht per se rassistisch." (Bettina Hoeltje)

"Der Sündenfall der naturwissenschaftlichen Anthropologie lag nicht erst (...) in der Wertung von Rassen, sondern in ihrer Konstruktion." (Heiner Möller)

Diese beiden Zitate demonstrieren nur, daß sich ihre Verfasserin und ihr Verfasser nicht grundsätzlich mit der Funktion solcher Untersuchungen beschäftigt haben und auch nicht damit, daß es der Blick des Kolonisierenden ist, der *jede Untersuchung in diesem Bereich bestimmt, ob sie nun den "Stoffwechsel" (1) zum Thema hat oder etwas anderes. Anthropologie ist die Wissenschaft der Kolonisatoren, ist mit dieser Funktion entwickelt und hat nie einen Sündenfall gekannt.* Genausowenig wie es im Bereich der Gesellschaftswissenschaften, und wahrscheinlich der Wissenschaften überhaupt, etwas wertfreies gibt, also nichts, was nicht schon *per se* - unabhängig von der Intention der Untersuchenden - für die falschen Intentionen verwertbar ist. Aber auch diese Diskussion wird seit Jahren geführt: Offensichtlich wird sie nicht einmal von denen wahrgenommen, die jetzt meinen, sich dazu äußern zu müssen.

3. Kritik an Türcke verwahrt sich vor sich selbst.

In der Kontroverse wird von den meisten gesagt: Aber Rassismus gibt es doch als Ideologie. Antisemitismus, auch eine Ideologie. Sexismus, auch eine.

Wogegen sich Türcke verwahrt ist etwas anderes: er verwahrt sich gegen schwarze intellektuelle Frauen und Männer. Wenn er von der Inflation des Rassismus spricht, und sagt: Frauenunterdrückung kann doch nicht Rassismus als Ideologie sein — dann bezieht er sich, (und das ist auch rassistisch:) ohne sich offen auf sie zu beziehen, auf eine Diskussion, in der — knapp formuliert — die These diskutiert wird: *Rassismus ist eine zentrale Unterdrückungsstruktur und er läßt sich auf bestimmte Strukturen von Ausgrenzung reduzieren, die auch bei anderen, sexistischen und kapitalistischen Unterdrückungs-und Ausbeutungsstrukturen so oder ähnlich auftauchen. Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Kapitalismus beschreiben unterschiedliche Formen von realer Herrschaft und nicht ausschließlich von Ideologie.* (2)

Wo Türcke davon spricht, daß die Rasse egal sei, wenn sich damit Wohlstand verbinde, ist das eine Umkehrung dieser Diskussion. Die Negation des Rassebegriffs findet nicht in einer Negation des Antirassismus statt, sondern schlicht in der Einsicht, daß die soziale Konstruktion von Rasse Voraussetzung für die kapitalistische Vernutzung und Verwertung ist, genau wie die soziale Konstruktion der Geschlechter — ebenso wie kapitalistische Verwertungskriterien den modernen Rassismus als biologischen erst geschaffen haben. Und zwar mit der Funktion, die VerliererInnen der freien Konkurrenz von vornherein feststehen zu haben: Das Problem des Jeder gegen Jeden ist ein zumeist weißes, nichtbehindertes, männliches usw. — für die anderen stellt sich die Frage nur in der Definition durch die Erstgenannten.

4. taz wirbt für Singer und findet nichts dabei (Adorno lesen lernen).

In der taz erscheint eine Anzeige für das von Rowohlt nicht veröffentlichte Buch von Peter Singer und Helga Kuhse "Muß dieses Baby am Leben bleiben?", dazu ein Zitat von Klaus Staeck, in dem er sagt, niemand dürfe zu Siechtum gezwungen werden. Elke Schmitter, Chefredakteurin, schreibt eine Stellungnahme, weil die taz eine Seite LeserInnenbriefe veröffentlicht. Darin zitiert sie Adorno, als Begründung dafür, sich mit Singer auseinanderzusetzen: *"Es sind, heißt es bei Adorno, 'die Tabus, die den geistigen Rang eines Menschen ausmachen'."* Und eben um zu demonstrieren, daß der geistige Rang von Elke Schmitter und der taz im Adornoschen Sinne nicht allzu hoch ist, behält man sich eine Auseinandersetzung vor.

Tabus: notwendig erscheint, die existierenden gesellschaftlichen Tabuisierungen auf ihren Nutzen hin zu überprüfen. Das Tabu als sich verändernde aber gesellschaftskonstituierende Notwendigkeit — gefaßt in der bürgerlichen Doppelmoral — wird hier funktionalisiert, um den Morddiskurs Singerscher Ethik in eine Auseinandersetzung miteinzuführen, in der es scheint, als sei selbst das Barbarische am Kapitalismus zuviel an Zivilisation für die GesellschaftswissenschaftlerInnen, die den Diskurs um alles und jedes für legitimierbar halten. Außer der Diskussion um ihr Gehalt.

Als hysterisch wird jede Reaktion gewertet, die diese Art der Diskussion ablehnt. Das ist immer solange so, bis der Spieß sich umdreht: Dann wird auch Elke Schmitter von nichts gewußt haben.

In der taz erscheint — als erster Zeitung, um die Tabubruch-Funktion beizubehalten — eine differenzierte Rezension zu Singer/Kuhses Buch. Von einem Philosophen aus Erlangen wird gefordert, sich doch endlich rational mit Singers Thesen auseinanderzusetzen.

Konkret bedeutet das zum Beispiel folgendes: Obwohl sich die bevölkerungspolitischen Aufgaben der humangenetischen Beratungsstellen und der Pränataldiagnostik seit ihrem Bestehen nicht verändert haben, wird die frühere Forderung nach ihrer Abschaffung inzwischen ersetzt durch das Ansinnen, die Selektionsberatung von KrüppelInnen selbst durchführen zu lassen. Diese als human und fortschrittlich bezeichnete Herangehensweise ist in Wirklichkeit infam, denn sie macht nichts anderes, als die KrüppelInnen ihre eigene Ausrottung betreiben zu lassen. Das ist wahrlich die perfekte Lösung, um sich selbst in keinster Weise die Finger schmutzig machen zu müssen. Vergleichbare Modelle gibt es auch für andere bevölkerungspolitische Projekte in den Trikontländern.

Aber nicht diese Wirklichkeit in ihrer ganzen frauen-und krüppelverachtenden Dimension ist das Thema einer Kontroverse — die selbstverständlich geführt werden müßte über die *praktischen Konsequenzen einer Politik dagegen* — sondern die Argumente von Singer. Das hat selbstverständlich mit materialistischer Argumentation gar nichts zu tun, also mit der Frage: Wem nützt was und warum, sondern ist positivistisch bis in Blut und Boden. In der Singer-Diskussion der letzten Jahre ist sehr deutlich geworden, wie es wirkt, wenn eine "Linke" nicht viel mehr als die Bezeichnung hat und ihr alle Kriterien für die Erkenntnis gesellschaftlicher Wirklichkeit abgehen, in der sie sich einrichtet.

5. Lachhhaft: "Argument" deeskaliert, Haug in der zivilen Gesellschaft.

"Argument"-Ausgabe 200 — ersparen wir uns die Tips von Oskar Negt und W.F. Haug zum Thema Antifaschismus (Haug: *'Wenn wir heute wieder rufen würden: 'Kapitalismus führt zum Faschismus, Kapitalismus muß weg', dann würde das doch wohl der Möglichkeit eines Antifaschismus den Boden wegziehen."* S. 549) — wenden wir uns Haugs Kongreßbericht zu: Haug findet Türckes Referat verdienstvoll, aber unklug. Er verweist auf seine eigene Arbeit: "Dialektik des Antirassismus" — was ja schon fragwürdig genug ist — und er schreibt von der *"Evidenz von 'Rasse'"*, deren Leugnung Türcke provozieren wollte. Haug — und das "Argument" — druckt seit langem schon derartige Einschätzungen ab, z.B. auch für den zivilgesellschaftlichen Diskurs der Behindertenvernichtung, in denen ständig die Kritik an solchem Vorgehen bürgerlich spöttelnd (und ein wenig eugenisch und rassistisch und sexistisch) ebenfalls als nichternstzunehmend denunziert wird.

Was an Türcke offenbar wird — wie gering die Abgrenzungslinien zwischen Neuer Rechten und Neuer Linken sind, wie hoch also die Bereitschaft ist, "Rassifizierung" gesellschaftlicher Konflikte voranzutreiben, in dem ums eigene Privileg Willen die konkreten gesellschaftlichen Ausgrenzungs und beginnenden Vernichtungsprozesse schlicht geleugnet werden — ist eben nicht erst seit gestern so: Es wird nur erst im backlash wahrgenommen.

6. Gewarnt wird vor: Widerstand!

Die Kritik wird als psychopathische Reaktion denunziert, die vornehmliche Kritik der heimlichen Übereinstimmung an dieser Form des Rasse- und Eugenik-Diskurses kommt als radikal abgedruckt in "konkret". Gewarnt wird von Haug im Argument vor Gewalt, gewarnt wird in "konkret" vor Intellektuellenfeindlichkeit, gewarnt wird in den Bahamas vor Diskursverweigerung. Was gemeint ist: gewarnt wird vor — Widerstand! Kompromißlos agierendem Widerstand. Von Krüppel-Frauen, Feministinnen, Juden, Menschen aus anderen Ländern, Lesben und Schwulen und anderen wird dies natürlich erwartet. Solange es jedoch die kommentierende Haltung des oder der Beobachtenden

bleibt, bleibt der Widerstand anderer vielleicht zum Gruseln schön oder Folklore.

Allgemeiner gesprochen hat die linke Kritik an Türckes Thesen allerhand von den Lichterketten nach Mölln. Die brennenden Fackeln der Erweckung sind ähnlich affirmativ und die Folgen ähnlich bedrohend harmlos. Nichts anderes hat Türcke gemacht als zu sagen: Ich will Metropolenbürger bleiben! Einzig verhindern könnte sein Ziel, daß der Metropole ein Ende gemacht wird: in ihrer kapitalistischen, paternalistischen, sexistischen und rassistischen Existenzweise, die sie international zu dem macht, was sie ist: das Getto derer, die andere gettoisieren müssen, um als Minderheit zumindest eine Zeitlang länger als die anderen zu überleben. Es könnte zwar dadurch nicht passieren, daß er Hunger leidet oder gar Fanon liest — welches die größere Katastrophe wäre, bleibt Herrn Türcke selbst überlassen — aber immerhin: Definitionsmacht könnte ihm abgehen.

Die argumentative Falle von "konkret", jeder Frau und jedem Mann Intellektuellenfeindlichkeit zu unterstellen, ist ein Ausdruck der Angst vor Autoritätsverlust. Das ist die Annahme, daß zum Beispiel jemand wie Herr Nachtmann oder Herr Türcke nicht ernstgenommen würde, weil sie keine Rolle mehr spielten.

Das ist Angst ums eigne Privileg. Davon hat Türcke genug zu verlieren, nicht nur materiell.

7. Nicht die Verweigerung des Diskurses ist Thema der Kritik.

Allein, Türcke vorzuwerfen, die Begriffe, die er benutzt, seien belastet und nicht aus ihrem Kontext herauszulösen — ja, was denn, hätte er andere Begriffe? Würde er statt Rasse Kultur gesagt haben — was dann? Würde es immer noch ignoriert, wie seit Jahren die Auseinandersetzung um eugenischen Rassismus?

Wie sieht es denn aus, wenn z.B. Singer, von vielen ankanntester internationaler Wissenschaftler, Kriterien für die Tötung behinderter und alter Menschen aufstellt? Er bezeichnet die so Selektierten als "human vegetable", als menschliches Gemüse. Diese als "Präferenz-Utilitarismus" bezeichnete Philosophie will per akademischem Diskurs das Tötungstabu aufheben und das Lebensrecht von Menschen zur Disposition stellen.

Oder wenn Türcke einen Diskurs darüber führen will, daß es korrekt sei, die Begriffe "Rasse" und "Zuchtwahl" auf Menschen anzuwenden, und darüber, daß "die Natur ihre Huld ungleichmäßig über den Erdball — und somit über Menschen mit schwarzer, gelber oder weißer Hautfarbe — verteilt hat"?

Dann ist sich kaum jemand zu schade, zugunsten der eigenen Profilierung mitzumischen. Nicht die Einordnung in den gesellschaftlichen Kontext, die Zielsetzung und Folgen dieser Diskurse bestimmen die Auseinandersetzung, sondern selbstdarstellerische Mängelrügen der vermeintlichen KritikerInnen. Kritik, die sich innerhalb der Logik dieser Diskurse bewegt, legitimiert mehr oder minder feinsinnig die rassistische, sexistische und eugenische Weltsicht. Und dabei geht es nicht um die Reinheit von Lehren, wie gern unterstellt wird, sondern darum, daß diese Weltsicht sehr konkrete lebensbedrohliche Folgen für etwa drei Viertel der Menschheit hat und nicht einfach ein Diskurs zwischen Stammtisch und Hochschule ist. Die konkreten Folgen solcher Diskurse sind Akzeptanzstrategien für z.B. die Gentechnologie und eben auch für die Legitimation von allen möglichen Formen von Herrschaft.

Das Problem also heißt nicht Christoph Türcke, sondern z.B. Günter Jakob, wenn er, nachdem Türcke sein Referat gehalten hat, sagt, er hätte es vorher gekannt, aber sich mit ihm auf ein Podium setzt und dann, gerade *weil er ihn als Rassisten denunziert und gleichzeitig als Diskutant mit dabei ist*, den Raum verschafft, den Türcke braucht, um seine Inhalte als Teil einer pluralen linken Debatte zu verkaufen. Die einen solchen Diskurs verweigern, werden hingegen als unwissenschaftlich, undemokratisch und unrealistisch diffamiert. Das ist nichts anderes, als die Utopie eines würdigen Lebens in Freiheit für alle Menschen aufzugeben — jede emanzipatorische Vorstellung.

Allein scheint doch Gegenstand der Auseinandersetzung zu sein, welche Rolle der abendländische Intellektuelle will und welche er zugestanden bekommt — eine Auseinandersetzung, von der sich die Opfer der "Inflation des Rassismusbegriffs" nicht einmal einen Grabstein kaufen können. So ist es nicht mehr verwunderlich, wenn faschistische Vorstellungen nur dann als solche erkannt werden, wenn das entsprechende outfit — Fahnen, Frisur, Klamotten oder Mordanschläge — keine andere Deutung zuläßt. Nicht ein *ideologisches* Problem ist die Inflation der Intellektuellen, die die Inflation des Rassismusbegriffs diskutiert haben wollen: Die praktische Frage ist die nach der Neuordnung der spätkapitalistischen Gesellschaft nach biologistischen Kriterien, welche objektiv die Rassismen inflationiert. Die Zeit, in der sich Linke, egal ob sie ProfessorInnen oder ArbeiterInnen waren, schlicht auf eine Klassenposition bezogen haben, sind offensichtlich vorbei. Die Einsicht darin, daß das *bloße Benutzen marxistischer Kriterien* mit dem Verlust des Klassenstandpunktes, obsolet geworden ist, keine emanzipative Kraft mehr ist, gar reaktionär wird, gehört zu dieser Neuordnung.

Am allermeisten jedoch ist Respektlosigkeit vor solchen wie Türcke gefragt. Dies ist kein Plädoyer für Intellektuellenfeindlichkeit, die Kriterien — darauf bestehen wir — sind jedoch nach wie vor: Wem nützt er oder sie? Weil Wissen Macht ist und reproduziert, müssen wir die Kriterien wiederentdecken und neu finden, die emanzipativen Interessen nutzen.

8. Jede und jeder müßte es sagen können.

Genauso falsch, wie es ist, diese Auseinandersetzung zu dramatisieren und damit so zu tun, als ob sie total neu wäre (was auch eine Masche ist), ist es auch falsch, sie als "intellektuelle Debatte" zu qualifizieren und dadurch zur Sache von wenigen zu machen.

Gleichzeitig müßten Theoriefeindlichkeit überwunden und Kriterien aufgestellt werden. Viele Ängste müssen überwunden werden, irgendwelchen Ansprüchen nicht zu genügen, also auch die Angst, sich mit Philosophie auseinanderzusetzen, weil das alles zu "abstrakt" wäre. Die Einsicht in die konkreten Folgen und die Beschäftigung mit den Ansätzen, die es gibt, müßten jede und jeden befähigen zu sagen: *"Das ist Biologismus, das ist Eugenik, das ist Rassismus, das ist Antisemitismus, das ist Sexismus."* (Ingrid Strobl zu Türcke auf dem Kongreß)

Hannelore Witkofski, Tjark Kunstreich

Anmerkungen:

(1) Interessant wäre hier eine Untersuchung der Verwendung des Begriffs "Stoffwechsel". Türcke und Hoeltje scheinen ihn sehr ähnlich zu benutzen, in einem naturhaften und biologischen Sinne. Marx jedoch läßt auch andere Deutungsweisen zu; etwa wenn er die gesellschaftliche Verfaßtheit des Menschen zu seiner Natur erklärt und damit auch die im 19. Jahrhundert diskutierte Naturdeterminiertheit des Menschen angreift.

(2) Es geht uns nicht um Triple Oppression-Modelle, die wir natürlich für diskutierbar halten; allerdings wird in ihnen eine ähnliche Naturhaftigkeit gesellschaftlicher Unterdrückung behauptet und — da liegt das Hauptproblem — es wird gleich noch das am meisten unterdrückte Objekt zum Subjekt der Veränderung erklärt, wofür wir weder objektiv noch subjektiv Anhaltspunkte erkennen können. Das ändert allerdings nichts an der Realität von Triple Oppression oder Mehrfachunterdrückung an sich. Es ist wie in allem anderen auch eine "Frage des Blicks" (Sartre), also der Sichtweise auf Unterdrückung und Ausbeutung und von wem definiert wird, ob sie real ist oder nicht.

Zur Diskussion um Rassismus und Antirassismus

Praktischer Anlaß der neueren Rassismus-Diskussion unter bundesdeutschen Linken war nicht die sogenannte "Wiedervereinigung", sondern ein früheres Ereignis: der Einzug der "Republikaner" ins Berliner Abgeordnetenhaus im Januar 1989 — und zwar in mehrfacher Hinsicht.

Wenngleich an der Spitze dieser Partei ein ehemaliges Mitglied der Waffen-SS stand und steht, so stammten und stammen doch Mitglieder- und Wählerschaft dieser Partei gerade nicht aus jener Generation. Es ist deshalb unmöglich, das Fortbestehen von Faschismus, Rassismus und Deutschnationalismus unter den Bedingungen der postfaschistischen Demokratie auf das Problem eines mächtigen Häufleins der "Unbelehrbaren" und "Ewiggestrigen" zu reduzieren. Der massenhafte Zuspruch für die "Republikaner" und das dem zugrundeliegende Bewußtsein muß also aus den aktuellen Verhältnissen erklärt werden, muß mithin andere Gründe haben als solche, wie sie im traditionellen Antifaschismus benannt werden. Fragt sich nur, welche.

Zur Beantwortung dieser Frage trat, als die erste Aufregung verflogen war, auf den Diskussions-, Feuilleton- und Wochenendseiten der bundesdeutschen Presse die versammelte Crew deutscher Sozialwissenschaftler an. Als deren Wortführer und zugleich integraler Repräsentant profilierte sich schon ziemlich bald jener heutzutage sattsam bekannte Heitmeyer, der in bewegten Worten die "Rep"-Wähler und -Mitglieder als von "Entfremdungsängsten" gebeutelte und von sozialer "Deklassierung" betroffene "Modernisierungsverlierer" schilderte. Es ist allzu offensichtlich, daß diese Erklärung im ganzen gesehen eine Legitimation für bessere Sozialpolitik darstellt, offensichtlich auch, daß die sozialen Verhältnisse hier als Entschuldung für Unentschuldbares eingesetzt wurden. Davon galt — und gilt — es sich abzugrenzen.

Auf den Fundus der marxistischen "Klassiker" zum Thema Faschismus und Rassismus mochte aber keiner (zurecht) mehr zurückgreifen. Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus sind in den orthodox-marxistischen Theorien fast ausschließlich funktional bestimmt, als Unterdrückungsinstrument und Ideologie der herrschenden Klasse, dazu bestimmt, die Beherrschten vom Eigentlichen, dem Klassenkampf, abzulenken. Abgesehen davon, daß von Klassenkampf, von dem abgelenkt werden könnte, keine Rede sein kann; daß zu einem, der ablenkt, stets einer gehört, der das auch mit sich geschehen läßt — war und ist eine solche These ihrerseits bestens dazu geeignet, davon abzulenken, daß Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus eben keine zu vernachlässigenden Nebensächlichkeiten darstellten.

Nun existiert zwar bis heute unter den noch verbliebenen radikalen Linken keine auch nur halbwegs vereinheitlichte Bestimmung dessen, was Rassismus eigentlich ist, und ebensowenig ist man sich sicher, worauf das Manifestwerden desselben, verstärkt nach der "Wiedervereinigung", zurückzuführen ist — über eines aber besteht Konsens: daß Rassismus nicht aus dem "Widerspruch von Kapital und Lohnarbeit" abgeleitet werden kann, sei es, daß er als Ablenkungsmanöver der Herrschenden, sei es, daß er als "fehlgeleiteter Antikapitalismus" bestimmt würde.

Kein Zweifel, daß diese schroffe Wendung gegen "ökonomistische" Erklärungsversuche für Rassismus zunächst als ein Schritt nach vorn erscheinen konnte. Mittlerweile jedoch ist das, was als die unerläßliche Bedingung einer materialistischen Bestimmung von Rassismus etc. hätte gelten können, der "Anti-Ökonomismus", zu einer billigen Ausgrenzungsfloskel geworden, die stets dann in Anschlag gebracht wird, wenn versucht wird, Rassismus im Rahmen der kapitalistischen, staatlich verfaßten Produktions- und Verkehrsverhältnisse oder aus diesen heraus zu erklären. Das spezifisch "ökonomistische" am orthodoxen Marxismus liegt ja nicht darin, daß in ihm Rassismus und Antisemitismus als Effekt der kapitalistischen Ökonomie hingestellt wird, sondern daß vor dem Hintergrund unbegriffener Kategorien wie Wert, Ware und Kapital sich für ihn Ökonomie in "Klassenwiderspruch", "Klassenkampf" etc. auflöste, und daß aus der so mißverstandenen Ökonomie als "Basis" alle weiteren Erscheinungen als "Überbau" abgeleitet, also alle Ideologien auf ihr "wem-nützt-es" abgeklopft werden konnten. Statt jedoch zuerst diesen falschen Ökonomie-Begriff streitig zu machen, bewegen sich die vermeintlich radikalen "Anti-Ökonomisten" genau im Rahmen dieses Begriffs und damit auf dem Terrain, das die Orthodoxie ihnen bereitet hat. Die — marginale — Differenz besteht dann darin, daß die "Ökonomisten" Rassismus als unmittelbaren Reflex von wirtschaftlichen Abläufen definieren, während die "Anti-Ökonomisten" die als "Wirtschaft" mißverstandene Ökonomie auf einen eigenständigen und mit eigenständigen Analysemethoden zu erfassenden gesellschaftlichen Teilbereich reduzieren und den Rassismus als ebenso selbständigen und für sich zu betrachtenden Teilbereich ansehen, der mit der "Ökonomie" nur nachträglich und äußerlich verknüpft werden kann. Anstatt also mit den im wesentlichen auf den "Großen Steuermann" Mao Zedong zurückgehenden "Haupt- und Nebenwidersprüchen" zu brechen, bewegen die antirassistischen "Anti-Ökonomisten" sich noch in ihrer Kritik darin.

"Ökonomismus"-Kritik bedeutet ihnen also nichts anderes, als dem "Klassenwiderspruch" weitere, angeblich eigenständige und gleichberechtigte "Widersprüche" (Rassismus, Antisemitismus, "Patriarchat") einfach hinzuzuaddieren. Nicht nur, daß damit der vorgeblich kritisierten Orthodoxie nur noch die Krone aufgesetzt wird und daß die mittels abstrakt-methodischer Klassifikation willkürlich auseinandergerissenen Phänomene schließlich als lauter "eigenständige Widersprüche" wie erratische Blöcke beziehungslos nebeneinanderstehen und erst post festum wieder zusammengeschustert werden können: An die Stelle von übergreifender Analyse tritt die Bedienung des Bewegungs- oder Betroffenenklientels durch den Bereichspolitiker, mit dem Effekt, daß sich so viele Widersprüche konstruieren lassen, wie es Betroffenengruppen gibt, so daß an der "triple-oppression"-Theorie (1), welche den oberflächlichen "Anti-Ökonomismus" beispielhaft vorexerziert, eigentlich nur die Bescheidenheit der Autoren verwundert, die sich mit drei eigenständigen "Widersprüchen" begnügen, wo sie doch genausogut von einer "fivefold"- oder "ninefold-oppression" hätten sprechen können.

Was uns aber hier vor allem interessiert, ist dies: im Rahmen dieses "anti-ökonomi-

stischen" Antirassismus wird das einzige und winzige Körnchen Wahrheit eliminiert, das in der Orthodoxie, wie falsch auch immer, enthalten war: der enge Zusammenhang von Kapitalismus und Rassismus. Nicht, daß der zum "eigenständigen Widerspruch" banalisierte Kapitalismus nicht auch in verquerer Form im Anti-Rassismus wieder auftauchen würde, dergestalt, daß unter dem Oberbegriff des Rassismus Dinge neu verhandelt werden, die allgemeinster kapitalistischer Art sind oder die darauf beruhen, daß das Kapital nicht nur Unterschiede beseitigt, sondern auch neue schafft und ständig versucht, vorhandene zu vertiefen. Wer aber den sozialen Gehalt des Kapitalismus als rassistische Diskriminierung beschreibt, bleibt bei moralischer Kapitalismuskritik stehen und wer versucht, den Antikapitalismus über die Moral in anderen Köpfen zu verankern, mag in Einzelfällen zwar erfolgreich sein — als Strategie gegen Rassismus ist dies aber untauglich.

Weil sich der übliche antirassistische Diskurs aber infolge seiner oberflächlichen Ökonomismus-Kritik der Möglichkeit beraubt, den Grund des Rassismus in der Ökonomie zu suchen, ist er gezwungen, die Genese von Rassismus entweder sozialisationstheoretisch, anthropologisch oder psychologisch zu "erklären". Kein Wunder daher, daß solche Erklärungen merkwürdig in der Luft hängen. So schießen denn auch die diversesten Versuche einer begrifflichen Klärung von "Rassismus" ins Kraut, mit dem Ergebnis, daß mittlerweile eine heillose Vielfalt an Definitionen existiert, was unter Rassismus und dementsprechend unter Anti-Rassismus zu verstehen sei. Rassismus ist mit Begriffen wie Herrschaft, struktureller Herrschaft, Unterdrückung, Dominanz, Stigmatisierung, Diskriminierung oder Ausgrenzung deckungsgleich geworden, so daß die Versuche zur Klärung des Begriffs zum Gegenteil von Klarheit geführt haben. Klar ist einstweilen nur, daß die Gegnerschaft zum Rassismus sich mit dem Versuch, sich von all diesen Kennzeichnungen abzusetzen, durch moralische Integrität auszeichnet. Entsprechend wird Anti-Rassismus als Haltung verstanden.

Das moralische anti-rassistische Urteil speist sich aus dem Bewußtsein von der Barbarei des Nationalsozialismus, der Verwerflichkeit rassistischen Handelns und der vorhandenen Präsenz von Rassisten. Der grundlegendste Einwand gegen den Rassismus, "Alle Menschen sind grundsätzlich gleich", der dem Fundus der Menschenrechte und damit bürgerlichen Idealen entstammt, kann nur als moralischer Standard durchgesetzt werden. D.h. "wir" sind gefordert, ein ethisches Urteil zum Rassismus abzugeben. Der moralisch begründete Anti-Rassismus erliegt, wie Haug (2) hervorhebt, der Gefahr, das Gewissen dem Wissen vorzuziehen. Auf der Ebene des reinen Gewissens läßt sich aber um so schwieriger streiten, als die Abscheu gegen den biologistischen Rassismus und den Nazismus auch von etlichen Rassisten geteilt wird.

Unter den Anti-Rassisten ist eine Konkurrenz entbrannt, die sich als Wettlauf um den Wanderpokal der Philanthropie darstellt (3). Der Wettlauf wird dabei um Haltungen ausgetragen, die sich aus den vielen Möglichkeiten ergeben, Rassismus zu beschreiben (als biologistischen, institutionellen, strukturellen, differentiellen, umgekehrten, umgedrehten (Ausländerfreundlichkeit), als Ideologie). Aus diesen wiederum werden Abwehr- und Verhinderungsstrategien abgeleitet, aus denen sich ein noch viel größeres Arsenal an Vermeidungs-, eigen- und fremdpädagogischen Verhaltensstrategien ergibt. Der Anti-Rassismus bezieht sich affirmativ auf ein Menschheitsideal, das mit dem Flair des "Anti-hierarchischen" und "Anti-dominanten" identifiziert werden möchte. Was diesem Ideal entgegensteht, kommt in den Verdacht, rassistische Stereotypen zu transportieren und auf Beherrschung aus zu sein. Unter Verdacht stehen dabei grundsätzlich alle, denn etwas von Machtphantasien findet der Untertan, wenn er nur auf die Suche geht, in seinem "Inneren" immer. Anti-Rassismus als Haltung der Wohlmeinenden im Lande braucht aber auch keine Begriffsklärung von Rassismus mehr.

Wo mit einem Menschheitsideal aufgewartet wird, da kann es zwangsläufig nicht ausbleiben, daß auch an einem Menschenbild gebastelt wird. So kreisen die Erwägungen zum Rassismus magisch um die Kategorie des "Anderen", wobei bei diesem Begriff Biologie und Soziologie nicht mehr auseinanderzuhalten sind. Rassismus wird dann auf psychische Abläufe im Subjekt reduziert, und es wird darüber nachgedacht, wie denn die manifeste rassistische Idee durch eine Umwertung der Sichtweise des "Anderen" neutralisiert werden könnte. Aus dem Ausländerfeind soll der Ausländerfreund gefertigt werden. Die anti-rassistische Pädagogik meint, daß es bei Rassisten an Begegnung mit dem "guten Fremden" mangele, der früher schon einmal als der "edle Wilde" seinen Auftritt hatte. Oder Rassismus wird als eine Form des erfahrungsgehemmten Provinzialismus interpretiert, wo dann ja eine TUI-Kur Abhilfe schaffen könnte, sei es auch mit Unterstützung aus dem Programm gegen Aggression und Gewalt der Bundesregierung (4).

Schließlich wäre da noch die Variante, Rassismus in die "Mikrophysik der Macht" (Foucault) aufzulösen und als hochkomplexen und deshalb schwer in allen seinen Teilen dingfest zu machenden Zusammenhang von Lebensumständen und Vorstellungen zu beschreiben (5). Aus dieser vermeintlichen Komplexität ergibt sich dann eine vielfältig mögliche anti-rassistische Praxis: Man kann fast überall und vieles gegen den alltäglichen Rassismus tun und dabei, nicht zu vergessen, bei sich selbst anfangen.

So wie das Gleichheitsideal als Ausgangspunkt und erklärte Forderung von Anti-Rassisten fungiert, handelt es sich bei Anti-Rassisten und Neo-Rassisten um feindliche Brüder. Auch der differentialistische Rassismus negiert Gleichheit nicht völlig, sondern faßt sie nur anders. Was die erklärten Gegner weiterhin eint, ist, daß sich beide über die "eigene Identität" Gedanken machen, wobei selbstverständlich kollektive "Identität" in Form der Gemeinschaft gemeint ist. Gegenüber dem differentialistischen Rassismus wird dann nur noch um die Identitätsbilder und schließlich um die Art des Verhältnisses von Individuum und Gemeinschaft verhandelt. Angeregt und ohne Ende läßt sich dann darüber plaudern, ob "Identität" selbstgewählt sein solle oder durch das Hineingeborensein in einen "Kulturkreis" bestimmt werde. Entscheidend ist aber nicht die Bestimmung von "Identität", denn "Identität" ist leere, bestimmungslose Form und daher füllbar mit allen möglichen Inhalten. Worauf es jeweils ankommt, ist, was als nicht-identisch mit dem Subjekt bestimmt wird und dadurch gemeinschaftsbildend wirken soll. Statt die vielbejammerte "Fremdheit" der Individuen aus der "zweiten Natur" und der Konkurrenz als allgemeine Form der gesellschaftlichen Beziehung abzuleiten, wird die Abwesenheit von "Identität" in einer fiktiven Gemeinschaft und "der Andere" als Problem anerkannt. Das Individuum wird damit wieder nur auf sich selbst als Problem oder den Staat als Lösungsinstanz verwiesen.

Anti-Rassismus ist schließlich eines der wenigen Politik-Felder, auf dem es auch nach 1989 noch eine linke Praxis gibt. Diese führt trotz inhaltlicher Schwächen immer wieder zu Präsenz und zu ausgesprochen gelungenen Aktionen. Da der Anti-Rassismus reagiert, hängt die Qualität seiner Praxis in der Regel vom Anlaß ab. Zur gelungenen Störung der Inszenierung der Groß-

demo am 8.11.92 in Berlin bedurfte es keiner inhaltlichen Klarheit über Rassismus. Praxis kann auch gelingen, wenn die Begründung falsch ist. Was die in den Flugblättern gegebene Begründung angeht, so wurde zwar die Bedeutung der Demo als Imagepflege fürs Ausland erkannt, ansonsten aber wurde in stockbürgerlicher Manier die "Heuchelei" der deutschen Politiker angeprangert: "Trauen sie heute den schönen Worten dieser PolitikerInnen nicht, sondern schauen Sie ihnen auf die Finger" (6). Wer aber hauptsächlich die "Zurschaustellung geheuchelter Betroffenheit" beklagt (7), nimmt das Ideal der "Heuchler" selbst in Beschlag: Gegen die "Heuchler" stellt sich der moralisch integre Flugblattschreiber, dem es tatsächlich um die "Würde aller Menschen" geht. Die Wiedervereinigung wird in den Flugblättern immer wieder mit Rassismus und Sozialabbau in Verbindung gebracht, gegen den sich In- und Ausländer gemeinsam wehren müßten. Staat und Staatsbürger tauchen hier wieder nur als Wolfspolitiker und Schafsvolk (8) auf (dazu paßt die Parole "Ausländer sind die falsche Adresse — haut den Politikern auf die Fresse").

In einem Bündnisaufruf zu einer Demonstration zum 3.10.1993 in Berlin, "Gegen den rassistischen Normalzustand!" ist die Konfusion dann perfekt: "Übergriffe auf Linke und alle, die aus der herrschenden Norm fallen" werden zum "Rassismus in Deutschland" gezählt. "Die Herrschenden hetzen gegen ... Flüchtlinge ... SozialhilfeempfängerInnen und Arbeitslose. Wir sollen in Ossis und Wessis, in deutsche und EinwanderInnen ... gespalten werden". "Wer EinwanderInnen und Flüchtlinge für seine soziale Situation verantwortlich macht, schadet sich selbst". So sieht dann das Ergebnis aus, wenn der Anti-Rassismus einmal nicht nur reagieren will. Es wurde zwar verstanden, daß Rassismus eine Herrschaftsideologie ist, aber nicht wie die Herrschaft beschaffen ist.

Zum Begriff des Rassismus

Rassismus hat eine polit-ökonomische Bedeutung. Zu entschlüsseln ist diese zunächst nur durch eine ökonomie- und politikkritisch angeleitete Analyse von Genese und Formbestimmtheit des Rassismus: Dieser ist m.a.W. als den Formen bürgerlicher Vergesellschaftung innenwohnende Denk- und Praxisform nachzuweisen. Dies impliziert eine Abgrenzung von der Auffassung, die Rassismus als Bestandteil jeglicher Klassengesellschaft und damit als allgemeinhistorisches Phänomen ausweisen will. Zwar wird in jeder Klassengesellschaft versucht, die in ihr anzutreffende Hierarchie als "natürlich", "ewig" oder "gottgewollt" zu rechtfertigen und ist die Naturalisierung des Sozialen Kennzeichen von Rassismus; umgekehrt jedoch ist nicht jede solche Biologisierung schon der fertige Rassismus, setzt dieser doch zum einen eine pseudowissenschaftliche Begründung rassischer Wertigkeiten, damit aber die Autorität (natur)wissenschaftlicher Denkformen, damit aber überhaupt einen Begriff der Natur sowie zum anderen eine zentrale Instanz voraus, der einer Sortierung von Menschen mit Gewalt Geltung verschaffen kann.

Festzuhalten ist m.a.W., daß Rassismus sich in Europa zu einer Zeit entwickelte, als auf diesem Erdteil die größten Fortschritte in der Produktivkraftentwicklung gemacht wurden. Rassismus ist ein "Phänomen der westlichen Zivilisation, und nur ihr eigentümlich" (9). Rassismus konstituierte sich mit der Aufklärung und dem Übergang zur bürgerlichen Gesellschaft. In dem Maße, in dem personale, auf Gottesgnadentum und Abstammung sich berufende Herrschaft abgeschafft wurde, und in dem an deren Stelle die aus dem vereinigten Volkswillen sich legitimierende Herrschaft trat, traten auch die Naturwissenschaften als welterklärende auf. Mit einer "Naturgeschichte des Menschen" ging auch die Katalogisierung der Menschen einher (10). Am Beginn der aufgeklärten Gesellschaft steht neben dem Verkünden von Gleichheit (vor dem Gesetz, vor dem Geld) ebenso die Erklärung vorhandener Ungleichheit aus der Natur und bald auch die Begründung von Herrschaftsansprüchen aus Unterschieden in Form von Rassentheorien. Dabei ist entscheidend: Gleichheit und Ungleichheit bilden keinen abstrakten Gegensatz. Ungleichheit bildet unmittelbar die andere Seite der Gleichheit und beides fällt schon in der Frühphase bürgerlicher Gesellschaften unmittelbar zusammen, so daß es falsch ist, Rassismus als "Diskriminierung" zu begreifen und dagegen das bürgerliche Gleichheitsideal ins Feld zu führen. So waren es während der französischen Revolution nicht nur einzelne Köpfe, die den 3. Stand als die Nachfahren der Gallier und den Adel als Nachfahren von Germanen ansahen, die es gelte, in deutsche Lande zurückzuschicken (11). Indem der Feudalismus so als germanische Fremdherrschaft bestimmt wurde, konstituierte sich die Gesellschaft der Freien und Gleichen schon an ihrem Anfang mit rassistischen Elementen.

Naturalistisch waren damals schon und sind bis heute die Menschenrechte bestimmt: Sie gelten als solche, die dem Menschen unabhängig von Raum und Zeit, vielmehr seinem Wesen oder seiner Natur zukommen; sie werden somit als vorstaatliche und unveräußerliche Rechte ausgesprochen. Der Staat als Rechts- bzw. Verfassungsstaat gewährt also der Theorie zufolge diese Rechte nicht, sondern ist lediglich befugt, sie zu schützen. Dieser Aufgabe soll er nachkommen als demokratischer Verfassungsstaat, als eine Anstalt, die auf nichts zurückzuführen ist als auf den Volkswillen, den allgemeinen Willen aller, der, objektiviert in Form des abstrakt-allgemeinen Gesetzes, sich zwar gegen die Individuen wendet, aber als selbstauferlegter Zwang niemals den Menschenrechten zuwiderlaufen könne. Hier tritt bereits der konstitutive Widerspruch des Naturrechts zutage, die Frage nämlich, warum das, was dem Menschen doch als natürliche Qualität zukommen soll, die Menschenrechte, einerseits erst noch gesellschaftlich, in einem Akt revolutionärer Gewalt, der sich gegen die spätfeudale Souveränität richtet, hergestellt werden muß, und warum in der Folge diese angeblich unveräußerlichen und natürlichen Rechte erst durch eine zutiefst unnatürliche Instanz, den Gewaltmonopolisten Staat, zur Geltung gebracht werden müssen (12). Dieser Widerspruch löst sich dahingehend auf, daß die sogenannten Menschenrechte de facto keine angeborenen oder natürlichen, sondern gesellschaftlich bestimmt sind, aber als natürliche erscheinen und vom Staat als seine natürliche Existenzbasis behandelt werden.

Die Menschenrechte sind die Form, in der die Individuen als verlebendigte Waren, als Eigentümer von Waren sich gegenübertreten, sie sind die Subjektform des Warentauschs. Wie im Austauschverhältnis der Waren deren stoffliche Verschiedenheit ausgelöscht ist, sie nur noch als einander gleichgeltende, äquivalente Tauschwerte in Erscheinung treten, so sind die Individuen vermittels dieser Äquivalenz als Tauschende und einander Gleiche bestimmt.

Die Form des Warentauschs stiftet also die Beziehung der Subjekte als Gleiche; vermittels der Verschiedenheit der auszutauschenden Waren und ihrer verschiedenen Bedürfnisse sind sie als Freie gesetzt, als Subjekte, die sich ihrer Waren freiwillig und gewaltlos entäußern (13). Nun tritt, wie im Wertverhältnis der Waren, so auch in der von ihnen gesetzten Subjektform eine eigentümliche Verkehrung ein: wie im Verhältnis der Waren zueinander ihr Konstituiert-sein durch abstrakte gesellschaftliche Arbeit als Eigenschaft erscheint, die den Dingen als Dingen zuzukommen

scheint wie andere natürliche Eigenschaften (Länge, Dicke, Schwere etc.) auch (14), so erscheint den Individuen auch ihr gesellschaftliches Gesetzt-sein als Freie und Gleiche als eine "natürliche", ihnen "angeborene" menschliche Eigenschaft (15).

Die Tatsache, daß die Individuen "nur noch als Tauschwert Produzierende Existenz (haben), also schon die ganze Negation (ihrer) natürlichen Existenz eingeschlossen ist" (16), wird ihnen an sich selbst aufgrund des Fetischismus' der Eigenschaftsform, des unmittelbaren Verwachsenseins von Gesellschaftlichem und Natürlichem nicht zum Problem. Der Bürger als Waren Tauschender reflektiert sich unmittelbar als "wahren", "eigentlichen" Menschen, eben als jemanden, dem die Menschenrechte unmittelbar zukommen; den Selbstwiderspruch zwischen sich als einem Individuum und einer Charaktermaske der Ware vermag er erst zu gewahren in seinem Verhältnis zu Menschen, denen zwar alle phänomenalen Qualitäten von Menschen zukommen, die aber nicht als Tauschende und Tauschwert Produzierende auftreten. Diese gelten ihm als Untermenschen, denen er, wie sich selbst, bestimmte, angeblich natürliche Eigenschaften zuschreibt, die unschwer als Umkehrbild seiner Selbstzuschreibungen auszumachen sind: faul, unzuverlässig, arbeitsscheu und, in der moralischen Wendung eines ökonomischen Begriffs: minderwertig, zur Verwertung nicht tauglich.

Was der Bürger fetischistischerweise sich selbst als natürliche Qualität zuschreibt, sein Dasein als Freier und Gleicher, als Mensch an und für sich, enthält also unmittelbar die Form der Ab- und Ausgrenzung, die wiederum fetischistischerweise als Eigenschaftszuschreibung gegenüber anderen Menschen daherkommt. Es ist der in ein subjektives "Bedürfnis" transformierte ökonomische Zwang zur Identität, der Zwang, sich selbst gleich, mit sich selbst im reinen zu sein als einem produktiven ökonomischen Subjekt oder, negativ: die Angst vor der Niederlage in der allgemeinen Konkurrenz mit der Konsequenz des Verlustes bürgerlicher Subjektivität und des Rückfalls in bloße Natur, was in der Vorstellung der Untermenschen und Minderwertigen aufscheint und was den Bürger dazu treibt, sich in bestimmten gesellschaftlichen Situationen rassistischerweise gegen dieselben auszuagieren.

Der Verfall bürgerlicher Subjektivität, wie ihn die "Kritische Theorie" diagnostizierte, hat am strukturellen Rassismus dieser Subjektivität nicht nur nichts geändert, sondern diesen noch verschärft. Seit der Staat als autoritärer in krisenregulierender, sozialfürsorgerischer und planerischer Hinsicht die vormals eher sich selbst überlassene bürgerliche Ökonomie steuert und die vormaligen passiven Schutzgenossen des Rechts zu Staatsbürgern emanzipierte, ist der Staat zum Anspruchsadressaten und als Mittel eigenen Fortkommens auch von den Arbeitern weithin akzeptiert. Als je schon staatsvermitteltes Subjekt empfindet damit aber "jeder seinen Erwerb als verkappte Arbeitslosenunterstützung, ein vom gesellschaftlichen Gesamtprodukt der Erhaltung der Verhältnisse zuliebe willkürlich und auf Widerruf Abgezweigtes" (17). Nicht manifeste Deklassierung, sondern die bei allen Schichten und Klassen vorhandene Angst, den sozialen Tod zu erleiden, zum Menschenmüll abzusteigen, ist die ökonomische Seite des Rassismus.

Die Anschläge, wie sie derzeit in Deutschland verübt werden, sind demnach der Versuch, dem Staat die eigene unbedingte Dienstbarkeit unter Beweis zu stellen. Das Deutschsein gilt als Ticket und Vorbedingung eigenen Wohlergehens und wird rücksichtslos und brutal gegen Eindringlinge, Schmarotzer etc. geltend gemacht, so daß Nationalismus und soziale Forderungen sich unentwirrbar zu einem national-sozialen Protest der bereits Überflüssigen und derer, die welche zu werden meinen, formieren (18).

Dieser der bürgerlichen Gesellschaft nach der Seite der Ökonomie notwendig innewohnende strukturelle Rassismus findet sich in anderer Potenz wieder, betrachtet man die Sache von Seiten der Politik. Wie gezeigt wurde, sind die Individuen als Tauschende, ihre Bedürfnisbefriedigung über Verträge Vermittelnde zwar als Freie, Gleiche und damit Gleichberechtigte gesetzt; allerdings vermögen die einzelnen, ihre jeweils nur besonderen Interessen verfolgenden Subjekte nicht aus sich selbst heraus die Allgemeinheit ihrer Interessen zu setzen: Sie bedürfen also des Staates, der, unabhängig von der je zu vereinbarenden Sache und selbständig gegenüber dem wandelbaren Willen der Einzelnen die Verkehrsform des Vertrags als solche und ihr Gesetztsein als Freie und Gleiche kraft Gewaltmonopol garantiert (19). Andersherum: Gerade, indem der Staat den bürgerlichen Subjekten, die sich im Medium der allgemeinen Konkurrenz gegenseitig die Mittel ihrer Selbsterhaltung bestreiten, die Formen und damit Grenzen ihrer subjektiven Interessenverfolgung qua Gesetz vorschreibt, das für alle gleichermaßen und ohne Ansehung ihrer Besonderheiten gilt, garantiert er ihnen das Menschenrecht der Freiheit ihrer Interessenverfolgung. Der Staat garantiert die Menschenrechte also einerseits unter der Bedingung, daß deren Inanspruchnahme in den gesetzlich vorgeschriebenen Bahnen verläuft und zum anderen im Vertrauen darauf, daß die produktive Arbeit der derart freigesetzten Subjekte auch zur Hebung des Allgemeinwohls anschlägt.

Derart sind also die Grundrechte des Einzelnen zugleich stillschweigend als Grundpflichten dem gesellschaftlichen Ganzen gegenüber definiert, ist die Freiheit des Einzelnen eben nicht "nur formal" bestimmt, sondern inhaltlich gebunden an die Kriterien produktiven Wirtschaftens (20). Diese stillschweigend vorausgesetzte Bestimmung wird manifest in der Unterscheidung, die der Staat in seiner Existenzform als Nationalstaat ganz praktisch zwischen der empirischen Bevölkerung, also allen auf dem von ihm als exklusiv beanspruchten Territorium Lebenden und dem Staats-Volk macht. So verläuft die Grenze also nicht nur zwischen den einzelnen Nationalstaaten, sondern mitten durch die Bevölkerungen, in denen der Staat einen beständigen Prozeß der Aussortierung vornimmt, wobei die einen zum Volk im Sinne eines für die Zwecke von Staat und Kapital einsatzbereiten Kollektivs homogenisiert und die für untauglich Befundenen abgeschoben, verfolgt etc. werden.

Nun erscheint aber dieses staatliche Agieren nicht als die bürokratische Prozedur, als die Ausgrenzungs-Form, die sie realiter ist, sondern derart, daß der Staat auftritt, als würde er gegebene und unveränderliche kollektive, "nationale" Eigenschaften der Menschen einfach nur vollstrecken und ihnen in seinen Handlungen entsprechen. Ob diese Eigenschaften nun tatsächlich existieren oder nicht, ist dabei völlig belanglos. Wie diese Eigenschaftszuschreibung inhaltlich daherkommt, ob z.B. eher von der deutschen "Rasse", von der deutschen "Kultur", der deutschen "Sprache" oder der deutschen "Identität" die Rede ist, die zu erhalten und zu verteidigen sei, ist dabei historisch wandelbar und macht vom Wesen her keinen Unterschied (21).

Die wichtigsten Rassetheorien wurden in dem Jahrhundert nach der französischen Revolution ersonnen. Im Zuge der Mutation des bürgerlichen Staates vom bloß ideellen Gesamtkapitalisten zum autoritären Staat haben diese Theorien eine entscheidende Rolle bei der Transformation des politischen zum romantischen bis völkischen Nationsbegriff gespielt. Dabei ist nachzuweisen, daß völkischer Nationalismus nur die immer schon vorhandene Kehrseite des angeblich humanen Nationsbe-

griffs darstellt und zu beleuchten ist ferner, welchen Wandel der Rassismus im Zuge jenes Transformationsprozesses selbst durchmacht: Der pessimistische Rassismus eines Gobineau, der in der Klage über den Verfall der reinen Rasse besteht, wandelt sich zum dynamischen Rassismus eines Chamberlain und später der Nazis, der Rasse nicht mehr als empirisches und meßbares Faktum behauptet, sondern als Produkt von Züchtung, d.h. als Produkt staatlich betriebener Auslese, Sozialhygiene und Vernichtung definiert. Das hieße auch einmal mehr, die deutsche Besonderheit in der Vorreiterrolle aufzusuchen, die dieses Land bei der Aufhebung der bürgerlichen Gesellschaft in die Barbarei gespielt hat und vielleicht wieder spielt (und nicht, wie es die Demokraten z.B. bei der völkischen Definition des Deutschen im GG tun), als "Zurückgebliebenheit" hinter der bürgerlichen Entwicklung.

Gruppe K Berlin

Anmerkungen:

1) Klaus Viehmann und GenossInnen, Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus, in: Drei zu Eins, Berlin/Amsterdam 1993, S.25 -82

2) W.F. Haug, Zur Dialektik des Anti-Rassismus, in: Das Argument 191, S.145

3) Philanthropie sei das einzige Fundament des Anti-Rassismus, so P.A. Taguieff, zit. in ak 337 S.20

4) Mit der Entdeckung des "Anderen", den es zum Bruder zu machen gilt, wird auch ein christliches Bild des Nächsten reaktiviert. Dieses Bild, das zur Standardausstattung der "christlichen Kulturgemeinschaft" gehört, ist vielleicht ein sympathischer Zug am Christentum, aber es beruht auf dem Grundsatz der Toleranz und nicht dem der Gleichheit, es kann ein Gegenstand der Agitation von Christen, die wir zum Kommunismus bekehren wollen, aber nicht der Analyse sein.

5) Aus hochgesteckten Zielen können dabei große Banalitäten hervorgehen: "Bereits die Rede von der Ausländerfeindlichkeit ist im Grunde verharmlosend, ein Euphemismus, der das damit ausgesprochene rassistische Denken verschleiert und die Ursachen des Rassismus individualisiert... Solche Verharmlosungen ... sind aber ... deshalb besonders gefährlich, weil solche Haltungen und Einstellungen rechtsextremen Ideologen und Propagandisten aller Art Anknüpfungspunkte für die Verbreitung rechtsextremer und faschistischer Ideologien und Gedankengebäude bieten". Kognitive Strategien, "mit deren Hilfe rassistische Gedanken lanciert und allgemein geäußert werden ... sind z.B. die Bemühungen, von sich selbst ein möglichst positives Bild zu zeichnen bei gleichzeitigem Bemühen andere auszugrenzen und zu diffamieren" (Jäger, Aus der Mitte der Gesellschaft, DISS-Texte 20, 1991, S.13/14). Die Deutungen für Rassismus werden somit nicht nur beliebig, sondern auch zur inneren Veranlagung der Beherrschten. Der Versuch der Präzisierung und Radikalisierung endet bei der Pädagogik.

6) Bürgerflugblatt, Interim 214, S.6

7) H. Heuchel, Interim 214, S.4

8) vgl. dazu Bruhn 1991; Schmitt-Egner, Wertgesetz und Rassismus, in: Beiträge zur Marxschen Theorie, FfM 1976; Freerk Huisken, Ausländerfeinde und Ausländerfreunde, HH 1987 und ders: Rassismus. Thema verfehlt! 1993; Werner Ruf, Ökonomie und Rassismus, in: Theorien über Rassismus, Berl. 1989

9) Leon Poliakov, Über den Rassismus, 1984, S.192

10) Poliakov, a.a.O., S.77

11) Poliakov, a.a.O., S.92

12) vgl. Joachim Bruhn, Das Menschenrecht des Bürgers 1989, 23

13) vgl. Karl Marx, Grundrisse, Berlin/DDR 1953, 152ff.; Schmitt-Egner 1976, 356ff.

14) vgl. Marx, Das Kapital, Berlin/DDR 1977, 85ff.; Peter Klein, Demokratie und Sozialismus, in: Marxistische Kritik 7(1989), 99f.

15) Trotzki sah sich bei seinem "Portrait des Nationalsozialismus" von 1933 dazu veranlaßt, festzustellen, daß naive Leute glauben, die Königswürde stecke im König selbst, statt zu sehen, daß es sich um ein Verhältnis zwischen den Menschen handelt. Der Rassismus bietet in ähnlicher Weise eine Begründung für die Überlegenheit in den vermeintlichen Siegern selbst. Sie kreieren sich selbst als naturgemäß überlegen. Rassisten glaubten nicht nur an die Vererbbarkeit rassischer Merkmale, sondern auch an einen Zusammenhang zwischen Physis und Moral. Das Bewußtsein, einer besonderen Sparte der "Zivilisation" als "westlichem Kulturkreis" (womit die Geschlossenheit konstatiert wird) anzugehören, ist der argumentative Hintergrund für den Neo-Rassismus. Es wird anerkannt, daß die Würde nicht im König selbst steckt, aber die Königsverehrung wird zu einem Wert erhoben. Das für einen Rassismus notwendige Zusammenspiel von Natur und Kultur wird dabei umgewichtet (Poliakov a.a.O., S.150). Die Aufrufe zur Verteidigung der westlichen Zivilisation als Kampf der Kulturen vorzubereiten, beschränken sich nicht auf den rechten Rand (siehe: Im Kampf der Kulturen, S.P. Huntington, Die Zeit 13.8.93).

16) Marx 1953, 159

17) T.W. Adorno, Jargon der Eigentlichkeit, FfM 1964, 32

18) Unbestreitbar ist, daß dem Rassismus auch eine enorme psychische Komponente innewohnt, die es zu präzisieren gilt. Nur geht es nicht an, psychologische Erklärungen anstatt ökonomischer zu bevorzugen, ebensowenig "tritt" psychologische Erklärung von Rassismus zur ökonomischen "hinzu", so als handele es sich um ein interdisziplinäres Forschungsprogramm. Wie das Individuum aber selbst je schon gesellschaftlich vermittelt ist, so ist die Psychologie des Rassismus a priori als "Psychologie der Charaktermaske(n)" zu fassen. In diesem Zusammenhang wäre der Frage nachzugehen, inwieweit die Antisemitismus-Thesen aus der "Dialektik der Aufklärung", insbesondere die Ausführungen über Projektion und Identität für eine Psychologie des Rassismus fruchtbar zu machen sind.

19) vgl. Bruhn 1989, 23f.

20) vgl. T.W. Adorno, Negative Dialektik, FfM 1966, 259

21) Zu überlegen wäre deshalb, im Anschluß an J.P. Reemtsma (Reemtsma, konkret 11/90), ob zur Kennzeichnung dieser Ausgrenzungsform der Begriff "Rassismus" überhaupt tauglich ist, wenn "Rasse" zum einen nur legitimatorischer Vorwand solcher Praktiken und zum anderen nur einer unter vielen ist.

In eigener Sache

Auf dem bundesweiten Treffen der Gruppe K am 8. und 9. Oktober in Berlin wurde die weitere Herausgabe der BAHAMAS beschlossen. Das bisherige Konzept der Erarbeitung inhaltlicher Schwerpunkte soll fortgesetzt, künftig aber erweitert werden um die intensivere Auseinandersetzung mit antinationalen Orientierungen einerseits, um die Diskussion um Konzepte und Beispiele politischer Praxis andererseits. Die Bemühung, Zusammenarbeit mit anderen Linken zu suchen, wurde betont, ebenso der provisorische Charakter der BAHAMAS als Zirkular.

Die verkaufte Auflage hat unsere anfänglichen Erwartungen eher übertroffen (Nr. 8 und 9 ausverkauft, Nr. 10 und 11 über 900 Exemplare; Auflage der vorliegenden Nummer 1 100). Trotz kleiner erfreulicher Aspekte wollte Euphorie indes nicht aufkommen. Ein Ende des Abbröckelns der radikalen Linken konnte nicht entdeckt werden, aussichtsreiche Versuche, eine antinationale radikale Linke neu zu begründen, wurden ebensowenig gesehen.

Das Treffen war weiter von Debatten um "Anti-" und "Anti-Anti-Rassismus" geprägt. Ein Papier der Berliner Gruppe K, das den Zusammenhang zwischen "Rassismus" und kapitalistischer Ökonomie zu erarbeiten suchte, war Gegenstand regen Disputs.

Unversöhnlich fiel die Kontroverse um Christoph Türckes Anti-Anti-Rassismus aus: vgl. untenstehende Texte.

Grenzgänge

Über vieles müssen wir kontrovers diskutieren. Nur wenige "linke Wahrheiten" haben so weit Bestand, daß wir bruchlos daran anknüpfen können. Das heißt auch für uns, im Kontext unserer kurzen Selbstverständniserklärung (in jeder BAHAMAS auf S. 4 links abgedruckt) inhaltliche Spannbreiten und Spannungen auszuhalten. Das heißt aber nicht, alles auszuhalten. Ein Rasse-Diskurs, die von "Konkret" mit Türcke eingeleitete Debatte um "ein biologisches Substrat, das es gestattet Menschenrassen in nichtdiskriminierender Absicht zu unterscheiden", gehört für uns ganz entschieden zum nicht Auszuhaltenden.

Clemens Nachtmann banalisiert in seiner Türcke-Verteidigung in "Konkret" 10/93 — ausdrücklich unterschrieben mit "Autor der Zeitschrift 'Bahamas'" — den Text Türckes zur Unkenntlichkeit. Er bezeichnet kaum mehr als den "weihevolle Orgelton" als "schwer erträglich", um dann den Spieß umzudrehen: "Moralisch makellose Menschen" würden "Betroffenheitsgeschwätz" gegen Türcke betreiben. Die Linke klage ja nur darüber, daß ihre "eigenen Hoffnungen unter die Räder" kämen, deswegen sei sie nicht fähig, sich — mit Türcke — an "das Begreifen der Logik der Sache", an "die objektive Wahrheit" zu machen.

Er meint uns alle, soweit wir links sind und, wie auch immer differenzierte und begründete, Politik machen. Clemens geht es nicht um Differenzierung, er nimmt Argumente nicht auf, nicht einmal wahr. Der Text bildet vielmehr einen datenverarbeiteten Textbaustein, der auf ständige Wiederholung angelegt ist — bei nächster Gelegenheit: drücke: Escape — Einfügen — Textbaustein... In dieser Haltung verweigert er Realitäten, die doch ganz offensichtlich, schwarz auf weiß, vorliegen. Wer nach Hören und Lektüre immer noch behauptet, Türcke habe mit unterschiedlichen Hautfarben nur "einen ebenso unbestreitbaren wie banalen Tatbestand" festgehalten, dem geht es um eine andere, uns nicht mehr zugängliche "höhere" Wahrheit. Wer in unerschütterlicher Ruhe "übersieht", daß Türcke Hautfarbe mehr Bedeutung zuschreibt als der Frage nach "rotem oder grünem Anorak", daß bei ihm "Temperament, Neigung, Begabung, Charakter" an "Rasse" gebunden werden — der will einfach nicht wahrnehmen oder er versucht, auf unlauterem Wege funktional, eigene Interessen zu vertreten. Sieht Clemens mit Türcke "die kritische Theorie" angegriffen, glaubt er, zu ihren Gunsten Realpolitik betreiben zu sollen, blendet er deswegen das Offensichtliche, den rassistischen Textinhalt, aus? So etwas muß nicht nur mißlingen — für die Theoriebildung ist es schlechterdings der Sündenfall.

Der da so auf die Moral von Linken schimpft, wenn er vom Spießer spricht, hat zweifellos auch eine, wenn er gegen "die Linke" zetert. Der "Skandal" sei, schreibt er, daß linke AntirassistInnen "die unbestreitbare Tatsache" ausnutzten, daß bedrohte Nichtdeutsche "praktische Solidarität", und nicht Rassismustheorien bräuchten. Diese Realität werde "schamlos" (Moral!) für "Denkfaulheit" und "Theoriefeindlichkeit" ausgeschlachtet. Den Gedanken — linke AntirassistInnen würden Flüchtlinge bloß für ihre Zwecke mißbrauchen — hat Clemens nicht erfunden, es ist ein in den Medien gängiges Bild. Um dieses Bild benutzen zu können, muß er davon abstrahieren, daß das Bewußtsein natürlich auf die solidarischen Handlungen Einfluß hat. Uns ist nicht egal, warum Menschen heute "AntirassistInnen" sind — morgen sind sie vielleicht das Gegenteil, wenn es zu ihrem materiellen Vorteil ist. Daß der Angriff auf den "sentimentalen und ressentimentgeladenen Antirassismus" vor allem jene wenigen trifft, die heute noch "praktische Solidarität" organisieren, ficht den Streiter für die Trennung von Theorie und praktischem Handeln nicht an; daran zeigt sich, daß sein Ruf: Leute redet nicht, handelt, wenn es um Menschenleben geht! — bloß eine rhetorische Figur ist.

Mag Clemens noch so sehr "die Linke" homogenisieren wollen, um sich außerhalb und über sie zu stellen: Es ist absurd, "die linken AntirassistInnen", also auch uns, mit den Menschlern und den Lichterkettlern in eins zu setzen. Doch auch die Kriterien der Türcke-Verteidiger haben mit unseren nichts zu tun. Die Frage nach der gemeinsamen Grundlage zwischen Clemens und uns ist gestellt. Nicht nur wir, sondern die große Mehrheit der Gruppe K-Versammlung und die übrigen in Hamburg an den Redaktionstätigkeiten Beteiligten, legen Wert auf die Feststellung: ein solcher Artikel wäre in der BAHAMAS nicht erschienen, damit ist eine inhaltliche "Schmerzgrenze" erreicht.

Gabriele Becker, Berthold Brunner, Heiner Möller

Abspann

1. Der obige Text von drei Redaktionsmitgliedern "gehört für uns ganz entschieden zum nicht Auszuhaltenden". 2. Wir finden es ausgesprochen unappetitlich, wenn sich in der BAHAMAS ein Teil der Redaktion anklägerisch über seine "Schmerzgrenzen" ausläßt und weigern uns, den genauso schwerstbetroffenen Widerpart in einem solchen Spiel zu übernehmen. 3. Persönliche Erklärungen sind in Redaktionssitzungen und nicht in der Zeitung abzugeben. 4. Wir versichern, daß wir auf weitere persönliche Erklärungen in der BAHAMAS mit dem in Punkt 1. angewandten Textbaustein antworten werden.

Gruppe K Berlin

Die perverse Allianz

Neue Bücher zum Thema Sozialismus und Antisemitismus

Inwiefern ist der Antizionismus dem Antisemitismus gleich? Symbolisiert er eine perverse "Allianz des antisemitischen Spießer-Stammtisches mit der Barrikade", wie der Auschwitz-Überlebende Jean Amery konstatierte? Die meisten Anläufe, diese Frage innerhalb der Linken zu diskutieren, sind an Verstocktheit gescheitert. Dabei haben jüdische Kommunisten ihren nicht-jüdischen Genossinnen und Genossen immer wieder ins Gewissen geredet, zum Beispiel Leopold Trepper oder Wassili Grossmann. Trotz ihres Heldentums — der eine war Gründer der "Roten Kapelle", der andere in Stalingrad Frontkorrespondent der Armeezeitung "Roter Stern" — bekamen sie die antisemitischen Konsequenzen des Stalinschen Antizionismus am eigenen Leib zu spüren. Leider haben ihre aufwühlenden autobiographischen Romane fast nur außerhalb der kommunistischen Bewegung Resonanz gefunden.

Aber vielleicht ist die Möglichkeit zu einer "Revision, einer neuen Selbstbestreitung der Linken" (Jean Améry) noch nicht ganz vertan. Die leidenschaftliche Selbstkritik, die die "Revolutionären Zellen" im letzten Jahr am Antizionismus ihres bewaffneten Kampfes übten, fand in der westdeutschen Linken ein lebhaftes Echo. Gleichzeitig begannen ostdeutsche Historiker wie Olaf Groehler, Kurt Gossweiler und Jürgen Kuczinsky in der Zeitschrift "konkret" eine profunde Debatte um (u.a.) antisemitische Implikationen des Antizionismus in der DDR.

Gut, daß genau in dieser Situation einige wichtige Bücher zum Thema Sozialismus und Antisemitismus erschienen sind. Das bedeutendste ist für mich:

Léon Poliakov, Vom Antizionismus zum Antisemitismus, ça ira-Verlag, Freiburg i.Br. 1992, 159 Seiten, 18 DM

Poliakov ist Verfasser der achtbändigen "Geschichte des Antisemitismus" und weiterer Standardwerke zum Thema und lehrt an der Sorbonne. Vor allem ist das Buch ein hervorragender historischer Überblick über die Rolle des Antizionismus in der revolutionären Arbeiterbewegung. Poliakov bilanziert die Politik der Oktoberrevolution mit großer Sympathie und macht plausibel, wieso sich selbst orthodoxe Juden von den Bolschewiki ein Ende des Antisemitismus erhofften. Diese Hoffnungen gingen zunächst auch in Erfüllung, nach jahrzehntelangen Pogromen konnten die russischen Juden endlich aufatmen.

Erst das Verfaulen von Lenins Internationalismus zu Stalins "Sozialismus in einem Land" — so Poliakovs Hauptthese — ließ den Antizionismus zum Antisemitismus mutieren. Die Wende kam mit den Großen Säuberungen, die Kampagnen gegen "rechte" und "linke" Oppositionelle arbeiteten mit antisemitischen Anspielungen. Im 2. Weltkrieg verschwieg die Stalinsche Propaganda den Holocaust, denn eine Solidarisierung mit den Juden wäre für die neue "vaterländische" Linie kontraproduktiv gewesen. Nach 1945 wurde *Antizionismus* neben *Kosmopolitismus* zu einem Hauptanklagepunkt gegen Abweichler, zu einem Schlüsselbegriff der Gleichschaltung im Sowjetblock: Ärzteprozeß in Moskau, Slansky-Prozeß in Prag, Vorbereitung eines Merker-Prozesses in Berlin. Poliakov weist nach, wie "Zionist" und "Jude" zu austauschbaren Begriffen wurden, wie die antizionistische Agitation zentrale Motive der NS-Hetze kopierte. Kapitel über den Antisemitismus in der post-stalinistischen Ära (Chruschtschow, Polen 1968), im "arabischen Sozialismus" (Nasser, PLO) und in der französischen Debatte zum Sechs-Tage-Krieg vervollständigen die einzigartige Übersicht.

Zwei von Poliakov lediglich angerissene Problemstellungen werden im Vor- bzw. Nachwort behandelt: Thomas Haury sieht das "Umkippen" von stalinoidem Antiimperialismus in Antisemitismus darin begründet, daß nicht mehr das internationale Proletariat, sondern "die Völker" als Subjekt des Fortschritts definiert werden; so ist das Ressentiment gegen die Juden als "Volksfremde" und "Kosmopoliten" vorgezeichnet. Detlev Claussen arbeitet heraus, daß der Antizionismus in Deutschland eine besondere Wirkung hat: Wenn linke Kommentatoren Israel eine "Endlösung der Palästinenserfrage" unterstellen, setzen sie die Opfer des Nazismus mit den Tätern gleich.

Wesentlich faktenreicher als Poliakovs Darstellung, allerdings in der politischen Analyse recht oberflächlich, ist das Buch des ehemaligen Herausgebers der Jerusalem Post:

Louis Rapoport, Hammer, Sichel, Davidstern. Judenverfolgung in der Sowjetunion. CH.Links Verlag, Berlin 1992, 334 Seiten

Rapoport hat zahlreiche sowjetische Zeitzeugen der antisemitischen Welle Anfang der 50er Jahre befragt und konnte dadurch die These von der geplanten Totaldeportation aller Juden erhärten. Seine Behauptung von der "Zweiten Endlösung" ist allerdings nicht belegt und wohl eher der antikommunistischen Einstellung des Autors geschuldet.

Aus dem Umfeld der PDS kommt ein Autor, der sich um die Aufarbeitung des Antisemitismus in der Arbeiterbewegung und der Komintern verdient gemacht hat:

Mario Keßler, Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert. Decaton Verlag, Mainz 1993, 156 Seiten, 14.80 DM

Wer endlich Genaueres zum "Bund" erfahren will oder Trotzkis hellsichtige Stellungnahmen nachlesen möchte, u.a. sein Abgehen vom Antizionismus, wird bei Keßler gut bedient. Oder: Wer hätte gedacht, daß Walter Ulbricht 1938 während des arabischen Aufstandes in Palästina Partei für die jüdische Seite ergriffen hat? Leider schließen die Untersuchungen von Keßler im wesentlichen 1945 ab. Für die Zeit danach ist ein weiteres Buch angekündigt.

Spannend wie ein Thriller liest sich das folgende Buch:

Wolfgang Kießling, Der Fall Baender, Ein Politkrimi aus den 50er Jahren der DDR, Dietz Verlag, Berlin 1991, 242 Seiten, 14.80 DM

Kießling, ein exzellenter Kenner des antifaschistischen Exils (vgl. seine Veröffentlichungen bei Reclam Leipzig), hat das böse Schicksal des Merker-Vertrauten Paul Baender anhand von Originaldokumenten und Interviews mit seiner Frau untersucht. Hätte es, nach der konkret-Artikelserie von Olaf Groehler, noch eines Beweises bedurft, wie sehr die Repressionswelle gegen Merker und Co. Anfang der 50er Jahre

antisemitisch geprägt war, hier wäre er zu finden. “ *'Sie sind doch Jude, dann sind Sie doch von Geburt aus Verbrecher. Also sagen sie nicht, Sie sind unschuldig.'* Die Vernehmer waren Deutsche. Einen sehe ich noch heute vor mir. Später bin ich ihm ein paarmal begegnet. Einmal, bei der 1. Mai-Demonstration, hat er auf der Brücke gestanden,” berichtet Halox Baender über einen Vernehmungsbeamten.

Vom Herausgeber der folgenden Rarität sollte man sich keinesfalls abschrecken lassen:

39 ehemalige Nazis in wichtigen Positionen der revisionistischen DDR der 60er Jahre. Nachdruck des Wiener Dokumentationszentrums des Bundes Jüdischer Verfolgter des Naziregimes. 46 Seiten, 3 DM. Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzerstr.4, 6 Frankfurt/M.

Das Büchlein stellt einen fast vollständigen Nachdruck der Presseerklärung dar, in der Simon Wiesenthal die antiisraelische Hetze der DDR-Presse nach dem 6-Tage-Krieg aufs Korn nahm und nachwies, daß viele wichtige DDR-Kommentatoren alte Nazis waren. Der Neu-Herausgeber ist eine etwas kuriose K-Gruppe (“Gegen den Strom”), die das Kunststück fertigbringt, antideutsches und stalinistisches Gedankengut zu kombinieren.

Der folgende Sampler ist eigentlich weniger interessant, weist aber drei wichtige Einzelarbeiten auf:

Ralph Giordano (Hrsg), Deutschland und Israel: Solidarität in der Bewährung. Bleicher-Verlag Gerlingen 1992, 278 Seiten, 28 DM

So faßt *Martin Kloke* seine bahnbrechende Doktorarbeit “Israel und die deutsche Linke” (DIAK-Verlag 1991) zusammen und ergänzt sie um die Golfkriegsdebatte, und *Inge Deutschkron* resümiert, wie stark die antiisraelische Fraktion in der offiziellen BRD-Außenpolitik nach dem 2. Weltkrieg war und ist. *Konrad Weiß* zeigt auf, daß die SED ursprünglich stark proisraelisch eingestellt war. So zitiert er den SED-Pressedienst vom 8. Mai 1948: Er unterstützt die israelische Armee *Hagana* gegen die *“Arabische Legion, die vorwiegend aus faschistischen Kräften zusammengesetzt ist und die zum Teil unter der Führung von deutschen SS-Leuten der Rommel-Armee steht.”*

Jürgen Stuttgart



Materialien zur Situation der Roma und der BRD



Aus der Zusammenarbeit zwischen Roma und Unterstützerinnen im Rom e.V. in Köln heraus entstand der Plan zu dieser Zeitschrift. Sie soll dazu beitragen, Wahrnehmungen über Roma in Frage zu stellen, vermeintliches Wissen zu überprüfen. Unter jeweils einem Themenschwerpunkt werden aktuell Materialien zur Situation der Roma zusammengestellt.
Als Themen der nächsten Nummern sind bisher geplant: Leben in der Illegalität; Roma als Gastarbeiter in der BRD; Selbstorganisation; Rassismus gegen Roma; Roma und Unterstützerinnen - Schwierigkeiten der Zusammenarbeit.

Inhalt dieser Ausgabe:
Kriminalitätsberichterstattung über Roma in der Lokalpresse
Roma-Kinder als Kriminelle
Roma in der Spiegel-Berichterstattung
Der Presserat, eine Instanz gegen Diskriminierung?
Die Konstruktion der Ostjuden in der Weimarer Republik

Bestellungen an: Rom e.V., Bobstr. 6-8, 50676 Köln
Einzelpreis: 4,- DM

Brennpunkte

Heidelberger Zweimonatsschrift
gegen den Zeitgeist

Sondernummer

Indien und Bangladesh

Sozialrevolutionäre Bewegungen, Adivasi, Autonome Frauenbewegung, Volkskultur, Religiöser Fanatismus

DIN A4, 72 Seiten, 8.–DM

Brennpunkte–Abo:
5 Ausgaben = 20.–DM
(Die Sondernummer gilt als 2 Ausgaben)

Bestelladresse: Brennpunkte c/o Friedensladen, Schillerstr.28, 69115 Heidelberg





sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V
Analysen Dokumentationen Fakten & Argumente

Analysen des isw - sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. (Auswahl):

isw-reports
(vierteljährlich mit isw-wirtschaftsinfo).
Preis: DM 5,- plus Porto (Jahresabo: 25,- DM)
Der Gipfel, diese Weltwirtschaft? (März '92)
Mit Energie ins Treibhaus (Juni 1992)
EG - Vom Supermarkt zur Supermacht? (Oktober '92)
Friedensdividende oder neue Rüstungsrenditen? (Januar '93)
isw-forum: Wirtschafts- und Militärmacht EG (April 1993)

isw-spezial
Kapitalmacht in Deutschland (August 1991), DM 7,- + Porto
Billigstrom für die Großindustrie (Oktober '92), DM 5,- + Porto
Siemens Bilanz- und Konzernanalyse, (Mai '93), DM 5,-+ Porto
Reiche Industriestaaten - Arme "Dritte Welt" (April '93), 5,- + P.

isw-wirtschaftsinfo
Gegen die Asyllügen, DM 2,- + Porto
Solidarpakt, Sozialabbau, Standortdebatte DM 3,- + Porto

Neu





isw e.V., Georg-Wopfner-Straße 46, 80939 München
Konto Sparda Bank München Nr. 98 34 20 (BLZ 700 905 00)



Das Wetter:
Bahamas/Nassau
2.12.93 13 Uhr Ortszeit

NO-Wind Stärke 5
Fast Bedeckt 26°C

